

ERNST KAEBER

Berlin

1848

Verlag Autonomie und Chaos
Leipzig \ Berlin 2023

Die Monographie "Berlin 1848" erschien 1848 im Aufbau-Verlag Berlin,
im Auftrag des Magistrats von Groß-Berlin.
Der Autor Ernst Kaeber war langjähriger Direktor des berliner Stadarchivs.
Dies ist die einzige Wiederveröffentlichung.
Sie ist im Server der Deutschen Nationalbibliothek (DNB) langzeitgespeichert
und kann auch von dort heruntergeladen werden.

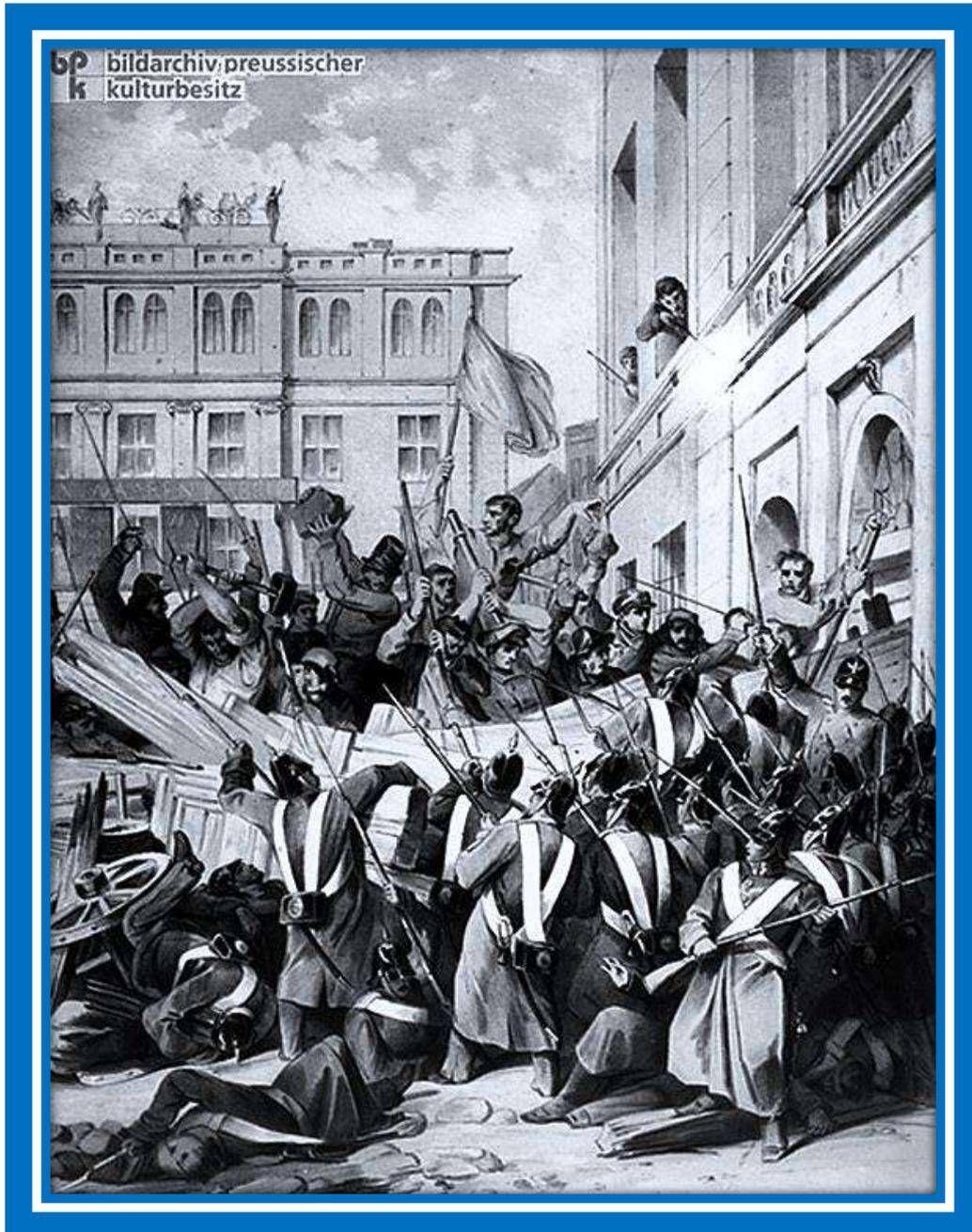
© 2023 für diese Ausgabe
Verlag Autonomie und Chaos Leipzig / Berlin

ISBN 978-3-945980-81-1

Diese Veröffentlichung kann für den Eigengebrauch
kostenfrei heruntergeladen und ausgedruckt werden.

Inhalt

Berlin im Vormärz	5
Die Februarrevolution und ihre Auswirkungen auf Berlin	25
Berlins Barrikaden	36
Der Ausklang der Märztage	56
Die Waffen der Demokratie	68
Vom Weißen Saal zum Friedrichshain	82
Die soziale Frage	99
Im Kampf mit der Reaktion	118
Nachwort zur Neuauflage 2023	146
Zeitzeug*innen: Friedrich v. Raumer, Ida v. Lüttichau, Bettine v. Arnim	149
Personenverzeichnis	153



BERLIN IM VORMARZ

5

Zwei Themen sind es, die beherrschend über der deutschen Revolution des Jahres 1848 stehen: Einheit und Freiheit. Sie gehen beide zurück auf die Große Französische Revolution, werden schon angeschlagen in den Kämpfen gegen das Reich Napoleons, aber bleiben ein Menschenalter lang ungelöst in der Schwebel. Denn noch waren die gesellschaftlichen Zustände Deutschlands nicht so weit vorgeschritten, um einen Erfolg des Sehns und Strebens zu ermöglichen. Die aus dem Mittelalter überkommene Herrschaft des feudalen Grundbesitzes, die in England im 17., in Frankreich im 18. Jahrhundert durch das wirtschaftlich zur Herrschaft gelangte Bürgertum auch politisch überwunden worden war, hatte sich in Deutschland behaupten können. Der Grund dafür lag in der politischen Zerrissenheit Deutschlands. Sie war eine Folge seiner politisch-sozialen Entwicklung seit dem Dreißigjährigen Krieg, die der Ausbildung großer industrieller Mittelpunkte und damit eines Großbürgertums und einer starken Industriearbeiterschaft im Wege stand. In den Jahrzehnten nach dem Ende der Napoleonischen Kriege aber wuchs ein Bürgertum heran, das zu der führenden wirtschaftlichen Macht werden wollte und sich das Ziel setzen mußte, die sie hemmenden politischen Zustände umzuformen. Der Zollverein, der unter preußischer Führung seit 1828 zunächst die meisten norddeutschen Länder und dann auch Süddeutschland wirtschaftlich wenigstens nach außen hin vereinte, und das seit den dreißiger Jahren entstehende Eisenbahnnetz stärkten das Gefühl

für die Gemeinsamkeit der bürgerlichen Interessen in den verschiedenen Ländern. Da diese politisch durch den 1815 begründeten Bundestag nur ganz lose zusammengehalten waren, mußte eine gründliche Reform der überlebten Bundesverfassung ebenso ein Programmpunkt des Bürgertums werden wie die Ablösung der mehr oder minder feudal-ständischen Regierungsformen der Einzelländer durch moderne konstitutionelle Verfassungen.

Diese in ganz Deutschland mächtigen Tendenzen konnten sich nur durchsetzen, wenn sie in den beiden größten deutschen Staaten zum Siege gelangten, in Österreich und in Preußen. Und hier wieder hing die Entscheidung von den Hauptstädten ab, in denen die vorwärtsdrängende gesellschaftliche Bewegung am ausgeprägtesten war, von Wien und Berlin. Dadurch gewinnt der Verlauf der Berliner Märzrevolution eine weit über ihren örtlichen Rahmen hinausgehende Bedeutung. Er ist schicksalhaft geworden für Gesamtdeutschland. Das, was in Berlin geschah, zeigt uns wie in einem Brennpunkte die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kräfte, die in dem entscheidungsvollen Jahre in Deutschland um Sieg oder Niederlage rangen. Um diese aber recht zu verstehen, müssen wir uns die Zustände vor dem Ausbruch der Revolution vergegenwärtigen.

Ein halbes Jahrhundert war seit dem 18. März 1848 verflossen, da trat, wie so vielen seiner Zeitgenossen, auch einem der angesehensten Schriftsteller Berlins, Karl Frenzel, das Bild jener Tage lebendig wieder vor die Seele. "Rund, klar und abgeschlossen", so schrieb er, "steht das Ereignis vor uns." Aber wie er sich nun noch einmal in jene nie vergessene Zeit versetzte, griff er unwillkürlich noch weiter zurück. Was im Frühjahr 1848 geschah, war ja nicht nur eine Auswirkung der Ereignisse in Frankreich und Süddeutschland. Es war zugleich das Ergebnis der eigenen Entwicklung Berlins, freilich nicht nur der geistigen, an die Frenzel allein dachte. Ihr parallel oder richtiger ihr voraus ging die wirtschaftlich-soziale Umgestaltung.

Berlin war mitten auf dem Wege zur Industriestadt, den es schon im 18. Jahrhundert betreten hatte. Damals sprengten die Textil- und daneben die Baugewerbe den handwerklich-bürgerlichen Rahmen, nun griff die Bewegung zum Großunternehmen auf andere Gebiete über. Viele Meister waren in Wirklichkeit nicht mehr selbständig, sondern abhängige Arbeiter. Über die Tischler und Schneider herrschten die Möbel- und Kleiderhändler, wie längst schon die Fabrikanten über die Unzahl kleiner Meister und Arbeiter in der Textilindustrie. In diese war auch die Frauen- und Kinderarbeit eingedrungen; die 22 Kattundruckereien beschäftigten neben 940 männlichen und 360 weiblichen Arbeitern 480 Kinder. Bei den Maurern, Zimmerern und Buchdruckern standen einige tausend Gesellen wenigen Meistern gegenüber. Die schwierige Lage auch rein handwerklicher Betriebe beleuchtet die Tatsache, daß

1841 von 2812 Schuhmachern 2405 keine Steuern zahlten. Ebenso lag das Einkommen der meisten Schneider und Weber unterhalb der Steuergrenze. Unter den Bäckern und Fleischern aber gab es keinen, der nicht Steuern gezahlt hätte! Eine neue Industrie war im Norden vor dem Oranienburger Tor erwachsen. Dort hatten sich die Maschinenfabriken von Egells, Wöhlert, Pflug und, alle überflügelnd, die von Borsig angesiedelt, die im Begriff stand, Englands Vormachtstellung im Bau von Lokomotiven zu überwinden. Die kräftigen, auskömmlich bezahlten Maschinenbauer, schon 1846 über 4000 Köpfe stark, bildeten die Elite der Berliner Arbeiterschaft. Sie waren noch eng mit dem Handwerkertum verbunden, dem sie entstammten, wie denn überhaupt jene' Zeit eine strenge Scheidung zwischen Handwerker- und Arbeiterstand nicht kannte. Feierten doch die völlig proletarisierten Seidenwirker selbst in dem Hungerjahr 1847 ihr Innungsfest mit einem öffentlichen Aufzug, und die Tuchmacher wie die leichte Stoffe webenden Raschmacher ließen ihr Motten- und ihr Fliegenfest nur in diesem Jahre ausfallen.

Die Einwohnerzahl war auf rund 400 000 gestiegen. Auf 40- bis 50 000 wurden die Arbeiter einschließlich der Gesellen, der Tagelöhner und kaufmännischen Lehrlinge geschätzt, die Handwerkslehrlinge auf 20 000 und auf ebensoviel die Dienstboten.

Das Stadtbild spiegelte das Nebeneinander von Altem und Neuem. Noch überwog das behäbig Bürgerliche; selbst in den breiteren Straßen herrschte das schlichte, meist zweistöckige Wohnhaus mit seiner Front von 5 bis 7 Fenstern. Trotzdem sich die Bevölkerung im letzten Menschenalter verdoppelt hatte, füllte sie das Stadtgebiet innerhalb der Mauern noch nicht aus. Diese stammten aus der Zeit Friedrich Wilhelms I.; an ihren zahlreichen Toren wurde die nur die Städte treffende Mahl- und Schlachtsteuer erhoben. Kornfelder wogten in der Luisenstadt neben ausgedehnten Gemüsebeeten. An Raum fehlte es nicht, um jedem eine ausreichende Wohnung zu sichern. Aber die wirtschaftliche Umwälzung, durch die aus dem blühenden Textilgewerbe eine Elendsindustrie geworden war, pferchte Tausende in den sieben Mietskasernen des Vogtlandes vor dem Hamburger und Rosentaler Tor zusammen, die wie zum Hohn den Namen Familienhäuser führten. Seit Bettina von Arnim in einem mutigen Buch den König auf diese Stätten des Jammers hingewiesen hatte¹, erhoben auch Schilderer Berlins, wie der dem frühen Kommunismus nahestehende Ernst Dronke und der zum Kreise der radikal gesinnten "Freien" gehörende "lange Saß"², die Anklage gegen diese schlimmste Erscheinung der Verarmung, des

¹ Bettina v. Arnim: Dies Buch gehört dem König (1843). Digitalisat der Originalausgabe: <https://www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb10104707?page=7>

[Alle Fußnoten vom Herausgeber dieser Neuausgabe.]

² Friedrich Saß: BERLIN IN SEINER NEUESTEN ZEIT UND ENTWICKLUNG (1846)

"Pauperismus" nach damaligem Sprachgebrauch. Es geschah aber nichts, und auch der 1844 gegründete "Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen" hätte hier nichts ausrichten können, selbst wenn die Regierung ihn zur Wirksamkeit hätte gelangen lassen. Gegen die von ihm als Allheilmittel empfohlenen Spar- und Prämienkassen hat sich die erste Broschüre des jungen Schriftsetzers Stephan Born gewandt, dem wir als Führer der deutschen Arbeiterschaft im Revolutionsjahr wieder begegnen werden. Einstweilen war er noch ein Lernender, 1840 als Setzerlehrling nach Berlin gekommen, durch Geistes- und Willenskraft wohl noch mehr zum Studieren berufen als sein älterer Bruder, dem allein der wenig bemittelte Vater den Zugang zu höheren Zielen hatte öffnen können. Was die Universität in den wenigen der Werkstattarbeit abgerungenen Stunden dem jungen Schriftsetzer geben konnte, ergänzte er an der Ausbildungsstätte, die der Stadtsyndikus Hedemann 1844 für den Vortrupp der Berliner Arbeiter geschaffen hatte, dem Handwerkerverein in der Johannisstraße. Wissenschaftliche und praktische Fortbildung stand im Vordergrund, Geselligkeit wurde gepflegt, Ausflüge in die Umgebung wurden unternommen, Weihnachtsausstellungen eigener Erzeugnisse veranstaltet. Dichterisch Veranlagte vereinten sich zu einem intimen Kreise; Borns anklagendes "Bettellied" erklang auch noch später in den Sitzungen. Mit zwei Lehrern hatte man begonnen, zuletzt widmeten sich sechzehn Männer, Philologen, Arzt; Juristen und Techniker, alle unentgeltlich, nicht nur als Fachlehrer, sondern als Erzieher zu freierem Menschentum dem Verein. Seine Seele war in den ersten Jahren Julius Berends, durch die Orthodoxie vom Prediger- und Lehramt ausgeschlossen, jetzt Besitzer einer kleinen Druckerei, dereinst Mitglied der äußersten Linken der preußischen Nationalversammlung.

Die Satzung schloß Religion und Politik aus, konnte es aber nicht hindern, daß in den Vorträgen Themen auftauchten wie "Der Güter höchstes ist die Freiheit" oder "Gab es schon im Mittelalter Proletarier?" Daß gar das gegen die kirchliche Orthodoxie gerichtete "Muckerlied" von den jungen Leuten gern angestimmt wurde, erhöhte noch den Unwillen der Regierung. Berends und der die Freiheit preisende Dr. Schmidt sollten aus dem Lehrkörper ausscheiden, der Verein aber blieb doch "eine Schule für heranwachsende Revolutionäre". Der Verkünder des Kommunismus freilich, der 1846 mit einigen Gesinnungsgenossen vor Gericht gestellte Schneidergeselle Mentel, fand wenig Anklang im Verein. Mentel war ein Anhänger Weitlings, in Paris Mitglied des "Bundes der Gerechten" geworden und hatte in , Berlin vier kommunistische Gemeinden gegründet.

Unter den Mitgliedern des Handwerkervereins überwogen die Gesellen; 1845 waren es 1254 gegenüber 87 Meistern, im folgenden Jahre 1984 zu 94. Daß später auch Lehrlinge zugelassen wurden, soll für viele ältere Mitglieder ein Grund zum Austritt gewesen sein. Die überkommenen zünftlerischen Anschauungen blieben eben selbst diesem Kreise nicht fremd, in dem sich das liberale Bürgertum mit

der Oberschicht der Arbeiter traf und mit ihr eine Verbindung einging, die in den Märztagen sich bewährte.

Die neue Gewerbeordnung vom Januar 1845 hob weder das Koalition- noch das Streikverbot auf, nahm also dem Arbeiter die einzige Waffe, mit der er unter der Herrschaft des freien Arbeitsvertrages günstigere Lebensbedingungen hätte durchsetzen können. Der einzige Streik, der in den vierziger Jahren ausbrach, endete für die Hauptteilnehmer mit Verhaftungen und Gefängnisstrafen. Die Unruhen, die im April 1847 eintraten, die sogenannte Kartoffelrevolution, hatten dagegen keinen sozialpolitischen Charakter. Sie waren, wie in zahlreichen anderen Städten Nord- und Süddeutschlands, eine Folge der schweren Mißernte des Vorjahres und der dadurch bedingten hohen Brot- und Kartoffelpreise. Die schwache Berliner Polizei war machtlos gegen die hungernden Massen, Militär mußte eingreifen. General von Prittwitz vom Gardekorps führte das Kommando, derselbe Prittwitz, der am 18. März den Kampf gegen die Barrikaden leitete. Nur wurde diesmal nicht geschossen, aber die schon durch das Vorgehen der Truppen bei dem "Feuerwerkskrawall" am 3. August 1835 erregte Erbitterung gegen das Militär gewann erneut Boden. Sie verband sich mit der halb zornigen, halb ironischen Einstellung des gebildeten Bürgertums gegenüber dem geckenhaften Hochmut der Gardeoffiziere, den eine der ersten zensurfreien Berliner Karikaturen in dem oft abgebildeten Blatt mit den Eisessern auf der Terrasse der Konditorei Kranzler verspottete. Von dem gebildeten, aber vornehmen und kalten Ton der Offiziere gegen das Volk hat selbst Prittwitz gesprochen. Das Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse Berlins wäre unvollständig, wollten wir nicht des bedeutenden Handels gedenken. Die Korporation der Kaufmannschaft zählte 1230 Mitglieder. Wolle, Leinen und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse, Kolonial- und Eisenwaren waren die wichtigsten Produkte des Großhandels. Ihm vor allem diente der Bau von Eisenbahnen, der von 1837 an im Laufe eines Jahrzehntes Berlin mit Magdeburg, Leipzig, Stettin, Breslau und Hamburg verband und alle Verkehrsverhältnisse umwälzte. Da diese Bahnen durch Aktiengesellschaften betrieben wurden, erfuhr der vorher nur lokale Börsenhandel einen starken Aufschwung. Ein kapitalistisches Großbürgertum begann, sich in Berlin eine Stellung zu schaffen.



Fashionable Eisesser am Kranzer-Eck (um 1835)

Abseits von der in Handel und Gewerbe tätigen Masse der Bevölkerung und doch durch mannigfaltige Interessen und persönliche Beziehungen mit ihrer Ober- und Mittelschicht verbunden, standen das in der Hauptstadt besonders zahlreiche Beamtentum und die Vertreter der freien Berufe: Ärzte, Anwälte, Künstler, Schauspieler, Dozenten und Schriftsteller — sie alle, bis auf den aristokratisch-absolutistisch gesinnten Bestandteil der höheren Beamten, Exponenten des aufstrebenden Bürgertums.

Hinter dem gesellschaftlichen Zustand Berlins war die politische Entwicklung weit zurückgeblieben. Nur in der städtischen Verwaltung herrschte seit der preußischen Reformzeit nicht mehr der Geist der Bevormundung durch die staatliche Bürokratie. Die Stadtverordneten wurden durch die Hausbesitzer und diejenigen Handel- und Gewerbetreibenden gewählt, die mindestens 200 Taler jährliches Einkommen besaßen; sie spiegelten ihren Berufen nach deutlich die soziale Stellung ihrer Wähler wider. Gemeinsam mit dem von ihr gewählten Magistrat führte die Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung Berlins im Einklang mit den besitzenden Bürgern, der Bourgeoisie, wie man schon damals in radikalen Kreisen gern sagte.

Ganz anders die Verfassung des Staates! Das Versprechen einer Volksvertretung, das Friedrich Wilhelm III. mehr als einmal gegeben hatte, war nicht gehalten worden. Nur in den einzelnen Provinzen wurden 1823 Landtage auf Grund der mittelalterlichen Gliederung des Volkes in Stände eingerichtet, deren Zusammensetzung ganz auf dem ländlichen und städtischen Grundbesitz

beruhte. Ein einziges Mal regte sich zu Lebzeiten des Königs in Berlin eine oppositionelle Strömung, eine Auswirkung der Julirevolution des Jahres 1830, die den Bourbonen für immer Frankreichs Krone kostete. Die beiden Berliner Tageszeitungen, die "Vossische" und die "Spencersche", bewiesen einen Hang zu "verwerflichen Prinzipien", der das Oberzensurkollegium entrüstete. Im nächsten Jahre wagte sogar eine wissenschaftliche Zeitung kritische Angriffe auf die Verwaltung, die sich in die Wochenschriften "Till Eulenspiegel" und "Berliner Figaro" fortpflanzten. Doch die scharfen Anweisungen des Ministeriums an den Zensor sorgten schnell dafür, die schüchternen Flämmchen des Liberalismus zu ersticken. Statt der bösen Politik wandte sich das Publikum wieder dem Theater, der Musik und der schönen Literatur zu. Aber auch diese erschien der hohen Regierung bald bedenklich, als das "Junge Deutschland" Themen aufgriff, die nicht zu der konservativ gewordenen Romantik und den überkommenen sittlichen Normen passen wollten. Beschlagnahmungen und Verbote der anstößigen Bücher erfolgten. Freilich, hoch und niedrig las voll glühender Neugier "Wally, die Zweiflerin" von Karl Gutzkow, dem geborenen Berliner, der in späteren Jahren jene reizenden Erinnerungen schreiben sollte, aus denen uns das Bild des kleinbürgerlichen Berlins zur Biedermeierzeit lebendig entgegentritt.

Im Jahre 1836 schrieb ein anderer Vorkämpfer des Jungen Deutschlands, der in Potsdam geborene, später ganz zum Berliner gewordene Theodor Mundt: "Berlin könnte etwas sein, aber es ist nichts." Nur "der Engel der Geschichte" würde unter Donner und Blitz einen Wandel herbeiführen können. Aber bedurfte es denn so revolutionärer Ereignisse? War nicht zu erwarten, daß der geistvolle Kronprinz sofort nach seiner Thronbesteigung mit dem verstaubten Bürokratismus seines Vaters aufräumen würde? Das war in der Tat die Hoffnung der radikalsten Denker Preußens, der Junghegelianer, die im Gegensatz zu Hegel auch die Religion und den Staat der dialektischen Entwicklungsmethode ihres Meisters unterwerfen wollten. Ein Berliner, der junge Oberlehrer Köppen, eröffnete den Feldzug, sobald der alte König am 7. Juni 1840 die Augen geschlossen hatte. Seine glänzend geschriebene, in Leipzig gedruckte Broschüre "Friedrich der Große und seine Widersacher" richtete einen leidenschaftlichen Appell an den neuen Herrscher, das Werk Friedrichs II., seinen Kampf gegen die geistlichen und weltlichen Mächte der Finsternis fortzuführen. Gewidmet aber war das Schriftchen Karl Marx, der während seiner Berliner Studienjahre mit Köppen einen Freundschaftsbund geschlossen hatte, den er zwei Jahrzehnte später bei einem Besuche in Berlin erneuerte. Köppen war, so schrieb Marx erfreut, "ganz der alte" geblieben.

In Berlin selbst erschien aus der Feder Heinrich Betas eine Schrift, die alles hier bisher Gedruckte an Kühnheit hinter sich ließ: "Das Jubeljahr 1840 und seine

Ahnen." Aber niemand dachte weniger daran, das von Beta ersehnte "höhere Gottesreich auf Erden" nach junghegelianischen Rezepten aufzurichten, als Friedrich Wilhelm IV. Das Buch wurde schleunigst beschlagnahmt.

Den gleichen Geist atmete die neue Monatsschrift "Athenäum", deren beste Kraft der ausgezeichnete Journalist Dr. Meyen war. Er hat wie sein Freund Arnold Ruge, der Herausgeber der "Halleschen Jahrbücher", und wie seine Mitarbeiter am "Athenäum", Ludwig Buhl und Dr. Nauwerck, auch im Revolutionsjahr eine Rolle gespielt. Nur in dem einen Jahre 1841 hat die Zeitschrift erscheinen dürfen, und auch Buhls volkstümlicherer Schriftenreihe "Der Patriot" war kein Langes Dasein beschieden. Hütete er sich auch vor jedem Angriff auf Preußen, trat er auch für die konstitutionelle Monarchie als "die organische Gestalt des Staates" ein, so war doch schon seine Kritik an den kirchlichen Glaubenssätzen der Regierung höchst anstößig. Ganz abgesehen von so ketzerischen Definitionen wie der des Protestantismus als des Protestes gegen jede Tradition und Autorität.

Daß Buhls vier Heftchen — das fünfte wurde verboten — überhaupt erscheinen konnten, verdankten sie der milderen Handhabung der Zensur, die der König Ende 1841 angeordnet, und die Buhl in einer Broschüre über den Beruf der preußischen Presse begrüßt hatte. Freie Presse, freien Glauben und eine Reform der Ständeversammlung verlangte sogar ein in Berlin gedrucktes Buch des Herrn von Bülow-Cummerow, der 1848 ein Vorkämpfer der ständischen Reaktion werden sollte.

Mit dem Radikalismus der "Rheinischen Zeitung" und der Entschiedenheit der "Königsberger Zeitung" zu wetteifern, machte die Nähe des Hofes und des Zensurministeriums der Tagespresse Berlins unmöglich. Immerhin brachte die "Vossische Zeitung" im April 1842 ihren ersten Leitartikel und ausführliche Berichte über die Verhandlungen der in Berlin zusammentretenden Vereinigten Ausschüsse der Provinziallandtage. Sie gewann den Dichter der Mark, Willibald Alexis, als Mitarbeiter, der sich auch auf dem Felde der Journalistik bewährte. Aber gerade, als er in einem seiner Artikel schrieb, daß die Pressefreiheit "im Blut, in der Luft, in der Vernunft" liege, war sie in Preußen ferner als je. Die Regierung war entsetzt über die Folgen ihrer Nachgiebigkeit. Ruges Jahrbücher wurden aus Halle vertrieben, die "Rheinische Zeitung" unterdrückt. Umsonst wandte sich Alexis in seinen Zensurnöten an den König. Er mußte eine scharfe Antwort hinnehmen, die zwar in der Berliner Gesellschaft vielen Widerspruch erregte, aber der politischen Tätigkeit des Dichters ein Ende bereitete. Diese Maßregeln im Verein mit der von oben her geförderten Idee eines christlichen Staates führten zu einer Radikalisierung der Junghegelianer. Aus freigesinnten Protestanten wurden Atheisten, aus Konstitutionellen wurden Republikaner.

Der offene Kampf für die geistige und politische Umwälzung aber wurde ins Ausland verlegt.

In Berlin blieb der Kreis der "Freien" um die Brüder Bruno und Edgar Bauer, Buhl, Köppen, Saß und den theoretischen Nihilisten Max Stirner. Weder ihre dialektischen Kunststücke, die sie in der "Allgemeinen Literaturzeitung" oder in Hippels Weinstuben zum besten gaben, noch ihre ironische Ablehnung jeder aktiven Politik, gleich welcher Richtung, bedeuteten viel für die Erneuerung von Staat und Gesellschaft. Nicht umsonst sind Marx und Engels in der "Heiligen Familie" gegen diese blutleeren Kritiker um der Kritik willen zu Felde gezogen. Engels hatte die "Freien" während seines Einjährigenjahres kennengelernt. Ihren Anregungen wird seine Kampfschrift "Schelling und die Offenbarung" entsprungen sein, die er im April 1842 gegen den "Offenbarungsphilosophen" erscheinen ließ, den Friedrich Wilhelm IV. als Überwinder Hegels nach Berlin berufen hatte.

Literarisch und künstlerisch bewegte junge Männer trafen sich sonnabends bei Lauch in der Werderschen Rosengasse nahe dem Spittelmarkt und bildeten bald eine Vereinigung unter dem Namen "Rütli". Sie war aber keine ernste Schwurgenossenschaft, sondern ein übermütiger Kreis junger Leute. Witz und Satire regierten und verschonten sowenig die Mitglieder wie die "Waisenknaben", die gnädig zugelassenen Gäste. Da sah man den schwächlichen Dr. Titus Ullrich, dem niemand das revolutionäre, den Menschen zum Weltzentrum ernennende "Hohelied" zugetraut hätte. Kossak kam, der Schöpfer des Feuilletons der "Zeitungshalle", der Musiker und glänzende Unterhalter Truhn, ein verbummeltes Genie, Rudolf Genée und Ernst Dohm, der feingebildete Schwager von David Kalisch, dessen "Einmalhunderttausend Taler" im Dezember 1847 mit den Couplets voll politischer und sozialer Anspielungen seinen Ruhm als Bühnenschriftsteller begründeten. In der für die Mitglieder geschriebenen Rütlizeitung und in der Rütlimappe mit den geistvollen Zeichnungen von Wilhelm Scholz und den Karikaturen des Apothekers Pusch herrschte übermütiger Humor, unter dem sich die "kritische Opposition gegen das Bestehende" verbarg. Ist der „Kladderadatsch" auch nicht unmittelbar dem "Rütli" entsprungen — Kalisch hat nur gelegentlich als Gast an den Sitzungen teilgenommen —, so wird er doch von der Rütlizeitung genug gehört haben und durch sie angeregt worden sein. Als aktiver Achtundvierziger ist freilich aus dem "Rütli" nur Max Schasler hervorgegangen.

Die ernste politische und wissenschaftliche Literatur sollte durch die neuen Zensurbestimmungen nicht getroffen werden. Zensurfrei waren auch Karikaturen, die dem König, der seinem Hang zu nicht immer harmlosen Witzen gern die Zügel schießen ließ, einen Ausgleich für den unbequemen Zwang der

Staatsgeschäfte boten. Über allen journalistischen Erzeugnissen aber waltete der Zensor, gegen dessen Streichungen an das Oberzensurgericht appelliert werden konnte. Die "Vossische Zeitung" hat es oft getan, manchmal mit Erfolg, doch die meisten liberalen Artikel fielen dem Rotstift zum Opfer, weil zwar Kritik, aber nur "wohlmeinende" gestattet war. Soweit eine Opposition laut werden konnte, versteckte sie sich hinter den "Eingesandts", den Stimmen aus dem Leserkreis, wie wir heute sagen würden. Ganz so schlimm, wie es Tadel und Spott der Zeitgenossen vermuten lassen, stand es um die Berliner Zeitungen nicht.

Im Sommer 1843 gründete der junge Jurist Dr. Woeniger unter dem stolzen Titel "Der Staat" die erste liberale Monatsschrift Berlins. Er hatte hier unter Savigny studiert, war für kurze Zeit zu den "Freien" abgeschwenkt, doch bald zu .gemäßigeren. Anschauungen zurückgekehrt. Seine Zeitschrift trug einen ausgesprochen ernsten Charakter und verzichtete auf die beliebten aktuellen Notizen und auf das literarische Gewand des "Athenäums". Das war wohl der Grund, daß sie nicht die Gunst des Publikums gewann und sich kaum länger als ein Jahr halten konnte. Sie verband liberale Gesinnung mit einem sentimentalischen Sozialismus und der Forderung nach nationaler Einheit Deutschlands. So schlug sie Gedankengänge an, die das Jahr 1848 wieder aufnahm, freilich mit einer ganz anderen Leidenschaft. Auch Dr. Woeniger wird uns in den Märztagen wieder begegnen.

Mit leichterem, aber spitzigem Pfeil schoß in den vierziger Jahren Feodor Wehl auf alles, was ihm veraltet, zahm und unpolitisch erschien. In Berlin erzogen, aus guter Familie, kokettierte er mit einem Radikalismus, der weltenfern war von dem der "Sieben Weisen" des räucherigen Hippelschen Weinlokals in der Friedrichstraße. Aber die immer auf Berlin und auf die Gegenwart zugeschnittenen Bosheiten seiner "Wespen" rüttelten den Philister aus seiner Ruhe und gefielen ihm, auch wenn sie ihn nicht schonten. Sogar eine so spießbürgerliche Zeitschrift wie "Der Freimütige", die sich eben noch gegen "politische Tändeleien und Faseleien" erklärt hatte, nahm 1844 ein sozialrevolutionäres Gedicht von Karl Beck auf und schmuggelte in eine Theaterrezension eine blutige Verhöhnung des Adels und der Reaktion ein. Wer durfte sich da wundern, wenn sich der altehrwürdige "Gesellschafter" des Professors Gubitz in eine liberalgefärbte Zeitschrift umwandelte?

Der eigentliche politische Erwecker der Massen aber wurde der Sohn und Liebling Berlins, Adolf Glaßbrenner. Den unübertroffenen Schilderer des Volkes, seiner Leiden und Freuden ergriff die Bewegung der Zeit, erfüllte ihn mit Sehnsucht nach freiem Menschentum, mit Haß gegen alle Bevorrechtigungen und mit Abneigung gegen das offizielle Kirchenrum. Schon seine "Guckkastenbilder" von 1841 waren eine Tendenzschrift, deren Gefährlichkeit

die Regierung wohl fühlte. Alle Beschlagnahmungen und Verbote hatten bei der Geschicklichkeit der Verleger und Buchhändler keinen Erfolg und machten nur die Zensur- und Polizeibehörden lächerlich. In dem 20. Heft von "Berlin, wie es ist — und trinkt" fand der geistvolle ehemalige Diplomat Varnhagen von Ense "die schrecklichsten Dinge"; diese von aller Welt gelesenen Hefte seien von unberechenbarer Wirkung.

Den losen Heftchen Glaßbrenners, die Jahr für Jahr herauskamen, trat im Herbst 1845 die radikalste, bestredigierte und verbreitetste politische Monatsschrift Berlins zur Seite, "Fields Volksvertreter". Schon im Dezember erreichte sie eine Auflagenhöhe von 16 000 Stück. Ihr Herausgeber war der frühere Leutnant Friedrich Wilhelm Held, der den öden Garnisdienst erst mit der schönen Literatur, dann als Herausgeber der Leipziger "Locomotive" mit der politischen Journalistik vertauscht hatte. Als die sächsische Regierung die "Locomotive" verbot, ging Held nach Preußen und wurde mit erstaunlicher Schnelligkeit auf dem Baden Berlins heimisch. Er wußte so zu schreiben, daß die Menge ihn verstehen konnte und zugleich zu ihm als ihrem treuesten Freunde aufsehen mußte. Die demagogischen Talente, die ihn 1848 auf den Gipfel der Volkstümlichkeit führten, bildete er in seinem "Volksvertreter" aus. Eine geschickte Stoffeinteilung ließ den Leser nie müde werden und eine Beschwerderubrik, in der jedermann zu Worte kam, schlang ein Band des Vertrauens um Herausgeber und Abonnenten.

Held hat die Zensur zur Verzweiflung gebracht und es erreicht, daß nach dem Ausspruch eines Regierungsbeamten das Novemberheft des "Volksvertreters" mehr moralisches und politisches Gift enthielt als irgendeine andere in Preußen gedruckte Schrift. Vom Juli 1846 an mußte Held in Magdeburg eine Festungshaft wegen eines früheren Pressevergehens antreten; seine Zeitschrift trug seinen Namen weiter, wenn sie auch "gemütlicher" und zuletzt unter Heinrich Beta ein Organ des Freihandelsvereins wurde.

Für die zahlenmäßig nicht allzu ausgedehnte, aber einflußreiche Schicht der geistig Anspruchsvollen war die Universität die natürliche Führerin. Die Kämpfe, die ihr Senat und in vorderster Linie die philosophische Fakultät für die Lehrfreiheit ausfochten, fanden weithin Widerhall. Der Kultusminister Eichhorn, den die Liberalen als einen Freund Schleiermachers und als Mitbegründer des Zollvereins zuerst freudig begrüßt hatten, verlor schnell ihr Vertrauen. Sein Programm, Glauben und Erkennen zu versöhnen, mußte letzten Endes zu Eingriffen in die freie Lehre führen. So wurde Bruno Bauer wegen seiner Kritik an den Evangelien seines Lehrstuhls an der Universität Bonn entsetzt und dadurch erst recht radikalisiert. Er verlegte seine Wirksamkeit nach Berlin und wurde das Haupt der "Freien". Der Berliner Privatdozent Nauwerck hatte sich schon durch einige Aufsätze in den "Halleschen Jahrbüchern" als ein

"patentierter Revolutionär" den Zorn des Königs zugezogen. Als er nun noch eine geschichtsphilosophisch verbrämte liberale Vorlesung unter dem Titel "Der Staat" veröffentlichte, war sein Schicksal allen Einwendungen der Fakultät zum Trotz besiegelt. Am gleichen Abend aber, an dem er seine Vorlesungen einstellen mußte, zogen seine Schüler, begleitet von dichten Volksmassen, zu seiner Wohnung und drückten ihm ihr Beileid und ihre Hochachtung aus, während die Bürger Berlins ihn bei der nächsten Gelegenheit zum Stadtverordneten wählten.

Schon im März 1841 hatten Studenten den Professoren Vatke und Marheineke, Häuptern der dem Könige und seinen Ministern gleich verhaßten "Hegelinge", eine Serenade gebracht, bei der Reden über die Freiheit der Wissenschaft gewechselt wurden. Im Winter 1843/44 wurde die Stimmung der jungen Leute sehr erregt. Sie gründeten Lesezirkel und hielten sonnabends in der Leipziger Straße, später in den Zelten Versammlungen ab, bis die Polizei und der Senat dagegen einschritten. Ein harmloser Fackelzug für die Brüder Grimm bekam einen politischen Anstrich, als ein Student den zufällig dort anwesenden Hoffmann von Fallersleben entdeckte und ein Hoch auf ihn ausbrachte. War doch der Dichter der "Unpolitischen Lieder" eben dieser Lieder wegen seiner Breslauer Professur entsetzt worden, was die Studenten allerdings nur darin bestärkte, seine Verse zu singen. Aus allen Kneipen tönte es:

*"Ist denn gar kein Weg,
Ist denn gar kein Steg,
Der uns führt aus dieser Sklaverei?"*

Selbst die Akademie der Wissenschaften geriet für einen Augenblick in das politische Fahrwasser, als in einer öffentlichen Sitzung am 28. Januar 1847 Friedrich von Raumer³ auf die Kirchenpolitik des Königs anspielte und einige Hörer dabei lachten. Der König gab der Akademie seine Mißbilligung kund, und der Minister Eichhorn war taktlos genug, das Entschuldigungsschreiben der Akademie zu veröffentlichen. Raumer erklärte daraufhin seinen Austritt. Die Berliner Presse feierte ihn als wahrheitsliebenden Forscher, in der Gesellschaft riß das Gespräch über ihn nicht ab, und die Bürger wählten ihn zum Stadtverordneten.

Die Studenten waren nicht die einzigen, die durch Hoffmann und mehr noch durch Herweghs "Gedichte eines Lebendigen" begeistert wurden. Rudolf Genée, ein Berliner Kind und damals Schüler des Meisters der Holzschneidekunst, Professor Gubitz, wußte noch nach einem halben Jahrhundert zu erzählen, wie

³ Siehe hierzu im Anhang: "Zeitgenoss*innen".

sich die jugendlichen Gemüter an Herweghs und Freiligraths Gedichten oder an Heines Satire "Deutschland, ein Wintermärchen" entzündet hatten. Was Genée an moderner Literatur erwischen konnte, schaffte er an. Seine Lieblinge ließ er sich gleichmäßig einbinden, genau so, wie es ein Professor des Joachimsthalschen Gymnasiums mit den verbotenen Werken der deutschen Dichter machte. Auch das Theater wurde politisch, jede freisinnig klingende Stelle in Goethes "Egmont" erntete Beifall. Einem Drama von Robert Prutz wurde das mehr dem liberalen Autor als seinem Stück geltende Klatschen sogar verhängnisvoll, es wurde von der Intendanz sofort abgesetzt, während Laubes "Karlsschüler" und Gutzkows "Uriel Acosta" wieder wie Fanfaren der Freiheit ertönten. Bis in die Schulen drang der Geist der Auflehnung; im Friedrichwerderschen Gymnasium gingen Abschriften von Gedichten Herweghs und Heines von Hand zu Hand. Der königstreue erzogene Georg Ebers sang mit seinem älteren Bruder ohne Scheu in einer Privatschule:

*"Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben?
 Sie kämpfen zwischen Finsternis und Licht!
 Daß für die Freiheit meine Väter starben,
 Das merkte ich bis heute wahrhaft nicht!"*

17

Der Gassenhauer "War wohl jemals wer so frech, wie der Bürgermeister Tschech", der das Attentat Tschechs auf Friedrich Wilhelm IV. in kaum verhehlter Form ins Lächerliche zog, verbreitete sich über die Bürgerschaft bis in die Schulklassen. Er tat zwar der Königstreue, die trotz aller Kritik und Mißstimmung noch herrschte, kaum Abbruch. Aber unmöglich konnte sich die Berliner Spottlust dieses Bänkelsängerlied entgehen lassen!

Irgendeine feste Form für die politische Willensbildung, sei es eine Partei oder auch nur ein Verein, gab es noch nicht. Höchstens den Salon Varnhagens von Ense dürfen wir als einen formlosen politischen Klub ansehen. Denn so gewiß in diesem Salon, dem einst Varnhagens Gattin Rahel das Gepräge verliehen hatte, auch nach ihrem Tode das literarische Gespräch nicht verstummte, so trat doch das Interesse an den bewegenden Fragen der Zeit immer mehr in den Vordergrund, kamen neben Anhängern der Regierung immer stärker ihre Gegner zu Gehör.⁴

Wollte sich der Berliner über die politischen Ereignisse nicht nur schlecht und recht durch die Lektüre der hier erscheinenden Zeitungen unterrichten,

⁴ In Bettine v. Arnims Haus In den Zelten 5 existierten offenbar zwei politisch profilierte Salons: der fortschrittliche um Bettine selbst sowie ein konservativer, an Adel und Bürokratie orientierter Kreis um zwei ihrer Töchter (vgl. Armin Strohmeier: DIE FRAUEN DER BRENTANOS; Berlin 2006, S. 204-206).

dann war er auf die auswärtige Presse mit ihren milder oder gar nicht zensierten Artikeln angewiesen. Dafür gab es die Lesecafés mit ihren ganz bestimmten Besucherkreisen. Zu Spargnapani, Unter den Linden, gegenüber von Kranzler, kamen die jüngeren Akademiker und die Ausländer, die sich in Berlin aufhielten; bei Stehely am Gendarmenmarkt trafen sich einige Größen der Universität mit Literaten und Journalisten, deren radikale Gruppe, die Meyen, Rutenberg, Saß, das nach hinten liegende Zimmer mit Beschlag belegten; Giovanoli an der Ecke der Charlotten- und Behrenstraße sah die hohe Beamtschaft in seinen dunklen Räumen, während die Kaufleute und Börsianer ihr Quartier bei Courtin in der Königstraße aufgeschlagen hatten. Aus diesem altgewohnten Rahmen heraus fiel die Schöpfung des Dr. Julius, die "Zeitungshalle", die im Herbst 1846 an der Ecke Oberwall- und Jägerstraße eröffnet wurde. Sie hatte keine besonderen leiblichen Genüsse, doch die reichhaltigste Auswahl in- und ausländischer Presseerzeugnisse zu bieten. Im Anschluß daran hatte Julius, ebenfalls unter dem Namen "Zeitungshalle", ein eigenes, vor allem volkswirtschaftlich orientiertes Organ ins Leben gerufen, im modernen französischen Format, mit dem Feuilleton unter dem Strich. Die ausgezeichneten Kenntnisse seines Herausgebers und seine mit der Wirtschaftspolitik des Handelsministeriums vielfach sich beegnenden Anschauungen hatten ihm die Unterstützung der Regierung verschafft, die nicht ahnte, welch revolutionäres Temperament sich hinter seinen bleichen Gesichtszügen verbarg. Durch ihre vortrefflichen Börsenberichte gewann die Zeitung einen Stamm von Abonnenten in den Kreisen der Berliner Kaufmannschaft. Dafür, daß ihr Herausgeber in den der politischen Meinungsäußerung gesteckten Grenzen blieb, sorgte die Zensur.

18

Der Kern der Bürgerschaft, die Hausbesitzer und selbständigen Gewerbetreibenden, stand dem eigentlichen politischen Treiben vielleicht am fernsten. Doch teilte er die Empörung über die Ausweisung der liberalen süddeutschen Abgeordneten Hecker und von Idstein und nahm lebhaft Anteil an der Verlobung Herweghs mit einer Berlinerin. Am tiefsten wurden alle durch die religiösen Probleme ergriffen, die sich an die Begründung des freikirchlichen Deutschkatholizismus durch Ronge und an die protestantische Bewegung der Lichtfreunde knüpften. Dagegen fanden weder die orthodoxe Richtung in der evangelischen Kirche, die von obenher begünstigt wurde, noch die radikale Kritik an den christlichen Glaubenslehren stärkeren Rückhalt bei dem gebildeten Bürgertum, das größtenteils auf dem Boden der Aufklärung des 18. Jahrhunderts stand. Am 15. August 1845 veröffentlichte eine große Zahl von Berlinern, die den verschiedensten Berufen angehörten, eine aufsehenerregende Erklärung, die für eine bessere Kirchenverfassung mit maßgebender Beteiligung der Gemeindemitglieder eintrat. Der Magistrat griff die Anregung auf und richtete eine Eingabe an den König, in der er sich gegen die orthodoxe Partei und

für Freiheit der Lehre aussprach. Der König nahm die Bezeichnung der "wahrhaft gläubigen Christen", zu denen er sich selbst rechnete, als einer Partei äußerst ungnädig auf, die Bürgerschaft aber sah in ihrem Magistrat den berufenen Sprecher für ihr religiöses Freiheitsbedürfnis, das unwillkürlich eine politische Färbung annehmen mußte. Den Unmut über die Heuchelei und Streberei, die der Glaubenseifer des Königs hervorrief, teilten selbst konservative Beamte. Dies war die Stimmung der preußischen Hauptstadt, als das königliche Patent und die drei Verordnungen vom 3. Februar 1847 erschienen, in denen Friedrich Wilhelms IV. Ideen über die künftige Verfassung Preußens niedergelegt waren. Diese Ideen hatte er in sich aufgenommen zu einer Zeit, die weit zurücklag hinter der, die ihn zum Regenten des preußischen Staates berief. Sie entstammten der romantisch-deutschen Begeisterung der Freiheitskriege und hatten sich mit der Lehre Hallers verbunden, des Theoretikers der ständischen Staatsanschauung. Im Verein mit einer ganz persönlichen, an das älteste Christentum anknüpfenden Religiosität hatten sie in dem Herzen des Königs ein wunderbares politisches Traum- und Wunschbild entstehen lassen. Alles, was diesem Bilde eines ständisch gegliederten, zu seinem Könige in Liebe und Vertrauen aufschauenden Volkes nicht entsprach, erschien ihm als Sünde, als Abfall von der gottgewollten Ordnung. Die alles reglementierende Bürokratie seines Vaters war ihm unsympathisch, wenn er sich auch ihre Dienste gegen den verhaßten, "seelenaustrocknenden" Liberalismus und seine höllische Frucht, die Demokratie, gefallen ließ. An seinem System, wenn man das Wort auf ein solches Ideengebäude anwenden darf, hielt er mit dem ererbten hohenzollernschen Selbstbewußtsein fest. Seine Überzeugung, daß Gott die von ihm eingesetzten Könige mit einem nur ihnen eigenen, geheimnisvollen Wissen ausgestattet habe, gab diesem Selbstbewußtsein eine religiöse Weihe. So leicht sein empfänglicher Geist zu beeinflussen schien, so innige Freundschaften er mit gleichgestimmten Seelen schloß — mit seinem Londoner Gesandten Bunsen etwa oder mit dem geistreichen General und Diplomaten von Radowitz —, in Wahrheit waren doch alle Freunde und Ratgeber für ihn nur Figuren in dem Spiel, das er mit königlicher Freiheit zu spielen gedachte. Niemand hat das gleich klar und gleich schmerzlich erkannt, wie der treueste Freund schon seiner Kronprinzenjahre, Leopold von Gerlach.

Wenn es das Wesen des Staatsmannes ausmacht, die vorwärtsdrängenden gesellschaftlichen Kräfte zu erkennen und ihnen zu politischer Gestaltung zu verhelfen, dann ist bei all seinem Geist und bei all seiner zweifellosen Liebe zu seinem Volk und zu Deutschland wohl kein Herrscher weniger Staatsmann gewesen als der vierte Friedrich Wilhelm. Eine tiefe, noch in unsere Gegenwart hineinreichende Tragik liegt in dieser Tatsache, die das durch die Zeit verlangte und durchaus mögliche Umschmelzen der preußischen Militärmonarchie in

einen Volksstaat und dessen Aufgehen in ein demokratisches Deutschland verhindert hat.

Ein kluger Beobachter hat einmal gesagt, Friedrich Wilhelm IV. sei der erste politische Redner Preußens gewesen. Die Reden des Königs bei den Huldigungsfeiern in Königsberg und in Berlin, die in farbigen Bildern einer herrlichen Zukunft von König und Volk schwelgten, mußten Hörer und Leser mit fast überschwenglichen Hoffnungen erfüllen. Lange Jahre hatten sie nur einen wortkargen Herrscher und ein fleißiges, aber trockenes Beamtenregiment gekannt. Nun trat der unumschränkte König aus seiner Abgeschlossenheit hervor und wandte sich in überquellender Begeisterung an die Liebe und Treue seiner Untertanen, denen er wahre Freiheit und ein einiges deutsches Vaterland versprach. Kühlere Naturen freilich blieben schon beim Hören der glänzenden Worte ungerührt. "Abwarten", sagte ein angesehener Herr in Königsberg zu der jungen Fanny Lewald, deren verstandesklare Zurückhaltung vor dem Schwung der königlichen Worte kapituliert hatte. Fürst Metternich, Österreichs Staatskanzler, zu dem der König wie zu einem väterlichen Freunde und politischen Orakel aufsaß, meinte beim Kölner Dombaufest gar, man wisse nicht, ob der König durch seine Reden sich oder seine Zuhörer mehr berausche.

Je höhere Erwartungen Friedrich Wilhelm erweckt hatte, um so tiefer enttäuschten seine Taten. Man ließ es sich gefallen, daß er die in den letzten Jahren eingeschlafenen Provinziallandtage wieder belebte, doch man wollte mehr, man wollte die 1815 versprochene "Nationalrepräsentation". Der König aber baute sich ein seltsam verschnörkeltes System von drei nebeneinander bestehenden Vertretungen der mittelalterlichen Stände, des Adels, der Bürger und der Bauern auf, von denen jede ihre besonderen Rechte haben, keine eine wirkliche Volksvertretung sein sollte. Das nannte er "einen Bau ohne die sündlichen Possen und das häßliche Theaterspiel der modernen Konstitutionen". An diesem Plan hielt er mit all der Zähigkeit fest, die er jedem Widerstande gegen seine Lieblingsideen entgegenzusetzen wußte. Im August 1842 berief er Ausschüsse aus den acht Provinziallandtagen, die sogenannten Vereinigten Ausschüsse, nach Berlin. Sie gingen im November auseinander, nachdem sie ihr Gutachten über die vorgeschlagene Ermäßigung der Salzsteuer und über eine Zinsgarantie für Eisenbahnen abgegeben hatten. Zu beschließen hatten sie nichts, an der Berliner Bevölkerung gingen daher ihre Beratungen eindrucklos vorüber.

Und nun folgten fünf Jahre, ehe der Schlußstein zu dem königlichen Bau gefügt wurde. Im Verlauf der endlosen Beratungen war 1845 der Innenminister Graf Arnim [Boitzenburg] ausgeschieden, weil er keine Dreiheit, sondern einen

Reichstag mit festen Rechten und regelmäßiger Einberufung wollte. Sein Nachfolger Bodenschwingh hatte, wie die Mehrzahl der Minister, große Bedenken gegen die Pläne des Königs. Am Ende fügten sich alle. Die stärksten Einwendungen, freilich im streng absolutistischen Sinne, hatte immer wieder sein jüngerer Bruder Wilhelm erhoben, den der kinderlose König 1840 unter dem Titel "Prinz von Preußen" zum Thronerben erklärt hatte. Seine Stellungnahme konnte nicht verborgen bleiben, am wenigsten in Berlin. Sie legte den Grund für das Mißtrauen aller Schichten der Bevölkerung gegen ihn; bei der "Kartoffelrevolution" im Frühjahr 1847 warf man ihm die Fenster ein.

Das Hinauszögern der Entscheidung über die Verfassungsfrage schürte die Mißstimmung. Auf allen Provinziallandtagen außer in Brandenburg und Pommern erklärte sich 1845 eine Mehrheit für eine reichsständische Verfassung. Wie die drei Vertreter Berlins auf dem brandenburgischen Landtage gestimmt haben, wissen wir leider nicht. Das Patent vom 3. Februar 1847, das die Krönung des Verfassungswerkes bringen sollte, bestimmte, daß am 11. April in Berlin die Mitglieder aller Provinziallandtage zu einem Vereinigten Landtag zusammentreten sollten. Innerhalb dieser ungefügten Körperschaft von mehr als 600 Abgeordneten bildeten die Prinzen des königlichen Hauses und die 72 vornehmsten Adligen einen Herrenstand, der bei Finanzfragen gemeinsam mit den drei niederen Ständen, sonst aber getrennt beriet. Das wichtigste Recht einer Volksvertretung, das auf regelmäßige Einberufung, die sogenannte Periodizität, fehlte. Es fehlte auch jede Erwähnung der Verordnung vom 15. Mai 1815 über die zukünftige Landesrepräsentation, deren Rechtsgültigkeit niemand außer dem König bestritt. Aber er wollte nun einmal ein "freier König" sein, der aus seiner Gnade dem Volke gab, was ihm zu geben richtig schien.

Mit dem ganzen Aufgebot seines Scharfsinns bäumte sich der als Staatsrechtslehrer allgemein anerkannte Breslauer Jurist Heinrich Simon gegen das königliche Geschenk auf. Aber so großen Eindruck seine Schrift "Annehmen oder Ablehnen" auch machte, die Liberalen waren nicht nur in Preußen, sondern selbst in dem fortgeschritteneren Süddeutschland für das Annehmen. In Berlin gingen die Wogen der Erwartung so hoch, daß Magistrat und Stadtverordnete beschlossen, den Abgeordneten ein großes Fest im Opernhaus zu veranstalten, um dessen Freigabe sie den König baten. Allein dieser gab den städtischen Behörden zu verstehen, sie sollten das Geld lieber für wohltätige Zwecke verwenden. Wohl auf diesen Wink hin verzichteten sie auf den Plan, kaum mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung, die sich allgemein dagegen aussprach, in einer solchen Notzeit, wie es der Winter 1846/47 war, 10 000 Taler für ein Festessen auszugeben. Vom Ende März an trafen die Abgeordneten in Berlin ein, und es entfaltete sich ein politisches Leben, wie es so frei und so großzügig die Stadt noch nie gesehen hatte. In diesen Monaten ist die Residenzstadt Berlin erst wahrhaft zur Hauptstadt des Staates geworden. Schon begann auch die Bildung

der Parteien, gefördert durch die Anwesenheit von Männern, die nicht zu den Abgeordneten gehörten, aber eine ausgeprägte Richtung politischen Denkens vertraten: aus Schlesien Heinrich Simon und zwei Radikale sozialistischer Färbung, der Fabrikant Schlöffel, später Mitglied des Frankfurter Parlaments, und Graf Reichenbach, der als Burschenschaftler unter dem Demagogenverfolgungen gelitten hatte und 1848 auf der äußersten Linken der preußischen Nationalversammlung saß; aus Königsberg erschien Johann Jacoby, der berühmte Verfasser der bei der Einberufung der Provinziallandtage Anfang 1841 erschienenen "Vier Fragen", des Programms der ostpreussischen Liberalen; aus der Mark kam von Bülow-Cummerow. Die Rheinländer, geführt von den liberalen Führern des Großbürgertums, tagten im "Russischen Hof" an der Bauakademie; das "Englische Haus" in der Mohrenstraße sah die Konservativen, der Oberburggraf von Brünneck sammelte in seinem Quartier ostpreussische und rheinische Liberale um sich.



Friedrich Engels: Friedrich Wilhelm IV. eröffnet den Landtag

Am 11. April eröffnete der König, umgeben von sämtlichen Prinzen, im Weißen Saale des Schlosses den Landtag. In seiner Thronrede erklangen noch einmal die ihn erfüllenden Vorstellungen von der Herrlichkeit der ständischen Verfassung und dem natürlichen Verhältnis zwischen Fürst und Volk, das er nie in ein konventionelles, konstitutionelles verwandeln lassen würde. Und es schloß sich daran jene leidenschaftliche Beteuerung, daß sich nie "zwischen

unsern Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung" eindringen solle. Friedrich Engels hat die Szene in einer geistreichen Karikatur festgehalten: der König mit erhobenem rechtem Arm vor dem Thron stehend, zwei Schwerträger vor ihm, Höflinge im Hintergrund, zur Linken die Abgeordneten. Darunter die Worte: "Ich und mein Haus wollen dem Herrn dienen." Die Rede war eine Kampfansage an die Rechtsauffassung der Liberalen, mochten sie auf bürgerlichem Boden stehen, wie die Rheinländer und Königsberger, oder mehr auf ständischem, wie der mächtigste Redner dieses Parlaments, der Westfale Georg von Vincke. Sein "Recht muß doch Recht bleiben" wurde zum geflügelten Wort, das sich bis in die Höheren Schulen Berlins fortpflanzte.

Wir dürfen hier nicht auf die Beratungen des Landtags über die Beantwortung der Thronrede durch eine Adresse an den König oder über die durch die Regierung vorgelegten Gesetzentwürfe eingehen. Männer, die im Revolutionsjahre als Minister oder Abgeordnete in den Vordergrund der politischen Bühne traten, haben damals zuerst die Augen Deutschlands auf sich gelenkt: der Pommer Graf Schwerin, ein Schwiegersohn Schleiermachers; der Verfasser des Adreßentwurfs, der reiche Kaufherr von Beckerath aus Krefeld, dessen Vater noch am Webstuhl gesessen hatte; der Aachener Hansemann, dem die rheinischen Eisenbahnen ihr Aufblühen verdankten, der selbstsichere Vertreter der zur Herrschaft drängenden Bourgeoisie; der Kölner Handelskammerpräsident Camphausen, bei allem Freimut eine zum Ausgleich neigende Natur; der Ostpreuße von Auerswald, der mit seinen adligen und bürgerlichen Landsleuten die Bewilligung einer Anleihe für die lang ersehnte Ostbahn nach Königsberg verwarf, weil dem Landtag keine Periodizität und damit keine Rechtsgrundlage gewährt worden war. An dieser Frage scheiterte die letzte Gelegenheit, Preußen friedlich auf die Bahn zu einem Verfassungsstaat hinüberzuleiten.

Die Stadt Berlin hatte durch ihre Abgeordneten, den Stadtsyndikus Möwes, den ehemaligen unbesoldeten Stadtrat Geheimen Finanzrat Knoblauch und den Stadtverordneten Schauß, eine Reihe von Anträgen im liberalen Sinne eingebracht. Möwes sprach fließend, aber mit starkem Berliner Dialekt über Steuerfragen und über die staatsrechtliche Gleichstellung der Juden. Knoblauchs siegreicher Zusammenstoß mit dem Minister von Bodelschwingh in einer bankrechtlichen Frage erregte in den Salons wie in den Kaffeehäusern bewundernde Zustimmung. Die Genehmigung der Öffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen, die Berlin schon seit Jahren gewünscht hatte, war eines der wenigen positiven Ergebnisse des Landtages. In Berlin blieb die Teilnahme freilich gering. Man begnügte sich mit den Berichten der Tagespresse;

die besten schrieb Dr. Zabel, der spätere Redakteur der "Nationalzeitung", für die "Zeitungshalle".

Die Sitzungen des Landtages waren nicht öffentlich, aber seine Verhandlungen erschienen sofort in der Staatszeitung. In der Zeitungshalle, die sich in diesen Frühjahrsmonaten zu einem Sammelpunkt der radikalen Schriftsteller und ihrer Freunde ausbildete, und in den Konditoreien wurden die Reden vorgelesen und mit Ausrufen und Bemerkungen begleitet. Überall sah man die Bilder der liberalen Abgeordneten. Im "Hotel de France" in der Leipziger Straße wurden "Reunions" zwischen ihnen, von auswärts herbeigeeilten Politikern und Einwohnern Berlins veranstaltet. Allerdings dauerten sie nicht bis zum Schlusse der Verhandlungen, und die geplanten Zusammenkünfte in einem Gartenlokal schliefen bald ein. Nach der Schlußsitzung des Landtages wurde Vincke von einer großen Volksmenge dankbar begrüßt. Die Reden, die von mehr als einem Dutzend freisinniger Deputierter auf dem zwanglosen Abschiedsessen bei Mielentz, Unter den Linden, gehalten wurden, durften auch die in dem Lokal weilenden Berliner mit anhören.

Es ist wohl richtig, daß die Anteilnahme Berlins am Vereinigten Landtag noch lebendiger gewesen wäre, hätten nicht die Teuerung und die gerade in der zweiten Tagungswoche ausbrechende Kartoffelrevolution die Aufmerksamkeit großer Teile der Bevölkerung ganz in Anspruch genommen. Aber die Wirkung der Verhandlungen auf das eigentliche Bürgertum kann kaum überschätzt werden. Gewiß, an eine politische Revolution dachten weder die hungernden Massen noch die Liberalen aller Schattierungen. Aber sollten Verhältnisse eintreten, die geeignet waren, die alte Staatsform Preußens zu zerbrechen, dann standen die Kräfte dafür in Berlin bereit: ein Bürgertum, das in Staat und Kirche nach Freiheit verlangte, und ein Proletariat, das mit der Freiheit zugleich eine menschenwürdigere Gestaltung seiner Arbeitsbedingungen erkämpfen konnte.

DIE FEBRUARREVOLUTION UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF BERLIN

Die Revolution, die am 22. Februar 1848 in Paris begann, am 23. zum Rücktritt des Ministeriums und am 24. zur Abdankung König Louis Philipps führte, war nicht nur ein französisches, sondern ein europäisches Ereignis. Nach Berlin gelangte die erste Kunde am 26. Februar; am 27., einem Sonntage, trafen abends "schlimme Nachrichten" aus Paris ein. Alle öffentlichen Lokale und Lesekonditoreien waren überfüllt, immer neu hinzuströmenden Gästen wurden Meldungen vorgelesen. Am Abend des 28. gab die "Zeitungshalle" die Ausrufung der Republik bekannt, brachten Brüsseler und Kölner Zeitungen eingehende Schilderungen der sich überstürzenden Vorgänge in der französischen Hauptstadt. Während aber in Süddeutschland, das schon konstitutionelle Verfassungen besaß, nach wenigen Tagen liberale Forderungen erhoben und bewilligt, während in der Rheinprovinz Adressen und Petitionen an den König beschlossen wurden, berieten in Berlin die seit dem Januar tagenden Vereinigten Ausschüsse ruhig den Entwurf eines Strafgesetzbuches. Die Zensoren walteten ihres Amtes, die Polizei verbot mißliebige Bücher. Sogar der Handwerkerverein sollte geschlossen werden, durfte indessen seine Sitzungen fortsetzen, nachdem er dem Polizeipräsidenten eine beruhigende Erklärung abgegeben hatte.

Und doch "betäubte, blendete und berauschte" die Februarrevolution Berlin. Wenn das Berauschte sich eine Woche lang nur in Diskussionen äußerte, dann lag das an der trotz aller Enttäuschungen dem Königshaus ergebenen Gesinnung der Bürger und an dem Fehlen jeder Organisation der Arbeiterschaft. Immerhin, am 4. März schien dem Oberbürgermeister Krausnick der Augenblick zum Eingreifen gekommen. Er stellte dem leitenden Minister von Bodenschwingh vor, daß es höchste Zeit zu Reformen sei, vor allem zum Erlaß eines freisinnigen Pressegesetzes. Und er fügte eine für die bürgerlichen Schichten höchst

aufschlußreiche Bemerkung hinzu: dem Könige liege die Krone Deutschlands zu Füßen, falls er sich an die Spitze der deutschen und preußischen Verfassungsreform stelle — ein Gedanke, den Graf Dönhoff, der preußische Gesandte am Bundestage, seit dem 29. Februar seiner Regierung immer dringender ans Herz legte.

Friedrich Wilhelm IV. hätte ein anderer sein müssen, um solche Wege zu gehen. Er glaubte, gemeinsam mit Österreich, auf einem Fürstentage den Bund reformieren zu können. Daher betonte die Thronrede, mit der er am 6. März die Beratungen der Vereinigten Ausschüsse schloß, die angeblich von Frankreich drohenden äußeren und inneren Gefahren, deutete nur im Vorbeigehen eine Kräftigung des Bundes an und verkündete als einziges positives Zugeständnis die regelmäßige Einberufung des Vereinigten Landtages. Krausnick glaubte, darin einen Erfolg seiner Unterredungen sehen zu dürfen. Einem weitergehenden Antrag des jungen Stadtrats Duncker, des späteren langjährigen Bürgermeisters, trat er indessen im Magistrat mit dem unwilligen Ausruf entgegen, er wolle nicht Präsident der provisorischen Regierung werden. Solche Ideen schienen ihm offenbar die Triebfedern des Dunckerschen Antrags zu bilden.

Gleichzeitig trat die Bewegung aus den engen Räumen der Lesecafés hinaus. Studenten und Schüler der Gewerbe- und Kunstakademien zogen am Abend des 6. in das Zelt Nr. 2 im Tiergarten, um eine Dankkundgebung für die verheißene Periodizität des Landtages zu beschließen. Daraus wurde aber nichts, sondern durch den Einfluß der Journalisten der Zeitungshalle wurde ein Ausschuß gewählt, der eine Eingabe an den König entwerfen sollte. Nach vielstündigem Reden bekam sie am nächsten Abend ihren endgültigen, alle freiheitlichen Forderungen der Zeit aufführenden Inhalt. An den König aber gelangte sie nicht. Der Polizeipräsident eröffnete den zur Überreichung der Adresse gewählten Abgeordneten, der König möge derartige Demonstrationen nicht, die Eingabe käme am besten durch die Post an ihr Ziel. Der in diesem Rat versteckte Hohn bewog die Abgesandten, eine neue Versammlung auf den 9. März einzuberufen. Tausende folgten dem Ruf und lauschten den Reden, dichtgedrängt vor den geöffneten Fenstern des Saales. Am Ende siegten die Vorsichtigen; man beschloß, das Schriftstück durch die Stadtverordneten überreichen zu lassen. Diese hatten am gleichen Tage wichtige Anträge an Ausschüsse verwiesen, die am 11. unter dem Andrang der die Flure und Treppen füllenden Zuhörer ihre Berichte erstatteten. Die Vorschläge entfesselten leidenschaftliche Debatten zwischen einer bedächtigen Mehrheit und einer radikalen Minderheit, als deren Wortführer Dr. Nauwerck, Julius Berends und der Baumeister Mertens auftraten. Die Zuhörer gaben ihrer Sympathie für diese unverhohlenen Ausdruck. Dem Vorsteher Fournier gelang es aber, eine Mehrheit für die Ablehnung einer Bürgerwehr und für Verhandlungen über unbewaffnete Schutzkommissionen zu

gewinnen. Ein lange schwebender, 1847 von der Regierung nicht genehmigter Plan wurde damit wiederaufgenommen. Die Weitergabe der Zeltenadresse wurde abgelehnt und die Einreichung einer weniger weitgehenden Adresse beschlossen. Immerhin, das in der Debatte noch bezweifelte Recht der städtischen Behörden, über die Verfassung des ganzen Staates zu beraten, hatte sich siegreich durchgesetzt. Der Magistrat trat dem Beschluß bei. Schon am 9. hatte Krausnick den König von der Dunckerschen Petition unterrichtet, am 10. und 11. Bodelschwingh zur Eile gemahnt. Geschehen aber war nichts. Die dürftige, Zensurfreiheit in Aussicht stellende Kabinettsorder vom 8. wurde zwar von der "Vossischen Zeitung" dankbar begrüßt, die "Zeitungshalle" aber zog aus ihr eine sehr viel würdigere Folgerung. Sie brachte, nur noch unverfängliche Nachrichten ohne Kommentar und keine Leitartikel. Aus einem anderen Grunde fiel dieser Artikel auch in der "Voss" aus. Am 7. März hatte Ludwig Rellstab, das Orakel Berlins in allen Fragen des Theaters, sich für berufen gehalten, einen flammenden Aufruf an die Arbeiter zu richten. Mit einem sechsmal wiederholten "Laßt euch nicht täuschen!" beschwor er sie, sich durch das Beispiel Frankreichs nicht verlocken zu lassen. Aber seine "liebreiche Lehre" trug der Redaktion Drohbriefe und "Demonstrationen" ein und verleidete ihr die Lust an der Politik.

Der 13. März eröffnete eine Reihe von Tagen so frühlingshafter Schönheit, daß sie jedem, der sie erleben durfte, bis in späte Jahre in zaubervoller Erinnerung blieben. In Erinnerung aber blieb ihm auch, daß an diesem 13. März sich die Wandlung aus dem Frieden in den Krieg vollzog. Am Abend hatte sich vor den Zelten eine improvisierte Versammlung gebildet, an der viele Handwerker und Arbeiter teilnahmen. In ihren Kreisen war vor einigen Tagen eine Eingabe in Umlauf gesetzt worden, durch die der König um die Ernennung eines Ministeriums für Arbeiter gebeten wurde. Darüber und über vieles andere wurde gesprochen, bald die Leidenschaften erregend, bald zur Besonnenheit mahnend. Des Polizeipräsident tauchte in einiger Entfernung auf. Ein kinderreicher Arbeiter stellte ihm seine Not vor, und der Präsident versprach allen Hilfe, wenn sie sich ruhig verhielten. Friedlich zogen die Tausende in die Stadt, wurden aber vor dem Brandenburger Tor von Kavalleriemassen umringt, die sie immer fester einschlossen. Durch Pfeifen und Lärmen machten sich die Eingedrängten Luft, das war der einzige Widerstand. So gelangte der Zug bis in die Nähe des Schloßplatzes, als ohne jede besondere Veranlassung die Karossiere auf Männer und Frauen einhieben, ehe sie die Scharen in die auf den Platz mündenden Straßen abdrängten.

Wie war es dazu gekommen? Blättern wir in den gleichzeitigen Artikeln der Zeitungen oder in später erschienenen Berichten und Erinnerungen, so finden wir nirgends eine Andeutung, wer die Zusammenziehung riesiger berittener

Soldatenscharen an diesem Tage veranlaßt hat. Warum ließ man nicht die Leute wie am 7. und 9. ruhig Reden halten? Warum dies Truppenaufgebot gerade an dem Tage, an dem General von Pfuell sein Amt als Gouverneur und Oberbefehlshaber der Garnison angetreten hatte? Er hatte doch sofort den Grundsatz aufgestellt, das Militär so wenig wie möglich in Erscheinung treten zu lassen, im Einklang mit den Ansichten des bis dahin den Oberbefehl führenden Kommandanten von Ditfurth und des Kommandeurs des Gardekorps, Generals von Prittwitz. Die Garnison hatte weder das Recht noch die Neigung, ungerufen Polizeidienste zu übernehmen. Wer hatte sie gerufen? Der Polizeipräsident von Minutoli!

Um dies recht zu verstehen, müssen wir einen Blick auf die Organisation der Berliner Polizei und auf die Persönlichkeit ihres Oberhauptes werfen. Die Kräfte, die für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit Berlins, einer Stadt von 400 000 Einwohnern, zur Verfügung standen, waren äußerst spärlich. Sie bestanden aus einigen vierzig Sergeanten als Assistenten der Revierkommissare und 110 oder 120 Gendarmen, von denen viele durch Kommandos beim Magistrat, bei den Theatern oder auf den Märkten in Anspruch genommen waren. Bei allen außergewöhnlichen Vorfällen mußte die Garnison um Hilfe gebeten werden. Es ist erstaunlich, wie selten dies notwendig geworden war. Aber die drei Gelegenheiten, bei denen das Militär während des letzten Menschenalters hatte eingreifen müssen, 1830, 1835 und 1847 — bei der Schneider-, der Feuerwerks- und der Kartoffelrevolution —, hatten es gründlich verhaßt gemacht. Nun hatte bei den Unruhen im April 1847 der Polizeipräsident von Puttkamer nach der allgemeinen Ansicht versagt. Daher ersetzte ihn der König durch den Freiherrn von Minutoli, der seine Eignung in Posen bewiesen hatte. Seinem Chef, dem Minister von Bodenschwingh, gefiel die Vorliebe des Königs für den ehrgeizigen und gegenüber jeder Einmischung von oben her empfindlichen Mann nicht gerade. Da er aber keinen besseren Kandidaten wußte, ließ er sich ihn gefallen. Schnell erwarb sich Minutoli, der in Berlin geboren war und seine Landsleute kannte, durch seine Tätigkeit "und durch Streifzüge, die an die der Kalifen von Bagdad erinnerten, eine gewisse Popularität". Der merkwürdig häßliche, literarisch und künstlerisch interessierte Mann vereinte liebenswürdige Formen mit persönlichem Mut. Jetzt, im März 1848, sah er sich vor die Frage gestellt, welche Haltung er zu den politischen Ideen und ihren Trägern einnehmen sollte. Dürften wir radikalen Demokraten wie Braß und Streckfuß oder dem auf dem rechten liberalen Flügel der Studentenschaft stehenden Ägidi glauben, so wäre er ein ehrlicher Vermittler zwischen Bürgerschaft und Militär gewesen. Varnhagen von Ense aber, der von überall her vertrauliche Nachrichten erhielt, faßte seine Ansicht in das mehrfach wiederholte "ein zweideutiger Mensch" zusammen, und der in seinen Erinnerungen sich als guter Menschenbeobachter bewährende General von

Prittwitz meinte, er habe von dem Polizeipräsidenten nicht den Eindruck eines Mannes gehabt, "auf den man Häuser bauen könnte". Das war er in der Tat nicht, er hatte sich wirklich, wie der feurige, junge Student Paul Boerner sagt, "einen Januskopf bereitet". Nur so ist sein Verhalten vor und am 13. März zu erklären.

Die Duldung der ersten Versammlungen und die freundlichen Worte bei seinem Erscheinen in den Zelten am 13. machten den Eindruck eines Volksmannes. Wer hätte vermuten sollen, daß er einige Stunden vorher dem Gouvernement eine bis ins einzelne ausgearbeitete Aufforderung zur Entfaltung militärischer Kräfte zugesandt hatte? Von abends 7 Uhr an sollte Kavallerie am Brandenburger Tor stehen, um der Volksversammlung "zu imponieren oder sie auseinanderzujagen", da es vermutlich zu einer ernstlichen Reibung mit den Arbeitern kommen werde, deren Haltung "eine entschieden freche und herausfordernde zu sein scheine".

Mögen die Schilderungen auswärtiger Blätter über das Vorgehen der Kürassiere übertrieben sein, selbst ein die Revolution ablehnender Historiker wie Max Lenz hat es "lediglich brutal" genannt. Es war nur das Vorspiel für das, was an den folgenden Tagen geschah. Denn das einzige Mittel, die Bewegung in ruhige Bahnen zu lenken, Reformen, wollte Friedrich Wilhelm IV. nicht ergreifen. Den Vertretern der städtischen Behörden, die er am 14. empfing, versprach er nichts wie die Einberufung des Vereinigten Landtags auf den 27. April. Im übrigen redete er wieder von der guten alten deutschen, das heißt der ständischen Ordnung.

Am Morgen des 14. erschienen Bekanntmachungen, die vor einer Wiederholung des "Unfugs" vom letzten Abend dringend warnten und an die 1835 gegen Aufläufe erlassenen Vorschriften erinnerten. Es wäre auch alles ruhig geblieben, wenn nicht beim Einbruch der Dämmerung Truppen aufmarschiert wären. Auf dem Schloßplatz wurden sie von jungen Leuten, die sich in der sie umgebenden Menge sicher wußten, mit Pfeifen und Johlen begrüßt. Einige Bürger, die sich dabei nicht wohl fühlten, hielten es für geraten, sich zu ihren Wohnungen in der Brüderstraße zurückzuziehen, als unvermutet eine Schwadron Kürassiere vom anderen Ende der Straße ansprengte und rücksichtslos auf die nach Hause Gehenden oder vor ihren Türen Stehenden einhieb. Es war ein sinnloses Wüten, dem erst ein Offizier ein Ende machte. Von diesem Ausbruch einer wildgewordenen Soldateska, über das ein von 36 angesehenen Bewohnern der Straße unterschriebenes Protokoll aufgenommen wurde, rückten die staatlichen und militärischen Behörden denn doch ab. Sie sagten unparteiische Untersuchung und die Bestrafung der Schuldigen zu und genehmigten die Bildung von bürgerlichen Schutzmannschaften, die von den Stadtverordneten angeregt worden war. Dr. Woeniger, als Herausgeber der Zeitschrift "Der Staat" und durch soziale Bestrebungen bekannt geworden, ließ,

ohne sich um den Zensor zu kümmern, diese Zusagen drucken und verkündete sie den in die Brüderstraße geströmten Einwohnern Berlins. Und doch kam es am Abend des 15. erneut zu Zwischenfällen auf dem Schloßplatz, ja zur Errichtung kleiner Barrikaden. In den schmalen Gassen zwischen der Breiten Straße und der Spree schoß Infanterie auf die angstvoll Flüchtenden; Tote und Verwundete waren ihre Opfer. Wieder war die Anhäufung von Truppen vor dem Schloß, doppelt unnötig, weil der König in Potsdam war, der Ausgangspunkt der Zusammenstöße gewesen. Erreicht war eine Vertiefung des Gegensatzes zwischen dem Zivil und den Soldaten, die seit über einer Woche in den Kasernen zum Eingreifen bereit gehalten wurden und für alle damit verbundenen Anstrengungen die Bürger verantwortlich machten.

Verschärfend trat dazu die Überheblichkeit und einseitig militärische Einstellung namentlich der jüngeren Offiziere. Der bei allem bürgerlichen Selbstbewußtsein soldatisch empfindende Färbereibesitzer, Stadtrat und Landwehrhauptmann Nobiling hat sich darüber in seinen Erinnerungen sehr deutlich geäußert. Überzeugender noch spricht dafür ein Brief des Leutnants von Kalbe an seine Mutter vom 18. März. Da heißt es, daß es sich in den Tagen vorher nicht um einen Bürger-, sondern einen Pöbelaufstand gehandelt habe, erregt durch "niederträchtige Menschen, von welchen viele aus Süddeutschland gekommen sein sollen, auch sollen die Arbeiter durch Geld gedungen sein". Die "Attacken" der Reiterei am 13. hätten "mehr einen heiteren als ernsten Charakter" gehabt, am 14. hätten "die Kürassiere tüchtig draufgehauen" und am 15. wäre "die Garde du Corps so frei" gewesen, scharf einzuhaue. Die Frivolität, die aus diesen Worten spricht, wird nicht einmal durch große Jugend des Schreibenden gemildert; er war seit 1839 Offizier. Und Kalbe war kein Einzelfall. Ägidi, der sich selbst einen Widersacher der Revolution nennt, schrieb Anfang 1849, die Offiziere würden sich wohl daran erinnern, "mit welcher Wonne sie damals einhieben. In ihren Augen waren es Feinde, weit verhaßter als Russen und Franzosen ..., sie meinten, mit dem Dämon der Revolution kurzen Prozeß im Lande Preußen zu machen. Gehörten sie nicht zu dem preußischen Volk? Waren sie geworbene Söldner etwa?"

Am 15. waren schon einige der neuen freiwilligen Schutzbürger aufgetreten, hatten sich aber nicht durchsetzen können. Die Aufstellung von Schutzkommissionen in allen Stadtbezirken und ihre Ausstattung mit weißen Armbinden und weißen Stäben nach dem Vorbild der englischen Konstabler wurde deshalb am nächsten Morgen beschlossen und ihren Mitgliedern die Rechte von Beamten im Dienste gewährt. Nur auf ihr Ersuchen sollte das Militär einschreiten. Die Stadtverordneten aber wollten sich damit nicht begnügen; jetzt waren sie einstimmig dafür, Bewaffnung der Kommissionen und die Hinzuziehung von Meistern und Gesellen der größeren Innungen zu beantragen.

Wurde dadurch ein politisch und sozial revolutionärer Schritt gewagt, so ging die Zustimmung zu der Eingliederung von Studenten in die bürgerlichen Scharen vielleicht noch weiter. Alle Ständeunterschiede gerieten ins Wanken.

Die Berliner Studentenschaft war seit den Demagogenverfolgungen und der Auflösung der Burschenschaften politisch in einen Dämmerzustand versunken. Das Äußerste, was sie wagte, waren gelegentliche Kundgebungen ihrer Verehrung für einen freigesinnten Dozenten. Leben erwachte in ihr erst seit der Februarrevolution. Nun drängten sich alte und junge Semester um die Vorleser der Tagesneuigkeiten in Cafés und Tabagien, pilgerten hinaus zu den Zeltenversammlungen und machten, selbst wenn sie so jung waren wie der neunzehnjährige Paul Boerner, ihre ersten Versuche als Volksredner. Frische und ehrliche Begeisterung ersetzte, was ihnen an Erfahrung und Übung fehlte. Sie erlebten die Übergriffe des Militärs, überall wurde Boerner gefragt, "ob es denn wahr sei, daß die Soldaten so unerhört brutal seien". Am 11. hielten sie ihre erste Versammlung in der Universität ab und besprachen ihre eigenen Anliegen, scheuten aber noch vor einer Eingabe an den König im Sinne der Zeltenadresse zurück. Schon zeichneten sich zwei Parteien ab, eine gemäßigte Mehrheit unter Ägidi und seine Gegner, "die Revolutionsfamilie". Einer ihrer Führer war Edmund Monecke, ein blondlockiger, breitschultriger Germanist, des berühmten Lachmann bester Schüler, "ein Feuerkopf voll Geist und Lebendigkeit". Nach der Auflösung der Nationalversammlung im November wegen eines Flugblattes gegen den König verhaftet, wurde er zu mehreren Jahren Festung verurteilt. Seine glänzenden Verteidigungsreden, heimlich gedruckt und verbreitet, konnten ihn nicht retten. Die Freiheit, die er in Preußen vergebens gesucht hatte, hoffte er 1851 in Amerika zu finden. Ihm zur Seite der Schweizer von Salis-Seewis⁵, eine prachtvolle Erscheinung, ein Idealist mit dem Willen zum Handeln, ein begnadeter Redner, der "die Leidenschaften des Volkes zur mächtigen Flamme emporlodern ließ". Im Juli gründete er noch die Burschenschaft "Teutonia", dann kehrte er, an der Kraft der Revolution verzweifelnd, in seine Heimat zurück. Er ist früh gestorben. Mit ihren sozialen Ideen standen Salis und Monecke unter dem Einfluß des jungen Schlöffel, des radikalsten aller Studenten Berlins. Wir werden ihm in dem der Arbeiterfrage gewidmeten Kapitel wieder begegnen. Auf dem Opernplatz vor der Universität hatten sich am Vormittage des 16. Gruppen gebildet, vielleicht durch das Gerücht dorthin gezogen, daß ein in den letzten Tagen angeblich gefallener Student feierlich beerdigt werden sollte. Mit den Abzeichen ihrer Würde geschmückt, versuchten Schutzbürger vergeblich, die Leute zum Verlassen des Platzes zu überreden. Die nie verlegene Spottlust der Berliner wandte sich gegen die Mahner, "die Leichenbitter mit den Ballkellen". Als die Dämmerung hereinbrach, erzählt der die Neue Wache kommandierende

⁵ Johann Gaudenz Dietegen Freiherr v. Salis-Seewis. Kaeber schreibt fälschlich "Sevis".

Leutnant von Esebeck, zogen etwa dreißig von ihnen an der Spitze einer höhnnenden Menge zwischen der Wache und dem Zeughaus vorbei, kehrten aber plötzlich zurück und flüchteten sich in die Wache. Der Offizier war verständig genug, nur ein paar Schreier durch seine Grenadiere in die Wachtstube schaffen zu lassen. Der Hauptmann von Cosel dagegen, der soeben zur Besetzung des Palais des Prinzen von Preußen anmarschierte, ließ sich durch einen Schutzbeamten dazu verleiten, dessen durch sein törichtes Benehmen erst gereizte Bedränger in die Straße Unter den Linden zu treiben. Dann kommandierte er ein paar Schwenkungen ließ trommeln und unmittelbar darauf seine Leute feuern. "Preußen schießen auf Preußen", rief entsetzt ein alter Mann aus, als er die Schüsse hörte, die zwei Todesopfer forderten. Was nützte es, daß Prittwitz die Tat mißbilligte, traf den Schuldigen doch keine Strafe.

Einige Stunden vorher hatte der Oberbefehlshaber der Garnison, der geistreiche, mit Varnhagen engbefreundete General von Pfuel, ein Beispiel dafür gegeben, daß wenigstens unter einzelnen der höheren Offiziere ein anderer Geist lebte.⁶ Die vor dem Schloßportal gegenüber der Breiten Straße stehenden Truppen wurden von den auf dem Platze hin und her wogenden Massen beschimpft und mit Steinen beworfen. Das Trommelsignal zum Auseinandergehen half nichts, auch eine Schutzkommission richtete nichts aus. Da trat Pfuel selbst unter das Volk, unter das sich wohl allerlei Gesindel gemischt hatte, und gab dem ihn warnenden Kompanieführer die Antwort: "Ich bin alt genug und setze gern mein Leben ein, wenn ich Bürgerblut schonen kann." Schließlich ließ er die Soldaten hinter die Pfeiler des Portals zurücktreten und den Bürgersteig durch eine Schutzkommission frei halten. Erst als auch diese bedroht wurde, wurde der Schloßplatz durch Kavallerie geräumt. Blut floß dabei nicht. Pfuels den schroffen militärischen Begriffen fremde Menschlichkeit stieß weder bei seinen Untergebenen noch beim Prinzen von Preußen auf Verständnis. Zufällig im Schlosse anwesend, hörte dieser von dem Vorfall und machte dem General im Schloßhof vor Zeugen die heftigsten Vorwürfe, mußte sich aber durch den König zurechtweisen lassen. Prittwitz bemerkt zwar in seinen Erinnerungen, daß Pfuel und die Truppen übergeduldig gewesen seien, bedauert aber auch, daß der Prinz "es nicht über sich gewinnen konnte, bei den Bewegungen dieser Tage eine völlig passive Rolle zu übernehmen". Selbst der streng royalistische General von Gerlach hielt es für nötig, am 18. den Fürsten Radziwill zu bitten, den ihm nahestehenden Prinzen vor jeder Einmischung zu warnen. Es bedurfte keiner Aufwiegler, um die Stellung des Prinzen als Thronfolger zu erschüttern, er hatte selbst dafür gesorgt.

⁶ Ernst v. Pfuel war ein enger Freund Heinrich v. Kleists.

Wir wissen nicht, wann der König den Entschluß gefaßt hat, die Berliner Garnison zu verstärken. Jedenfalls wurden am 16. zwei Bataillone des I. Garderegiments aus Potsdam herangezogen und am 17. je drei Bataillone aus Frankfurt a. d. O. und Halle und zwei aus Stettin erwartet. Am Abend dieses Tages aber schien es, als wäre die Vorsicht überflüssig gewesen. Denn die "unverkennbare Ungeduld", mit der die Bürger trotz der "Treue gegen ihr hohes Herrscherhaus" auf die neuen Zustände harrten, sollte endlich befriedigt werden. Noch am 15. hatte der König eine kühne Initiative in der deutschen Einheitsbewegung mit den ironischen Worten abgelehnt: "Nicht wahr, die Jakobinermütze aufsetzen?" Die am Abend eintreffende, am nächsten Morgen überall bekannte Nachricht von dem Siege der Volksbewegung in Wien und der Flucht des Fürsten Metternich aber schuf eine gründlich veränderte Lage. Friedrich Wilhelm kehrte aus dem stillen Potsdam nach Berlin zurück, um jenen Kronrat abzuhalten, dessen Beschlüsse ein neues Deutschland und ein neues Preußen begründen sollten.

Der 17. März zeigte ein anderes Gesicht als das der vorangegangenen Tage. Versammlungen in größeren Lokalen, Gruppen auf den Straßen berieten über die eine, alle bewegende Frage, was zu tun sei gegen neue Überfälle auf friedliche Bürger. Daß man eine Petition an den König gelangen lassen müsse, darüber war man sich einig. Aber durch wen? Durch die städtischen Behörden, durch liberale Abgeordnete des Landtags, durch den Polizeipräsidenten oder gar ohne jede Vermittlung? Der entscheidende Anstoß ging von einer Versammlung in der beliebten Tiergartenwirtschaft "Kemperhof" aus, die am Nachmittage in einem Lokal der Köpenicker Straße fortgesetzt wurde. An ihr nahmen viele Schutzbeamte teil und beschlossen, am 18., um zwei Uhr, durch eine Deputation dem König eine Adresse zu überreichen. Diese Deputation sollte von einigen tausend mit Stab und Binde geschmückten Schutzbeamten begleitet werden, die, auf dem Schloßplatz aufgestellt, dem König beweisen würden, daß die besten Bürger hinter den ihm vorgetragenen Wünschen ständen. Dr. Woeniger, der einige kräftige Reden gehalten hatte, erhielt den Auftrag, die Adresse zu entwerfen. Ohne langes Besinnen kam er der Aufforderung so gut nach, daß sein Entwurf sofort genehmigt wurde. Er enthielt, verbrämt durch die herkömmlichen loyalen Eingangs- und Schlußformeln, vier Punkte: Zurückziehung des Militärs, bewaffnete Bürgergarde, Pressefreiheit und Einberufung des Landtags. Die Unterschrift lautete: die zu Schutzbeamten erwählten Bürger und Einwohner dieser Stadt.

Wie ein Lauffeuer durchflog die Nachricht von der geplanten Kundgebung die Stadt. Aber sie übte kaum die Wirkung aus, die sich die Urheber des Planes vorgestellt hatten. Den Frieden der Stadt sollte er sichern, den die Unterzeichneten dem König verbürgten, falls er ihre Wünsche sofort erfüllte.

Doch wohl in hundert Gruppen und Grüppchen auf Straßen und Plätzen flammte die Parole auf: "Morgen geht's los, morgen wird es sich entscheiden." Sie drang auch zu Minutolis Ohr und erfüllte ihn mit der Überzeugung, daß der 18. März der Tag der Revolution sein würde. Doch auch Männer, die sie nicht vernommen hatten, die im Köllnischen Rathaus beisammen saßen und hier in abendlicher Stunde aus Woenigers Mund von dem Zuge hörten und von dem Beispiel, das Wien den Berlinern gegeben habe, waren erschreckt. Ihre Mahnung, nicht neue Aufregung zu schaffen, ging freilich unter in wildem Lärm von Beifall und Widerspruch und wurde besiegt durch Woenigers Schlußwort: "Es ist zu spät — werfen Sie die Demonstration, so erhalten Sie die Revolution."

Ja, es war zu spät, aber jetzt wurde es dem kühnen Redner selbst bänglich ums Herz. Nein, eine Revolution wollte auch der spätere stramme Konservative in dieser seiner rosaroten Zeit nicht. So vermied er sorglich, sich am Abend noch irgendwo zu zeigen, ja, er mied das häusliche Bett und entzog sich den Fangarmen der immer noch mächtigen Polizei.

Wenn es an diesem Freitag, verglichen mit den Vortagen, in Berlin ruhig blieb, dann mag die in den ersten Morgenstunden durch den Magistrat bekanntgegebene feste Organisation der Schutzkommissionen dazu beigetragen haben. Für die unruhigen Gegenden der Stadt waren starke Aufgebote unter Führung von Stadträten vorgesehen. Nur die Führer der Mannschaften, nicht irgendein Angsthase, durften Militär requirieren, und dieses war "gemessen angewiesen", sich auf die Abwehr eines unmittelbaren Angriffs auf die Posten zu beschränken. Die vorlaute Jugend wird dadurch vor Dummheiten bewahrt worden sein. Daß aber die Masse der Bürgerschaft dem Zureden der Schutzbürger bereitwillig folgte, das lag an ihrem Glauben, daß der 18. die Entscheidung bringen werde. Welchen Sinn hätten da kleine Krawalle gehabt?

*

Keiner der Minister Friedrich Wilhelms IV. hat früher auf eine Umformung der Verfassung Preußens hingearbeitet als Bodelschwingh. In der Öffentlichkeit freilich erschien gerade er als der Vorkämpfer der Ideen des Königs, die er auf dem Vereinigten Landtag mit Geschick und Festigkeit vertreten hatte. Denn solange der absolute Staat noch bestand, wollte Bodelschwingh nichts sein als der "erste Schreiber des Königs", der dessen Willen auszuführen hatte, auch wenn er nicht mit ihm übereinstimmte. Gerade deshalb wußte er, daß er nur den Übergang zum konstitutionellen System einleiten durfte, seine Durchführung jedoch anderen Händen überlassen mußte. So erbat er bereits am 14. seine Entlassung, drängte am 15. auf sofortiges Handeln. Sein Rücktrittsgesuch wurde am 16., dem Tage des entscheidenden Kronrats, genehmigt. Am 17. wurde als Folge der im Kronrat gefaßten Beschlüsse das Gesetz über die Presse und die

Aufhebung der Zensur vom König, dem Prinzen von Preußen und allen Ministern unterzeichnet. Diese stellten zugleich ihre Ämter zur Verfügung. Und dann schrieb Bodenschwingh in der Stille der Nacht das berühmte "Patent wegen beschleunigter Einberufung des Vereinigten Landtags". Das Patent enthielt mehr, als sein Titel besagt, es enthielt ein umfassendes Programm für die Reform des Deutschen Bundes und im engsten Zusammenhang damit die Verheißung konstitutioneller Verfassungen für alle deutschen Länder, also auch für Preußen.

Den Hauptantrieb zu den Reformen hat ein scharfsinniger Geschichtsschreiber in dem preußisch-deutschen Ehrgeiz Friedrich Wilhelms IV. sehen wollen und mit dieser These neben Widerspruch auch Beifall gefunden. Wir glauben, daß damit der Charakter des Königs verkannt wird, und daß der letzte Anstoß zu den Zugeständnissen in der Stimmung des preußischen Volkes, besonders der Rheinprovinz und Schlesiens, und vor allem in der Stimmung Berlins zu suchen ist. Liberale und nationale Politik, um die Volksbewegung in die rechte Bahn zu lenken, hatte Krausnick als Dolmetscher der Bürgerschaft dem Minister seit einer Woche nahegelegt. Nun hatte diese Politik Gestalt gewonnen, und es mußte sich zeigen, ob ihre Voraussetzungen zutrafen. Taten sie es, dann fiel der Grund für die Revolution fort, die Minutoli dem Minister und dem König angekündigt hatte.

BERLINS BARRIKADEN

Am frühen Vormittag des 18. März versammelten sich der Prinz von Preußen und die Minister in der Halle des Schlosses und begaben sich von dort in das königliche Kabinett zu einer letzten Beratung über das am Vortage beschlossene Patent über die Einberufung des Landtages. Es fand in Bodelschwings Fassung die Genehmigung des Königs, wurde von allen Mitgliedern des Thronrats unterzeichnet und sofort zum Druck befördert. Eine Sonderbeilage des "Staatsanzeigers" sollte es mit dem Pressegesetz so bald wie möglich der Öffentlichkeit bekannt geben. Nur eine Sorge lastete auf dem Minister: der Massenaufzug der Schutzbeamten. Durch Minutoli wußte er davon, und ein Bezirksvorsteher hatte ihm in der Nacht das Vorhaben bestätigt. Deshalb hatte er in aller Frühe den Oberbürgermeister gebeten, mit dem Stadtverordnetenvorsteher Fournier und dem Syndikus Moewes um acht Uhr zu ihm zu kommen, um der Demonstration, die "Preußens Schicksal wenden könnte, möglichst entgegenzuwirken". Fournier lehnte seine Teilnahme ab; die beiden anderen Herren aber, denen der Minister den Inhalt des Patents mitteilte, gewann er für seine Politik. Der Aufzug sollte durch eine Deputation ersetzt werden. Eine amtliche Bekanntmachung teilte der Einwohnerschaft den Erlaß des Pressegesetzes und in nicht gerade glücklich formulierten allgemeinen Wendungen den Entschluß zu weitgehenden Reformen mit.

36

Berlin war voller Unruhe. Die übliche Vormittagssitzung des Magistrats "trug den Charakter einer Schwüle vor dem Gewitter". Die Stadtverordneten hielten eine geheime, erregte Debatte über die einer Deputation mitzugebenden Weisungen. Endlich war man soweit, und die Abgeordneten konnten sich mit Krausnick und dem Bürgermeister Naunyn in das Schloß begeben. Kurz nach Mittag empfing sie der König und eröffnete ihnen seine Entschlüsse. Naunyn und einige Stadtverordnete blieben im Schloß, um die gedruckten Patente zu erwarten. Der Magistrat, schon vorher durch den Minister General von Thile und nun auch durch Krausnick von der königlichen Entscheidung unterrichtet, beschloß, die glücklichen Nachrichten überall in der Stadt durch eine mit äußerster Eile gedruckte Ankündigung zu verbreiten. Sie lautete:

"BEKANNTMACHUNG.

Der Magistrat ist amtlich davon unterrichtet, daß ein auf die freisinnigsten Grundlagen sich stützendes Pressefreiheitsgesetz bereits unwiderrüflich vollzogen ist, und bürgt der Magistrat mit seiner ganzen Wirksamkeit für die Bewahrheitung dieser Regierungsmaßregel. Gleichzeitig ist Se. Majestät der König gegenwärtig mit der Vollziehung von Entschliefungen beschäftigt, welche das Wohl des Vaterlandes auf dauernde Weise sichern werden.

DER LANDTAG WIRD ZUM 2. APRIL EINBERUFEN

Berlin, 18. März 1848.

OBER-BÜRGERMEISTER,
BÜRGERMEISTER UND RATH
HIESIGER KONIGLICHER RESIDENZIIEN."

Es war die letzte Bekanntmachung des Magistrats mit der feierlichen patriarchalischen Unterschrift des 18. Jahrhunderts.

Für den Abend war eine Illumination der ganzen Stadt geplant. Auch die Stadtverordneten und die bei ihnen weilenden Bürger teilten die Freude und umarmten sich "im Rausche des Entzückens". Durch Berlin flutete eine Woge der Begeisterung. In der Königstraße, im "Gasthof zum Kronprinzen", sammelten die Tischgäste für die Armen und wünschten sich Glück zu dem Anbruch des großen Tages der Freiheit.

Es war alles gewährt, mehr, als die Kühnsten zu hoffen gewagt hatten. Stand auch in dem Patent nichts von Bürgerbewaffnung und Zurückziehung des Militärs, so schien dies kaum noch nötig in einem konstitutionellen Staat, den das Patent verhiel. Wozu noch eine Demonstration? Ihr geistiger Vater, Dr. Woeniger, tauchte aus seiner nächtlichen Zurückgezogenheit in der Aula der Universität auf und lud die Studenten zu einer Beratung über die Bürgerwehr ein. Es ging hoch her in dieser sonst stiller Gelehrsamkeit geweihten Stätte. Die der Mehrheit an Gewandtheit und Redelust weit überlegene Schar um Boerner und seine Freunde ließ sich durch die Aufhebung der Zensur nicht imponieren. Was bedeutete sie neben den Freiheiten, die Wiens Studenten soeben erkämpft hatten? War es nicht ein Zeichen des Schicksals, daß sich in diesem Augenblick der Adler, der das Rednerpult zierte, löste und mit Gepolter zu Boden stürzte? Doch da drangen die Kunde von durchgreifenden Reformen und das Gerücht von der Entlassung der unbeliebtesten Minister in die Aula, und nun siegte auch hier die Begeisterung.

Die Väter der Stadt hatten sich redliche Mühe gegeben, den Massenaufmarsch vor dem Schloß zu vereiteln. Aber sie hatten nicht hindern können, daß Hunderte aus Neugier dorthin strömten, und daß sich gegen ein Uhr Schutzbürger aus allen Stadtteilen zu ihnen gesellten. Die Bekanntmachung des Magistrats erschien um eben diese Zeit und wurde freudig begrüßt. Jubel schallte herauf zum Schloß, und auf diesen Jubel berief sich Bodelschwingh gegenüber dem immer noch Unheil prophezeienden Minutoli. Sorglos begab sich General von Pfuel nach seiner

Wohnung und rief dem späteren Flügeladjutanten und Feldmarschall von Manteuffel fröhlich zu: "Nun wollen wir gehen und die Hurras in Empfang nehmen." Doch jetzt wollten die dankbaren Bürger ihren König sehen. Und wirklich, der Monarch erschien auf dem Balkon, mit rauschenden Lebehochs empfangen. Sie übertönten seine Worte, so daß Bodelschwingh "mit donnernder Stimme" den Inhalt des Patents verkündete, mit den Worten schließend: "Der König will, daß Preußen sich an die Spitze der Bewegung stellt." Neuer Jubel, zweites Erscheinen des Königs und zweite Ansprache Bodelschwinghs: der König dankt dem Volk und bittet, sich nun zu entfernen. Einzelne Abdrucke des Extrablattes der Staatszeitung mit dem Text des Patents langen an und werden vorgelesen. Doch die Menge wird nicht geringer. Jeder Heimwandernde wird durch frisch Herbeieilende mehr als ersetzt. Wohl zehntausend Menschen füllen den Platz und seine nächste Umgebung. Man drängt und schiebt, die vorn Stehenden geraten dicht an die Portale des Schlosses. Und da erblicken sie die in den Höfen aufgestellten Soldaten. Jäh schlägt die Stimmung um, die Erinnerung an die Abende des 13. bis 16. März wird übermächtig. "Militär zurück!" ertönt es, immer leidenschaftlicher wiederholt. Es hilft nichts, daß aus dem Schloß Heraustretende auf die königlichen Zugeständnisse hinweisen. Es fehlt das Wichtigste, die Entfernung des Militärs. Noch in der Nacht hatte der Direktor des Köllnischen Gymnasiums, Dr. August, der vergeblich Woenigers Demonstrationsplan bekämpft hatte, den großen Forscher und Freund des Königs, Alexander von Humboldt, beschworen, den Monarchen zur Fortnahme der Soldaten und zur Gewährung der Bürgerbewaffnung zu bewegen. Humboldt war dem Rufe gefolgt, aber wenn er wirklich zu den günstigen Entschlüssen Friedrich Wilhelms beigetragen hat, dann nur zu den in dem Patent verwirklichten.

Im Schlosse herrschte seit Tagen ein Zustand ähnlich dem in der Stadt. Alle bindenden Formen waren gelockert, das königliche Vorzimmer, der Sternensaal, glich einem öffentlichen Lokal, in dem die militärische und zivile Umgebung des Königs sich mit den Deputationen aus der Hauptstadt und den Provinzen und mit einzelnen, zu Ratgebern sich berufen Fühlenden mischte, Anhänger des neuen Systems mit denen des starren Absolutismus. Unter diesen wurde jetzt die Überzeugung zur Gewißheit, daß eine Verschwörerbande die Bewegung an unsichtbaren Fäden lenke, und daß nur rücksichtsloser Widerstand den Thron erhalten könne. Einer ihrer Führer, ein alter Vertrauensmann des Königs, Graf Alvensleben, trat als ihr Sprecher auf. Die Gereiztheit des Königs über den Lärm vor dem Schloß ausnutzend, setzte er die Übertragung des Oberbefehls von dem der Hofclique verhaßten, im Augenblick abwesenden Gouverneur von Pfuel an den General von Prittwitz durch. Dem ersten Schritt folgte schnell der zweite. Im Verein mit dem Hausminister Graf Stolberg und dem General von Rauch

erwirkte Alvensleben den Befehl zur Räumung des Schloßplatzes. Der neue Oberbefehlshaber meldete sich zur Übernahme seiner "dornenreichen Aufgabe" beim König und erhielt — wir folgen hier seinen eigenen Aufzeichnungen — in bestimmten Ausdrücken den Befehl, mit der Kavallerie den Schloßplatz zu säubern und dem dort herrschenden Skandal ein Ende zu machen. Die Kavallerie solle im Schritt reiten und den Säbel nicht aufnehmen. "Unter den gegebenen Umständen glaubte der General sofort gehorchen, etwa aufsteigende Bedenken aber unterdrücken zu müssen."



Angriff der Kavallerie auf das Volk am 18. März

Prittwitz, ein Mann der alten Schule, stand dem redefrohen, in Idealen schwelgenden König mit innerer Abneigung gegenüber. Seine Bedenken gegen den ihm erteilten Befehl entsprangen offenbar Erwägungen, die auf den Erfahrungen der letzten Woche beruhten. Die Befürchtung lag nahe, daß sich aus der Entfaltung militärischer Machtmittel Folgerungen ergeben würden, die gar nicht im Sinne des Königs waren.

An der Spitze der im zweiten Schloßhof stehenden Schwadron Dragoner zog Prittwitz durch das zum Lustgarten führende Portal über die Schloßfreiheit zur Stehbahn an der Brüderstraße. Dann ritt er, von dem Rittmeister von Borstell und einem Trompeter begleitet, ein weißes Taschentuch in der Hand, auf die vor

dem Portal II gegenüber der Breiten Straße stehende Menge zu. Hatte er gehofft, mit ihr friedlich verhandeln zu können, dann hatte er ihre Erbitterung gegen jede Uniform unterschätzt. Wieder tönte es "Militär zurück", Prittwitz und seine Begleiter wurden auf die Schwadron hin abgedrängt, die selbst in Verwirrung geriet. Befehle konnten bei dem Lärm nicht gehört werden, deshalb zog Borstell den Säbel und rief aus Leibeskräften: "Vorwärts, um Gottes willen, vorwärts!" Die Dragoner, mindestens eine Anzahl mit gezogenem Säbel, gingen vor und nun sicher nicht im Schritt. Die Menge floh, Borstell ließ die Waffen wieder einstecken und ritt, wie befohlen, in Schwadronskolonnen auf dem Platz herum. Doch schon war alles, was durch die Berittenen geschehen war oder geschehen mochte, eine Episode geworden. Denn ohne Befehl, ja gegen den Willen des Oberkommandierenden hatte Major von Falkenstein vom Kaiser-Franz-Regiment seine 1. Kompanie aus dem Portal II mit "Gewehr über" in der Richtung auf die Breite Straße vorgehen lassen, um den nach seiner Meinung in Lebensgefahr geratenen General zu retten. Die 2. Kompanie folgte auf Befehl des Generalmajors von Möllendorff in der Richtung nach der Kurfürstenbrücke. Der Schloßplatz war wie ausgefegt, nur an den Häusern zwischen der Breiten Straße und der Brücke standen eine Anzahl Menschen, die nach Falkensteins Auffassung durch Schimpfen und Drohen mit den Stöcken eine feindliche Stimmung bewiesen. Genug für den schneidigen Major, gegen sie einen Schützenzug auszuschicken, nicht mit "Gewehr über", sondern mit "Gewehr fertig". Und aus diesem Zug fielen nun die zwei Schüsse, die aus dem Auflauf, der "Erneute" der Vortage, eine Revolution machten.

40

Viel ist darüber gestritten worden, ob sich die Schüsse zufällig aus den Gewehren gelöst haben, wie Falkenstein mit Angabe genauer Einzelheiten sofort berichtete, oder ob nicht mindestens der zweite Schuß bewußt in die Luft abgefeuert worden ist. Für den Verlauf des 18. März ist die Streitfrage ohne Bedeutung, zumal niemand getroffen wurde. Das Entscheidende war vorher geschehen. Der Aufmarsch der Dragoner als Antwort auf die tausendstimmigen Jubelrufe mußte von jedermann wie ein Hohn empfunden werden. Was sollten die schönsten Patente, wenn der einzig überzeugende Beweis für ein neues, auf Vertrauen gegründetes Verhältnis zwischen Krone und Volk versagt wurde: das Verschwinden des Militärs? War nicht Blut genug geflossen, weil eine verknöcherte Regierung die einem mündigen Volke gebührende Rede- und Versammlungsfreiheit mit Säbelhieben und Kugeln unterdrückte? Wozu starrten die Schloßhöfe von Soldaten? Der König, wußte doch, daß die Bürger Berlins sie nicht mehr sehen, daß sie selbst für Ruhe und Ordnung sorgen wollten. Noch mehr, das Eingreifen der Truppen stand in schroffstem Gegensatz zu der Bekanntmachung des Magistrats, daß es nur auf Ersuchen der

Schutzbeamten oder zur Abwehr eines tätlichen Angriffs auf einen Pasten erfolgen sollte.

Wen immer wir von den Zeitgenossen befragen, alle stimmen darin überein, daß Verzweiflung, Entsetzen und Ingrimm die ganze Stadt ergriff. Frenzel sah Schutzbürger wütend ihre Armbinden abreißen und sie mit den weißen Stäben zu Boden werfen. Mit einer Schnelligkeit, die für die Anhänger des Alten der Beweis für eine umfassende Verschwörung, in Wahrheit aber die natürliche Auswirkung eines unerhörten Geschehnisses war, verbreitete sich der Ruf: "Verrat, der König schießt auf das Volk" bis in die entlegensten Bezirke. Die Studenten, die eben noch den Sieg der Freiheit ohne Revolution begrüßt hatten, stürmten die Aula, zerschmetterten den am Morgen herabgefallenen Adler und riefen "zu den Waffen". In den Straßen erhoben sich mit Blitzesschnelle Barrikaden, errichtet nicht nach wohlüberlegten Plänen, sondern wie es der Augenblick und die Umstände eingaben. Droschken und Fuhrwagen wurden angehalten und umgeworfen, Rinnsteinbrücken, Tonnen, Balken, Straßenpflaster, hölzerne Brunnengehäuse, Wollsäcke und Wirtschaftsgeräte dienten als Baustoff. Hier waren sie fest oder gar kunstgerecht gebaut, wie die durch einen Baumeister in der Puttkamerstraße, dort von schwachen Kräften mit dürftigem Material kaum zur Verteidigung geschaffen. Sie entstanden nicht nur in der inneren Stadt, wo am ehesten der Kampf zu erwarten war, sondern fast in allen Gegenden. Es fehlte eben jede Organisation, es fehlte selbst an dem, was eine Revolutionspartei zuerst hätte bedenken müssen, an einem Kommando und an Verbindungsmännern zwischen den voraussichtlichen Brennpunkten des Kampfes. Aber mußte es überhaupt zum Kampf kommen? Victor von Unruh, der letzte Präsident der preußischen Nationalversammlung, erzählt, im Juli sei ein in die Märztage tief eingeweihter Mann gefragt worden, was geschehen wäre, wenn die Regierung die militärisch wichtigen Gebäude besetzt, die Barrikaden nicht angegriffen und dafür die Berufung eines liberalen Ministeriums und ein Gesetz über die wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte bekanntgegeben hätte. Er antwortete "Nichts, gar nichts, die Barrikaden wären fortgeräumt worden."

Auch am 18. März gab es noch am Nachmittag auf beiden Seiten Männer, die einen friedlichen Ausgleich für möglich hielten. Bodelschwingh erklärte durch ein in größter Hast gedrucktes Plakat als Augenzeuge, daß "nur zwei zufällig sich entladende Gewehre das entsetzliche Gerücht" verursacht hätten, es sei auf friedliche Bürger geschossen worden. Der Generaladjutant von Neumann, einer der wenigen vorurteilsfreien hohen Militärs, versprach eine Untersuchung des Gerüchtes, daß die Dragoner das Volk angegriffen hätten. Eindruck konnten diese nach vier Uhr erscheinenden papiernen Deklamationen nirgends machen. Sie lagen am nächsten Morgen in ganzen Paketen auf den Plätzen und in den Rinnsteinen. Spott und Hohn ernteten auch die drei Herren, die im Auftrage des

Königs ein großes Stück Leinwand zwischen zwei Stäben auf dem Schloßplatz umhertragen, auf das die später oft mit bitterer Ironie zitierten Worte gemalt waren: "Ein Mißverständnis! Der König will das Beste!"

Jäh aus den freudigen Erwartungen, die alle Mitglieder des Magistrats erfüllt hatten, wurde der im Rathause mit einem Kollegen zurückgebliebene Stadtrat Nobiling gerissen, als ihn die Kunde von den Vorgängen auf dem Schloßplatz erreichte. "Wir eilten auf die Straße", erzählt er in seinen größtenteils noch ungedruckten Erinnerungen, "eine dichte Menge, Männer und Frauen, kam uns in rasendem Affekt entgegen ... Schutzmäner warfen uns ihre Stäbe vor die Füße und rissen sich die Binden ab." Von seinem Kollegen getrennt, arbeitete sich Nobiling durch die Menschenmassen zur Kurfürstenbrücke durch, wo er die vom Portal I ausgerückte Infanterie und vor ihr ein dichtes Gewirr sah, das "mit Heftigkeit gestikuliert: es schien, als ob in jedem Augenblick das Äußerste zu befürchten sei". Die ungeheure Spannung überwältigte Nobiling. Er wurde mit Anklagen und Rachegekrei überschüttet, sein Ruf zur Besonnenheit nicht beachtet. Endlich drang er bis zu dem Major von Falkenstein und dem Hauptmann von Plessen durch, die gerade den Befehl zum Vorrücken geben wollten. Mit Hilfe einiger anderer Männer gelang es ihm, den Ausbruch offenen Kampfes zu vermeiden. Die Menge, die dem "besseren Bürgerstande" angehörte, war so leidenschaftlich erregt, daß sie "drauf und dran war, mit den Händen die Gewehre der Soldaten zu ergreifen". Etwas später, nachdem er sich auf dem Schloßhof "mit einem ganzen Armvoll von Proklamationen" bewaffnet hatte, las er das Patent an mehreren Barrikaden vor, stieß aber überall, auch in seiner eigenen Wohnstraße, auf entrüstete Ablehnung seiner Versuche, Frieden zu stiften. Der Nachfolger Bodelschwinghs, Graf Arnim, und sein Namensvetter Heinrich [Alexander] von Arnim, der spätere Außenminister, gaben sich nicht minder vergebliche Mühe.

Gleichzeitig wurde der König bestürmt, das Militär zurückzuziehen. In feierlichem Ornat erschienen Rektor und Dekane der Universität und zwischen vier und fünf Uhr Krausnick, Fournier und andere Stadtverordnete. Friedrich Wilhelm IV. empfing sie freundlich, lobte die Haltung der Studenten, seiner Freunde, aber den Bitten gegenüber blieb er bei einem Nein. In langer Rede entwickelte er den städtischen Deputierten seine Anschauung der Dinge: wie sich die dankenden Tausende in einen Pöbelhaufen verwandelt hätten, dessen Andringen nur die bewaffnete Macht hätte beegnen können. Auch von "Emissären" sprach er und ihrem Leiter Dr. Rutenberg, von dem Minutoli ihm die abenteuerlichsten Geschichten erzählt hatte. Dem Stadtverordneten Schauß, der das Wirken von Wühlern bestritt, entgegnete er so heftig, daß Schauß ohnmächtig zu Boden stürzte. Mit ihrem Riechfläschchen bemühte sich die Prinzessin von Preußen um ihn.

Von Ädigi und seinen Anhängern bestürmt, suchte Minutoli beim König und beim Volk unter Einsatz seines Lebens dem Ausbruch der Feindseligkeiten entgegenzuwirken. Die Berichte über seinen Zug durch die Friedrichstadt weichen aber so stark voneinander ab, daß sich kein eindeutiges Bild aus ihnen gewinnen läßt. Erfolg war ihm so wenig beschieden wie dem evangelischen Bischof Neander, der mit Vertretern der Bürgerschaft den König gerade bei der Besichtigung der Truppen auf den Schloßhöfen antraf.

Es war zu spät. Schon hatte der Kampf begonnen, war Blut geflossen. Freilich, da niemand sich vorbereitet hatte, fehlte es allen an Waffen,

Nachdem aber das Volk durch die zwei Schüsse auf dem Schloßplatz zu der Überzeugung gekommen war, daß nicht nur seine Freiheit, daß sein Leben bedroht sei, stürmte es zu den Läden der Waffenhändler, die gern ihre Vorräte verteilten, suchte es auf den Straßen einzelne Soldaten zu entwaffnen. Dabei fand ein Posten an der Staatsbank den Tod durch sein eigenes, beim Ringen um die Waffe sich entladendes Gewehr. Nicht viel später erfolgten die ersten Angriffe auf die Barrikaden, an den Ecken der Oberwall-, Werder- und Jägerstraße. Sie wurden ohne große Mühe genommen und die Eckhäuser, aus denen die Verteidiger Steine schleuderten, beschossen und durchsucht. Dabei fielen die ersten Todesopfer auf bürgerlicher Seite, der am Fenster stehende Restaurateur der Zeitungshalle und ein junges Mädchen.



Barrikadenkampf auf dem Alexanderplatz in Berlin in der Nacht vom 18. auf den 19. März 1848

Die verwirrende Fülle der Einzelkämpfe an dieser Stelle schildern zu wollen, würde den Rahmen unserer Darstellung sprengen. Wir müssen uns auf einzelne Szenen beschränken. Handelte es sich doch nicht um eine einheitliche Schlacht. Wo immer Truppen gegen Barrikaden vorgingen, entwickelten sich Gefechte, gleichartig in ihrem Wesen, abweichend durch die größere oder geringere Kraft der Verteidigung. Einen festen Plan verfolgte allein General von Prittwitz. Nachdem er persönlich den Angriff auf die Barrikaden in der Oberwallstraße und ein Vorgehen in der Friedrichstraße beiderseits der Linden eingeleitet hatte, meldete er sich beim König. Von diesem erhielt er die Zustimmung zu seiner Absicht, sich vorläufig in den Besitz eines bedeutenden Teiles der Stadt zu setzen und die Wirkung dieser Maßregel auf die Bevölkerung abzuwarten.

Selten ist ein Kampf mit so ungleichen Machtmitteln geführt worden wie der des 18. März. Auf der einen Seite mindestens 12.500 gut bewaffnete, durch Helm, Tornister und Lederzeug gegen Steinwürfe einigermaßen geschützte junge Infanteristen, dazu einige für den Straßenkampf weniger brauchbare Kavallerieregimenter und 36 Geschütze. Auf der anderen Seite Gewehre fast nur bei den Mitgliedern der Schützengilde, sonst Säbel, Beile und Äxte, Eisenstangen und ähnliche improvisierte Waffen; als Geschütze drei Böller, die mit Murmeln und Flintenkugeln geladen wurden. Die Zahl der wirklichen Kämpfer gering, aber überall Helfer: behäbige Bürger, alte Männer, Frauen und Kinder schleppten Steine auf die Dächer, gossen Kugeln und sorgten für Speise und Trank. Ohne diese Teilnahme fast der ganzen Bürgerschaft wäre der ungleiche Kampf in den ersten Stunden entschieden gewesen, sie allein konnte die Streiter trotz aller Teilerfolge des Gegners aufrechterhalten.

Als die Studenten aus der Aula nach dem Fechtboden gestürmt und sich mit Schlägern bewaffnet hatten, eilte von Salis-Sevis mit seinen Freunden zum Oranienburger Tor, um die Arbeiter der Maschinenfabriken zum Kampf aufzurufen. Nicht genug konnte Salis später rühmen, welche Entschlossenheit und Besonnenheit die Männer bewiesen, wie sie Anordnungen für den Fall ihres Todes trafen, wie die Verheirateten sich gefaßt von ihren Frauen verabschiedeten. Daß es vorzugsweise jüngere Männer waren, berichtet Egells, der Begründer der ersten Berliner Maschinenbauanstalt, der als Schutzbürger vor dem Schloß an der Kundgebung teilgenommen und mit Mühe seine Wohnung erreicht hatte. Mit Recht weist er darauf hin, daß niemand vorbereitet war, daß die Arbeiter daher nicht geschlossen die in der Nähe liegende Artilleriekaserne angriffen, sondern bei der Verteidigung weit von ihren Werkstätten entfernter Barrikaden mitwirkten. So konnten vier Kanonen aus der Kaserne nach dem Schloß abrücken. Die zurückbleibende Besatzung wurde bei dem Versuch, den Bau einer Barrikade zu verhindern, durch Steinwürfe

vertrieben, fuhr dann aber durch das Hintertor der Ställe eine Haubitze auf, schoß ohne ein Warnungssignal auf die Menschenmasse in der engen Türhalle des Tores und ließ fünf Tote und noch mehr Verwundete auf dem Platz. Während die Artilleristen sich nach ihrer Heldentat in die Kaserne zurückzogen, steckte die empörte Menge die Wagenhäuser der Artillerie und die königliche Eisengießerei in der Invalidenstraße in Brand. Der Flammenschein leuchtete als ein Fanal weithin über die Stadt.



Gedenktafel für Alfred Alfons v. Bojanowski (1823-1848) Ecke Linienstraße/Friedrichstraße.⁷

Die Wendung vom Frieden zum Krieg erlebte ein Gast des "Hotels zum Kronprinzen" als "das Merkwürdigste, was diese bewegte Zeit hervorgebracht — merkwürdig, weil es das Produkt der augenblicklichen Erbitterung war. Als ob sich die Erde öffnete, braust es durch die Stadt, zwölf Barrikaden erheben sich im Nu in der Königstraße, Haus an Haus werden die Dächer abgedeckt, oben am schwindelnden Rande stehen die Menschen, mit Ziegeln in der Hand die Soldaten erwartend". Den Angriff führte hier das 1. Garderegiment, das aber keine durchgreifenden Erfolge erzielen konnte, ehe die Barrikaden nicht durch Granaten und Kartätschen erschüttert worden waren. Überall durch einen

⁷ Seine Mutter Rosalie v. Bojanowski war Schwester Ida v. Lüttichaus. Der Vater war preußischer Generalstabsoffizier und stand mithin vermutlich auf der anderen Seite. – Alfred Alfons wurde im Familiengrab bestattet, befindet sich deshalb nicht auf dem Ehrenfriedhof im Friedrichshain. Gelegentlich wird in der Literatur fälschlich der Name "Boganowski" angegeben.

Die Gedenktafel befindet sich idiotischerweise in 2m Höhe (über einer Tür an einem Eckhaus) und konnte – ohne Hubwagen – leider nur auf diese Weise fotografiert werden.

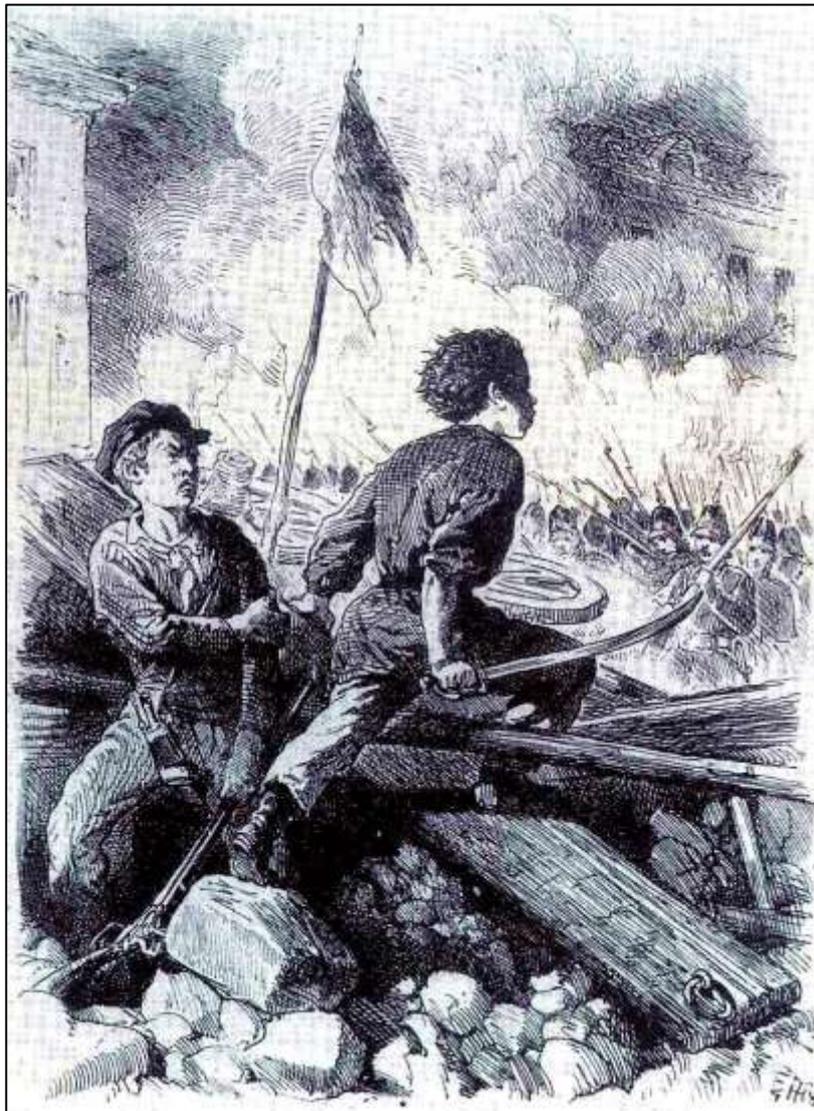
Siehe hierzu in: WAHRHEIT DER SEELE. IDA VON LÜTTICHAU (1798-1856); zwei Bände: A+C, (Leipzig/Berlin 2010/2017). Auch hier im Anhang: "Zeitzeug*innen".

Steinhagel empfangen, drangen die Soldaten in die Häuser, die Gaststätten und auf die Böden. Gegen sieben Uhr war die Straße eingenommen. In den Nebenstraßen standen noch Barrikaden, und jenseits des Alexanderplatzes war die Verteidigung unerschüttert. Hier, an der Neuen Königstraße, hatten die Böller aus dem nahe gelegenen Schützenhaus ihren Platz; über ihnen wehte eine schwarz-rotgoldene Fahne.

Den militärischen Mittelpunkt der heftig umstrittenen Friedrichstadt bildete der Gendarmenmarkt, auf dem Kavallerie stand, um die Gefangenen zum Schloß zu bringen. Starker Widerstand empfing die Truppen, die vom Hausvogteiplatz unter ständigem Gewehrfeuer vorzudringen suchten. In einem zum Lazarett umgewandelten Tanzsaal der Jerusalemer Straße pflegten Ärzte und Frauen die verwundeten Bürger. Von den Linden aus rückte ein Infanteriezug in die Friedrichstraße vor. Hier stand an der Jägerstraße eine soeben erst fertig gewordene Barrikade, deren Mittelpunkt ein Wagen bildete, während die Flanken durch eine Bretterwand und mehrere Tonnen gedeckt waren. Ihre Besatzung, gering an Zahl und kaum bewaffnet, zog sich vor den anmarschierenden Truppen zurück. "Nur zwei junge Leute in Handwerkertracht" — wir folgen hier dem Bericht in Wolffs "Revolutionschronik" — "erwarteten furchtlos, über die Brustwehr gelehnt, den herannahenden Feind. Der eine größere und kräftigere hielt ein altes Schießgewehr in Bereitschaft, der zweite, ein Knabe von anscheinend 15 oder 16 Jahren, war mit einem krummen, verrosteten Säbel bewaffnet. Das Bataillon rückte näher. Der ältere der beiden Schanzenverteidiger, der 19jährige Schlossergeselle Glasewald, feuerte sofort seine Büchse auf die Andringenden los, erhielt aber fast unverzüglich einen Schuß, der ihm den linken Arm zerschmetterte und ihm die Fortsetzung des ungleichen Kampfes unmöglich machte. Die Barrikade hatte jetzt nur noch einen Verteidiger, den Schlosserlehrling Ernst Zinna, in Berlin am 8. September 1830 geboren. Bei dem Heranrücken des Militärs stürzt der Knabe plötzlich aus der Barrikade hervor und blindlings auf einen der voranmarschierenden Offiziere los, dem er, alle seine Kräfte zusammenraffend, mit seiner Waffe einen mächtigen Hieb in den Hals versetzt, so daß der unerwartet Angegriffene, von soviel Kühnheit überrascht, anscheinend verwundet zurückstürzt. Sogleich aber entladen sich sechs oder acht Gewehre auf den kühnen Knaben, welcher indessen, sich gewandt bückend, dem fast unvermeidlichen Tode wunderbar glücklich entgeht. Er rafft nun in der Eile drei große Pflastersteine auf und schleudert sie, den einen nach dem anderen, den nach der Taubenstraße vordringenden Soldaten in offener Front entgegen. Ein behendes Ausweichen, das er nun versuchte, mißlang, von den vielen Kugeln, die man auf ihn abfeuerte, hat ihn eine erreicht. Er bedeckte die heftig blutende Wunde des Unterleibs mit seinen beiden Händen und flüchtete

sich in eine größere Haustüre, unerschrocken, kein Zeichen des physischen Schmerzes in seinen Zügen. Bald darauf verschied er."

In der Gestalt dieses jungen Schlosserlehrlings Zinna verkörpert sich uns am reinsten die bis zum Tode für die Freiheit kämpfende Berliner Arbeiterschaft. Sein Andenken wird in diesen Tagen als ein leuchtendes Vorbild der Treue für die Sache des Volkes jedem Berliner vor Augen stehen.



Ernst Zinna und Heinrich Glasewaldt auf der Barrikade Jäger-Ecke Friedrichstraße
(zeitgenössische Federlithographie von Theodor Hosemann)

Sehr viel fester gebaut und durch Bürgerschützen, Studenten und bewaffnete Arbeiter besetzt war die Barrikade an der Taubenstraße, die erst durch Artilleriefeuer überwunden wurde. Hier hat der junge Charitéarzt Rudolf Virchow bewiesen, daß er nicht nur ein wissenschaftlicher, sondern auch ein politischer Revolutionär war. Die Barrikade an der Kronenstraße hielt lange dem Ansturm stand, sie wurde erst nach Stunden genommen, nachdem das 12. Regiment aus Frankfurt vom Potsdamer Tor in die Leipziger Straße vorgerückt und das 2. Garderegiment von der Friedrichstraße aus vorgedrungen war. In dem Eckhaus an der Kronenstraße spielten sich Szenen empörender Grausamkeit gegen alle die ab, die in ihm vorgefunden wurden.

Eine sehr starke Barrikade, gedeckt durch die in den Eckhäusern Gertraudten- und Roßstraße postierten Schützen, lag am Ende der Breiten Straße beim Köllnischen Rathaus. Sie wurde lange durch den Maschinenbauer Siegrist und seine Kameraden verteidigt, bis sie spät in der Nacht durch Geschützfeuer sturmreif gemacht wurde. In das Köllnische Rathaus drang das Potsdamer 1. Garderegiment ein und ließ seine Wut an den Verteidigern aus, die ohne Gnade niedergemacht wurden. Selbst der alte Gymnasialdirektor Dr. August und seine Familie wurden nicht verschont. Sein Neffe, der Student von Holtzendorff, wurde auf der Flucht ermordet, er selbst entging mit Mühe dem Tode und wurde, mißhandelt und verwundet, erst durch einige hohe Berliner Offiziere befreit. In dem Eckhause der d'Heureuseschen Konditorei fanden nach einer militärischen Meldung "fünfzehn meist (!) bewaffnete Individuen ihren Tod oder gerieten in Gefangenschaft". Selbst Prittwitz urteilte, daß "die Aufregung und Erbitterung der Soldaten einen ungemein hohen, kaum mehr zu zügelnden Grad erreicht hatte". Erst in den frühen Morgenstunden endeten die Kämpfe um das Landwehrzeughaus am Halleschen Tor, bei denen sich der Drechslergeselle Hesse seinen Ruf erwarb, den er sich freilich später selbst wieder verscherzte.

Und nun wenden wir uns für einen Augenblick zu dem friedlich in seinem jungen Grün liegenden Schlosse Monbijou. Es war der Wohnsitz des Prinzen Adalbert, des Kommandeurs der Gardeartillerie, und außer der kleinen Infanteriewache durch sechzig in der Eile mit unbrauchbaren alten Gewehren ausgerüstete Artilleristen unter dem Leutnant von Reibnitz gesichert. Es barg aber auch das Kupferstichkabinett, das ägyptische Museum und die Altertumssammlung in seinen Räumen. Dürfen wir einer Darstellung folgen, die wohl auf den feinsinnigen Kunsthistoriker und späteren Direktor des Kupferstichkabinetts, Professor Hotho, zurückgeht, dann hat dieser zwischen dem Offizier und der auf ihn einstürmenden Menge glücklich vermittelt. Reibnitz' Aussage weicht freilich etwas ab, sie liest sich wie eine spannende Novelle. Der Forderung, daß seine Mannschaft ihre Waffen ausliefern solle, hat

er sich erfolgreich widersetzt. Im Ergebnis aber stimmen beide Berichte überein: Reibnitz ließ seine Leute in ihre Kaserne abmarschieren, um das Schloß und seine Schätze zu retten. Allein und unbewaffnet trat er der Menge gegenüber, die inzwischen das nahe Spritzenhaus erbrochen und die dort gefundenen Fackeln angezündet hatte, bewies den bei ihrem Schein den Park durchsuchenden Studenten den Abzug der Soldaten und vertraute ihrer Obhut den Schutz der Kunstwerke an. Frauen der Anwohner aber brachten dem Erschöpften Tee, Fleisch und Brot und dankten ihm im Namen des Bezirks "für sein ruhiges, besonnenes und entschiedenes Benehmen", das Schloß und Umgebung vor einem Brande gerettet hatte.

Um Mitternacht wurde Prittwitz zum König befohlen. Er meldete, daß der in Aussicht genommene Stadtteil, dessen Grenze die Spree, die Neue Friedrichstraße, der Spittelmarkt und die Leipziger Straße bildeten, eingenommen sei; einige Lücken würden im Laufe der Nacht geschlossen werden. Falls das zur Unterwerfung Berlins nicht genüge, könne er seine Stellungen mehrere Tage behaupten, aber nicht Straße für Straße erobern. Bei andauerndem Widerstand würde er aus der Stadt abziehen, diese eng einschließen und "allenfalls an einigen Orten" beschießen. Kein politischer Gedanke, nur ein soldatischer Standpunkt sprach aus dem Plan. Etwas anderes war freilich von einem General nicht zu erwarten, der rückschauend über den Ausbruch des Kampfes schrieb: "Überaus wohltuend war für den Soldaten das Gefühl, die belästigende Volksmasse endlich abgeschüttelt, einen bestimmten Feind vor sich und das Ende der bisherigen Geduldsproben erreicht zu haben."

Auf die Vorschläge des Generals ging der König nicht ein, ließ aber durchblicken, daß er weiteres Blutvergießen nicht wünsche. Er befahl nur, die besetzten Teile der Stadt zu halten, jedoch keine darüber hinausgehenden Eroberungen zu machen. Dann wurde Prittwitz mit einem "überaus gnädigen Gute Nacht und Wohl zu schlafen" verabschiedet, und der König setzte sich, ohne Schuhe und Strümpfe, die Füße in einem pelzgefütterten Fuhsack, an seinen Schreibtisch. Den letzten Anstoß zu dem, was er an ihm niederschrieb, mag der Bericht des Generals gegeben haben, die Beweggründe aber lagen tiefer, waren durch die vielen Bitten um Beendigung der Feindseligkeiten und durch die seelischen Anspannungen des langen Kampfes ausgelöst worden. Der Major von Vincke, ein Vetter des Landtagsabgeordneten, hatte ihm bestätigt, daß fast die ganze Bürgerschaft an dem Aufstand teilnahm.

Das Band des Vertrauens zwischen Herrscher und Volk, für Friedrich Wilhelm IV. die Voraussetzung alles staatlichen Lebens, war zerrissen. Er, der König, mußte es wieder knüpfen, er mußte sein Volk auf den rechten Wog zurückführen. Die militärische Ehre war gerettet, die Vorstellung einer

Aushungerung und Beschießung der Hauptstadt aber war unerträglich. Alles vereinte sich, um den König zu der Proklamation "An meine lieben Berliner" zu bewegen.

Der Aufruf trägt das unverkennbare Gepräge der Wesensart seines Verfassers, der die Dinge nicht sah, wie sie wirklich waren, sondern wie er sie sehen wollte. Die Einwohner Berlins konnten und durften nicht aus eigenem Antrieb sich ihrem "König und treuesten Freund" widersetzt haben. Nicht von ihnen, von einem Haufen Ruhestörer waren die "aufrührerischen und frechen Forderungen" auf dem Schloßplatz erhoben worden; "eine Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend", hatte die erzwungene Räumung des Platzes "durch augenscheinliche Lüge verdreht und die erhitzten Gemüter Meiner treuen und lieben Berliner mit Rachegeanken erfüllt". Durfte der König sie nun nach dem siegreichen Vordringen seiner tapferen und treuen Soldaten nicht beschwören, "den unseligen Irrtum" einzusehen, die Barrikaden fortzuräumen und "Männer voll des echten alten Berliner Geistes" mit sich ziemenden Worten an ihn zu senden? Dann, aber nur dann, so versprach er, würde er die Truppen von allen Straßen und Plätzen zurückziehen, um der großen Zukunft Preußens und Deutschlands willen.

Bodelschwingh, dem der König den Aufruf mit der Ermächtigung zu Verbesserungen übergab, ließ ihn sofort unverändert drucken. Er ist dafür oft getadelt worden, und doch, was konnte er anderes tun? Kleine Änderungen wären zwecklos gewesen, einschneidende hätten der kaum erreichbaren höheren Genehmigung bedurft; dem Könige von der Veröffentlichung überhaupt abzuraten, hätte einen Weg zum Frieden versperrt. So gab er das Schriftstück zum Druck und forderte Krausnick auf, in aller Frühe die Blätter holen zu lassen und überall zu verbreiten: "Gebe Gott, daß dann die Ruhe wiederkehre", fügte er mit einem Seufzer hinzu, der eher nach Zweifel als nach froher Gewißheit klingt.

Von dem siegreichen Vordringen der Truppen hatte die Proklamation gesprochen. In der Tat, sie hatten erreicht, was ihr Oberbefehlshaber sich vorgenommen hatte. So verzweifelt aber, wie Julius Berends sie angesehen haben soll, war die Lage der Aufständischen nicht. Die Kämpfer auf den Barrikaden hatten in der Nacht ruhen und neue Kräfte sammeln können. Der junge Boerner, der am Morgen durch die Straßen wanderte, die der Schauplatz der Gefechte gewesen waren, begegnete zwar düsterer Verzweiflung, aber niemand hatte den Mut verloren. Der Kommandeur des 2. Garderegiments aber, Graf Schlieffen, der mit seinen bürgerlichen Begleitern die Friedensbotschaft nach dem Rückzugsbefehl in der Luisenstadt verkündete, sah dort noch viele sechs bis acht Fuß hohe, in den Neubaugenden förmlich aufgemauerte Barrikaden. Aus den Fenstern wehten allerdings weiße Fahnen und die Mehrzahl der Tausende, die auf die Straße eilten, war froh über den Frieden, aber vielfach wurde der Ruf laut,

die Einwohner würden den Kampf auf das hartnäckigste fortführen. "Die Erbitterung war allgemein und in den unteren Klassen wohl bis zur Wut gesteigert, so daß die Truppen bei ihrem weiteren Vordringen unfehlbar immer größere Schwierigkeiten gefunden haben würden." Dies um so mehr, als sie ermüdet und schlecht verpflegt waren. Nirgends hatten ihnen die Bürger auf ihre Bitten Speise und Trank gewährt. Der Major von Vincke hatte schon am Abend die militärische Lage gegenüber dem einmütigen Widerstand der Bürgerschaft für bedenklich gehalten. Am Morgen des 19. waren nach dem Urteil des Generals von Wussow die Soldaten zu erschöpft, um den Kampf wie am vorigen Tage wieder aufnehmen zu können. Bleich, ernst und abgespant fand sie auch Ludwig Rellstab morgens am Schloßplatz. Die am 18. in der Stadt umlaufenden Gerüchte, daß ganze Regimenter zum Volke übergegangen seien, hatten sich nicht bewahrheitet, aber ein Bataillon des Stettiner 2. Infanterieregiments hatte in der Friedrichstraße versagt und mußte durch das 2. Garderegiment abgelöst werden. Niemand konnte voraussagen, ob bei einem Wiederaufflammen der Gefechte die Truppen den gleichen Angriffsgeist wie am ersten Tage zeigen würden. Die Berliner Regimenter enthielten dazu durch ihre vielen Einjährig-Freiwilligen ein gefährliches Element, weil sie nach dem Eingeständnis von Prittwitz zum Teil Partei gegen die vom Militär vertretene Sache nahmen. Stammten sie doch meist aus Berlin und waren mit der führenden Schicht des Bürgertums eng verbunden, als junge Menschen den freiheitlichen Ideen noch entschiedener zugewandt als ihre Väter.

51

Politisch waren alle Chancen auf der Seite des Volkes. Die höfischen und militärischen Kreise, die eine Rückkehr zum monarchischen Obrigkeitsstaat ersehnten, mochten von einer siegreichen Fortsetzung des Kampfes um Berlin träumen, weil sie nicht über ihren beschränkten Gesichtskreis hinaussahen. Tatsächlich hätten sich ganze Provinzen, das Rheinland, Schlesien, Teile von Westfalen, die polnischen Einwohner der Provinz Posen erhoben, Deutschland wäre für Preußen verloren gewesen. Es blieb dem König und einer die Zukunft des Staates bedenkenden Regierung gar nichts übrig, als mit Berlin Frieden zu schließen.

Den Frieden hatte der Aufruf "An meine lieben Berliner" bringen wollen. Er konnte es nicht, denn die Voraussetzungen, von denen er ausging, waren für die Bürger ebenso viele Verdrehungen der Wahrheit, die beschwörenden Bitten waren für aie Zeichen der Schwäche. Die Aufrufe wurden zerrissen und mit Füßen getreten. Grimmiger Hohn sprach aus dem Bild, das sich den durch die Breite Straße Wandernden bot, deren Damm mit den Scherben zerschossener Fensterscheiben übersät war: ein Granatsplitter in einem hölzernen Brunnengehäuse, darüber, sauberlich ausgeschnitten, die Überschrift der Proklamation: "An meine lieben Berliner", darunter "Friedrich Wilhelm". Der

Gedanke an eine königliche Friedensbotschaft war in der Nacht auch in Rellstab wach geworden. Mit einem schnell in der "Vossischen Zeitung" gedruckten Entwurf eilte er in der Frühe zum Schloß. Aber alle Einwendungen des loyalen Schriftstellers vermochten nichts gegen die Vorstellungen des Königs von den im Hintergrund wirkenden Hetzern, die der ganze Hof teilte, und für die er sich auf Minutolis Berichte berufen konnte. Die auf seinen Wunsch von Rellstab ihm zugeführten Bürger und eine Schar angesehenen Männer mit dem Oberbürgermeister an der Spitze erhielten die gleiche Antwort: erst Wegräumung der Barrikaden, keine bewaffnete Bürgerwehr.

Ein kurzer Gottesdienst, dem der Hofprediger Strauß das etwas anzügliche Wort zugrunde legte: "Wer sich selbst erniedrigt, den will ich erhöhen", und eine Konferenz der Generalität unterbrachen die Kette der bürgerlichen Abordnungen. Die Offiziere waren mit dem Prittwitzschen Vorschlag, Berlin einzuschließen und auszuhungern, von Herzen einverstanden, der König aber hörte kaum zu, teilnahmslos saß er auf einem Stuhl. War dies nun der Rückschlag auf die seelischen Erschütterungen durch das Kampfgetöse des Nachmittags und der Nacht und auf die mühsam aufrechterhaltene Festigkeit gegenüber dem Drängen der Vertreter seiner Hauptstadt, oder war es der innere Kampf zwischen monarchischem Stolz und der Sehnsucht nach Frieden — die durch den Sprecher der letzten Deputation, den Bürgermeister Naunyn, überbrachte Kunde, das Volk beginne schon mit dem Abräumen der Barrikaden, mußte dem Könige wie eine Erlösungsbotschaft klingen. Er zog sich mit Bodenschwingh und Arnim zur Beratung in ein Nebenzimmer zurück. Plötzlich stürzte Bodenschwingh mit rotem Kopfe aus dem Zimmer hervor und verkündete den Befehl: "Da man anfinge, die Barrikaden niederzureißen, sollten die Truppen von den Straßen und Plätzen zurückgezogen werden." Es folgte eine Szene höchster dramatischer Spannung. Der Prinz von Preußen rief, Schloßplatz und Lustgarten mußten noch besetzt bleiben; der Minister erwiderte, an des Königs Wort "von Straßen und Plätzen" dürfe nicht gedeutelt werden, dies sei der letzte Befehl, den er als Minister überbringe. Auch den militärischen Einwendungen des Oberkommandierenden setzte er den königlichen Befehl entgegen.

Die entscheidende Wendung war erfolgt, sie war erfolgt auf eine tatsächlich nicht zutreffende Meldung hin: das Volk räumte die Barrikaden nicht fort! Als trotzdem die Truppen überall in der Richtung auf den Schloßplatz abmarschierten, flutete ein überwältigendes Gefühl der Freude durch aller Herzen. Von ihm durften die Unglücklichen nicht ausgeschlossen bleiben, die von den Soldaten gefangengenommen und in die Schloßkeller eingesperrt worden waren, von wo die vor vier Uhr morgens Eingelieferten nach Spandau abtransportiert wurden. Dieser Transport war zu einem Leidenszug geworden,

dessen Einzelheiten selbst uns, die grausigere Verirrungen erlebt haben, erschüttern können.⁸ Die Gefangenen waren durch den Kampf und vielleicht noch mehr durch rohe Behandlung bei ihrer Abführung in einen kläglichen Zustand geraten, der des Königs Meinung zu bestätigen schien, daß nur die Hefe des Volkes sich an dem Aufstand beteiligt hatte. Nur so sind die ironischen Worte zu verstehen, mit denen er die erbetene Freilassung der Gefangenen vom Balkon aus verkündete: "Ihr wünscht die Gefangenen frei zu haben, ich gebe sie euch gern, seht sie euch aber erst einmal an, ob ihr sie auch wollt." Als diese Worte gesprochen wurden, war der Schloßplatz noch voller Truppen. Nicht viel später zogen sie in ihre Kasernen und in ihre Quartiere in den benachbarten Dörfern ab. Prittwitz hatte es befohlen, er glaubte, dadurch die Moral der Truppen erhalten und jede Möglichkeit blutiger Zusammenstöße ausschalten zu können. Dieser Augenblick in dem das absolute Königtum durch den Verzicht auf seine schärfste Waffe, das Heer, abdankte, fand das konstitutionelle Königtum erst im Werden. Es fehlte ihm sein verfassungsmäßiges Bollwerk, ein verantwortliches Ministerium. Der neue Ministerpräsident mühte sich gerade damit ab, eine Liste seiner künftigen Mitarbeiter aufzustellen, statt die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen. Der Magistrat war nicht versammelt, nur einige seiner Mitglieder berieten im Sitzungssaal. Der Oberbürgermeister war vor einem ihn bedrängenden Haufen in ein Haus der Königstraße geflüchtet. Er war ein guter Verwaltungsbeamter in ruhigen Zeiten, nicht der Mann, unter Stürmen das Steuer zu ergreifen. Eine Bewaffnung der Bürgerschaft, der gesellschaftlich führenden Schicht, war trotz Nobilings Mahnung abgelehnt worden. Niemand war gerüstet, die entfesselten Ströme der Leidenschaft an dem Oberfluten der Ufer zu hindern.

Die Gefangenen, die überlebenden Opfer des Kampfes, waren befreit worden. Doch rufen nicht auch die Toten auf, ihrer zu gedenken? Sie liegen in Häusern, auf den Straßen, selten auch nur dem Namen nach bekannt. Es gilt, sie an eine Stätte zu überführen, an der Angehörige und Freunde sich einfinden und die Ihnen erkennen können. Ein Hofbeamter nennt das Schloß, und wie ein Funke zündet das Wort. Ja, dorthin, von wo das Unheil ausgegangen, sollen seine Opfer geleitet werden. Sie werden auf Bahren gebettet, in Wagen geladen, mit Blumen geschmückt, Trauerzüge bilden sich, alle mit gleichem Ziel. Auf dem Platz, in den Schloßhöfen, im Lustgarten stehen zahlreiche Gruppen. Sie lauschen auf die Redner, die sich mühen, das in Worte zu kleiden, was alle bewegt. Vergeblich mahnen die neuen Minister, mahnen bürgerliche Sprecher zum

⁸ Roerdanz, Adalbert: EIN FREIHEITSMARTYRIUM : GEFANGENE BERLINER AUF DEM TRANSPORT NACH SPANDAU AM MORGEN DES 19. MÄRZ 1848; Protocollarische Aussagen und eigene Berichte von 91 Beteiligten, als Beitrag zur Geschichte des Berliner Märzkampfes / ges. und hrsg. von Adalbert Roerdanz (Berlin: Liebmann, 1848)
Digitalisat: <https://digital.zlb.de/viewer/image/15455861/1/>

Auseinandergehen. Sie können das Schicksal nicht wenden. Die tiefste Demütigung, die das Königtum der Hohenzollern je erlitten hat, steht bevor. Vier Leichen, die blutigen Wunden entblößt, werden herangetragen. Sie halten vor dem ersten Portal, und laut und fordernd schallt vielstimmig der Ruf nach dem König. Von dem Fürsten Lichnowski, der an diesem Tage sein demokratisches Herz entdeckt, von dem Grafen Schwerin und dem Oberbürgermeister Krausnick begleitet, tritt der König auf den Balkon und nimmt, wie das Volk es befiehlt, die Mütze ab vor den Toten, die im Kampfe gegen sein Heer ihr Leben gelassen haben. Auch das Heer beugt sich vor ihnen. Prittwitz' Beispiel folgend, nehmen die Grenadiere vor den im Schloßhofs niedergestellten Bahnen den Helm ab. Noch einmal muß der König, die Königin am Arm, von der Galerie aus den Gefallenen seine Ehrfurcht erweisen. Dann ertönt, während eben noch dumpfes Murren gegen den Urheber des blutigen Tages durch die Versammlung grollt, die erste Strophe des Chorals "Jesus, meine Zuversicht". Alles fällt ein, und der König zieht sich zurück. Das Drama, dessen überwältigendem Eindruck sich selbst Prittwitz nicht entziehen kann, neigt sich seinem Ende zu.

Ehe sich noch der Vorhang zu dem düsteren "Spiel im Schloß" hob, war am Alexanderplatz ein Stück aufgeführt worden, das bis an die Grotteske streifte. Dem Bescheide des Königs gehorchend, waren die Herren Fournier, Moewes und Nobiling bald nach neun Uhr zum Alexanderplatz gegangen, um das Volk zur Niederlegung der Barrikaden zu überreden. Der dort kommandierende General von Möllendorff ließ sie bereitwillig mit den heraneilenden Kämpfern und ihren studentischen Führern unterhandeln, schloß sich ihnen sogar an, da Fournier dringend bat, die Einstellung des immer noch andauernden Feuerns aus der Kaserne in der Alexanderstraße anzuordnen. Schon während des Kampfes hatte es, wie bei den meisten Barrikaden, auch hier keinen einheitlichen Oberbefehl gegeben. Es war ja alles improvisiert, nirgends trat einer von den angeblichen Agenten und Wühlern auf. An der Neuen Königstraße hatte der Landwehrfeldwebel Braß, dem wir die erste Schilderung der Barrikadenkämpfe verdanken, eine Art von Kommando ausgeübt. Jetzt war er wohl nicht anwesend, es herrschte ein Durcheinander, das es einem jungen Burschen möglich machte, von hinten dem General den Degen aus der Scheide zu ziehen. Es bekam ihm jedoch schlecht, er wurde durchgeprügelt, und der General erhielt seine Waffe wieder. Aber von der Barrikade bei der Prenzlauer Allee wurde er aufs neue angegriffen und mußte sich mit Hilfe einiger Bürger in ein Haus zurückziehen. Das war das Signal für eine der merkwürdigsten Erscheinungen der Berliner Märzrevolution, den Tierarzt Urban aus der Neuen Königstraße, zu Möllendorffs Stellvertreter zu stürzen und ihm zu drohen, der General würde bei dem ersten Schuß der Soldaten gehängt werden. Er begnügte sich aber damit, daß ihm Möllendorff einen Befehl an die Kaserne, das Feuer einzustellen, gab,

steckte ihn wie eine Fahne auf eine Stange und zog damit ab. Ein paar Stunden später trat er im Rathaus auf, sprach von seiner religiösen Pflicht, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, und rühmte sich, daß er die Masse "in seiner Gewalt und Abhängigkeit habe". Unmittelbar danach jedoch stellte er Forderungen auf, die wohl in der Luft lagen, aber den Vätern der Stadt hier zuerst greifbar entgegentraten.

Am Nachmittag wurde die schon vor dem Abmarsch der Truppen beschlossene Bildung des Ministeriums Arnim öffentlich bekanntgegeben. Seine wichtigsten Mitglieder waren neben dem Grafen Schwerin der bisherige Pariser Gesandte Heinrich von Arnim als Außenminister und der Innenminister Alfred von Auerswald, der als liberaler Sprecher auf dem Vereinigten Landtag hervorgetreten war.

Für das besitzende Bürgertum mochte die Ministerliste Bedeutung haben, das Volk ließ sie kalt. Ihm lag das schon seit einer Woche erhobene Verlangen nach Bewaffnung am Herzen, das der in Berlin weilende Dichter Gutzkow auf dem Schloßplatz als ein Ablenkungsmanöver aufgegriffen hatte. Bürokratische Bedenken, die Krausnick im Schlosse geltend machte, wurden durch Minutoli und den Grafen Schwerin beseitigt. Der König bewilligte einer erneut in ihn dringenden Deputation die Bewaffnung und verkündete sie selbst von der Schloßterrasse den im Lustgarten Harrenden. Eine Stunde später erschien der Maueranschlag über die Bürgerbewaffnung. Wer sich durch seinen Bürgerbrief ausweisen konnte, erhielt sofort aus dem Zeughaus ein Gewehr. Um fünf Uhr besetzten Bürger die Posten um das Schloß, um sechs Uhr bezog die Schützengilde die große Schloßwache. Der König hatte sich in den Schutz seiner Bürger begeben. Der alte Militärstaat, so schien es, war tot. Preußens und Deutschlands Schicksal hing davon ab, ob ein Volksstaat an seine Stelle treten würde.

DER AUSKLANG
DER MÄRZTAGE

Friedrich Wilhelm IV. war dem besorgten Rate Minutolis und dem ganz anderen Gründen entsprungenen Drängen der extremen Hof- und Militärpartei nicht gefolgt, er hatte Berlin nicht verlassen. Weder sein Leben noch sein Thron waren bedroht, das Volk hatte sich nicht gegen ihn persönlich erhoben. Das empfanden selbst die Radikalen. Der im Rheinland geborene, in Berlin lebende Assessor Schramm, der im Mai Präsident des Demokratischen Klubs wurde, schrieb am 20. März in der "Zeitungshalle": "Unser König war bisher als ein hochherziger Mann von hohen Gaben des Geistes und Gemütes bekannt, der alle übrigen deutschen Fürsten in dieser Beziehung überragte. Wir glauben, daß er in der verhängnisvollen Nacht von Elenden getäuscht worden ist." Diese Elenden waren die Höflinge und reaktionären Offiziere. Sie traf der Haß des Volkes und damit auch ihren Gönner, den Prinzen von Preußen.⁹ Seine Gegenwart erschien als eine Gefahr für die junge Freiheit, ja selbst für den nur durch sie gesicherten Thron. Er entschloß sich daher auf Wunsch des Königs zu der an Zwischenfällen reichen Flucht, die ihn über Spandau und die Pfaueninsel an den Hof der jungen Königin Viktoria von England führte — zu einer Flucht, die auf sein Verlangen nachträglich den Schein einer diplomatischen Mission erhielt. Sein Palais wurde zum Eigentum der Nation erklärt.

56

Unbesorgt gab sich Berlin der Siegesfreude hin, glänzte am Abend die Stadt in festlicher Beleuchtung. Der Sonntag, der mit Zweifeln über die Zukunft begonnen und die erschütternden Züge mit den Bahren der Toten gesehen hatte, schloß voller Zuversicht. Nur wer einen Angehörigen unter den in Spandau Gefangenen hatte, mochte um dessen Geschick bangen, denn im Heere herrschte noch der alte Geist. Ihm war es zuzuschreiben, daß die 500 in die Kasematten der Festung Gebrachten nur in einzelnen Trupps und in größeren Abständen, nicht mit der Bahn oder zu Wagen, sondern zu Fuß auf einem Umwege zurückkehren durften. Es wurde Nacht, ehe sie ihr Ziel erreichten.

⁹ "Prinz von Preußen" wurde am 7. Juni 1840, mit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV., dessen nächstälterer Bruder Prinz Wilhelm, der ihn ab 1858 als Regent vertrat und ihm am 2. Januar 1861 als König Wilhelm I. auf den Thron folgte. Seit 1871 erster Deutscher Kaiser.

Das Volk war großmütiger gewesen. Nur den Truppen, die sich besonders grausam gezeigt hatten, rief es zornige Worte bei ihrem Abmarsch in die Kasernen nach. Zwei Einwohner, die im Verdacht standen, Verrat begangen zu haben, mußten sich die Zerstörung ihrer Möbel oder ihrer Waren gefallen lassen, ihnen selbst geschah kein Leid. Nirgends war die geringste Ausschreitung geduldet worden. Das Eigentum war in der großen Stadt, in der es bitteres Elend genug gab, vielleicht nie so sicher wie am 18. und 19. März. Berlin hatte eine echte Revolution, nicht "einen Straßenauflauf größten Ausmaßes" erlebt.

Die Berliner Garnison war in ihre Kasernen zurückgekehrt. Dem Offizierkorps aber war die Stadt der Revolution verleidet. Nur zu gern machten die Kommandeure von der Ermächtigung Gebrauch, Berlin zu verlassen, wenn ihrer Ansicht nach die Disziplin der Mannschaften gefährdet oder ein Angriff auf die Kasernen zu fürchten war. Tatsächlich war das nur vereinzelt der Fall, aber der Abmarsch, der am 20. und 21. März erfolgte, gab der Militärpartei eine Waffe in die Hand, die sie am liebsten sofort gebraucht hätte. Potsdam wurde ihr Hauptquartier.

Prittwitz selbst war überzeugt, daß die Regierung entscheidende Schritte tun müsse und werde. Deshalb hielt er seine 20.000 Mann mit ihren 4000 Pferden und 36 Geschützen vereinigt und stellte sie so auf, daß sie in höchstens zwei Tagesmärschen vor Berlin stehen konnten, um "ein erhebliches Gewicht in die Waagschale zu legen". Aus eigenem Antrieb und mit eigenen Mitteln wollte er nicht in die Pläne der Regierung eingreifen, blieb aber durch einen ihm ergebenen höheren Offizier "auf ganz vertraulichem Wege mit dem Schloß zu Berlin in Verbindung". Da eine Reihe von Offizieren, denen es schwerfiel, von ihrem bevorzugten Platz im Staat "möglicherweise auf einen viel unscheinbareren herabzusteigen", sich mit Abschiedsgedanken trug, suchte er sie bei der Ausgabe der Parole davon abzubringen. In einer Ansprache an das Offizierkorps sagte er in seiner drastischen Art: "Meine Herren, in den letzten Tagen hat der Teufel manches geholt, er wird vielleicht noch manches holen, die Ehre der Truppen aber hat er nicht bekommen und wird er nicht bekommen, wenn ein jeder von uns treu auf seinem Posten aushält." Die ihm nicht täglich, sondern beinahe stündlich vorgetragenen Pläne, gemeinsam mit dem märkischen Adel und seinen Bauern den angeblich unter dem Zwange der Neuerer stehenden König mit Gewalt zu befreien, lehnte er indessen ab. Er war doch zu sehr Soldat der alten Schule, um über den Kopf des Herrschers hinweg selbständig Politik treiben zu wollen. Daß er mit seinem Herzen ganz auf der Seite dieser "treuen Sendboten" stand, die nicht nur aus der näheren Umgebung Berlins eintrafen, hat er nicht verhehlt. Mehrere Offiziere aus der Provinz legten ihm sogar nahe, ihre Regimenter nach Potsdam zu führen. Auch ihnen trat er auf freundliche, aber entschiedene Weise entgegen. Im Augenblick stand somit eine militärische

Reaktion nicht in Aussicht, doch die psychologischen Voraussetzungen für sie waren gegeben.

Die Berliner aber überließen sich der frischgewonnenen Freiheit, rauchten auf den Straßen und freuten sich, daß alle in den Leihhäusern versetzten Pfänder bis zu fünf Talern Wert freigegeben wurden. Begeistert lasen sie die Berichte über den 18. März. In fünf Stunden waren die 12.000 Stück des "Extrablatts der Freude" vergriffen, das die "Vossische Zeitung" herausgab. Lehrer, Handwerker und Studenten mit meist bescheidenem poetischem Talent dichteten Verse der Freude über den Sieg oder der Wehmut über die Gefallenen. Alle wegen politischer oder pressegesetzlicher Vergehen Eingesperrten, auch die 1847 wegen eines Aufstandsversuches zu schweren Strafen verurteilten Polen wurden begnadigt. Ihr Zug durch die Stadt wurde zu einem Triumphzug, ein Zeugnis für den wahrhaft demokratischen, keine nationalen Beschränktheiten kennenden Geist der Bürgerschaft. Daß echtes nationales Fühlen alle beseelte, zeigten die schwarzrotgoldenen Farben, die Farben der Freiheit und Einheit im Bilde der Stadt. Die Frauen trugen sie an den Hüten oder als zierliche Rosetten auf der Brust, die Männer als Schleifen, Uhrbänder und Kokarden.

Wer von all denen, die aus ihren Fenstern die dreifarbigten Flaggen wehen ließen oder sich mit den neuen Bändern schmückten, mehr an Deutschland oder mehr an die Freiheit dachte, kann keine Geschichtsforschung ergründen. Wahrscheinlich war es den meisten Einwohnern Berlins in jenen Tagen selbst nicht bewußt. Daß der nationale Gedanke lebendig war, hatte schon die erste größere Zeltenversammlung am 7. März mit ihrem Verlangen nach einer allgemeinen deutschen Volksvertretung bewiesen. Bürgerliche Kreise richteten am 8. den Antrag an die Stadtverordneten, für eine innige Verbrüderung der gesamten deutschen Nation einzutreten; am 11. nahmen diese die Anregung in ihre Eingabe an den König auf. Die Regierung kam den Wünschen in dem Patent vom 14. und entschiedener noch in dem vom Morgen des 18. entgegen, in dem eine Bundesrepräsentation aus den Ständen aller deutschen Länder, ein Bundesheer, deutsches Heimatrecht, Freizügigkeit und einheitliche Wirtschaftspolitik verheißen wurden. Alles freilich war an die Zustimmung der deutschen Fürsten geknüpft. Über diese Bedingung aber war die Entwicklung in Deutschland hinweggeschritten. Vollends nach dem Sturze Metternichs war Friedrich Wilhelms Lieblingsidee, ein deutscher Fürstenkongreß, nicht mehr durchführbar. Und als Berlin für Preußen auf den Barrikaden den Durchbruch zur Neugestaltung des politischen Lebens erstritten hatte, mußten neue Wege für Deutschlands Wiedergeburt gefunden werden.

Für das Volk von Berlin ergriff Schramm in dem schon erwähnten Artikel der "Zeitungshalle" das Wort. Den kleinen Fürsten sprach er jedes Recht auf Existenz ab, Friedrich Wilhelm IV. aber forderte er auf, das ohne seine Schuld

mit Bürgerblut befleckte Banner der Hohenzollern von sich zu schleudern und die schwarzrotgoldene Fahne in die Hand zu nehmen. Eben das tat der so Angeredete schon am Tage darauf. Sein neuer Minister des Auswärtigen; Heinrich von Arnim, war mit dem Programm "Einheit Deutschlands mit, durch und in Preußen" nach Berlin gekommen. Nach dem Barrikadenkampf glaubte er, keinen Augenblick zögern zu dürfen. Am Morgen des 21. erschien ein Plakat "An die deutsche Nation", das den Berlinern das große Ereignis ankündigte, das sich in wenigen Stunden abspielen sollte: den Umritt Friedrich Wilhelms IV. mit den deutschen Farben. Den Studenten tat der Kultusminister Graf Schwerin persönlich den Willen des Königs kund, "sich an die Spitze des konstitutionellen Deutschlands zu stellen"; er rechne darauf, daß sich die akademische Jugend um ihn scharen werde. Gegen elf Uhr erschien der König zu Pferde auf dem Schloßhof, ein breites dreifarbiges Band um den Arm, umgeben von den ebenso geschmückten Prinzen und Ministern. Nach einer kurzen Ansprache setzte sich der Zug in Bewegung, die Minister als Vortrab, dahinter ein Bürgerschütze zu Fuß mit der deutschen Fahne, rechts und links vom König ein Stadtverordneter und Dr. Stieber, der seinen guten Ruf als Verteidiger später als reaktionärer Polizeirat gründlich einbüßte. Es fehlte auch nicht der Tierarzt Urban, anfangs zu Fuß, auf dem Rückweg hoch zu Roß, eine gemalte Kaiserkrone in der Hand. Die Begrüßung als Kaiser von Deutschland, die ihm bei der Neuen Wache entgegenklang, wehrte Friedrich Wilhelm freilich ab. Den Studenten rief er zu, er wolle nichts usurpieren, wolle nichts als deutsche Freiheit und Ordnung. Eine immer mehr anschwellende Begleitung schloß sich dem Zuge an, der durch die Behrenstraße zum Brandenburger Tor und zurück über die Linden zum Alexanderplatz führte, um wieder beim Schlosse zu münden. Der König hatte wohl viermal gesprochen, einmal auch seines Bruders, des Prinzen von Preußen, gedacht und ihn für einen aufrichtigen Anhänger der neuen politischen Bahn erklärt. Am Abend flatterte die deutsche Fahne von dem Gerüst der noch unvollendeten Schloßkuppel. Alle guten Vorsätze für die Reform Preußens und Deutschlands faßte dann der Aufruf "An mein Volk und an die Deutsche Nation" zusammen. In ihm erklang die Losung, "Preußen geht fortan in Deutschland auf", die noch bei den Beratungen über die Weimarer Verfassung eine Rolle gespielt hat. Eine Zerschlagung Preußens sollte sie nicht bedeuten, wohl aber die Einschmelzung seiner starren monarchisch-militärisch-bürokratischen Art in ein freies deutsches Volkstum. Daß dieses Ziel nie erreicht worden ist, daß vielmehr die Schattenseiten Preußens auch die Deutschlands geworden sind, ist die Hauptursache für den verhängnisvollen Gang der deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert geworden.

Im März 1848 konnte niemand das voraussehen. Zwar weckte der Umritt des Königs nach dem Blutbad des 18. in Deutschland keinen Widerhall, sondern stieß auf mehr oder minder bittere Ablehnung. Er wirkte hier wirklich wie eine Maskerade. Für Berlin war er nicht bedeutungslos. Es ist doch nicht so, wie Wolff in seiner Revolutionschronik schreibt, daß die Masse "wie üblich die einzelnen Knalleffekte beklatschte", das Stück aber sofort vergaß. Schwerlich hätten sich die Berliner sonst um die 18 000 Exemplare des Extrablattes der "Spenerschen Zeitung" so gedrängt, daß Bürgerwehr die Ordnung bei der Verteilung aufrechterhalten mußte. Noch am 24. formulierte dieselbe Zeitung als das neue Programm ein einheitliches freies Deutschland und ein Preußen, das nur für und durch Deutschland groß sein wolle. Der 21. März brachte Berlin noch einen für die städtischen Behörden kaum minder revolutionären Akt, als es der Umritt des Königs für Preußen und Deutschland hatte sein sollen. Die Stadtverordneten erklärten auf die Anregung einiger Tribünenbesucher ihr Mandat für erloschen und führten nur die Geschäfte bis zu einer Neuwahl weiter. Der Stadtverordnete Mertens, der den Antrag gestellt hatte, hielt dabei eine Rede, deren sich nach dem Bericht der "Zeitungshalle" selbst Mirabeau, der Volkstribun der Großen Französischen Revolution, nicht hätte zu schämen brauchen.

60

Über all der Siegesfreude, die nur am Abend des 20. durch das Gerücht gestört worden war, der Prinz von Preußen oder gar die Russen ständen vor den Toren und wollten die Stadt überfallen, wurden die Opfer des Sieges nicht vergessen. Urban schon hatte, als er im Rathause erschien, ehrenvolle Bestattung der Gefallenen und Sorge für die Hinterbliebenen und Verwundeten verlangt. Der Magistrat machte sich die Forderung zu eigen — in der gleichen Sitzung, die den unbeliebten Krausnick der Volksstimmung opferte und dem Bürgermeister Naunyn den heißersehten ersten Platz im Kollegium freigab. Die Stadtverordneten stimmten zu, alles Nähere sollte ein Ausschuß in die Wege leiten. Auf den Straßen, vor den Läden, in den Lokalen wurden Teller aufgestellt, in die jeder seine Gabe legte. Die königlichen Bühnen, die vom 18. bis 20. geschlossen waren, gaben am 21. Lessings "Nathan", Mozarts "Requiem" und Haydns "Schöpfung" zum Besten der Opfer. Schauspieler und Musiker trugen die deutschen Farben. Nur die Frage, ob die gefallenen Bürger und Soldaten gemeinsam beigesetzt werden sollten, drohte die Eintracht zu stören. Das Komitee, in dem liberale Männer wie der berühmte Physiker Professor Dove und der Stadtschulrat Schultze saßen, hatte sich dafür ausgesprochen. Aber seine Mitglieder hatten nicht auf den Barrikaden gestanden, sie hatten kaum Verwundete oder Gefangene unter ihren Angehörigen. Stammen die Toten doch überwiegend aus dem Handwerker- und Arbeiterstande.

Die Liste der Gefallenen führt nur zwei Studenten auf, von denen der eine nicht einmal am Kampfe teilgenommen hatte. Gefangengenommen wurden 10 oder 11 Studenten, auf den Barrikaden werden höchstens 100 gestanden haben. Aber sie waren häufig als Führer aufgetreten, hatten sich die bewundernde Liebe des Volkes errungen und fühlten sich nach dem 18. März als Helden der Revolution. Von den sogenannten gebildeten Ständen haben unter Einrechnung von 4 kaufmännischen Angestellten nur 13 ihr Leben für die Freiheit gelassen. Auch die Zahl der gefallenen Handwerksmeister ist gering: 6 gegenüber 63 Gesellen, 5 Lehrlingen und 15 Arbeitsleuten. Rechnen wir die 33 unerkannt Gebliebenen, von denen gewiß niemand den höheren Gesellschaftsschichten entstammte, zu, den Gesellen und Arbeitern hinzu, dann wird es deutlich, daß die Hauptlast des Kampfes von der werktätigen Jugend getragen wurde. Unter den Gewerben standen die Tischler mit 23 an der Spitze, gefolgt von 16 Eisenarbeitern und 11 Schneidern. Sicherlich hatten sehr viele nicht auf den Barrikaden selbst, sondern in den erstürmten Häusern, durch verirrte Kugeln oder noch als Gefangene den Tod gefunden — nennt die Liste doch auch 6 Frauen und 3 Knaben —, aber an dem Ergebnis wird dadurch nichts geändert. Wie hätte da in den weiten Kreisen des Volkes die Stimme der Versöhnung schon Gehör finden können. Zu frisch waren die Wunden, zu tief hatte sich die Erbitterung in die Herzen gegraben. Auch das Militär legte keinen Wert auf eine gemeinsame Totenfeier. Der Beschluß des Ausschusses mußte aufgehoben werden.



Adolf v. Menzel: Aufbahrung der Märzgefallenen (auf dem Gendarmenmarkt), 1848

Am 22. März wurden die bürgerlichen Gefallenen auf einem Trauerkatafalk vor dem Deutschen Dom am Gendarmenmarkt aufgebahrt. Die Säulenhalle trug schwarzen Flor, Blumen und frisches Grün. Kränze schmückten die Särge, auch die der 33, deren Namen niemand hatte feststellen können. Trauerkleider trugen die Tausende, die am Vormittag auf dem Gendarmenmarkt vor den Särgen auf und ab wogten. Nachdem Geistliche der drei Konfessionen, der protestantischen, katholischen und jüdischen, Worte des Trostes und der Erhebung gesprochen hatten, setzte sich der Zug um zwei Uhr in Bewegung. Ein Trauermusikkorps eröffnete ihn, es folgte die Schützengilde, dieser die gesamte Geistlichkeit mit den Hinterbliebenen. Junge Mädchen trugen auf Atlaskissen Lorbeerkränze. Daran schlossen sich die Bahren mit den 183 Särgen, getragen von Arbeitskameraden und nahen Freunden. Dahinter schritten die Gewerke, zu denen die Gefallenen gehört hatten, die Universität, von dem Rektor und Alexander von Humboldt geführt, der Handwerkerverein, Schriftsteller, Abordnungen auswärtiger Städte, die staatlichen und städtischen Behörden, Künstler, Schüler, Abordnungen der Bürgerschaft, Arbeiter der Maschinenfabriken und Mitkämpfer. Den Schluß bildete eine Abteilung der Bürgerwehr. Dazwischen Musikkorps, Fahnen und Standarten.

Der riesige Zug ging durch die Charlottenstraße am Opernhause vorüber zum Schloß, von dessen mit Trauerfahnen geschmücktem Balkon ihn der König mit den Ministern begrüßte, durch die Königstraße und über den Alexanderplatz zum Friedrichshain. Fast drei Stunden währte es, bis die Letzten des Trauergefolges den Hain erreichten. Hier waren vier lange Gräberreihen ausgehoben worden, in deren Mitte eine Terrasse frei blieb, auf der die Geistlichen sich aufstellten. Der Prediger Sydow hielt die Gedächtnisrede auf die "für die Zukunft eines in Freiheit gereiften Volke?" Dahingegangenen. Wofür die Väter in den Freiheitskriegen gestritten, "was mehr oder weniger durch die Unbill der Herrscher und durch die Ungunst der Zeiten" dem Volke vorenthalten worden sei, das sei jetzt errungen durch die "Märtyrer unserer Freiheiten und Rechte". Bischof Neander sprach den Segen, die Fahnen senkten sich, und die Schützengilde gab die Ehrensalven. Der geistlichen folgte eine weltliche Rede "im Auftrage des Volkes". Sie hielt der aus dem Rheinland stammende, seit zwei Jahren in Berlin lebende Assessor Jung, der Mitarbeiter an der oppositionellen "Rheinischen Zeitung" und an Ruges "Halleschen Jahrbüchern" gewesen war und soeben in der "Zeitungshalle" ein radikales Programm entwickelt hatte. "Wir wollen den Frieden, aber nicht die Ruhe", rief er aus. "Gleiche Rechte, gleiches Gesetz, gleiches Gericht, gleiche Teilnahme an der Gesetzgebung" hätten die Toten erkämpfen wollen; der Lebenden Aufgabe sei es, ihr Vermächtnis zu erfüllen.

63

Am kommenden Sonntage strömten Tausende in die Kirchen, um an den Trauerfeierlichkeiten teilzunehmen.

Nicht alle Opfer wurden am 22. März zu Grabe getragen. Einige erlagen erst später ihren Verletzungen, fanden aber auch ihre Ruhestätte im Friedrichshain. Im ganzen mögen die Kämpfe seit dem 15. März 230 bis 240 Todesopfer und 1000 Verwundete gekostet haben.¹⁰ Die Sammlungen für die Hinterbliebenen und Schwerverletzten erreichten im September schon über 100.000 und bis Ende 1849 mit den Zinsen 115.000 Taler. Ausgegeben waren bis dahin erst 60.000 Taler.

Von den gefallenen Soldaten, nur 20 gegenüber 254 Verwundeten, wurden 15 am 24. März auf dem Invalidenfriedhof unter Teilnahme von Studenten und Abteilungen der Bürgerwehr und der Maschinenarbeiter beigesetzt. Das Grab hatte sich über Freund und Feind geschlossen.

"Die göttliche Anarchie des März 1848", an die der lebensfrohe blonde Student Boerner nach dem Siege der Reaktion sehnsüchtig zurückdachte, war eine Zeit des Überschwangs und vertrauensseliger Hoffnung. Das Bürgertum hatte

¹⁰ Inzwischen wird offenbar von insgesamt 274 gefallenen Revolutionären ausgegangen.
<https://berlingeschichte.de/bms/bmstext/9803dokb.htm>

erreicht, wonach es seit den Freiheitskriegen gestrebt hatte, es glaubte sich am Ziele seiner Wünsche. Gewiß, die Formen des Neuen waren noch nicht fest begründet, und die soziale Frage stand als eine dunkle Wolke im Hintergrund. Aber in der Siegesstimmung, die den Kaufmann, den Gewerbetreibenden und die noch eng mit dem patriarchalischen Zunftwesen verbundenen Handarbeiter erfüllte, wollte Berlin von Gegensätzen nichts wissen. Frieden und Versöhnung predigten die Artikel der Presse. Für Einigkeit, Furchtlosigkeit und Selbstvertrauen hatte sich auch Gustav Julius am 22. März in seiner "Zeitungshalle" ausgesprochen. Am 23. aber veröffentlichte er in einem Extrablatt einen Aufruf gegen die Versöhnung mit dem Militarismus und gegen die übliche Blindheit vor dem Bruch zwischen der Bürger- und der Arbeiterklasse. Schwerer als der Kampf mit dem König sei der um den sozialen Ausgleich, aber er müsse ausgekämpft werden. "Mutig ans Werk", schloß der Artikel, "und keine Ruhe, keine, keine Ruhe!" Eine Woge des Unwillens erhob sich gegen den Verfasser. Sein Unternehmen, das Leseinstitut und die Zeitung, waren bedroht. Die Börsianer beschlossen einen Boykott. Doch auch Buhl, einer der Radikalen, protestierte gegen den Versuch, Bürger und Arbeiter zu entzweien. Julius, der den in sein Institut Stürmenden Rede und Antwort gestanden und sie überzeugt hatte, daß auch er nichts anderes wolle als das Wohl aller in brüderlichem Zusammenwirken, führte das in einem zweiten Extrablatt näher aus. Einen "Rückzug" trat er nur in der Form, nicht in der Sache an.

Ganz allein stand Julius mit seiner Erkenntnis der unter der Oberfläche glimmenden sozialen Gegensätze nicht. Rudolf Virchow teilte sie und gab ihr, mit deutlicher Anspielung auf die Angriffe gegen die "Zeitungshalle", schon am 24. März in einem Briefe Ausdruck. Als Sohn eines in konservativen Gedankenkreisen wurzelnden Schivelbeiner Stadtkämmerers hatte er sich während seiner medizinischen Ausbildungszeit in Berlin mit den gesellschaftlichen Problemen vertraut gemacht, deren düsterste Seite ihm soeben auf einer Studienreise in das oberschlesische Hungergebiet entgegengetreten war. Jetzt schrieb er an seinen Vater: "Das Königtum hat die Macht und das Vertrauen gleichzeitig verloren, und die einzige Möglichkeit für dasselbe, noch einen Schein von Glanz zu bewahren, ist in dem kühnen Versuche einer deutschen Hegemonie gegeben ..., aber noch kann niemand sagen, wie das auslaufen wird. Für den Augenblick haben wir Ruhe, aber die Ruhe eines Vulkans, und zwar eines noch nicht ausgebrannten. Vorläufig gibt es keine Macht bei uns: weder die Regierung noch das Volk oder wie man für das letztere sagen muß, weder Bürger noch Arbeiter haben sich bis jetzt der Gewalt bemächtigt. Glücklich für uns, wenn diese Teilung der Gewalt eine bleibende wird. Allein das steht nicht zu erwarten. Schon beginnt unter der Bürgerschaft (Bourgeoisie) die Reaktion gegen die Arbeiter (das Volk). Schon spricht man

wieder vom Pöbel; schon denkt man daran, die politischen Rechte ungleichmäßig unter die einzelnen Glieder der Nation zu verteilen; schon wagt man, die Presse zu tyrannisieren ... aber die Volkspartei ist wach, und auch sie ist mächtig. Sie wird dahin sehen, daß nicht eine Bourgeoisie die Früchte eines Kampfes genießt, den sie nicht geschlagen hat." Und dann gibt der Briefschreiber ein Bild des neuen Lebens in der preußischen Hauptstadt, auf das seine Erwartungen für die Zukunft sich gründen:

"Der Anblick Berlins heute, verglichen mit dem vor vierzehn Tagen, ist wahrhaft traumhaft. Überall Leben, überall Waffen, überall freie und öffentliche Rede. Ganz Berlin hängt voll deutscher Fahnen, und die Straßen haben dadurch ein außerordentlich buntes und belebtes Aussehen gewonnen. Von allen Seiten kommen die Leute in hellen Haufen angefahren, um den Schauplatz der Kämpfe zu sehen, um ihre Freude über so glorreiche Siege darzubringen. Die Berliner selbst sind natürlich voll Siegesstolz ... das ist etwas ganz Neues und fast das Wichtigste bei dieser Sache, daß wir jetzt Selbstgefühl, Selbstachtung, Selbstvertrauen gewonnen haben. Diese Eigenschaften sind das erste Bedürfnis für die Selbstregierung, welche die einzige der Völker würdige Form des Staates ausmacht."

Als dieser Brief des jungen Mediziners geschrieben wurde, der in dem ganzen stürmischen Jahre der Sache des Volkes seine besten Kräfte widmete, waren schon "die Verheißungen des 22. März" bekannt geworden, die Antwort des Königs an Abgeordnete aus Breslau und Liegnitz. Klarer und schärfer als in den vorangegangenen Patenten und Aufrufen formulierten sie die Grundsätze einer konstitutionellen Verfassung, die einer aus Urwahlen hervorgegangenen Volksvertretung zur Beratung vorgelegt werden sollten. Damit war ganz Berlin einverstanden, nicht aber mit der Beratung des Wahlgesetzes durch den zum 2. April einberufenen Vereinigten Landtag. Während die einen, unter ihnen wieder Virchow, den sofortigen Erlaß eines volkstümlichen Wahlgesetzes durch den König forderten — der Landtag sei seit drei Tagen um drei Jahrhunderte in das Dunkel des Mittelalters versunken —, sahen andere in ihm das berufene Organ zur Oberleitung Preußens in einen Verfassungsstaat. Die gerade jetzt festere Gestalt gewinnenden Parteien der Demokraten und der Liberalen schieden sich an dieser Frage. Auch in zwei Volksversammlungen wurde sie heftig umstritten. Auf der einen, die eigentlich der Arbeiterfrage galt, ergab sich die seltsame und doch aus dem Mangel an politischer Schulung in einem bisher absoluten Staat so erklärliche Erscheinung, daß sich die Mehrheit zuerst für und nach Wiederaufnahme der Beratung gegen die Einberufung des Landtags aussprach.

Viel heftiger als dieser Verfassungsstreit erregte eine andere Angelegenheit die Stadt: die Rückkehr des Militärs. Schon am 21. März hatte sich Urban in dem von Offizieren, Hofbeamten und freiwilligen Ratgebern wimmelnden Schloß eingefunden und den König mit den theatralischen Worten angedet: "Majestät, mein Name ist Urban, ich habe gegen Sie auf den Barrikaden gefochten. Eure Majestät haben der Stadt den Frieden geschenkt, und ich danke Ihnen auf den Knien dafür." Von den Knien wieder aufgestanden, erbat er sich eine Vollmacht, um die Garde nach Berlin zurückzuführen, zuerst das Alexanderregiment; habe er doch dem General von Möllendorff das Leben gerettet, der ihm gewiß die Bruderhand reichen werde. Was konnte Friedrich Wilhelm angenehmer klingen als diese Versöhnungsrede? Eigenhändig schrieb er eine die Bitte gewährende Kabinettsorder, die Urban stolz zu Minutoli trug. Der freilich kannte die Berliner besser und sorgte dafür, daß zunächst einmal die Beisetzung der Gefallenen abgewartet wurde. Geradezu grotesk mutet eine im letzten Augenblick nicht veröffentlichte, in riesiger Plakatform unmittelbar nach dem Umritt des Königs mit den deutschen Farben gedruckte Bekanntmachung des Magistrats an, nach der "auf den dringenden Wunsch der Volksstimme" die Berliner Regimenter an der Feier im Friedrichshain teilnehmen, vorher aber auf die deutsche Verfassung vereidigt werden sollten — auf eine Verfassung, die noch gar nicht bestand!

66

Vor allem praktische Erwägungen gaben schließlich den Ausschlag. Da die Polizeikräfte Berlins ganz unzulänglich waren, hatten Soldaten die Unzahl von Wachen für die Staatsgebäude, die Gefängnisse und die Stadttore gestellt, an denen die Mahl- und Schlachtsteuer erhoben wurde. Diese Aufgabe fiel nun der Bürgerwehr zu, die entgegen ihrer höheren Bestimmung aus einer Volksbewaffnung zu einer Polizeitruppe geworden war. Die braven Bürger mußten lange Nächte auf den Wachen zubringen, mußten die weitausgedehnte Stadt vor unruhigen Elementen schützen und wurden bei jedem kleinen Auflauf in Scharen aufgeboten. Es dauerte nur ein paar Tage, und sie merkten, was das für Menschen bedeutete, die einen bürgerlichen Beruf hatten. So hatten sie sich die Volksbewaffnung nicht vorgestellt. Die Zeitungen füllten sich mit "Eingesandts", die eine Heranziehung von Militär befürworteten, nicht gerade der Garden, aber etwa des 20. und 24. Infanterieregiments, in denen viele Berliner dienten. Einen wichtigen Beitrag zu einem Stimmungswandel leistete der König durch eine Ansprache an die Potsdamer Offiziere. Er sagte in ihr, er sei dorthin gekommen, um den Potsdamern zu zeigen, daß er ein freier König sei, und um den Berlinern zu beweisen, daß sie von der Havelresidenz keine Reaktion zu fürchten hätten. In seiner Hauptstadt herrsche ein ausgezeichnete Geist, und er wünsche, daß auch das Offizierkorps den Geist der Zeit erfassen möge. In Berlin wurden Unterschriften für die Rückkehr des Militärs gesammelt, in wenigen Tagen kamen durch geschickte Propaganda 14.000 zusammen. Nun

konnten Urban und seine Freunde einen Aufruf erlassen, in dem viel von Liebe zum König und von Versöhnung mit einem innerlich verwandelten Soldatenstand die Rede war. Der Magistrat, die Stadtverordneten, die Bürgerwehr und der Kommandeur des Studentenkörps, Professor Hecker, einten sich in dem Ruf nach Soldaten, natürlich bürgerfreundlichen.

Ganz ohne Widerspruch blieben diese Kundgebungen nicht. Über hundert Studenten verwahrten sich dagegen, daß der Professor ihr Korps vorher nicht befragt hatte. Sehr deutlich wurde Julius, der die Maßregel widersinnig und gefährlich nannte und eine vernünftigere Organisation der Bürgerwehr vorschlug. Berlin dürfe nicht leichtfertig den Ruhm aufopfern, Vorkämpfer in dem heiligen Werke der Freiheit zu sein! Aber sein Einspruch und der des Politischen Klubs kamen zu spät. Das Ministerium hatte entschieden, allerdings mit dem Vorbehalt, daß die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung lediglich der Bürgerwehr überlassen bleibe und das Militär nur im äußersten Notfall und nur auf Ersuchen der Zivilbehörden einschreiten dürfe. Für diese Garantien hatte sich Woeniger gemeinsam mit Urban und einigen anderen Männern eingesetzt.

So ging denn am 30. März der Einzug des 24. Regiments unter dem Aufgebot von 2000 Mann Bürgerwehr und unter Teilnahme von starken Arbeiterkorps der Maschinenfabriken vor sich. Soldaten, Bürger und Arbeiter hatten Helme und Hüte mit frischem Grün geschmückt, Musik spielte, Lieder wurden gesungen, der Regimentskommandeur sprach ein paar freundliche Worte. Am 31. folgten zwei Bataillone des 9. Infanterie- und am 1. April des 3. Ulanenregiments. Das Ganze hatte so sichtbar den Charakter eines Volks- und Verbrüderungsfestes, daß selbst der Politische Klub einen Protest ablehnte, jedoch die Einordnung des Heeres in das Volksganze verlangte. Damit wurde in der Tat eine für die Zukunft entscheidende Frage gestellt: Würde das Militär aufhören, eine abgeschlossene Kaste zu sein, würde es keiner. Macht mehr möglich sein, sich seiner als Waffe gegen die Demokratie zu bedienen?

Die Hoffnung auf eine Bejahung der Frage war nicht unberechtigt. Hatten doch die Gegensätze innerhalb des Ministeriums eine Lösung gefunden, die günstige Aussichten eröffnete. Graf Arnim, der seiner Vergangenheit nach nicht als Repräsentant eines modernen Staatswesens gelten konnte, und der Kriegsminister von Rohr waren zurückgetreten, Ludolf Camphausen war Ministerpräsident, Hansemann Finanzminister geworden. Die Vorkämpfer des rheinischen Liberalismus hatten das Ruder ergriffen. Konnten sie das Staatsschiff zu anderen Ufern steuern als zu denen der Freiheit?

DIE WAFFEN
DER DEMOKRATIE

Schwer war die Niederlage, die das absolute Königtum durch den 18. März erlitten hatte. Wollten die Sieger aber das Errungene behaupten, dann mußten ihnen Waffen zur Verfügung stehen, geistige und materielle. Vor dem März hatte es nur eine einzige, durch die Zensur ihrer Schärfe beraubte Waffe für den Kampf gegen den alten Staat gegeben, die Presse. Wurde sie jetzt, befreit von den Fesseln, zum Streiter für eine demokratische Staatsform, dann war viel gewonnen. Die "Vossische Zeitung", mit ihren 13.000 Berliner und 10.000 auswärtigen Beziehern eine Macht, schien sich in den Dienst der Sache stellen zu wollen, als sie statt des bisherigen "Systems der Lüge" am 23. März einen völligen Neubau forderte. Allein statt ihre Redaktion durch frische Kräfte zu verjüngen, verfiel sie bald in ein Schwanken zwischen offenem Bekenntnis zum Fortschreiten und ängstlicher Sorge vor jedem stürmischen Windstoß. Bald trat sie für, bald gegen eine demokratische Maßregel auf, ja sie scheute sich nicht, in den von ihren Verfassern bezahlten "Eingesandts" rückschrittlichen Stimmen Raum zu geben. Im Grunde blieb sie, was sie vorher war, das Sprachrohr eines Bürgertums, das sich zwar frei bewegen, vor allem aber Ruhe und Ordnung wollte. Das spöttische Zitat, das im November die "emanzipierte" Schriftstellerin Louise Aston ihr widmete, "Ich bin Linke, Rechte und Zentrum", traf für das ganze Jahr 1848 auf sie zu.

68

Noch weniger entsprach die "Spencersche Zeitung", das Blatt der Geheimräte und des Handwerks, den Forderungen der Zeit. Schon im April gab sie dem Anhänger der freikirchlichen Lichtfreunde, dem ehemaligen Stadtrat Benda, das Wort zu seinen Katilinaartikeln, in denen er das Schreckgespenst des alten römischen Verschwörers auftauchen ließ, um die Minister vor der in Berlin "blind rasenden Anarchie" zu warnen. Freilich konnte der alte Herr auch andere Töne anschlagen. Im Mai las er dem Ministerium und dem Kommando der Bürgerwehr gründlich den Text, weil sie durch ihre Unfähigkeit die Erbitterung und Aufregung des Volkes verschuldet hätten. Das neue Mitglied der Redaktion, Alexis Schmidt, gab sich Mühe, einen liberalen Kurs zu steuern, kam aber

gegenüber dem regierungsfrommen Besitzer und Leiter, dem Bibliothekar Dr. Spiker, nicht recht auf.

Das Temperament, das der "Tante Voß" und dem "Onkel Spener" fehlte und erst erwachte, wenn die Reaktion gar zu offen ihr Haupt erhob, besaß Gustav Julius. Seine "Zeitungshalle" führte vom 24. März an das Motto: "Alles für das Volk, alles durch das Volk." Als ihr Ziel verkündete sie, "jedem Volksgenossen ohne Ausnahme die größtmögliche Ausbildung seiner Fähigkeiten und den größtmöglichen Genuß aller Früchte der Zivilisation zu sichern". Daran hielt sie fest, unbekümmert um den Abonnentenschwund, den sie in der Provinz wegen ihres Eintreten für ein freies Polen erlitt. Groß war die Zahl der Abnehmer nie, im Frühjahr 1848 waren es etwa 3000. Doch das Wort ihres kühnen, scharfsinnigen, volkswirtschaftlich durchgebildeten Leiters wurde weithin vernommen.

Das gleiche Motto, das Julius sich gewählt hatte, wollte das neue Blatt zur Richtschnur nehmen, das vom 1. April an den Kranz der älteren Organe der öffentlichen Meinung erweiterte, die "Nationalzeitung". Ihr war geglückt, was Julius vergebens erstrebte, eine feste finanzielle Basis durch eine Aktiengesellschaft. Wahlbekannte Namen wie Diesterweg, der Vorkämpfer eines modernen Volksschulwesens, Dr. Nauwerck, Stadtrat Duncker und Dr. Rutenberg gehörten zu dem Redaktionskomitee. Sie wollten "keinen Stillstand, keinen Rückschritt, eine konstitutionelle Monarchie mit weitestgehenden demokratischen Institutionen", Steuer-, Heeres-, Justiz- und Wirtschaftsreform. Die Leitung erhielten Dr. Rutenberg, der sich aber bald aus der Politik zurückzog, und Dr. Zabel, ein geborener Berliner, schon als Student für Einheit und Freiheit begeistert, ein überzeugungstreuer Mann, doch nicht der große Journalist, den das Blatt brauchte. Das Feuilleton wurde dem beliebten liberalen Schriftsteller Theodor Mügge anvertraut. Vor ihren Mitbewerbern um das Ohr der Öffentlichkeit hatte die "Nationalzeitung" den Klub ihrer Aktionäre und eingeführten Gäste voraus, in dem alle Fragen der Zeit besprochen wurden. In die Vorbereitungen zu den Wahlen für die deutsche und preußische Nationalversammlung triff der Klub tatkräftig ein. Die Grundeinstellung blieb, wie sie von Anfang an war, gemäßigt demokratisch.

Die "Nationalzeitung" trat durch ihr in Berlin ungewohntes großes Format auch äußerlich anspruchsvoll auf. Damit konnte die "Reform" es nicht aufnehmen, die seit dem 1. April in Leipzig mit einer Berliner Beilage herauskam. Ihr Redakteur war Arnold Ruge, der als Burschenschaftler sechs Jahre Festungshaft erlitten und als Führer der Junghegelianer die "Halleschen Jahrbücher" mit schneidender Kritik gegen Staat und Kirche herausgegeben hatte. Ihm zur Seite stand Dr. Oppenheim, der schon in den ersten Zeltenversammlungen aufgetreten

war. Seine Redegewandtheit konnte auf den jungen Studenten Boerner wie ein unerreichbares Vorbild wirken, doch die Massen nicht mit sich fortreißen. Aber er schrieb einen packenden Stil und wurde, nachdem Ruge zum Abgeordneten in Frankfurt gewählt worden war, die Seele des Blattes, zu dessen Redaktion auch der 1847 zu einer Festungsstrafe verurteilte Eduard Meyen und Dr. Hexamer gehörten. Vom 1. Juli ab wurde die "Reform" ein rein berlinisches Blatt, mit dem ausdrücklichen Zweck, sich in die Mitte der Parteikämpfe zu begeben. — Selbst das Organ der Regierung, die "Allgemeine Preußische Zeitung", blieb durch die Revolution nicht unberührt. Sie wurde zum "Preußischen Staatsanzeiger", ohne politische Färbung, aber eine reiche Quelle der Unterrichtung durch die in ihr veröffentlichten Aktenstücke, Erlasse, Gesetzentwürfe und Berichte über parlamentarische Verhandlungen.

Zu diesen Zeitungen trat, wiederum am 1. April, die "Locomotive" des uns aus dem Vormärz wohlbekannten Held. Täglich in kleinem Format erscheinend, rein politischen Inhalts, sollte sie das "noch nicht ganz reife Volk" erziehen und "die versprochenen freiesten und vernünftigsten Institutionen" gegen jeden Rückschritt verteidigen. Dem Leitartikel folgten geschickt zusammengestellte Nachrichten aus allen Ländern. Held schrieb in den ersten Wochen sein Blatt fast ganz allein, eine ungemaine Arbeitsleistung für einen Mann, der auch in der Öffentlichkeit als Redner für seine Ideen wirkte. Er kämpfte gegen jedes Überbleibsel des alten Systems und griff schonungslos die neuen Minister an, die den Forderungen der radikalen Demokratie nicht gerecht wurden. Eine eigene Spalte, das "Freigericht", brandmarkte Rechtsverletzungen und rückständige Beamte. Wenn die "Locomotive", deren Leitung Held im Sommer zeitweilig aus seinen Händen gleiten ließ, sauf die Dauer nicht das Sammelbecken aller demokratischen Kräfte Berlins wurde, dann lag das an ihrem mehr auf das eigene Ich als auf die Sache eingestellten Herausgeber und an dem Zwiespalt zwischen Worten und Taten des "Demagogen", des "Volksführers", dessen Rolle er spielen wollte.

Die extreme Rückschrittpartei unter der Führung der Brüder von Gerlach schuf sich erst spät ein eigenes Organ in der "Neuen Preußischen Zeitung", nach ihrem Titelkopf mit dem Eisernen Kreuz "Kreuzzeitung" genannt. Sie war kein Kind Berlins, sie war ein Fremdgewächs, das aus praktischen Gründen auf den Boden der Hauptstadt verpflanzt worden war. Im Ton gehässig, wahrte sie in den monatlichen politischen Rundschau aus der Feder Ernst Ludwig von Gerlachs, eines Fanatiklers seiner Überzeugung, nicht einmal den konstitutionellen Schein. Unverhohlen verfocht sie die Interessen der Klasse, die hinter ihr stand, des Junkertums mit seinen Anhängseln in Heer, Beamtentum und kirchlicher Orthodoxie. Am gefährlichsten durch ihre Wirkung auch auf

großstädtische Leser waren ihre aus viel Lüge und wenig Wahrheit gemischten Nachrichten in dem "Berliner Zuschauer", den der ehemalige Postsekretär Gödsche schrieb, als Sir John Radcliff "der erfolgreichste Schundliterat seiner Zeit".

Das seit dem 22. Mai zunächst zwanglos, dann täglich herauskommende "Neue Preußen", das M. Goldschmidt für eine Vereinigung "preußischer und deutscher Patrioten" redigierte, rückte von dem alten Polizeistaat und der "Borniertheit des fleißigen und ehrlichen Beamtentums" ab und erklärte sich für die konstitutionelle Monarchie. Aber das Wiederaufwärmen des Märchens von den "polnischen und französischen Emissären", die angeblich seit zwei Monaten an den Grundfesten des preußischen Staates rüttelten, zeigte deutlich genug, wohin die Reise gehen sollte. Nach einem Monat war es auch um die Einigkeit dieser Patrioten geschehen. Ein Teil wandte sich der "Neuen Berliner Zeitung" zu, die sich nach einigen Monaten in die "Deutsche Reform" umtaufte. Sie galt trotz aller Wandlungen ihrer Tendenz und ihrer Redaktion immer als Organ der jeweiligen Ministerien.

Die von Dr. Retslag und A. Geyger herausgegebene liberale "Berliner Abendzeitung", die durch Witz und Sarkasmus eine besondere Berliner Note zeigen wollte, ging nach zwei Monaten wieder ein. Sie hatte vor allem über die Verhandlungen der Klubs und Versammlungen berichtet und sich auf den Vertrieb durch 'den Straßenhandel eingestellt.

Das heiße Verlangen nach politischer Belehrung rief eine Fülle von Flugschriften, Flugblättern, Gedichten und Karikaturen hervor. Was immer die öffentliche Meinung fesselte, die Einberufung des Landtags, das Wahlrecht, die Rückkehr des Prinzen von Preußen und all die erregenden Ereignisse der folgenden Monate, sie fanden in diesen für den Augenblick bestimmten Blättern Widerhall. Eine Reihe von Auflagen erlebte der "Konstitutionelle Katechismus" von Max Cohnheim und dem zu Boerners Freunden gehörenden Studenten Adolf Reich. In schlichter Frage- und Antwortform machte er dem Mann aus dem Volke die demokratischen Grundsätze klar. Fliegende Händler, unter denen die immer schlagfertige Berliner Jugend sich die erste Stelle eroberte, brachten die noch feuchten Erzeugnisse der Drucker, die nie so gute Zeiten gesehen hatten, schnell an den Mann. Die Plakate, die in diesem Sommer und Herbst die Straßenecken bedeckten und den Kauflustigen an festen Ständen auf den Märkten und Unter den Linden oder auf den Straßen durch die flinken Jungen für einen Silbergroschen angeboten wurden, beschränkten sich nicht auf Bekanntmachungen der hohen Obrigkeit. Sie füllten sich mit den Aufrufen der politischen Parteien, der Vereine und Klubs, der Gesellen- und Arbeiterverbände und der vielen, die in dem Chor der Ansichten ihre Stimme

erheben wollten. In mächtigem Format verbreitete Held die aufwühlenden Artikel seiner „Locomotive“, in denen er seine sozialen Reformpläne gegen die Angriffe seiner Feinde verteidigte und um das Vertrauen des Volkes warb.

Eine eigene Note zeigten die im Berliner Dialekt geschriebenen Blätter von Anton Buddelmeier, „Dagesschriftsteller mit'n großen Bart“, unter dem sich der Arzt Dr. Cohnfeld verbarg. In humorvoller Einkleidung polemisierten sie gegen polizeiliche Obergriffe oder gegen das Spießertum in der Bürgerwehr. Auch dem Volk und seinen zweifelhaften Führern wurde die Wahrheit gesagt. Je weiter das Jahr vorschritt, um so deutlicher wurden die Angriffe auf die Reaktion. Den Ernst der von ihr drohenden Gefahr hat der geistig im Kleinbürgertum wurzelnde Arzt allerdings nicht erkannt. Gegen Buddelmeier fiel der Gefreite Bohnhammel etwas ab, unter dessen Maske der eifrige Klubdemokrat A. Hopf seine ebenfalls berlinisch gefärbten Plakate erscheinen ließ. Seinen eigenen Namen trugen dagegen die gelungenen Gespräche zwischen Brennecke und Nante als „Nationalversammeln“.

Anfangs schüchtern, dann angriffslustiger, ließen sich Stimmen aus dem gegnerischen Lager vernehmen, gern verkleidet unter der Firma „ein Bürger“ oder „einer für viele“. Die Druckerei Sittenfeld bot ihnen ihre Dienste, während die Demokratie sich auf den geschäftsgewandten Ferdinand Reichardt, Helds alten Freund und Verleger, und viele andere Berliner Druckereien stützen konnte. An Begabung und echter Leidenschaft übertrafen die Kämpfer für Freiheit und Volksherrschaft die Vertreter des alten Preußentums.

Politische Farbe erhielten auch Wochenschriften wie „Der Publizist“, der seine Leser jetzt über gesellschaftliche Fragen im liberalen Sinne unterrichtete. Die ausschließlich oder vorwiegend den sozialen Problemen gewidmeten Zeitschriften werden uns in einem späteren Kapitel begegnen. Rein politisch war „Der Demokrat“, konnte sich aber nur fünf Wochen halten. Seinen Herausgebern fehlte das Talent, um über den Kreis der Klubs hinaus sich ein Publikum zu schaffen.

Dies Talent besaß im höchsten Grade David Kalisch, der in Paris den französischen Esprit in sich aufgenommen hatte und ihn mit seinem angeborenen Witz, scharfer Beobachtungsgabe und überraschend schnellem Einleben in die geistige Luft Berlins verband. Er ist der Schöpfer des „Kladderadatsch“, des zukunftsreichsten der fröhlichen Kinder der Revolution, die für ihre Mutter mit den Waffen des Witzes und der Satire fochten. Bald unterstützt durch seine Vettern Wilhelm Dohm und Rudolf Löwenstein und durch den geistreichen Zeichenstift von Wilhelm Scholz, konnte Kalisch das Einfallsprodukt eines glücklichen Maientages zu einem Liebling Berlins machen. Mochte seine Vorliebe für den Wortwitz gelegentlich sich ein falsches

Angriffsziel wählen, im ganzen und besonders in der Stunde der Gefahr hat er mit dem "Kladderadatsch" in Reih und Glied der Demokratie gestanden. Vorgegangen war diesem "Die ewige Lampe", das Gemeinschaftskind eines Stammtisches in einem dunklen Lokal in der Neumannsgasse zwischen Breite und Brüderstraße. "Dr. Carl Siechen nebst Familie" nannten sich als verantwortliche Redakteure.¹¹ Der führende Kopf, aus dessen Feder später fast der ganze Text stammte, war Dr. Arthur Müller, ein trinkfroher Rheinländer voll Geist und Wissen, fast zu gelehrt für eine Zeitschrift, die sich nicht nur an die literarisch Geschulten wenden wollte. Die vielen boshaften kleinen Notizen, die während der ersten Monate allein den Inhalt bildeten, waren mehr Leckerbissen für Kenner als Nahrung für das Volk. Die hübsche, einem fliegenden Händler über die erste Nummer in den Mund gelegte Kritik "Das Blatt ist gut, aber nicht scharf genug", wurde beherzigt, nahm freilich in den "Prangerungen" Mißliebiger nicht gerade erfreuliche Formen an. Von Ende Juni an erschienen satirische Gedichte Müllers, bald auch größere ernsthafte Aufsätze. Von ungenannten Mitarbeitern stammte wohl ein guter Teil des Materials für die „Galerie der preußischen Nationalversammelten“, die Charakteristiken von 90 Abgeordneten, deren an das Grotleske streifende Form die Feder des Herausgebers verriet. Lob wurde nur den Mitgliedern der äußersten Linken und dem letzten Präsidenten der Versammlung, Viktor von Unruh, zuteil. Auch nach dem Sieg der Reaktion gab Müller seine Sache nicht verloren. Keine Beschlagnahme brach seinen Mut, bis er 1850 durch eine gefügig gewordene Rechtsprechung zu Gefängnis verurteilt wurde und das Licht der "Ewigen Lampe" und ihrer Nachfolger erlosch.

73

Kaum minder rücksichtslos überschüttete der im Litfaßschen Verlag erscheinende "Berliner Krakehler" vom Mai bis in den November den Prinzen von Preußen, die Minister, die Polizei, die Führer der Bürgerwehr und die bloßen Wortdemagogen mit seinem Spotte.¹² Die Art der witzigen kleinen Bemerkungen illustriert ein Satz in der dritten Nummer: "Da von vielen Seiten Zweifel laut werden, ob es wirklich ein Faktum sei, daß in der Nacht vom 18. zum 19. März 1848 eine blutige Revolution zur Erringung der Volksfreiheit stattgefunden hat, so erklärt der *Krakehler* nach Einsicht der Muhme Voß vom 20. 3., daß allerdings ein solches beklagenswertes Ereignis allhier sich zugetragen hat." Scharf und geistreich auch der Artikel "Die Schöpfung der preußischen Volkssouveränität" in Nummer elf. Ausdrucksvolle, dem "Kladderadatsch" an Schärfe überlegene Zeichnungen von Uhlmann, Scholz, A. Masch und anderen Künstlern bedurften

¹¹ Die Zeitung wurde benannt nach dem umgangssprachlichen Namen ("Die Ewige Laterne") des sehr volkstümlichen Bierhauses Siechen. Dessen Betreiber Dr. Carl Siechen gab das jeweils nur wenige Seiten umfassende Blättchen 1848-1850 heraus und schrieb die Artikel zumeist selbst. Die Identität eines "Dr. Arthur Müller" scheint ungesichert; möglicherweise handelt es sich um ein Pseudonym Siechens. Siehe auch hier ab S. 85.

¹² https://digital.zlb.de/viewer/metadata/14777588/1/LOG_0000/

kaum des begleitenden Wortes, um zündend zu wirken. Ihnen wird der "Krakehler" in gleichem Maße wie der geschickten Gestaltung des Textes seinen großen Erfolg verdankt haben, die Auflage von 20 000 Stücken, die mit der vierzehnten Nummer erreicht wurde. Die Redaktion lag von der fünften bis achtzehnten Nummer in der Hand des Herausgebers der volkstümlichen Wochenschrift "Berliner Figaro", C. O. Hoffmann, kurze Zeit in der Dr. Cohnfelds und ging dann in die Dr. Betas über, dem wir schon im Vormärz als letztem Redakteur von Helds "Volksvertreter" begegnet sind.

Seinen älteren Genossen gegenüber konnte das im August bei Reichardt herauskommende "Berliner Großmaul" nur das imposante Folioformat als Vorzug beanspruchen. Seine Satire war matter, und der Erfolg der ersten, schnell vergriffenen Blätter war nicht von Dauer. Im Spätherbst trat sogar eine Pause von sieben Wochen ein, ehe Anfang Dezember wieder ein Heft erschien.

Glaßbrenners "Freien Blättern" war kein längerer Erfolg beschieden. Es wehte eine schärfere Luft in Berlin als im Vormärz, in dem Glaßbrenners Ruhm so hell erstrahlte war.

Die Presse war in Ernst und Scherz ein vortreffliches Werkzeug der Demokratie, aber sie konnte das gesprochene Wort, den Austausch der Gedanken und die packende Rede nicht ersetzen. Die Gleichgesinnten mußten sich zusammenfinden, einen Klub bilden, wie man politische Vereine zu nennen liebte. Schon am 23. März entstand "zur Sicherung der Früchte der Revolution" der Politische Klub, der in den aktivsten Elementen Berlins, den Schriftstellern und den jungen Männern des Handwerkervereins, den Stamm seiner Mitglieder suchte, um ihn durch gleichgestimmte Bürger, Beamte und Studenten zu ergänzen. In seinen grundsätzlich öffentlichen Abendsitzungen entfaltete er, unter dem Vorsitz Jungs, eine unermüdliche Werbetätigkeit für die Erziehung aller Klassen zu freien Staatsbürgern. Niemand brauchte in den Debatten mit seiner Meinung zurückzuhalten, doch siegte fast immer "die feurige Jugend". Dem ängstlichen Bourgeois war sie unheimlich, er half sich mit der Verdächtigung, der Klub bestände aus Juden, Polen und Franzosen. Dabei dachten die jüdischen Einwohner Berlins genau so wie ihre christlichen Berufs- und Klassengenossen, aber mit etwas Antisemitismus war auch damals ein politisches Geschäft zu machen. Die Jüdische Gemeinde hielt es deshalb für nötig, in der Presse das dumme Gerede zurückzuweisen.

Im Juni geriet der Klub in eine heftige, auch durch Plakate ausgefochtene Fehde mit dem Magistrat, als er den von der Armenpflege nur schwach unterstützten Arbeitslosen durch Speck- und Brotverteilungen zu helfen suchte. Er hatte sich inzwischen eine straffere Form durch Statuten gegeben,

nach denen Neueintretende von zwei Mitgliedern eingeführt und Anträge vorher angemeldet werden mußten. Assessor Schramm löste Jung als Vorsitzenden ab; seine Stellvertreter waren der Student von Salis, für den bald Edgar Bauer eintrat, und Dr. Wiß, Redakteur des "Demokraten". Ein im April mit großen Erwartungen begrüßtes Klubblatt hatte es nur ,auf fünf Nummern gebracht. Die Tendenz wurde auch nach außen hin sichtbar gemacht: aus dem Politischen wurde der Demokratische Klub. Auch jetzt blieb er mit über 1200 Mitgliedern der stärkste Klub Berlins, der sich nicht scheute, bei wichtigen Gelegenheiten durch große Versammlungen an das Volk zu appellieren.

Die gemäßigten Liberalen schufen sich in dem Konstitutionellen Klub einen Mittelpunkt mit dem Wahlspruch: "Ordnung ohne Freiheit ist Despotie, Freiheit ohne Ordnung ist Anarchie. Nichts ohne das Volk, nichts ohne den konstitutionellen König." Die erste ordentliche Sitzung am 31. März war von 500 Personen aller Stände besucht. Daher hatte auch der kommende Führer der Berliner Arbeiterschaft, Stephan Born, keine Bedenken, dem Klub beizutreten; er fand in ihm einen wirksamen Schutz gegen einen polizeilichen Ausweisungsbefehl. Der Klub verfolgte anfangs eine fast demokratische Linie, tadelte etwa die Rückberufung des Prinzen von Preußen und büßte dadurch einige geheimrätliche und aristokratische Mitglieder ein. Aber ihm fehlte der heiße politische Atem. Seine hin und wieder einberufenen Volksversammlungen verspottete die "Ewige Lampe" als Spaziergänge, und Born nannte in einem Brief an Karl Marx den Inhalt der Debatten mit bissiger Übertreibung "Kurszettel, Gesetzlichkeit, Skandale, Klatsch, Berliner Geistreichtum". Vom September ab, als das Bürgertum auch die ihm teuren Früchte der Revolution bedroht sah, rief der Klub alle Anhänger der "demokratisch-konstitutionellen Monarchie" zur Sammlung auf und stellte sich hinter die bedrohte Nationalversammlung.

In dem Politischen Klub mit seinem unbekümmerten Vorwärtsdrängen und mit den republikanischen Tendenzen seines linken Flügels fühlten sich viele Demokraten auf die Dauer nicht recht zu Hause. Eine Gruppe um Buhl, Meyen, Schramm und Faucher bildete im Mai den wenig bedeutenden Reformklub, der sich an kein festes Programm band, doch den demokratischen Ideen anhing. Eine andere Gruppe, zu der die drei Brüder Benary, Julius Berends, Nauwerck und mehrere Gewerbetreibende gehörten, rief am gleichen 26. Mai den Volksklub ins Leben. Er widmete sich der im absoluten Staate "leider verwahrlosten politischen Erziehung" seiner Mitglieder und erörterte die gesellschaftlichen, den mittleren und kleinen Bürgerstand berührenden Fragen. Daß auch Born und sein nächster Mitarbeiter Bisky bei diesem Verein Pate standen, ist ein Zeugnis für das lebendige Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen der gehobenen Arbeiterschaft und den kleinen Selbständigen in

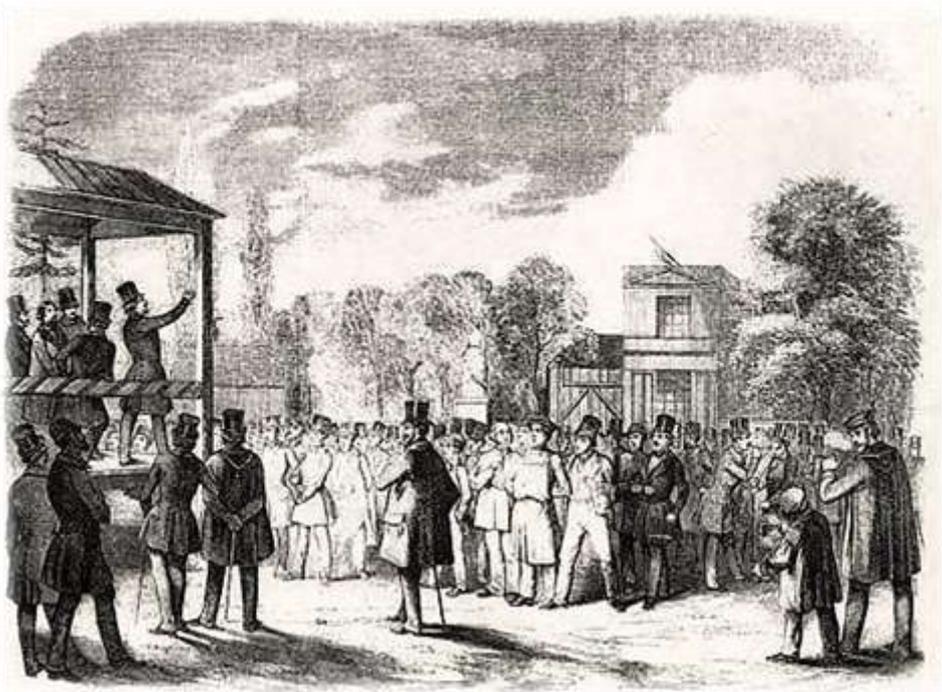
Handel und Gewerbe. Diesen Sprößlingen des Politischen Klubs stand der nach unerquicklichen persönlichen Auseinandersetzungen aus dem Konstitutionellen Klub hervorgegangene Verein für Volksrechte nahe, der den berühmten Mathematiker Professor Jacobi zu seinem Vorsitzenden wählte. Durch den Demokratischen Damenklub, in dem sich Held als Achill unter den Mädchen begönnern ließ, und durch die überall entstehenden Bezirksvereine erhielt das Bild des demokratischen Berlins noch farbigere Akzente.

Geschlossene Parteien mit festen Programmen gab es noch nicht, auch in den Nationalversammlungen in Frankfurt und Berlin fand ein häufiger Wechsel zwischen den Angehörigen der Rechten, *des* Zentrums und der Linken statt. Alles war im Werden, nur das eine Ziel war allen politischen Gruppen Berlins gemeinsam: die Ablehnung der vormärzlichen Zustände und das Bekenntnis zur Einheit Deutschlands. Als im Sommer ein Zentralausschuß der deutschen Demokraten in Frankfurt gegründet wurde, erstand ihm in Berlin ein Organ in den "Volksblättern", die Professor Heinrich Benary und der Landbaumeister Schönemann vom Juli bis in den November herausgaben. Durch ihre Aufsätze gehörten sie zu den politischen Zeitschriften, aber ihr Hauptanliegen waren Berichte über die Sitzungen der demokratischen Vereine Berlins, deren Mitgliedern sie ein reiches Material an Tatsachen und Anregungen übermittelten.

Die Gegner der Demokratie wagten es nicht sofort, den Klubs eigene Organisationen entgegenzustellen. Ende April wurden die ersten Versuche zur Gründung eines "Patriotischen Vereins" gemacht, der seit Mitte Mai regelmäßig tagte und wöchentlich ein Zentralblatt herausgab mit vielem Material über das konservative Vereinswesen auch in der Provinz. Nach seinen Satzungen war er ebenso harmlos wie der bald darauf entstehende Preußenverein; beide führten den Zusatz "für konstitutionelles Königtum" im Titel. Zum Preußenverein hatten überwiegend Handwerker, zum guten Teile Hofschlächter, Hoftapezierer und ähnliche Würdenträger, eingeladen. Sie bildeten die Folie für einen Generalmajor als Vorsitzenden, den sozial fühlenden, doch politisch verrannten Staatsbuchhalter Liedtke als Schriftführer und einen Schulvorsteher als Kassenwart. Der eigentliche Leiter des später erweiterten Vorstandes war Geheimrat von Laue, später ein Herr von Katte. Sorgfältigste Auswahl bei der Aufnahme von Mitgliedern und ihre Verpflichtung auf die Statuten sicherten den Verein dagegen, daß etwas anderes als engstirniges Preußentum und Ergebenheit gegen die "geliebte Dynastie der Hohenzollern" in ihm herrschten. Die Namen der Mitglieder wurden geheimgehalten, und es erregte gewaltiges Aufsehen, als Held im

August eine vollständige Liste veröffentlichte. Sie enthielt 248 Namen, meist adlige Herren und für sie arbeitende Handwerker neben vielen Beamten.

Zwanglose politische Aussprachen in der Friedrich- und Königstraße, auf dem Alexander- und Dönhoffplatz ergänzten die Vereinssitzungen. Am regelmäßigsten besucht waren die "Politische Ecke" an der Charlottenstraße und die Kranzlerecke Unter den Linden, der sogenannte Lindenklub. Er war die Domäne des kleinen Eisenhändlers Müller, den seine tüchtige Frau, eine beliebte Damenschneiderin, wohlbewaffnet mit einem Taler und zwei belegten Broten, dorthin zu entlassen pflegte. Durch sein urwüchsiges Redetalent und seine nicht immer geistreichen Witze machte er die hohe Politik für den Gebrauch des kleinen Mannes zurecht. Seitdem er bei einem Massenaufzug mit einer roten Fahne "Der souveräne Lindenklub" erschienen war, wurde "Lindenmüller" der Titel Präsident verliehen.¹³ Diese freien Diskussionen auf Straßen und Plätzen waren nicht nur Tummelplätze für Nichtstuer, sie erzogen auch zu politischem Denken und gegenseitiger Duldsamkeit.



In den Zelten, Versammlung 1848

Der Platz vor den Zelten, von dem die Ereignisse des März ihren Ausgang genommen hatten, behielt seine Bedeutung. Hier sprachen Held und der ihm an Intelligenz mindestens gleichkommende Ludwig Eichler mit den

¹³ Der Eisenhändler Gustv Müller ("Lindenmüller") war auch Autor zumindest eines kleinen politischen Theaterstücks "Die mißglückte Verschwörung am 13 Oktober oder Die rothe Rose am Gambrinus".
https://digital.zlb.de/viewer/image/1848_842776/0/LOG_0000/

scharfgeschnittenen Gesichtszügen, dem die Politik freilich vor allem eine Ablenkung von seinen finanziellen Nöten bedeutete. Wie Lindenmüller, der sein Wirkungsfeld von der Kranzlerecke auch in die großen Versammlungen zu verlegen liebte, besaß Eichler einen drastischen Humor, mit dem er so manchem Ruhe predigenden Geheimen Rat heimzuleuchten wußte. Der Exerzierplatz vor dem Schönhauser Tor, den Urban als Versammlungsstätte entdeckt hatte, sah seltener große Kundgebungen im Schutze der Einsamen Pappel. Die Volksversammlungen waren die am unmittelbarsten wirkenden Waffen der Demokratie. Aber der Mangel an zielbewußter Führung ließ mehr als einmal groß Begonnenes zwecklos verpuffen.

Der stärkste materielle Rückhalt der Demokratie hätte die Bürgerwehr sein können. Von ihrem ersten Tage an zeigte sie aber ein zwiespältiges Antlitz, sollte sie Volksbewaffnung und zugleich Ordnungsmacht sein. Der Schutz des Königs war ihre erste Aufgabe gewesen; sie fiel fort, seit Friedrich Wilhelm am 26. März seine Residenz nach Potsdam verlegt hatte. Im Schlosse blieben aber Abteilungen der Studenten und der Jünger der Kunst- und Bauakademie, eine fröhliche Gesellschaft, die sich die gute Verpflegung aus Keller und Küche des Schlosses schmecken ließ, bis der akademische Stolz über die höfischen Verführungskünste siegte. Zur Bürgerwehr sollten auch die Schutzverwandten gehören, die große Menge der Einwohnerschaft, die nicht zum Erwerb des Bürgerrechts verpflichtet war. Schon am 20. März hatte Graf Arnim die Beamten aller Behörden aufgefordert, in die Bürgerwehr einzutreten, um ihr ein regierungstreues Element zuzuführen, das vielfach die Offiziersstellen besetzte. Rottenführer und Hauptleute wurden von den Kompanien gewählt, die Majore der 22 Bataillone durch die Hauptleute. Es war nur natürlich, daß dabei häufig auf ehemalige Offiziere zurückgegriffen wurde. Im übrigen rekrutierten sich die Wehrmänner fast ausschließlich aus selbständigen Bürgern, die den mit der Aufstellung betrauten Bezirksvorstehern vertrauenswürdig erschienen als die in Brot und Lohn stehenden Schutzverwandten. Die Bürgerwehr nahm daher überwiegend den Charakter einer Klassenorganisation an. Innerhalb der 21.000 Mann, die sie Ende Juni zählte — zum Dienst traten freilich in der Regel nur 7800 Mann an —, bildeten die erst spät bewaffneten 700 Maschinenbauer und die 450 Mann des Handwerkervereins nur einen Bruchteil. Die Korps der Studenten, Künstler und jungen Kaufleute standen bis auf einige Ausnahmen dem Bürgertum näher als den Arbeitern. Das galt auch für die Schützengilde und einige andere kleine Sondergruppen. Eine wirkliche Volksbewaffnung war die Bürgerwehr daher ihrer Zusammensetzung nach nicht. Sie war es auch nicht durch den militärischen Anstrich, den sie von Anfang an erhielt. Minutoli, ihr erster Kommandant, hatte die organisatorischen Maßnahmen dem Stadtrat Nobiling anvertraut, in dem sich Energie, soziale Unabhängigkeit und

bürgerlicher Liberalismus verbanden. Wir kennen ihn aus seinen Erinnerungen und sehen aus einem Briefe seiner bei ihm lebenden Schwägerin, daß er im März wirklich "der Mann des Tages" war, dessen Ruhe Vertrauen erwirkte, den der König um Rat fragte und Graf Arnim zum Chef der Bürgerwehr machen wollte. Die für diese erlassenen vorläufigen Anordnungen waren sein Werk, wenn auch Minutolis diplomatische Gewandtheit in den ersten Tagen für den etwas schroffen Nobiling von großem Wert war. Der vorgesehene Ersatz der provisorischen Anordnungen durch ein endgültiges Statut kam übrigens nie zustande. Nur der Gebrauch ihrer Waffen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit wurde der Wehr durch eine Kabinettsorder vom 19. April ausdrücklich zugesprochen.

In das Kommando der Bürgerwehr, in dem Woeniger als Adjutant eine seinen Ehrgeiz befriedigende Rolle spielen durfte, traten Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten ein. Aber nicht einem von ihnen oder einem anderen Bürger, sondern dem Landwehrgeneral von Aschoff fiel die ausschlaggebende Stellung des Kommandeurs zu, als Minutoli sie aufgab. Auch Nobiling, der die Wahlversammlung der Hauptleute und Majore geleitet und wohl auf Aschoff gelenkt hatte, zog sich zurück. Der General hat vielleicht, wie er versprach, auch die Freiheit schützen wollen, aber er war zu sehr Soldat, um nicht "Ordnung" für das Wichtigste und jede Versammlung von Arbeitern, jeden Zug der Erwerbslosen für eine furchtbare Gefahr zu halten. Die Bürgerwehr wurde unter ihm eine Polizeitruppe und durch dauernde Alarmierungen, oft auf bloße Gerüchte hin, übermüdet und gereizt. Ihr Arger entlud sich gegen die "Aufwiegler", die mit Vergnügen verhaftet und grob behandelt wurden. Das Mißtrauen des Volkes gegen den Kommandeur, der überdies zum Stadtkommandanten, also zu einem Exponenten der Staatsgewalt, ernannt worden war, griff auch auf die Bürgerwehr über. Aschoff konnte noch dem Könige die Hauptleute und Majore vorstellen und neben dem Dank für "die aufopfernde Hingabe" der Bürgerwehr jene Umarmung hinnehmen, die den Witzblättern so reichen Stoff bot. Gegen die Parade vor dem König am 23. Mai aber demonstrierte eine größere Anzahl von Wehrmännern und Mitgliedern des Handwerkervereins, während Studenten eine schwarze Fahne von der Universität flattern ließen. Abstimmungen in den Bataillonen sprachen sich gegen Aschoff aus, der daraufhin zurücktrat und das Kommando einstweilen dem Major Blesson übertrug, einem eifrigen Mitglied des konservativen Patriotenvereins. Nach vierzehn Tagen war auch er unmöglich geworden. Sein Nachfolger, der Major a. D. Rimpler, führte sich durch einen Aufruf vorteilhaft ein, in dem er es für seine erste Pflicht erklärte, "Eintracht zwischen dem unbewaffneten und bewaffneten Teile des Volkes zu erhalten". Schon im April hatte sich unter dem Vorsitz des Buchhändlers Simion ein Bürgerwehrklub gebildet, der anfangs vor allem Offiziere, später

auch Wehrmänner aller Bezirke umfaßte. Ohne Bindung an eine Partei, stand er im Spätsommer . entschlossen auf seiten der Nationalversammlung. Den entschiedenen Demokraten genügte er trotzdem nicht, sie schufen sich deshalb Ende August ihren eigenen Verein. Die sichtbare Bedrohung der Märzerrungenschaften trieb den spießbürgerlichen und polizeilichen Geist aus der Bürgerwehr heraus. Sie erfüllte sich mit dem Bewußtsein, daß sie nicht gegen, sondern für das Volk und seine Rechte die Waffe führe. Als Mitte September der General von Wrangel gar verkündete, er werde die Ruhe wiederherstellen, "wenn die Kräfte der guten Bürger hierzu nicht ausreichen", wurde er von allen Organisationen der Wehr öffentlich zurückgewiesen.

Im Sommer und Herbst hatte die Bürgerwehr bei einigen Aufläufen eingreifen müssen, aber nur einmal, bei dem Zeughaussturm des 14. Juni, von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Wir werden seinen Verlauf noch zu schildern haben, hier bemerken wir nur, daß er die unmittelbare Ursache für Blessons Rücktritt bildete.

Nach dem 14. Juni vergingen Monate ohne ernsthafte Zusammenstöße zwischen Bürgerwehr und Arbeiterschaft, die der Reaktion so erwünscht gewesen wären. Da drohte ein unseliges Ereignis dieser alle Trümpfe in die Hand zu spielen. Das Vorurteil, das in dieser Frühzeit der industriellen Entwicklung in jeder Maschine eine Ursache von Arbeitslosigkeit sah, der Argwohn gegen die Behörden und vielleicht auch Hetzreden unverantwortlicher Agitatoren hatten die Arbeiter am Landwehrkanal dazu verführt, in der Nacht zum 13. Oktober eine Dampfmaschine zu zerstören, die ihnen durch das Auspumpen des Grundwassers ihre Arbeit erleichtern sollte. Die Folge war gerade das, was sie durch die Zerstörung der Dampfmaschine vermeiden wollten, die Entlassung mehrerer Arbeiter. Um möglichen Unruhen zu begegnen, wurde deshalb das benachbarte Exerzierhaus in der Schäferstraße durch ein Bataillon Bürgerwehr besetzt. Diese Vorsicht wurde zum Verhängnis, obgleich die Arbeiter die Entlassungen ruhig hinnahmen, am 16. vielmehr einen feuchtfröhlichen Umzug zur Feier des Amtsantritts eines neuen Schachtmeisters veranstalteten. Als sie dabei zu dem Exerzierhaus gelangten, um mit den Wehrmännern ihr Vergnügen zu teilen, kam es zu Reibereien, die zu Steinwürfen gegen die Wehrmänner führten, die in ihrer Bedrängtheit auf die Angreifer feuerten. Die blutigen Opfer steigerten die Erbitterung der Arbeiter. Kämpfe in der Roßstraße und um schnell errichtete Barrikaden folgten; die auch die Bürgerwehr einen Toten und einen Schwerverwundeten kosteten. Die Leichen der gefallenen Arbeiter wurden durch die Stadt getragen, überall erklang der Ruf nach Rache. Doch die Maschinenbauer, auf die besonders gerechnet worden war, verweigerten die Teilnahme an einem Kampf gegen die Bürgerwehr. Am Abend war die Ruhe wiederhergestellt. Die Bürgerwehr hatte große Zurückhaltung bewahrt, hatte

auch durch ihren Einspruch die Heranziehung von Militär verhindert. Die Demokraten, deren beste Redner gemeinsam mit den Abgeordneten Berends und Waldeck das Volk vergeblich zum Verlassen der Barrikaden gemahnt hatten, erreichten endlich eine Versöhnung. Tausende von Arbeitern nahmen am Vormittag des 20. Oktober an der Beerdigung des gefallenen Wehrmannes teil. Am Nachmittag geleiteten die Klubs, Abgeordnete der Nationalversammlung, Innungen, viele Bataillone der Bürgerwehr und ein langer Zug von Kameraden die toten Arbeiter vom Opernplatz zu dem Friedhof vor dem Halleschen Tor. Ober den Gräbern schloß sich die Kluft, die sich zwischen dem bewaffneten und dem unbewaffneten Teil des Volkes von Berlin geöffnet hatte. Die Demokratie hatte die irregeleiteten Leidenschaften überwunden.

Die Entwicklung der Bürgerwehr aus einer halb soldatischen Ordnungstruppe zu einem von volkstümlichem Geist erfüllten, wenn auch einseitig bürgerlich zusammengesetzten Körper spiegelt sich in der "Bürgerwehrzeitung". Sie erschien seit dem Mai, im ersten Monat von den Majoren Blesson und von Wimpffen im militärischen Geiste redigiert. Da hieß die Armee "die große Schule der Nation", da wurde die Erörterung der "Gefechtsverhältnisse" der Wehr als Hauptaufgabe hingestellt und der unbedingte Gehorsam gegenüber dem Vorgesetzten gepredigt, der von jeder Verantwortung befreie. Dieser Einseitigkeit begegnete von der zehnten Nummer an ein liberal gefärbtes "politisches Feuilleton", das wohl die beiden Majore bewog, sich zurückzuziehen. Ihr Nachfolger wurde A. Friedländer, unter dem das Blatt langsam aus einem gemäßigt liberalen zu einem fortschrittlichen wurde, das gern den Berichten über die Sitzungen des Demokratischen Bürgerwehrvereins Raum bot. Vom Oktober ab ging die Leitung an zwei Mitglieder des Demokratischen Klubs über, Dr. L. Weyl und den Studenten Dehnicke. Die Demokratisierung der Bürgerwehr hatte sich auch in ihrem publizistischen Organ durchgesetzt. Die weniger bedeutende "Bürgerwache" trug stets einen entschieden fortschrittlichen Charakter.

Die Waffen waren da, um die im März errungene Freiheit zu verteidigen. Aber würden sie genügen, um einem erstarkten Gegner Trotz zu bieten, und würden sie im rechten Augenblick entschlossen eingesetzt werden?

VOM WEISSEN SAAL ZUM FRIEDRICHSHAIN

Der auf ihnen ruhenden Verantwortung für die Zukunft des Staates bewußt, trafen in den letzten Tagen des März die Mitglieder des zweiten Vereinigten Landtages in Berlin ein. Am 2. April eröffnete Camphausen als Präsident des Ministeriums im Weißen Saal des Schlosses die Versammlung mit einer Rede, deren sachliche Nüchternheit in keiner Wendung an die schwungvollen Worte erinnerte, mit denen der König im Jahre zuvor den ersten Landtag begrüßt hatte. Fast einstimmig wurden die Verheißungen des 22. März als Grundlage der künftigen Verfassung anerkannt — die Revolution hatte über Nacht aus hochkonservativen Großgrundbesitzern Anhänger eines freien Rechtsstaates innerhalb eines einigen Deutschlands gemacht. Das Wahlrecht für die künftige verfassunggebende Versammlung wurde freisinniger gestaltet, als es der Entwurf vorgesehen hatte. Erhalten blieb aber das lebhaft umstrittene indirekte Wahlsystem, nach dem die Wähler nur Wahlmänner und diese erst die Abgeordneten zu wählen hatten. Am 10. April ging der Landtag auseinander, nachdem er noch die Mittel für dringende wirtschaftspolitische Maßnahmen bewilligt hatte. Berlin hatte ihn voller Bedenken erwartet, doch seine schnelle, den Bedürfnissen der Zeit gerecht werdende Arbeit trug ihm sogar die Anerkennung von Gustav Julius in der "Zeitungshalle" ein.

82

Trotz der Befriedigung über den allgemeinen Verlauf der Landtagsverhandlungen blieb eine Enttäuschung über das indirekte Wahlrecht bestehen. Dem radikalen Flügel der Berliner Demokratie war sie allerdings willkommen, er gedachte, sie zu einer Machtprobe mit dem Ministerium Camphausen auszunutzen, das für ihn nur eine Verkörperung der Kapitalinteressen war. Am Gründonnerstag, am 20. April, sollte eine gewaltige Kundgebung, ähnlich der des 18. März, dem Ministerium den Willen des Volkes vor Augen führen. Aber fast die ganze Bürgerschaft wollte von einer neuen Revolution nichts wissen. An allen Eckhäusern erschienen warnende Aufrufe, die Stadtverordneten beschworen ihre Mitbürger, sich keinen Schreckbildern

hinzugeben; keine Macht der Erde, kein Minister könne ihnen je wieder die Freiheit rauben. Am Abend des 19. April verschärfte ein Aufzug von Notstandsarbeitern noch die Besorgnis, die durch einen leidenschaftlichen Artikel des jungen Schlöffel in seinem "Volksfreund" neue Nahrung erhielt. Aber auch einflußreiche Führer der Agitation gegen das Wahlrecht, Jung und Held, wurden bedenklich. Es kam ihnen zum Bewußtsein, daß die Demonstration kaum friedlich verlaufen würde. Eichler aber, der keine Furcht kannte, wurde durch einen wohl nicht ganz zufällig an diesem Tage vollstreckten Haftbefehl wegen einer Privatschuld ausgeschaltet: es gab ja noch das Schuldgefängnis! So fiel der Zug ins Wasser. Die Bürgerwehr, die den ganzen Tag über alarmiert gewesen war, konnte nach Hause gehen, und nur im Politischen Klub gerieten Anhänger und Gegner des verunglückten Unternehmens aneinander. Dieser Ausgang war ein Schlag für die Demokratie, deren mangelnde Geschlossenheit sich offenbart hatte. Die "Nationalzeitung" sprach von einer moralischen Niederlage der Leiter, während die "Reform" immerhin etwas Gutes in der schärferen Scheidung der Parteien fand, die nunmehr erreicht sei. Wichtiger wäre allerdings die Erkenntnis gewesen, daß Massenaufgebote nur für große Zwecke eingesetzt werden dürfen, dann aber auch rückhaltlos.

Schon vor dem gescheiterten Aufmarsch der Tausende waren die Vorbereitungen zu den Wahlen für Berlin und Frankfurt in Fluß gekommen. Eine ganz ungewohnte Aufgabe galt es zu lösen. Die Einwohner Berlins, die bisher nur Stadtverordnete für die noch unpolitische Kommunalverwaltung gewählt hatten, sollten jetzt Männer auf den Schild erheben, die würdig waren, für Preußen und Deutschland eine Verfassung zu schaffen. Ja noch mehr, sie mußten auch die rechten Wahlmänner aussuchen, denen sie die endgültige Entscheidung anvertrauen durften. Die Klubs entwickelten eine fieberhafte Tätigkeit, stellten Kandidatenlisten und Wahlprogramme auf und regten Vorversammlungen der Wahlberechtigten an. Die Presse hielt mit diesem Eifer nicht gleichen Schritt, nur die "Ewige Lampe" veröffentlichte in immer aufs neue vergriffenen Extrablättern Listen der Kandidaten. Fetter Druck machte die Demokraten kenntlich, während rücksichtslose Bloßstellung ihres politischen Charakters die Schwankenden und Rückschrittlichen traf.

Exkurs:

(Preis: 6 Pf.) Sechste Auflage.

Zweites
Extra-Blatt
 der
ewigen Lampe.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. Carl Siechen nebst Familie.

Kandidaten-Liste für Berlin und Frankfurt.

Herr Fabrikant Thourret:	ausgeprägte Leiche.
Herr Stadtverordnete Deva- ranne:	schon in Verwesung übergegangen.
Herr Baron von Wimpffen:	Aristokrat, mit einer liberalen Maske.
Herr Director Dr Diester- weg:	unbrauchbar für die constituirende Versammlung.
Herr Dr. Rauwerk:	für Frankfurt.
Herr Professor v. Raumer:	kann nicht zu Stuhle kommen.
Herr Dr. Faucher:	verunglückter Luftspringer.
Herr Justizrath Geppert:	Leiche, unter Verbitung aller Beileidsbezeugungen.
Herr Assessor Jung:	für Berlin.
Herr Tischler-Meister Kiel- mansegge:	Leiche, mit einem Brett vor dem Kopfe.
Herr Dr. Glaser:	in zwei Särgen begraben.

2	
Herr Lieutenant von Sydow:	zur Reserve; paßt nicht in die constituirende Versammlung.
Herr Dr. Schweizer:	gefährlicher Windwachtel, mit liberalen Blasen auf der Zunge.
Herr Schlosser Siegerist:	Leiche, mit geschminkten Wangen.
Herr Studiosus Arnoldt:	bedeutungsloser Foetus.
Herr Staatsanwalt v. Kirchmann:	für Berlin.
Herr Staatsanwalt Bunsen:	totdgeboren.
Herr Dr. Rau:	pietistische Leiche; stimmte für die Ausschließung Rupp's, Mitbegründer des historischen Christus.
Herr Advokat-Anwalt Volkmar:	Leiche, ohne Vorbedacht.
Herr Buchdrucker Behrends:	für Berlin.
Herr Justizrath Jung:	ohne Ceremonie dem Schicksal anheimgefallen.
Herr Geheimer Archis-Math Kiedel:	sehr zweideutiger Prophet; hier liegen Fußangeln.
Herr Geheimer Revisionsrath Jonas:	zweifelhaft.
Herr Director August:	cosmopolitische Leiche.
Herr Dr. Ruthenberg:	für Berlin.
Herr Präsident Lette:	mantelträgerischer Bureaufrat.
Herr Bürgermeister Kaut von:	selig entschlafen.
Herr Stadtverordnete Krebs:	klitschig, nicht aufgegangen.
Herr Buchhändler Dr. Beit:	gesinnungsvolle Leiche.
Herr Oberlehrer Dr. Kleiber:	konfuse Leiche.
Herr Stadtrath Duncker:	für Berlin.
Herr Präsident v. Köhne:	für Frankfurt.

3

- Herr Rentier D. A. Benda: längst gestorben, wieder auferstanden, endlich zur Ruhe gebracht.
- Herr Professor Geppert: . . . bestattet in einem zweischläferigen Sarkophage.
- Herr Fabrikant Goldschmidt: nicht zurechnungsfähig.
- Herr Arbeiter Koser: . . . ein richtiger Mann; besitzt aber für die constituirende Versammlung kein Arbeitszeug.
- Herr Prof. David Strauß: für Frankfurt.
- Herr Geh. Rath Hoeppe: . . . Leiche, kurz und bündig.
- Herr Dr. Stern: . . . untergegangen, ohne irgend einen Lichtstreifen zu hinterlassen.
- Herr Geh. Reg. Rath Bauer: Wiederbelebungsversuche waren vergebens.
- Herr Dr. Bruno Bauer: für Frankfurt.
- Herr Stadtverordnete Schauf: gesinnungsloser Meinungsmauler.
- Herr Professor Keller: . . . unter dem Gefrierpunkte.
- Herr Prediger Sydow: . . . für Berlin.
- Herr Geh. Finanzrath v. Jordan: . . . verschüttet von einem unwilligen Fuß-Erdbeben.
- Herr Geh. Rath Barnhagen von Ense: . . . Rachel's selige Frau.
- Herr Dr. Woeniger: . . . beinahe für Berlin.
- Herr Dr. Dypenheime: . . . Bettina'scher Lakai.
- Herr Buchhändler Simon: vermaulerte Leiche.
- Herr Silberarbeiter Biskop: für Berlin.
- Herr Schriftsteller H. Smidt: zu den Alten gelegt, im Bureau des Preussischen Staats-Anzeigers.
- Herr Stadtverord. Schäffer: spießbürgerliche Leiche.

4

- Herr General-Lieutenant von
Selasinsky: Legt an! — Feuer! — Mause-
todt!
- Herr Professor Maßmann: von der politischen Kletterstange
turnfunstlustig herunterge-
rutscht.
- Herr Prof. Jacob Grimm: dormalen ein siebentes Rad
am Wagen.
- Herr Geh. Commerzient. Carl: Musterkarte, aus der Mode ge-
kommen.
- Herr Privatlehrer Breyer: Kinderleiche.
- Herr Fabrikant Zacharias: für Berlin.
- Herr Minister-Präs. Camp-
hausen: für Frankfurt. Glückliche Reise!
- Herr General Peuker: farbiger Ordens-Regenbogen,
mit subordinationsmäßigen
Grundsätzen.
- Herr Professor Dielis: politischer Klassenschüler, mit ei-
nem parlamentarischen Wild-
geruche.
- Herr Geh.-Rath Effer: für Berlin.
- Herr Professor Kopisch: hält den Kasten Noah's für ein
Staatsgebäude.
- Herr Assessor Ulrich: an den polit. Nasern verunglückt.
- Herr Lehrer Lebrecht: von Herodes mit Unrecht verschont
geblieben.
- Herr Geh.-Rath Sestter: für Frankfurt.

Selbstverlag der ewigen Lampe, Neumannsgasse Nr. 6., und ist daselbst
und in der Buchhandlung von W. Moefer und Kühn, Stallschreiberstraße
Nr. 34., so wie in allen übrigen Buchhandlungen, zu haben. — Beiträge
werden gratis angenommen.

Gedruckt bei W. Moefer und Kühn, Stallschreiberstr. Nr. 34.

(Preis: 6 Pf.)

Vierte Auflage.

Drittes

Extra = Blatt

der

ewigen Lampe.

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. Carl Siechen nebst Familie.

Fortsetzung der

Kandidaten-Liste für Berlin und Frankfurt.

- Herr Major **Leichert:** . . für Frankfurt.
- Herr Prediger **Jonas:** . . . liberaler Zweikammerhufar, mit
der Devise: „Ich warne
dich: vollstrecke Gottlieb's
Befehle!“
- Herr Justiz-Commissarius **Deyck:** verendet an der Trinkgelder-
Epitaphste.
- Herr Professor **N. Ermann:** . . . Liliputaner, mit dem Weber-
baume Goliath's vergefähr-
licht.
- Herr Dr. **Zabel:** in der Scheide stecken gelieben.
- Herr Lehrer **Dr. Ebler:** im vollständigsten Besitze eines
Testimonii paupertatis.
- Herr Director **Sargert:** . . . für das Verfassungswert eine
taube Muf.

- Herr Dr. juris Schmidt: . . . in Folge seiner parlamentari-
schen Probepredigten von dem
Sanitätsrath Dr. Strahl
als Colporteur für seine
Unterleibspillen engagirt.
- Herr General v. Reyher: . . . auf dem Paradebett, in alten
Samaschen mit bleiernen
Knöpfen.
- Herr Sparkassen-Liedke: . . . Mehlthau.
- Herr Dr. Frank: begnadigt mit einem schlecht-
geschriebenen Patent auf eine
zwei schläferige Constitution.
- Herr Geh. Finanzrath Seidel: ein Seidel, das, wegen un-
bedingter Leere an dem
Hoffnungsrausche der ewi-
gen Lampe unschuldig ist.
- Herr Thierarzt Urban: . . . gefallen, an der schwarz-roth-
goldnen Klauenseuche.
- Herr General-Auditeur Friccus: zu den Latten, von Loyalitäts-
wegen, verurtheilt.
- Herr Geh. Reg.-Rath Keller: für Frankfurt.
- Herr Assessor Stachow: . . . Embryo.
- Herr Fabrikant Schildknecht: politischer Zinngießer.
- Herr Obrist v. Webern: . . . als Präparat für die Anato-
mie bestimmt.
- Herr Bibliothekar Dr. Spiker: wurmfichtige Schartefe, mit
zwei Klammern, das Re-
gister fehlt.
- Herr Assessor Werther: . . . deutschkaiserlicher Hoffpafma-
cher für Frankfurt.
- Herr Dr. Brus: Verfasser der Selbstbiographie
eines Bemmerschen Narcissus.

- Herr Dr. Waldeck jun.: . . . lebt von den Zinsen des Kapitals seiner Verwandtschaft mit Dr. Johann Jacobi.
- Herr Geh. Finanzrath Knoblauch: Inhaber einer Bürgerkrone aus der Fabrik von L. Düng, Königsstraße Nr. 55.
- Herr Buchhalter Wollheim: . . . brauchbare Mittelwolle zu einem einigen deutschen National-Palmetot.
- Herr Schriftsteller Dr. Mueller: päpstlicher Pantoffelmacher, welcher die Haare, die er auf dem Kopfe verloren, auf den Zähnen wiederbekommen hat.
- Herr Geh. Finanzr. v. Wiebahn: eingeseischter Jacobiner, Mit-erfinder des Communismus.
- Herr Dr. Kollmann: . . . gelehrte, sehenswerthe Mumie. Eintrittsgeld nach Belieben.
- Herr Redakteur Kellstab: . . . Der Elefant hat seine Laus; Auch schließt sie Tante Böß nicht aus.
- Herr Gen.-Postmstr. v. Schaper: als unbestellbar retour gekommen.
- Herr Assessor v. Herford: . . . hat bereits in stummen Rollen bedeutsame Fortschritte entwickelt.
- Herr Geh. Rath Dieterici: . . . bei der letzten Volkszählung vergessen.
- Herr Kammergerichts-Rath Goldammer: Schleppenträger der blinden Justitia.
- Herr Major v. Holleben: . . . Staffage zu einem gemüthlichen Stillleben.

4

Herr Prediger Brauner: . . . wo möglich noch unbedeuten-
 der als Johannes Ronge.

Herr Schriftsetzer Walter: . . . beseitigter Druckfehler.

Herr Dr. Gerike: . . . Schneidezahn im Interpella-
 tions-Gebisse der löblichen
 Wahlmänner.

Herr Hofrath Fehmer: . . . ein gelungenes Sinnbild der
 absolutesten Nullität.

Herr Reg.-Präs. v. Gerlach: . . . Paria für Frankfurt an der
 Oder.

Imprimatur. John.

Selbstverlag der ewigen Lampe, Neumannsgasse Nr. 6, und ist daselbst
 und in der Buchhandlung von W. Roeser und Kühn, Stallschreiberstraße
 Nr. 34, so wie in allen übrigen Buchhandlungen, zu haben. — Beiträge
 werden gratis angenommen.

Gedruckt bei W. Roeser und Kühn, Stallschreiberstr. Nr. 34.

¹⁴ Hinzufügung zur Neuausgabe. Quelle: https://digital.zlb.de/viewer/image/15886046_1848/405/

Wie es in den Vorversammlungen zugeht, hat uns mit liebenswürdigem Humor Fontane geschildert, der unversehens zu der Ehre eines Wahlmannes gelangte. Auch Varnhagen nahm in seinem vornehmen Bezirk an den Besprechungen teil, mit deren Verlauf er um so zufriedener war, als trotz mancher Gegner "die Sache des Volkes" sich durchsetzte. Besonders lebhaft platzten im Konstitutionellen Klub die Gegensätze zwischen links und rechts aufeinander. Eine konservative Gruppe, zu der auch der spätere Kommandeur der Bürgerwehr, Major Blesson, gehörte, stellte ein "politisches Glaubensbekenntnis" auf, das für das künftige Abgeordnetenhaus zwei Kammern, eine Volkskammer und eine den Besitz vertretende erste Kammer, verlangte. Das Programm nahm sich nicht viel anders aus als das des späteren Patriotischen Vereins.

Am 1. Mai wurden, nachdem noch einige große Vorversammlungen stattgefunden hatten, in den 140 Bezirken die Wahlmänner durch 60.000 Urwähler festgestellt. Berlin hatte einen Feiertag, Behörden und Betriebe waren geschlossen, die Jugend versah den Wachtdienst. In den nächsten Tagen traten die Wahlmänner miteinander in Verbindung, zuerst in der Garnisonkirche, dann im Konzertsaal des Schauspielhauses. Es ging anfangs stürmisch zu, allmählich glätteten sich die Wogen. "Alles war voll Leben und Interesse" trotz des parlamentarischen Dilettantismus, schreibt Fontane, der auch den ehrwürdigen Jakob Grimm sprechen hörte. Das Mißtrauen der bürgerlichen Philister gegen die Zeltenredner, Held etwa und Eichler, machte sich durch wildes Geschrei und Trampeln Luft. Die Kandidaten, über hundert an der Zahl, legten ihr Glaubensbekenntnis ab und beantworteten die vielen Anfragen über ihr politisches Vorleben. Die Wahlmänner, zu denen auch Virchow als beredter Anwalt der demokratischen Partei gehörte, machten es sich nicht leicht. Sie hielten den ganzen Tag über Sitzungen ab und kamen erst spät zur Ruhe. Am 8. Mai wurden dann in fünf Kirchen, die als Wahllokale dienten, je zwei Abgeordnete und zwei Stellvertreter für Berlin, am 10. Mai in sechs Bezirken je ein Abgeordneter und ein Stellvertreter für das deutsche Parlament in Frankfurt gewählt. Das Ergebnis, das durch die Nachwahlen vom 19. Mai noch unterstrichen wurde, war überraschend. Der Konstitutionelle Klub hatte für Berlin nur einen seiner Kandidaten durchgebracht, während die Linke Jung, Berends, Waldeck und Johann Jacoby mit Sicherheit zu den ihren zählen durfte; der Staatsanwalt von Kirchmann stand ihr nahe. Die übrigen, Anhänger eines konstitutionellen Königtums, erschienen jetzt als Konservative; vor zwei Monaten hätten sie als Fortschrittsmänner gegolten. Wie ungeklärt die Parteiverhältnisse waren, bewies die "Nationalzeitung", die Waldeck zu den Gemäßigten und zwei Gemäßigte zu den Radikalen rechnete. Noch erstaunlicher waren vielleicht die Wahlergebnisse des flachen Landes, das fast keine adligen

Gutsbesitzer, aber eine Menge kleiner und kleinster Landbesitzer entsandte. Das preußische Parlament, das am 22. Mai eröffnet wurde, stand freilich unter einem ungünstigeren Vorzeichen als die deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche zu Frankfurt. Es beruhte nicht auf der Volkssouveränität, sondern war zur "Vereinbarung" der Verfassung mit der Krone berufen, die zwar nicht mehr ihre einstige Machtfülle besaß, deren Träger aber aus seiner Erstarrung erwachte und sich seines Gottesgnadentums wieder bewußt wurde.

Friedrich Wilhelm IV. fand sich im Potsdamer Stadtschloß und im Sommer in Sanssouci von einem Kreise alter Freunde umgeben, zu denen gelegentlich Gesinnungsgenossen aus der Provinz stießen. Es waren alles Anhänger der feudal-ständischen Monarchie, die ihren Klasseninteressen vollkommen entsprach. Schon am 30. März legten sie nach einem Tagebuchvermerk des Generals Leopold von Gerlach den Grund zu einem Geheimministerium, jener Kamarilla, die den König in seiner mittelalterlichen Weltanschauung, in seinem Haß gegen die Demokratie und in einer fast krankhaften Revolutionsfurcht bestärkte. Nie hat ein Minister so das Ohr des Königs besessen wie der Generaladjutant, der ihm täglich beim Morgenkaffee Vortrag hielt. Er und sein Bruder, der Magdeburger Gerichtspräsident Ludwig von Gerlach, haben monatelang gegen die Tatenscheu ihres königlichen Herrn angekämpft, bis sie ihn dahin brachten, wohin seine eigenen Wünsche gingen.

Das Ministerium, das mit dem König fast nur bei seinen spärlichen Besuchen Berlins in persönliche Berührung kam, litt unter den Einflüssen der Kamarilla. Die erste große Schwierigkeit, vor die es sich noch vor den Wahlen gestellt sah, ging allerdings nicht unmittelbar von dieser Seite, sondern von dem Prinzen von Preußen aus, der seine englische Verbannung nicht länger ertragen wollte. Sein diplomatischer Begleiter, Graf Pourtalés, kam nach Potsdam, um die Frage der Rückkehr seines Herrn zu besprechen. Friedrich Wilhelm griff die Anregung gern auf und gewann Camphausens Einverständnis. Das Ministerium stimmte zu und veröffentlichte seinen Beschluß am 11. Mai in der Form einer Empfehlung an den König, seinem Bruder die Abkürzung des Aufenthaltes in England nahezu legen. Berlin, das sich in frohen Hoffnungen auf den Zusammentritt der Nationalversammlung wiegte, wachte aus einem Traume auf. Die Warnungen vor einer militärischen Reaktion, bisher vielfach als bloßes Propagandamittel der Radikalen betrachtet, schienen plötzlich gerechtfertigt. Kaum jemand glaubte, daß der Prinz sich mit den neuen Zuständen ausgesöhnt haben könnte. Umsonst sangen doch nicht die Potsdamer Garden und Berliner Landwehrmänner das Lied des Leutnants von Gaudy:

*"Prinz von Preußen, ritterlich und bieder,
Kehr zu deinen Truppen wieder,
Heißgeliebter General! ...*

*Führe du uns, Prinz, wir folgen gerne,
Folgen dir als unserm Sterne,
Folgen dir bis in den Tod!"*

Wenn jetzt die Fahne des Widerstands entfaltet wurde, wäre die ganze Stadt, auch die Bürgerwehr, ihr gefolgt. Und wer in der riesigen Volksversammlung vor den Zelten Jungs "kräftige, scharfe, wahrheitserfüllte Rede" hörte, mochte wie Varnhagen einen tiefen Eindruck von dieser Kundgebung erhalten. Der Zug der Zehntausend und die Worte ihrer Vertreter erreichten aber nur die Zusage einer erneuten Beratung der Minister, die am nächsten Tage durch eine öffentliche Bekanntmachung ihren Schritt als eine Notwendigkeit gerade im konstitutionellen Interesse verteidigten. Nirgends, auch nicht beim Konstitutionellen Klub, fanden sie dafür Verständnis. Da kam ihnen ein Teil der Demokratie durch die Einladung zu einer Volksversammlung zu Hilfe, bei der alle zum Tragen von Waffen Berechtigten in geschlossenen Zügen bewaffnet erscheinen sollten. Das war eine Aufforderung zur Revolution, für die in diesem Augenblick nicht einmal die Studenten zu haben waren. Dieser Stimmung mußte Held Rechnung tragen und alle Bewaffneten von der Beteiligung an einer zweiten Kundgebung vor Camphausens Wohnung ausschließen. Sie war ein Schlag ins Wasser — der Minister war zum König nach Potsdam gefahren. Neuer Aufschub bis zum Montag! In der Frühe gab das Ministerium bekannt, der Prinz würde erst nach Eröffnung der Nationalversammlung zurückkehren und sich vorher auf die konstitutionellen Grundsätze verpflichten. Die Forderung ihres Rücktritts wiesen die Minister mit Rücksicht auf die Stimmung der Provinz und auf ihre Pflicht ab, vor der Volksvertretung über ihre Verwaltung Rechenschaft abzulegen. Die Zeltenversammlung dieses Abends verlief resultatlos — die Führer der Demokratie hatten die günstige Stunde verpaßt, zu der sie mit der Bürgerwehr rechnen konnten. Hinter den großen Worten hatte nicht der Mut zur Tat gestanden. Ob freilich eine Regierung Held, die wohl geplant war, die Demokratie gerettet hätte, ist eine andere Frage. Adolf Streckfuß, einer der wenigen, die auch unter dem Gestirn Bismarcks in ihren Gesinnungen nicht wankend wurden, hat sie mit Bestimmtheit verneint. Held selbst hatte sich schwer bloßgestellt, sein Mut, seine politische Ehrlichkeit waren zweifelhaft geworden. Der Demokratische Klub schloß ihn aus. Dem listenreichen Demagogen kam das nicht ungelegen. Pathetisch verkündete er seinen Entschluß, künftig nur noch in der Presse und für die soziale Frage zu

wirken. Er sparte sich für den Augenblick auf, in dem seine Freunde ihn erneut in den Vordergrund schieben würden.

In der dritten Maiwoche wurden die Bürger Berlins aufs neue zu Wahlen aufgerufen, um den Beschluß vom 21. März zu verwirklichen, durch den die Stadtverordneten ihr Mandat niedergelegt hatten. Zum erstenmal standen diese Wahlen unter einem politischen Vorzeichen, nahmen fast alle Berechtigten an ihnen teil. Ein Bild von den Parteiverhältnissen innerhalb der Gesamtbevölkerung konnten sie trotzdem nicht bieten, da nur die 25.000 Bürger im Sinne der Städteordnung wahlberechtigt waren. Ihre Einstellung verriet sich deutlich darin, daß die energischsten Verfechter der Demokratie in der alten Versammlung nicht wiedergewählt wurden; allerdings waren Berends und Nauwerck inzwischen Abgeordnete geworden. Der liberale Professor Gneist und der Justizrat Lewald, Vorsitzender des Konstitutionellen Klubs, traten neu ein. Die Versammlung trug wie bisher den Charakter einer Vertretung von Hausbesitz und Gewerbebetrieb, in der die neun Akademiker eine bescheidene Minorität bildeten. Immerhin hielten es die neuen Männer für nötig, sich mit einem politischen Programm der Öffentlichkeit vorzustellen. Sie erklärten, daß sie, in Gemeinschaft mit dem Magistrat, die alleinige Vertretung des Gesamtwillens der Einwohnerschaft in allen städtischen Angelegenheiten darstellten, aber sie erkannten ausdrücklich die Märzrevolution als die Quelle der politischen Wiedergeburt an und ihre eigene Verpflichtung "zur Abhilfe der Not der gewerbetreibenden und arbeitenden Klassen".

95

Der deutliche Zwiespalt der freiheitlichen Kräfte Berlins wurde für kurze Zeit durch die allgemeine Ablehnung des Entwurfs für die preußische Verfassung überbrückt, den die Regierung der Nationalversammlung vorlegte. Er machte Versammlungen unter freiem Himmel von einer polizeilichen Genehmigung abhängig und sah für die künftige Volksvertretung ein plutokratisch zusammengesetztes Oberhaus, vor. Damit entsprach er den Wünschen des Großbürgertums, das sich zum Hauptnutznießer der Revolution machen wollte. Im Demokratischen Klub und in einer großen Bürgerversammlung wurde die Verlesung des Entwurfs von nicht endenwollendem Widerspruch begleitet. Unter den Linden verbrannte das Volk einen Abdruck und zog vor die Wohnungen Camphausens und Schwerins, um ihnen eine Katzenmusik darzubringen. Dieses Zeichen des Mißvergnügens hatte sich nach dem Beispiel Wiens in der preußischen Hauptstadt eingebürgert, in der es zuerst einigen Kaufleuten zuteil geworden war, die ihren Angestellten keinen freien Sonntagnachmittag gönnten. Es war eine Art der Volksjustiz, die in den nächsten Tagen so überhandnahm., daß die Bürgerwehr ein paarmal eingriff, und daß Behörden und Privatleute sich in Aufrufen dagegen wandten. Das hätte

kaum viel genützt, wenn nicht das Vergnügen an einem jede Nacht sechs- bis siebenmal wiederholten Unfug bald von selbst eingeschlafen wäre. Er war übrigens auch durch den reaktionären Teil der Landwehrmänner herausgefordert worden. Ihr Führer war der Schauspieler und Redakteur des königstreuen "Soldatenfreunds", Louis Schneider, der auch in der Politik eine Rolle spielen wollte. Das bekam ihm fürs erste schlecht. Er hielt es nach einer ihm gewidmeten Katzenmusik für geraten, sich zu einem Gastspiel nach Hamburg zu begeben und auf seine Tätigkeit am Schauspielhaus zu verzichten. Bald aber erntete er besseren Lohn für sein in den höchsten Kreisen wohlgefällig aufgenommenes Wirken. Er wurde zum Vorleser des Königs ernannt und bekam in Potsdam eine schöne Wohnung, die ihn über den Verlust des Beifalls der Berliner Theaterfreunde und seines behaglichen Heims in der Marienstraße tröstete. In der Nationalversammlung hatten zwei Abgeordnete der Rechten Maßnahmen zur Sicherung der Ruhe in Berlin verlangt, aber wenig Gegenliebe gefunden. Die Hofpartei entfaltete eine rege Agitation zugunsten des Prinzen von Preußen, bei der sich auch Schneider hervortat. Es wurde "geschrieben, geschrien, geworben, Geld über Geld ausgestreut". Wer sich als Zeichen seiner patriotischen Gesinnung das Landwehrkreuz ansteckte, mit dem Schneiders Anhänger in den Straßen herumstolzierten, bekam fünf Silbergroschen hinzugeschenkt. Nicht alle Landwehrmänner folgten der Parole "Mit Gott für König und Vaterland", die der Generalmajor von Webern auf einer Kundgebung proklamierte. August Braß, der Barrikadenkämpfer vom Alexanderplatz, sammelte seine Kameraden in einem demokratischen Landwehrklub.

96

Der Angst vor dem revolutionären Geiste Berlins entsprang der Sicherheitsausschuß, in dem die staatlichen und städtischen Behörden und die Bürgerwehr vertreten waren. Das Vertrauen, um das der Ausschuß bei dem "ehrenhaften Stand der Handwerker und Arbeiter" warb, gewann er sich nicht. Seine Unfähigkeit bewies er bei dem Zeughaussturm, und bald versank er in ein sanftes Dahindämmern.

Kurz vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung war im Demokratischen Klub eine Kundgebung zu Ehren der Märzgefallenen vorgeschlagen worden. Die immer dreisteren Angriffe auf die Revolution in Versammlungen, Zeitungsartikeln und Maueranschlägen bewogen den Studenten Dehnicke, den Gedanken im Verein für Volksrechte aufzunehmen. Da er hier nicht durchdrang, wandte er sich an seine Kommilitonen. Er war ein Mitglied der ebenso bewunderten wie von bürgerlichen Angsthasen gefürchteten Rotte Monecke des Studentenkorps, die mit ihren mächtigen Kalabresern, von denen rote Federn herabwallten, und mit ihren langen Schleppsäbeln ebenso zu dem Bilde des revolutionären Berlins gehörte wie das Korps des Handwerkervereins in seinen kleidsamen grünen Blusen. In der Aula der Universität fiel die

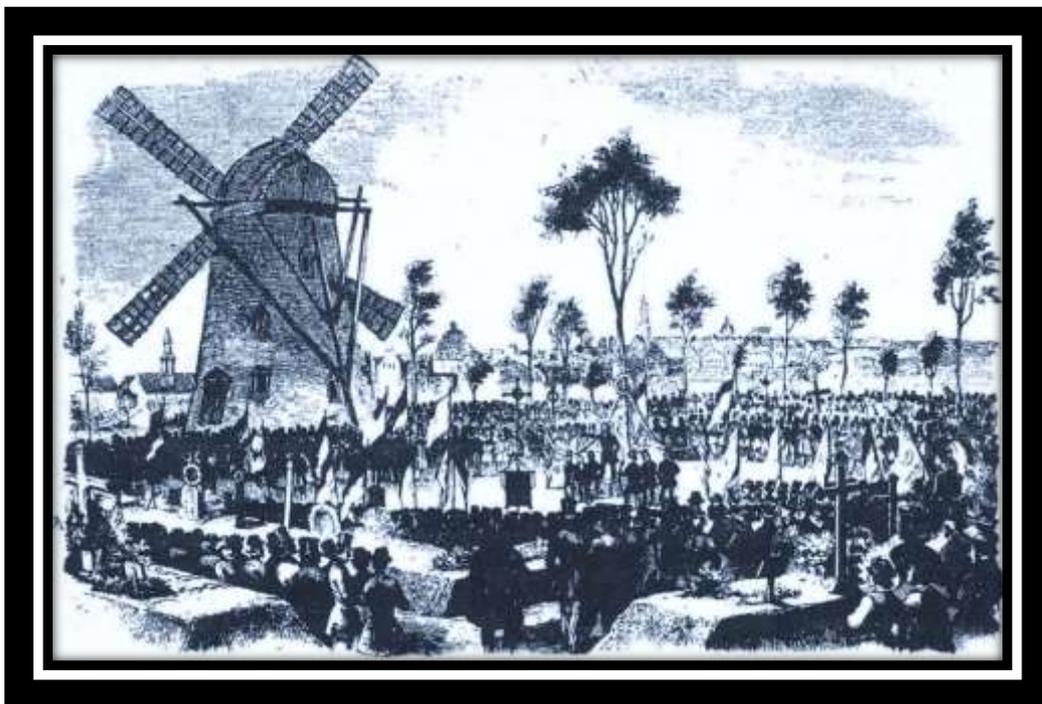
Entscheidung. Begeistert stimmten selbst die rechts stehenden Studenten dem durch Salis' feurige Beredsamkeit vorgetragenen Plane zu. Eckenanschlüge des Komitees der Studentenschaft erschienen und forderten auf, am Sonntag, dem 4. Juni, durch einen Zug nach dem Friedrichshain die dort Ruhenden zu ehren: "Wenn in einer Nation, die durch eine Revolution und nur durch eine Revolution zum Recht gekommen ist, Stimmen mit täglich wachsender Frechheit jene Revolution und ihre Kämpfer verketzern, dann hat die Stadt, in deren Schoße der Kampf geboren und vollendet ist, die erste Pflicht, durch eine feierliche Kundgebung heilig zu sprechen, was die Undankbarkeit schmählt!"

Während alle politischen Vereine, außer den beiden reaktionären, die Einladung annahmen, lehnten die Nationalversammlung und die Stadtverordneten eine förmliche Beteiligung ab. Der Kommandeur der Bürgerwehr, Blesson, gestattete ihren Mitgliedern nur, sich unbewaffnet einzeln dem Zuge anzuschließen. In einem Geheimbefehl ersuchte er sogar die Majore, ihre Mannschaften bereit zu halten und beim ersten Alarm auszurücken. Er war auf die anscheinend selbst von Minutoli geteilten lächerlichen Gerüchte hereingefallen, daß der Zug nur ein Vorwand zur Ausrufung der Republik sei, deren Hauptquartier und Waffendepot ausgerechnet in dem aristokratischen Viertel zwischen Wilhelm- und Behrenstraße liegen sollte.

Auf dem Gendarmenmarkt, von dem die Leichenfeier des 22. März ihren Ausgang genommen hatte, sammelten sich gegen drei Uhr die Teilnehmer: die Gewerke und Arbeitervereine mit ihren Bannern, viele Abgeordnete der Nationalversammlung, wohl zwei Drittel der Bürgerwehr mit ihren Offizieren, die Klubs mit eigens für diesen Tag gestifteten Fahnen — die des Demokratischen Klubs hatten die Frauen aus dunkelroter Seide mit goldener Einfassung angefertigt —, Mitglieder der Universität und der höheren Lehranstalten, die Hinterbliebenen der Gefallenen, Vertreter auswärtiger Städte und am Schluß die Studenten. So ging der Zug der 50.000 am Schloß vorüber zum Friedrichshain, durch ein dichtes Spalier von Männern und Frauen, in einer Ordnung, die keiner polizeilichen Aufsicht bedurfte. Aus den Fenstern wehten die schwarzrotgoldenen Fahnen, hingen Girlanden, vorn leuchtend blauen Himmel strahlte die Sonne, Blumen schmückten die Gräberreihen, in deren Mitte sich die Tribüne für die Redner erhob. Jung sprach glücklicher und volltönender als je zuvor über das Volk von Berlin, das Ruhe und Erholung, Gut und Blut darangesetzt habe, das Testament der Toten zu erfüllen. Das glockenhelle Organ des rheinischen Abgeordneten Kaplans von Berg verkündete das von der Revolution Errungene als das Gesetz, dem die Volksvertreter nur die Form zu geben hätten, und dankte Berlin für den Sieg, den es am heutigen Tage über Anarchie und Reaktion errungen habe. Salis beschwor mit tiefer, an das Gefühl sich wendender Stimme in dichterisch beschwingtem Wort den Geist

der Revolution, den Geist der Gleichheit und Einheit. An die Geschichte appellierte Boerner, die der Gefallenen Taten in ihren Tafeln aufzeichnen und den Hain zum Wallfahrtsorte machen werde für die jünger der Freiheit. Und dann nahm, von vielen Stimmen gerufen, Held das Wort, zur Einheit mahnend zwischen dem bewaffneten und dem unbewaffneten Volk und zur Eintracht zwischen Berlin und den Provinzen. Nun bekränzten Frauen die Gräber, und die Scharen strömten zurück in die Stadt. Unter den vom Friedhof Heimkehrenden eröffneten zwei Angehörige der Bürgerwehr eine Sammlung für ein Denkmal, das nach der bürgerlichen "Vossischen Zeitung" Berlin und Preußen den Märzkämpfern schuldig war. Doch die Flamme der Begeisterung erlosch vor den Sorgen des Tages, Stadt und Land überließen einer kommenden Generation, was Pflicht der Gegenwart war.

98



Gedächtnisfeier auf dem Friedrichshain am 4. Juni 1848

DIE SOZIALE FRAGE

Politischen Gedanken und politischem Wollen war die Revolution entsprungen, politische Kräfte haben ihren Verlauf bestimmt. Sie sollte dem Bürgertum, das auf dem Wege zur wirtschaftlichen Vormachtstellung in der Gesellschaft war, die Führung im Staate erringen. Aber der Sieg des 18. März war nicht nur durch bürgerliche Kämpfer erfochten worden; die Besetzung der Barrikaden hatten vor allem Gesellen und Arbeiter gebildet. Noch freilich standen sich die Klassen nicht in klaren Fronten gegenüber. Die Fabrik war nicht die herrschende Betriebsform in Berlin, das Geldkapital nicht in Großbanken konzentriert. Klein- und Mittelbetrieb führten im gewerblichen Leben, die überwiegende Mehrzahl der Handarbeiter rechnete sich zum Bürgertum. Die Selbständigkeit des Handwerksmeisters stand als lockendes Ziel vor ihren Augen. Aber das Erreichen dieses Zieles war für Tausende in ungewisse Ferne gerückt, und andere Tausende, die Meister geworden waren, hatten die Selbständigkeit und die sichere Lebensstellung eingebüßt, die ihre Vorfahren in der Blütezeit des Zunftwesens besessen hatten. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, wie in der Textilindustrie, im Tischler- und Schneidergewerbe von dem Glanz der alten Meisterherrlichkeit kaum etwas übriggeblieben war. Die schlechten Ernten der Jahre 1846 und 1847 hatten die heraufziehende Krise verschärft. Die Revolution fiel mit einer wirtschaftlichen Notlage zusammen, ihre Folgen mußten diese zunächst noch steigern. Die Ungewißheit über die Zukunft lähmte die Unternehmungslust. Niemand wollte neues Kapital investieren, viele dachten an Betriebseinschränkungen, ganz Ängstliche verließen die unruhige Hauptstadt und verringerten so die Absatzmöglichkeiten. Die heimlichen oder offenen Feinde der Revolution sorgten durch beunruhigende Gerüchte dafür, sie als die Quelle aller gegenwärtigen und zukünftigen Schwierigkeiten hinzustellen. Selbst der Abzug der Garnison gab zu beweglichen Klagen über den Verlust einer so kaufkräftigen Schicht wie die der Gardeoffiziere Anlaß.

Daß die Märzrevolution aber neben der politischen auch eine soziale Seite hatte, daran zweifelten Männer wie Gustav Julius oder Rudolf Virchow nicht. Mit überraschender Schärfe sprach der junge Arzt Anfang Mai diese Überzeugung in einem Briefe an seinen Vater aus: "Darin habt Ihr Recht", so schrieb er, "daß es wesentlich die Arbeiter gewesen sind, welche die Revolution entschieden haben, aber ich glaube, Ihr in den Provinzen denkt nicht genug daran, daß diese Revolution nicht eine einfach politische, sondern wesentlich eine soziale ist. Alles, was wir jetzt Politisches machen, die ganze Verfassung, ist ja nur die Form, in welcher die soziale Reform zustande kommen soll, das Mittel, durch welches der Zustand der Gesellschaft bis in ihre Grundlagen umgestaltet werden soll. Wenn wir das Politische fertig haben, dann wird das große Werk erst anfangen." Virchows medizinisches Glaubensbekenntnis ging in seinem politischen und sozialen auf. Als Naturforscher konnte er nur Republikaner sein, wollte sich aber auch "einen erblichen Präsidenten, das heißt einen König ohne Eigenschaften" gefallen lassen.

Zu solcher Erkenntnis hatte sich das liberale Bürgertum im allgemeinen noch nicht durchgerungen. Das aber sah es ein, daß es seine Bundesgenossen in den breiten Massen zu befriedigen oder mindestens zu beruhigen suchen mußte. Diese selbst, ihres Wertes bewußt geworden, erhoben sich über die dumpfe Ergebenheit in ihr Schicksal zu Forderungen an Staat und Gesellschaft.

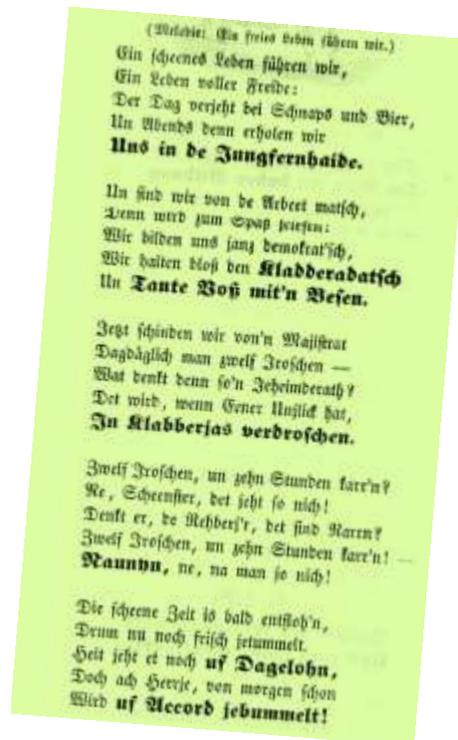
100

In zwei großen Strömen fließt die Arbeiterbewegung Berlins während des Jahres 1848. Die Quelle des einen ist die Wirtschaftskrise mit ihrer Arbeitslosigkeit, die des anderen das Wachwerden eines Klassenbewußtseins und der Versuch, durch eigene Kraft die dem Arbeiter gebührende Stellung in der Gesellschaft zu erringen. Beide Quellen entspringen in den Jahren vor dem 18. März, erst durch ihn aber schwellen sie zu Bewegungen an, die, mit den politischen mannigfach verbunden, doch ihre eigene Farbe tragen.

Der Übergang von der mittelalterlichen Zunftwirtschaft, die jedem Werk tätigen seinen festen Platz, seine Pflichten' und seine Rechte in der Gesellschaft anwies, in die kapitalistische Wirtschaftsform hatte die Arbeitslosigkeit entstehen lassen. Wie sie zu bekämpfen sei, war eine Frage, mit der sich in Preußen die Behörden kaum beschäftigt hatten. Die Theorien des utopischen französischen Sozialismus, die Lorenz Stein 1843 in einem bedeutenden Werke dargestellt hatte, fanden ebensowenig Widerhall wie der eben erst Gestalt gewinnende wissenschaftliche Sozialismus von Marx und Engels, der noch die Flagge des Kommunismus führte. Die Stadt Berlin begnügte sich mit einer Armenpflege, die nur an den Symptomen herumkurierte und vor den Ursachen die Augen schloß. Es mußte erst die von Paris herüberleuchtende Flamme die Dämmerung erhellen, ehe durch einen städtischen Arbeitsnachweis ein Schritt nach vorwärts gewagt wurde. Freilich, der Versuch scheiterte völlig,

da ihm die psychologischen Voraussetzungen fehlten. Die Arbeitgeber, Handwerker oder doch aus dem Handwerk hervorgegangen, suchten sich ihre Hilfskräfte lieber selbst unter den nach altem Brauch bei ihnen vorsprechenden Gesellen. Auf den Alarmruf mehrerer Bürger, "bei der heutigen Lage der Dinge" jeden Anlaß zur Unzufriedenheit zu beseitigen, wurde zwar eine Deputation für das Wohl der arbeitenden Klassen eingesetzt, Durchgreifendes geschah jedoch nicht. Völlig wirkungslos verhallte der erste Ruf aus Arbeitermund, eine an den König gerichtete Eingabe, die um ein eigenes Arbeitsministerium bat.

Wie mit einem Zauberstabe fegte die Revolution alle Bedenken fort, die Staat und Stadt vor einem Eingreifen in die sozialen Verhältnisse gehegt hatten. Jetzt waren mit einemmal die Mittel für bedeutende Erd- und Bauarbeiten da. Der Staat gab Hoch- und Tiefbauten, vor allem am Landwehrgraben und am Spandauer Kanal, in Auftrag, die bald 3000 Menschen beschäftigten. Der Magistrat ließ Chaussees anlegen und die Erdarbeiten auf dem Wedding verstärken. Ein staatlicher Zuschuß von 20.000 Talern erleichterte den Stadtverordneten, die fast täglich berieten, die Bewilligung der erforderlichen Mittel. Der Tageslohn wurde erhöht, die Arbeitszeit verringert. Am 31. März konnte die Deputation berichten, daß fast alle männlichen Arbeiter, die sich bei den Nachweisen gemeldet hatten, eingestellt worden waren. Viele von ihnen waren gelernte Handwerker, doch auch heruntergekommene Studenten und ehemalige Lehrer stießen zu den eigentlichen Tagelöhnern. Sie waren über die ungewohnte schwere Arbeit nicht gerade begeistert und betrachteten den Tagelohn als eine Art Armenunterstützung. Der Eifer der Rehberger, wie man die auf dem Hügelgelände im Norden der Stadt Stubben rodenden und Erdmassen hin und her bewegenden Arbeiter nannte, ließ schnell nach. Auch die Erhöhung des Tagelohns auf 15 Silbergroschen befeuerte die Arbeitslust kaum, so daß die Bauleitung Akkordlöhne einführen wollte, ohne zunächst damit durchzudringen. In abenteuerlicher Tracht, bunte Strohhüte mit Blumensträußen oder Federbüschen auf dem Kopf, waren die Rehberger ebenso zu Tanz und Musik wie zur Teilnahme an jedem Unfug geneigt. Der unverwüstliche Berliner Humor blühte auch auf den Rehbergen. Eine schwarze Tafel mit der obrigkeitlichen Mahnung zu größerem Fleiß wurde nach langen Debatten feierlich in einem Sarge beigesetzt und daneben ein Pfahl mit einer Tafel errichtet: "Hier liegt der Berliner Magistrat begraben." Die Landwehr, die den Arbeitern bessere Ordnung beibringen sollte, ließ sich von dem vergnügten Treiben selbst anstecken, verbrüderte sich mit den Tanzenden und sprach der Flasche so reichlich zu, daß sie spät in der Nacht durch ihre Offiziere ins Quartier gebracht werden mußte. Doch schon nahte das Ende der "Nation der Rehberger". Sie wurden an die Ostbahn abkommandiert und gliederten sich hier, wo wirklich nützliche Tätigkeit von ihnen verlangt wurde, in den Rhythmus der Arbeit ein.

Das Lied der Rehberger¹⁵

102

Auch von den Leistungen und dem Verhalten der Chausseearbeiter zwischen Treptow und Rummelsburg war der Magistrat auf die Dauer nicht befriedigt. Er führte daher Akkordlöhne ein und entließ die damit nicht Einverständenen; das gleiche geschah bei den staatlichen Baustätten. Dadurch wurden die Zahl der Arbeitslosen und die Unzufriedenheit gesteigert. Scharen durchzogen die Straßen und forderten vor dem Rathaus Arbeit. Da sie hier nur vertröstet wurden, rückten sie am 30. Mai in einem langen Zuge mit Fahnen vor die Wohnung des Arbeitsministers von Patow und verlangten sofortige Zuweisung von Arbeit. Die konnte ihnen selbst der Minister nicht geben, und die 20 Taler, die er ihnen anbot, wiesen sie ab: "Wir sind keine Bettler, wir sind freie Arbeiter, wir wollen keine Almosen, sondern Arbeit." Ihr Unwille wuchs, als Patow die Haustür schließen ließ. Bürgerwehr rückte an, ohne etwas auszurichten. Da fand August Braß einen glücklichen Ausweg. Vom Fenster der Ministerwohnung aus versprach er Arbeit in drei Tagen und bis dahin jedem ein Darlehen von

¹⁵ Quelle: <https://direkteaktion.org/228-arbeiter-und-arbeitslose-in-einer-burgerlichen/>

10 Silbergroschen. Der Vorschlag wurde angenommen, alles stellte sich in Reih und Glied auf dem Wilhelmplatz auf und erhielt gegen Vorzeigung seiner Arbeitskarte das Geld. Den gesunden Geist, der trotz aller Verleumdungen der reaktionären Presse in der Berliner Arbeiterschaft herrschte, beweist nichts so schlagend wie die Ablehnung eines Gnadengeschenks und der Wille vieler Arbeiter, das kleine Darlehn zurückzuzahlen. Es war nicht nur eine schöne Geste, sondern echt menschliches Empfinden, als Patow das Geld nicht annahm.

Damals hatten die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, von deren völligem Sieg das Bürgertum, allgemeinen Wohlstand erhoffte, schon ihren warmherzigsten Vorkämpfer verloren, den erst neunzehnjährigen Studenten Gustav Adolph Schlöffel. Sohn eines schlesischen Gutsbesitzers, der in der Frankfurter Nationalversammlung der äußersten Linken angehörte¹⁶, war er von der Heidelberger Universität als Revolutionär verwiesen worden und noch im März nach Berlin gekommen. Als "Königsmörder" bei Minutoli denunziert, hatte er den Polizeigewaltigen zu beruhigen gewußt, aber keinen Augenblick daran gedacht, seine wirklichen Pläne aufzugeben. Er stürzte sich in die soziale Bewegung, warb in den Volksversammlungen, im Politischen Klub und auf den Arbeitsstätten des Weddings für Republik und Sozialismus. Als sein Organ schuf er sich den "Volksfreund", bewußt an die Französische Revolution und an Marats "Ami du peuple" anknüpfend. Auf den Rehbergen fand er seine eifrigsten Leser, drückte er den "Volksfreund" unentgeltlich jedem in die Hand. Sein Programm verkündete er in der ersten Nummer vom 5. April ("Jahr 1 der Freiheit"): "Der Volksfreund sagt sich los von aller und jeder Rücksicht auf einzelne Interessen, er will nur *ein* Ziel verfolgen, den Umschwung der bestehenden Verhältnisse durch und für das Volk, das noch ein Herz hat, die Freiheit zu begreifen, und einen Arm, um für sie zu kämpfen, durch und für die *arbeitenden*, gedrückten und geknechteten Klassen." Eine Wiedergeburt der Gesellschaft, einen Staat der Freien ersehnte er. Daß die Zeit dafür noch nicht gekommen war, wollte und konnte diese edle, prächtige Natur, wie ihn sein Freund Boerner nennt, nicht anerkennen. So mußte er an dem Widerstand der herrschenden Gesellschaftsordnung scheitern. Den äußeren Anlaß dazu gab ein Artikel über die geplante Wahlrechtsdemonstration am 20. April, der mit den Worten begann: "Auf dem Grünen Donnerstag wollen wir mit dem Ministerium Camphausen das Abendmahl feiern, auf daß es gekreuziget werde!" Der kühne Verfasser, der überdies ziemlich deutlich den badischen Aprilaufstand unter Hecker und Struve zur Nachahmung empfohlen hatte, wurde verhaftet und am

¹⁶ Friedrich Wilhelm Schlöffel (1800-2870) betrieb zunächst eine Apotheke und war dann Inhaber einer Papierfabrik. Er versuchte die materielle Lage der von ihm beschäftigten Arbeiter zu verbessern. In Zusammenarbeit mit Bettina von Arnim wollte er öffentliches Bewußtsein für die katastrophalen Lebensumstände der schlesischen Weber zu schaffen.

11. Mai zu sechs Monaten Festung wegen Aufruhrversuchs verurteilt. In seiner zweistündigen Verteidigungsrede nannte er Friedrich Wilhelm IV. ein überwundenes, mutloses, der Regierung unwürdiges Individuum und die Bürgerwehr ein Ideal des Spießbürgertums.¹⁷ Kurz vor dem Ablauf seiner Festungshaft gelang ihm die Flucht, er ging zu den Aufständischen nach Ungarn und von dort nach Baden, wo er am 21. Juni 1849 in dem Gefecht von Waghäusel sein Leben für die Freiheit hingab. Der "Volksfreund" wurde von Monecke fortgeführt; die neunte, letzte Nummer erschien am 30. Juni. Dann ereilte auch Monecke das Schicksal, er wurde wegen Majestätsbeleidigung zu zweieinhalb Jahren Festung verurteilt. Die Erdarbeiter und die Arbeitslosen hatten ihre besten und reinsten Führer verloren.

Der Regierung war es klar, daß die Wirtschaftskrise durch öffentliche Arbeiten nicht überwunden werden konnte. Sie war ja nicht auf die Hauptstadt beschränkt, sie ergriff alle industriellen Zentren. Der Zusammenbruch des großen rheinischen Bankhauses Schaaffhausen war nur ein Symptom, wenn auch ein besonders drohendes, für die Gefährdung der Kreditverhältnisse. Einschränkungen der Betriebe und Arbeiterentlassungen standen bevor. Beraten von dem Breslauer Kaufmann Milde, dem späteren Handelsminister, stellte Hansemann durch das Gesetz über die Darlehnskassen vom 15. April das erschütterte Vertrauen wieder her. Die gesunde Finanzlage Preußens bot ihm die Möglichkeit, den Staatsschatz dafür einzusetzen. Die Darlehnskassenscheine, die in der Form kleiner Banknoten ausgegeben wurden, sorgten für die notwendige Vermehrung der Zahlungsmittel. Am 16. Mai wurde in Berlin die erste Kasse eröffnet, weitere zwanzig folgten für die Provinzen. Um die Zeit bis zur Ingangsetzung der Kassen zu überwinden, wurden den Fabrikstädten größere Summen zur Verfügung gestellt. Berlin, als dessen Vertreter die Ältesten der Kaufmannschaft bei Hansemann erschienen, erhielt 150000 Taler. Den Abschluß des Reformwerks bildete eine Anleihe zur Verstärkung der staatlichen Mittel.

Am 11. April hatte Julius in seiner "Zeitungshalle" die Finanzpolitik des Ministeriums gebilligt. Der Gedanke freiwilliger Gaben, für den Glaßbrenner in der "Spenerschen Zeitung" aufrief, fand seine Zustimmung. Der Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen wurde endlich genehmigt und erhielt die ihm vor Jahren versprochenen 15 000 Taler des Königs. Es dauerte aber Monate, ehe er und der Berliner Lokalverein zur Wirksamkeit gelangten. Opferfreudigkeit zeichnete diese Wochen aus, um freilich bald wieder der Alltagsstimmung zu weichen.

¹⁷ Bettina von Arnim hatte Schöffel in Briefen an Friedrich Wilhelm IV. und an den Prinzen Wilhelm verteidigt. (Vgl. IN ALLEM EINVERSTANDEN MIT DIR. BETTINA VON ARNIMS BRIEFWECHSEL MIT IHREM SOHN FRIEDMUND. Herausgegeben von Wolfgang Bunzel und Ulrike Landfester Göttingen 2001, S. 332)

Trotz des sozialen Einschlages, den die noch dem Vereinigten Landtage vorgelegten wirtschaftspolitischen Maßregeln verrieten, wichen sie von den Grundsätzen des bürgerlichen Liberalismus kaum ab. Wie aber stand es um die Bestrebungen der Arbeiter in den Fabriken und der Gesellen in den Handwerken, die uns im wesentlichen noch als eine Einheit entgentreten? Am Abend des 20. März wanderte ein Berichterstatter der "Stuttgarter Allgemeinen Zeitung" durch Berlin. In den Vorstädten, den Quartieren der kleinen Leute, hörte er über die Vorzüge der Republik und über die Notwendigkeit einer Organisation der Arbeit sprechen. In den Fabriken vernahm er keine Angriffe gegen den König, aber bestimmteste Forderungen nach sozialen Umgestaltungen. Die Frage war nur, wie sie zu erreichen waren.

Einen Weg dazu glaubten Urban und seine Freunde gefunden zu haben. Unter Zuziehung einiger Gesellen hatten sie sich zu einer Deputation für die Abhilfe der Not vereint und sich mit den Behörden in Verbindung gesetzt. Nun forderten sie die Arbeiter aller Berufszweige auf, Vertreter für eine Versammlung vor dem Schönhauser Tor "bei der Einsamen Pappel" zu wählen. Nie hatte Berlin eine größere Versammlung als an diesem 26. März gesehen. Niemand vermochte die Zahl der Anwesenden mit Sicherheit zu schätzen, die Angaben schwanken zwischen sechs- und zwanzigtausend. Die Vertreter vieler Gewerbe ergriffen das Wort, unter ihnen solche, die durch die Schule des Handwerkervereins gegangen waren und über die Nöte des Augenblicks, über zünftlerische Beschränktheit und Maschinenfeindschaft hinweg den großen Problemen ins Auge sahen. Den tiefsten Eindruck machte der Schriftsetzer Brill aus Breslau, bald mit Berlin als Abgeordneter zur Nationalversammlung noch enger verbunden. Mit leiser, immer voller werdender Stimme beginnend, legte er seine Ansichten dar. Bildung brauche der Arbeiter, wenn er das Unrecht besiegen wolle, das ihm die Gesellschaft zugefügt. Unentgeltliche Erziehung müsse er deshalb fordern, allgemeines Wahlrecht, Volksbewaffnung statt des stehenden Heeres, eine Umwandlung der ganzen Gesellschaft. Nicht von Bibelsprüchen, von dem Menschen selbst komme die Rettung: "Jeder hat den Heiland in seiner Brust." Als er von der Rednertribüne herabstieg, während die schwarzrotgoldene Fahne von der Pappel im Winde rauschte, drängten sich die Zuhörer um ihn, jeder wollte ihm die Hand drücken. Das Vaterland aber hat dem aufrechten Manne schlechten Dank erwiesen. Durch die Reaktion heimatlos gemacht, mußte er über das Meer nach Amerika fliehen.¹⁸ Die von den Rednern gestellten Anträge faßte Dr. Woeniger zusammen: Verringerung des stehenden Heeres, Volkserziehung, Versorgung der Invaliden der Arbeit, billigere Regierung und ein volkstümliches Wahlgesetz. Sie wurden widerspruchslos angenommen, aber über die Einberufung des Vereinigten Landtages kam es zu der schon erwähnten

¹⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Julius_Brill

zwiespältigen Abstimmung. Daher bildeten sich zwei Ausschüsse, die vom König empfangen wurden. Dem ersten, der sich für den Landtag erklärte, gab Friedrich Wilhelm die in diesem Augenblicke vielleicht ehrliche Antwort: "Ach, ich liebe das Volk mehr, als es mich lieben kann. Es hat sich in Berlin so hochherzig gegen mich benommen, wie es sich vielleicht in keiner anderen großen Stadt der Welt benehmen würde." Praktische Ergebnisse hatten die schönen Worte nicht, es sei denn die Schaffung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, das Hansemanns Freund von Patow übernahm.

Viele Redner hatten am 26. März Lohnerhöhung und Verringerung der Arbeitszeit gefordert. Wie sollte ein Arbeiter mit 12% Silbergroschen auskommen, wenn er bei bescheidensten Ansprüchen $6\frac{1}{2}$ Silbergroschen für Speise und Trank brauchte? Rührend klingt uns die Bescheidenheit des Arbeitsmannes Vogel entgegen, der täglich 3 Pfennige für Kaffee und 3 Pfennige für Brot zum ersten Frühstück und wieder zur Vesper, je 6 Pfennige für Brot, Butter und Getränke zum zweiten Frühstück und ebenso zum Abendbrot und 2% Silbergroschen für das Mittagessen rechnete. Was blieb da für Wohnung, Kleidung, Wäsche und als Notgroschen für die Wintermonate, in denen es kaum Arbeit gab, oder gar für Frau und Kinder?

Mitte April griff die Bevölkerung zu einer harmlosen, aber wirksamen Selbsthilfe gegen die Bäcker, die für gutes Geld zu leichtes Brot verkauften. Etwa gleichzeitig wurden Verhandlungen zwischen Meistern und Gesellen, Fabrikbesitzern und Arbeitern eröffnet. Sie endeten, meist nach kurzen Streiks, mit Erhöhung der Gesellenlöhne auf $22\frac{1}{2}$ bis 25 Silbergroschen und Herabsetzung der 12- bis 14stündigen Arbeitszeit auf 10 Stunden. Das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern war aber noch so fest begründet, daß den Bewilligungen Dankumzüge mit klingendem Spiel folgten, während die Maschinenarbeiter von den Fabrikbesitzern zu einem Festessen in Moabit eingeladen wurden. Doch schon war dem Bürger die Lage unbehaglich geworden. Wo blieben das Allgemeine Preußische Landrecht und die Gewerbeordnung mit ihren Verboten von Arbeitseinstellungen? Die liberale "Bürgergesellschaft" protestierte dagegen, an sich berechnete Forderungen durch Massenaufgebote durchzusetzen. "Auf gesetzlichem Wege" wollte auch der Magistrat die Arbeitsfragen regeln und verwies sie deshalb vor die städtische Arbeiterdeputation. Der Polizeipräsident verbot jeden Zwang gegen Streikbrecher und machte Aufzüge mit Musik und Fahnen von seiner Erlaubnis abhängig. Als diese in mild zürnende Form gehüllten Bekanntmachungen erschienen, waren freilich Meister und Gesellen schon einig geworden.

Die Rolle, die Urban mit seinen Freunden Eckert und Bremer in der Arbeiterbewegung zu spielen versuchte, wurde ihnen auf einer zweiten

Versammlung bei der Einsamen Pappel entwunden. Konnten sie sich auch gegenüber dem Vorwurf der Unzuverlässigkeit einigermaßen rechtfertigen, so war doch ihre geistige Unzulänglichkeit deutlich geworden. Ganz auf seine volksbeglückende Tätigkeit zu verzichten, vermochte Urban nicht. Bei Versammlungen und Aufläufen verkündete er seine mit christlichem Mystizismus verbrämte Heilslehre, bald aufreizend wie beim Zeughaussturm¹⁹, bald mahnend und begütigend.

Aus den Zeltenversammlungen ging Ende März der "Volksverein" des Philosophen Dr. Max Schasler²⁰ hervor, der die Sache der besitzlosen Arbeiter verfechten wollte. Schasler hatte dem sich im Vormärz "so titanenhaft liberal" gebärdenden Rütli angehört und war einer der wenigen aus diesem Kreise, die sich wenigstens helfend bei den Barrikaden hatten sehen lassen. Der kleine, hagere und kurzsichtige Mann paßte nicht eben zum Volksführer, aber ein unwiderstehlicher Ehrgeiz trieb ihn zur Politik, bis er in ruhigeren Zeiten zur Ästhetik zurückfand. Er gab "Die Volksstimme", das Blatt des Vereins, heraus, das Fortschritt auf dem Wege der Ordnung erreichen wollte. Es brachte bis Ende Mai Berichte über die Verhandlungen des Vereins, Anträge und Beschwerden von Gewerbetreibenden und Gesellen und Leitartikel, die auch allgemeine Fragen wie die Lehren der französischen Sozialisten behandelten. Nach Schaslens Rücktritt wurde mit dem weißgelockten "Vater Karbe" ein Liebling des Volkes zum Vorsitzenden gewählt, doch löste sich der Volksverein noch im Juni auf.

107

Die stärkste demagogische Kraft Berlins, Held, hatte die ihm angeblich vom Ministerium aufgetragene "Organisation der Arbeit" bald wieder fallen lassen und sich in den politischen Kampf gestürzt. Doch unter dem Einfluß Frankreichs wurde ihm die Tatsache einer sozialen Revolution deutlich, der er in seiner "Locomotive" eile Reihe von Aufsätzen widmete. Unter den von ihm vorgeschlagenen Heilmitteln fehlten nicht die Abschaffung des Zinswesens und eine kaum verhüllte Vermögensbeschlagnahme. Zu einem durchdachten und der Wirklichkeit gerecht werdenden System hat er freilich seine durch Reden, Aufsätze und Plakate in die Menge geworfenen Schlagworte nicht gestalten können. Ende Juni rief er zu einer Radikalreform der Erwerbsverhältnisse durch den Staat auf. In seinem im Juli begründeten Sozialverein, für den sich anfangs städtische und ländliche Kreise des besitzenden Bürgertums interessierten, debattierten wohlmeinende Grübler und volkstümliche Redetalente wie Karbe über das soziale Programm ihres Präsidenten. Einzelfragen, wie eine Gefängnisreform oder der Schutz des kleinen Grundbesitzes gegen seine

¹⁹ Der sog. "Zeughaussturm" vom 14. Juni 1848 wird vom Verfasser im nächsten Kapitel (*Im Kampf mit der Reaktion*) dargestellt.

²⁰ Kaeber schreibt fälschlich "Schaßler". – "Rütli" siehe hier Seite 13.

Hypothekengläubiger, überwucherten schließlich den Plan einer grundlegenden sozialen Umgestaltung.

Erstaunlich bleibt es bei alledem, daß Held sich gerade unter dem Vortrupp der Berliner Arbeiterschaft, den Maschinenbauern, eine treue Anhängerschaft zu erringen und zu erhalten mußte. Sie hatten im April das ruhige Bürgertum durch einen an den Straßenecken angeschlagenen Aufruf in blasse Furcht versetzt, in dem von den Nichtswürdigen und Schurken die Rede war, die Arbeiter und Bürger entzweien und das alte System wieder aufrichten wollten. "Bürger, jagt sie fort, diese Hofschranzen, diese Speichellecker mit den süß lächelnden Mienen, die jetzt mit euch fraternisieren, während sie noch vor fünf Wochen mit blasiertem Stolze eines Bürokraten verächtlich auf euch herabblickten." Die Bürger aber sahen nicht so sehr den Wunsch nach Einigkeit, als die Vorboten einer neuen Revolution in dem Aufruf, den ein bisher nur als Verfasser bändereicher Romane hervorgetretener Geometer Massaloup entworfen hatte. Er war eine zweifelhafte Existenz, gebärdete sich im Frühjahr 1848 als Radikaler und war Mitherausgeber der ersten drei Nummern des "Demokraten", aber schon 1849 Polizeiaгент. Die Fabrikarbeiter erklärten zwar, das Plakat sei ohne ihre Kenntnis geschrieben worden, mit seinem wesentlichen Inhalt aber waren sie einverstanden. Es bestand damals ein Verein der Maschinenbauer mit dem Borsigschen Schlosser Krause als Vorsitzendem und einem Ausschuß, der Massaloup zum Vereinssekretär wählen wollte. Dann müssen Unstimmigkeiten entstanden sein, während derer Siegrist sich eine Führerschaft anmaßte, gegen die Mitte Mai die Arbeiter von 15 Fabriken protestierten. Einige Tage vorher war ein Aufruf zum Anschluß an den "Verein sämtlicher Maschinenbauarbeiter" ergangen, der am 1. Juni ins Leben treten werde. Er hielt an jedem Sonnabend Sitzungen ab und gab ein Vereinsblatt heraus. Diesem Verein gehörte Held als politischer Beirat an, ohne sich viel um seine innere Entwicklung zu kümmern. Der Verein bot ihm einen Rückhalt für ein Demagogentum, in dem Überzeugung und Geltungsbedürfnis einen nicht zu entwirrenden Bund eingegangen waren.

108

Weder der Sozialverein Helds noch einzelne, oft in zünftlerischen Gedankengängen befangene Fachverbände, wie die der Schriftsetzer, der Fabrik- und Bauarbeiter oder der Maurergesellen konnten der bürgerlich-politischen Revolution eine wirkliche Arbeiterbewegung an die Seite stellen. Der erste Anstoß zu einer solchen ging von der Volksversammlung des 26. März und der durch sie angeregten Versammlung von 150 Männern aus, die am 29. über die Bildung eines Arbeiterklubs berieten. Den Vorsitz führte der Schneider Lüchow, dessen eigene Gedanken freilich dem Reich der Luftschlösser entstammten. Von ihnen aber sprach er hier nicht, sondern von der Notwendigkeit, die Demokratie gegen jede Reaktion zu sichern. Damit gewann er die Zustimmung des Schuhmachers Hätzel, eines der Angeklagten in dem Mentelschen

Kommunistenprozeß des Vorjahres. Er war damals freigesprochen worden, aber hatte kaum auf die Werbetätigkeit in den kommunistischen Zellen verzichtet. Jetzt wies er auf die politische Bildung der Arbeiter in kleinen Klubs nach dem Kettensystem, "in dem sie von früher her einige Übung hätten", als nächste Aufgabe hin. Hätzels politische Schulung hielt die Aussprache auf ihrer Höhe fest und verhinderte das Hinübergleiten auf Nebenfragen. Der Mann, der den gärenden Gedanken Form und dem unklaren Wollen Inhalt gab, war aber nicht Lüchow und nicht Hätzel; es war der junge Schriftsetzer Stephan Born²¹, den wir schon als Mitglied des Handwerkervereins kennenlernten. ihn konnte es nicht anfechten, daß ihn der Verein 1846 auf Betreiben der Regierung hatte ausschließen müssen. Er hatte damals schon Berlin verlassen, um in Paris den ihm durch Mentel vermittelten Sozialismus an der Quelle zu studieren. Im Dezember dort eingetroffen, fand er den Weg zu Friedrich Engels und dem Bund der Gerechten, der in diesen Tagen in den Kommunistenbund umgewandelt wurde. Von Paris wurde Born in die Schweiz gesandt und schrieb dort eine Broschüre gegen die utopistischen Theorien Karl Heinzens, in der er sich zum Kommunismus der Marx-Engelsschen Richtung bekannte und für die deutsche Demokratie als Vorbedingung der sozialen Revolution focht. In Brüssel war es ihm vergönnt, Marx selbst kennenzulernen. Engels hatte ihn dem Freunde als einen "Kerl" empfohlen, der "von allen für unsere Sache am zugänglichsten ist". Als Setzer und gelegentlich als Schriftsteller wirkte Born an der radikalen "Deutschen Brüsseler Zeitung" mit, hielt im November 1847 auch die Festrede zur Erinnerung an den polnischen Aufstand von 1830, zu der ihn Marx wohl nach dem Rat von Engels "etwas eingepaukt" hatte. Nach dem Ausbruch der Februarrevolution geleitete er Marx' Frau und Kinder nach Paris, wo er über all der Siegesfreude doch auch die Gefahr der Volksherrschaft, "die Schreckgestalt des auftauchenden fünften Standes, des Lumpenproletariats", kennenlernte. Diese Erfahrung hat seine Tätigkeit in Berlin maßgebend beeinflußt. Denn hierhin hatte er sich gewandt, sobald die Kunde von den Ereignissen des 18. März nach Frankreich gelangt war.

Aus dem Handwerkerverein war Born hervorgegangen, unter seinen Mitgliedern hat er trotz oder gerade wegen seines erzwungenen Ausschlusses die besten Mitstreiter gefunden. Zwar hatte der Verein in den letzten Jahren den Druck der Polizei stark verspürt. Die aktiven jungen Arbeiter aber hatte Berends in kleinen Gruppen vereinigt, andere waren in die kommunistischen Zellen gegangen, die Mentel gegründet hatte. Ob die politischen Richtlinien, die der Verein am 16. März 1848 aufstellte, wirksam geworden sind, wissen wir nicht. Nach der Gründung der Bürgerwehr bildete er ein eigenes Korps, das in seiner

²¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Stephan_Born

Haltung dem linken Flügel des Studentenkorps nahestand und sich im August auch von der Vereinsleitung trennte.

Trotz seiner 2000 politisch geschulten Mitglieder konnte indessen der Verein Born nicht die breite Basis bieten, die er für seine Pläne brauchte. Er fand sie vielmehr in dem am 29. März gegründeten provisorischen Arbeiterklub, dessen erste größere Versammlung ihn zum Vorsitzenden berief. Er führte das Amt mit einem Takt und einem Geschick, die den Berichterstatte der bürgerlich-liberalen "Nationalzeitung" mit Bewunderung erfüllten. Am 11. April gelang dann in einer nur von Abgeordneten der verschiedenen Berufsgruppen beschickten Versammlung der große Wurf, die Gründung des *Zentralkomitees für Arbeiter*. Nicht nur Arbeiter hatten an den Verhandlungen teilgenommen. Die Tagelöhner hatten [Gustav Adolph] Schlöffel entsandt, die Schornsteinfeger Karbe, der Handwerkerverein seinen Lehrer Dr. Rieß, der im ganzen Revolutionsjahre sich als aufrechter Demokrat bewährte. Der sozial empfindende, aber auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft stehende Präsident Lette war für die Vereinigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu Innungen und Handelskammern eingetreten, über denen ein Arbeitsministerium stehen sollte. Ihm gegenüber hatte Born in seiner Eröffnungsrede die industrielle Entwicklung Deutschlands aus der fortgeschritteneren Englands und Frankreichs erklärt. Auch in Deutschland würden die Klassen sich scheiden, eine starke Arbeiterpartei sei das Gebot der Stunde. Ihm trat sein Freund Bisky zur Seite, der durch Berends geschult und mit Weitlings Anhänger Mentel bekannt geworden war. Von dessen schwärmerischem Kommunismus war bei ihm nichts zu spüren. Überhaupt ist die Berliner Arbeiterschaft trotz Mentels Zellen nie tiefer durch Weitling beeindruckt worden. Im Sommer kam dieser selbst nach Berlin, blieb jedoch völlig einflußlos. Seine als "Organ des Befreiungsbundes" gegründete Wochenschrift "Der Urwähler" brachte es nur auf vier Nummern. Die hunderttausend Abonnenten, auf die er gehofft hatte, kamen nie.

Trotz der Anhängerschaft, die Lette auch unter den Arbeitern besaß, wurde das Zentralkomitee im Gegensatz zu Lettes Vorschlägen ohne die Zuziehung von Arbeitgebern gebildet. Die von Born und vier seiner Freunde entworfene Satzung sah in den einzelnen Städten und Kreisen Komitees oder Ausschüsse vor, die regelmäßige Zusammenkünfte der Arbeiter zu veranstalten und deren Interessen wahrzunehmen hatten. Darüber standen das Berliner Zentralkomitee, die Sonderbestrebungen ausgleichend und die Verbindung mit dem Staate pflegend, und als höchste Instanz eine mindestens einmal im Jahre tagende Generalversammlung. Der Presse wurde die Satzung mit einem aus Borns Feder stammenden Programm bekanntgegeben, dessen einleitende Sätze stolz und zuversichtlich klingen: "Wir Arbeiter sind mündig geworden, wir nehmen unsere Angelegenheit selbst in unsere Hände, und niemand soll sie uns wieder

entreißen." Zwar bedinge die besondere Lage Deutschlands mit seiner Mittelschicht zwischen Kapitalisten und Arbeitern das Hinausschieben des offenen Klassenkampfes, doch die Vereinigung aller durch Kapital und freie Konkurrenz Unterdrückten werde den Weg zu einer besseren Gestaltung ihres Daseins eröffnen.

Am 17. April ernannte das Zentralkomitee seinen siebenköpfigen geschäftsführenden Ausschuß mit Born als Vorsitzendem und Bisky als seinem Stellvertreter. Als Abgeordnete einzelner Verbände nahmen im Ausschuß auch Dr. Rieß und Dr. Woeniger einen Platz ein. Sie mochten erwarten, durch ihre akademische Vorbildung den maßgebenden Einfluß auszuüben, den doch Born fest in seiner Hand hielt.

Als Sprachrohr diente dem Komitee zunächst die aus dem Schoße des Handwerkervereins hervorgegangene "Deutsche Arbeiterzeitung", die wöchentlich zweimal durch F. Behrend und den uns schon bekannten Lehrer des Vereins Dr. Schmidt (Danzig), von Nummer 11 an durch diesen allein, herausgegeben wurde. Born trat in das Redaktionskomitee ein, das nur aus Arbeitern, darunter Bisky und Hätzel, bestand. Die ausführlichen Berichte über das Komitee stammen vielleicht von Born, mit seinem Namen hat er einen Artikel über die Forderungen der Arbeiter gezeichnet. Das Programm der Zeitung — "die Arbeiter müssen selbst Mittel und Wege zur Hebung der arbeitenden Klasse finden" — hätte auch er so formulieren können. Viele Aufsätze rührten von Arbeitern her und bewiesen einen hohen Grad von Klarheit und Ausdrucksfähigkeit. Eine längere Reihe von Artikeln behandelte die Forderungen der Berliner Handwerker seit dem 18. März. Einmal ist auch Bettina von Arnim zu Wort gekommen. In ihrer fraulich warmherzigen Weise schrieb sie über "den Herrn von Not und den Herrn von Überfluß". Die Gesamtrichtung der Zeitung hat Born nicht bestimmen, zünftlerische Anwandlungen nicht verhindern können. Sie war nicht das Instrument eines einheitlichen Willens, sondern "eine Trompete, in die jeder hineinblasen kann", wie er am 11. Mai an Karl Marx schrieb. Er und sein Zentralausschuß brauchten eine eigene Plattform, um nach außen zu wirken.

Deshalb trennte er sich von der "Deutschen Arbeiterzeitung" und ließ vom 25. Mai an "Das Volk. Organ des Zentralkomitees für Arbeiter. Eine sozialpolitische Zeitschrift" erscheinen. Bis zum 26. August hat er 32 Nummern herausgebracht. Die Themen der Aufsätze griffen auch nach England und Frankreich hinüber, lenkten die Blicke auf die Verfolgung der für Freiheit und soziale Reformen streitenden englischen Chartisten und auf die blutige Niederwerfung des Pariser Arbeiteraufstandes vom 23. bis 26. Juni. "Wir haben das Recht, Partei zu nehmen für unsere unterdrückten Brüder, seien es Deutsche, Franzosen oder Engländer; die Arbeiter trennt kein Unterschied der Sprache, keine Landesgrenze." Die

politische Lage wurde unter der Rubrik "Briefwechsel zwischen Paris und Berlin" behandelt, kurze Notizen aus dem In- und Ausland enthielt am Schluß jeder Nummer die Spalte "Vermischtes". "Humoristische Skizzen aus dem Handelsleben" von G. Weerth, bei denen sich die Belehrung hinter der Form harmloser Plauderei verbarg, sollten einer Ermüdung des Lesers vorbeugen.

Das eigentliche Anliegen des "Volkes" war die deutliche und entschiedene Darlegung der Grundsätze des Zentralkomitees und seines Leiters. Der Eröffnungsaufsatz "Was wir wollen" atmete marxistischen Geist. Als nächstes Ziel wurde die politische Demokratie, der Sieg über das Mittelalter herausgestellt, dem mit innerer Notwendigkeit die Sprengung der sozialen Fesseln folgen werde. Während aber Marx und Engels für Deutschland die volle Herrschaft des Bürgertums noch nicht als erreicht ansahen und sich daher hier von einer Arbeiterbewegung kaum etwas versprachen, wollte Born nicht auf Vorbereitungen auf sie verzichten. Er fand dafür bei seinem Meister und dessen nächsten Anhängern keinen Beifall. Ihre "Neue Rheinische Zeitung" ging an seiner Tätigkeit stillschweigend vorüber, zumal das Zentralkomitee in seinen auf Borns Vorschlägen aufgebauten Anträgen an die deutsche und die preußische Nationalversammlung auf Stimmungen innerhalb der Arbeiterschaft Rücksicht nahm, die zu den marxistischen Grundanschauungen im Widerspruch standen. Denn sie setzten sich auch für die Fabrikanten und kleinen Meister, also für bürgerliche Gruppen ein. Sie verlangten freie Einfuhr von Rohstoffen und Exportprämien, ja Maßnahmen gegen das Entstehen nicht bodenständiger Industrien und für die kleinen Meister staatliche Unterstützung. Den eigentlichen Arbeiterbedürfnissen sollten dreizehn Forderungen gerecht werden. Von Lohn- und Arbeitszeitregelung schritten sie über eine radikale Steuerreform und unentgeltliche Volksbildung zu staatlicher Arbeitsbeschaffung, Versorgung aller Hilfsbedürftigen und einem allgemeinen deutschen Heimatsrecht fort. Die meisten dieser Forderungen waren nicht neu. Das Verdienst Borns war die Auswahl aus einer verwirrenden Fülle, eine Auswahl, die sich zu einem guten Teil in den programmatischen Forderungen der deutschen Sozialdemokratie wiederfindet.

Born wußte wohl, daß er mehr bieten mußte als das nackte Gerippe dieser dreizehn Punkte. Er hat sie deshalb in einer längeren Aufsatzreihe näher erläutert, ohne sich streng an seine Vorlage zu halten. So hat er für die Fabrikordnungen Grundsätze aufgestellt, die erst in der Betriebsordnung des Jahres 1920 Gesetzeskraft erlangt haben. Demgegenüber hatte die "Deutsche Arbeiterzeitung" ohne Widerspruch eine Erklärung von Borsig über die ganz von patriarchalischem Geist beherrschte Arbeitsordnung seiner Fabrik veröffentlicht. Da für Born die freie Konkurrenz die Ursache des wirtschaftlichen Chaos war, mußte es die Aufgabe der Arbeiter sein, sie wenigstens von ihrer Seite, von dem

freien Angebot an Arbeit her, aufzuheben. Als Mittel bot sich ihnen die Organisation in Fachverbänden, die sich über ganz Deutschland ausbreiten und die Arbeitsbedingungen regeln sollten. Wer trotz des Arbeitsnachweises der gewerblichen Verbände keine Arbeit finden konnte, sollte durch den Staat beschäftigt werden, aber nicht in der traurigen Weise, wie es in Berlin geschehen war, durch die Züchtung des sinnlose Arbeit schlecht verrichtenden Typs des Rehbergers. Dem auf seinen Arbeiterstand stolzen Born waren sie der Inbegriff des Pöbels, "die Barbaren des 19. Jahrhunderts". Der Staat sollte sich vielmehr durch eine progressive Einkommensteuer die Mittel für eine Werte schaffende Erwerbslosenfürsorge sichern. Die Beseitigung der Unternehmerkonkurrenz dachte er sich durch Genossenschaften der kleinen Meister, die mit Hilfe des Staates und der organisierten Arbeiterschaft zuletzt über das in die Verteidigung gedrängte Kapital siegen würden. Volksunterricht und Jugenderziehung hätten auch die Landbevölkerung zu erwecken. Hier entfernte sich Born von Marx und näherte sich Louis Blancs Gedanken, die dieser 1839 in der "Organisation du travail" begründet hatte. Diesem Rückfall in den utopischen französischen Sozialismus aber stand sein Eintreten für das ganze Land umfassende Fachverbände gegenüber. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung darf in Born einen frühen Vorkämpfer sehen.

113

Im "Volk" wirkte Born als selbständiger Anwalt von Gedanken, die das Zentralkomitee in seinen Sitzungen gebilligt hatte, in denen es sich über die vielfältigen Ursachen der wirtschaftlichen Notstände und über die Mittel zu ihrer Bekämpfung klar zu werden suchte. Es trat mit der städtischen Deputation und mit dem Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen in Verbindung und nahm an einer Besprechung im Handelsministerium teil. Das von diesem angekündigte Arbeitsamt blieb aber ein schöner Plan, und das Ministerium selbst löste sich im Juni auf. Dem politischen Tagestreiben hielt sich das Komitee fern, nur zu dem Volksklub bestanden freundliche Beziehungen, zählten doch Born und Bisky zu seinen Gründern.

Eine nur der Reaktion dienende Fehlleitung der demokratischen Kräfte sah Born in den Massenaufzügen für das direkte Wahlrecht und gegen die Rückkehr des Prinzen von Preußen. Überlegene Abweisung wurde dem hohlen sozialistischen Phrasengeklingel Helds und seinem reklamehaft verkündeten Allheilmittel durch Franz Krüger in einem Aufsatz des "Volkes" zuteil, der deutlich die Kenntnis von Engels bedeutendem Frühwerk über die Lage der Arbeiterschaft Englands verrät. Einmal nur traten Born und das Zentralkomitee aus ihrer Zurückhaltung heraus: bei dem Zug zum Friedrichshain am 4. Juni. Doch Borns ernste 'Ansprache, die wir leider nur in einem kurzen Auszug kennen, scheint die Hörer enttäuscht zu haben.

Im Juni und Juli fanden in Hamburg, Berlin und Frankfurt deutsche Handwerkertagungen statt. Sie entsprachen mit ihrer vielfach kleinbürgerlichen Tendenz und ihrem Festhalten an den Innungen nicht den Ansichten Borns und des Zentralkomitees, die als Regel allgemeine, nur in den größeren Städten fachlich gegliederte Arbeitervereine wollten. Kämpfe einzelner Gewerbebezweige um menschenwürdigere Arbeitsbedingungen sollten dadurch nicht ausgeschlossen sein. Born hatte daher kein Bedenken getragen, sich im April an die Spitze der Berliner Setzer und Drucker zu stellen, die denn auch durch einen Streik eine beträchtliche Lohnerhöhung errangen. Die größten Hoffnungen setzte er auf den ersten gesamtdeutschen Fachverband, den National-Buchdruckerverein Gutenberg, der im Juni in Frankfurt ins Leben getreten war. Über hundert Druckorte traten ihm bei, und in Mainz wurde ein für ganz Deutschland gültiger Lohntarif ausgearbeitet, den die Arbeitgeber anzuerkennen hatten. Diese nahmen den Fehdehandschuh auf. Sie waren bereit, von den günstigen Berliner und Leipziger Tarifen als Lohngrundlage auszugehen, verlangten jedoch die Berücksichtigung der besonderen örtlichen Verhältnisse und behielten sich die endgültige Entscheidung vor. Aber die von Born erwartete Antwort der Arbeiter, ein allgemeiner Streik "für die Anerkennung des Prinzips der Assoziation, der Vereinigung verwandter Kräfte", blieb aus. Nur in wenigen Städten legten die Gehilfen die Arbeit nieder. In Berlin setzte der Streik am 1. August ein, von der gesamten Presse, mit alleiniger Ausnahme der "Zeitungshalle", heftig bekämpft. Durch ein großes Plakat appellierte daher Born an den "Gerichtshof des Publikums". Der Streik gehe nicht um den Lohn an sich, sondern um das freie Vereinigungsrecht, um die große Prinzipienfrage, "ob wir Arbeiter Sklaven sind, die nehmen *müssen*, was man ihnen für ihre Arbeit geben will". Um dieses Standpunktes willen legten die Buchdrucker vor allem auch Wert auf die Anerkennung "ihrer Brüder, der Arbeiter". Doch diese fanden sie nicht einmal in den eigenen Reihen. Weniger an dem Einfluß der Presse und der Macht der Prinzipale, als an dem mangelnden Gemeinschaftsgefühl der Buchdrucker scheiterte der Streik. Das Organ des Vereins, der "Gutenberg", mußte bekennen, daß die Masse für ein solches Unternehmen noch nicht reif war. Seine Leiter wurden im folgenden Jahre zu Gefängnisstrafen verurteilt, der große Einfluß des Bundes in Berlin wurde durch die Druckereibetriebe gebrochen.

Unter dem Eindruck einer schweren Enttäuschung begann der erste *Deutsche Arbeiterkongreß*, zu dem nach dem unbefriedigenden Verlauf der Berliner Handwerkertagung ein Ausschuß eingeladen hatte. Sein Ziel war hochgesteckt: "Die Befreiung des Arbeitertums aus den Fesseln des Kapitals, der politischen Abhängigkeit und der materiellen Entbehrung." – "Arbeiter, Brüder, vereinigen wir uns", schloß der Aufruf, "um unsere Stimmen in die Waagschale der sozialen Demokratie zu legen." Als Vorlage für eine soziale "Volkscharte Deutschlands"

enthielt der Aufruf im Anschluß an die dreizehn Punkte des Zentralkomitees acht Forderungen, unter denen unentgeltliche Rechtspflege und staatliche Förderung der Arbeitervereinigungen neu auftauchten — diese übrigens schon vorher von der "Kommunistischen Partei Deutschlands" erhoben. Das "Arbeiterparlament", wie der Aufruf die Versammlung nannte, wurde am 23. August durch Born eröffnet. Der Vorsitz wurde dem allgemein verehrten Breslauer Professor und Abgeordneten der Nationalversammlung Nees von Esenbeck übertragen, der vom Königsberger Arbeiterverein bevollmächtigt worden war. Die wirkliche Leitung lag bei Born, dem einen der beiden Stellvertreter. Abgeordnete waren von 35 Arbeitervereinen erschienen, meist aus Norddeutschland, doch auch aus Frankfurt a. M. und München. Sie repräsentierten noch nicht die Gesamtheit, ja nicht einmal die Mehrheit der in ihren Bezirken Tätigen, aber sie waren "die Pioniere, die Träger der Zukunft des Arbeiterstandes".

Zwei Themen waren dem Kongreß gestellt, zunächst das der Organisation. Die Gliederung nach Fachgewerkschaften lehnte der Kongreß ab. Sie hatte noch wenig Anklang gefunden, obgleich ihr die Zukunft gehörte. Der Mißerfolg der ersten, selbständig entstandenen Buchdruckervereinigung mag bei diesem Entschluß mitgewirkt haben. Das Prinzip des Aufbaus örtlicher Vereine, darüber Bezirksvereine und als geistiges Zentrum ein Zentralkomitee setzte sich durch. Den Ortsvereinen wurde ein weites Wirkungsfeld eröffnet. Sie sollten Arbeitsnachweise sein, Lohnverträge abschließen und Träger von Versicherungskassen werden, in die ein fester Anteil der Arbeitslöhne abzuführen war. Dies mochte als ein Rest der Vorstellungen *des* frühen Sozialismus erscheinen und setzte eine Geschlossenheit und Disziplin der Arbeiter voraus, die erst erreicht werden sollte. Der Gedanke aber war fruchtbar und hat in anderer Form später seine Erfüllung gefunden. Das Netz der über ganz Deutschland ausgebreiteten Bezirkskomitees nahm keine Rücksicht auf innerpolitische Grenzen, ging bewußt von dem Gedanken der Einheit aus. So hatte sich auch "Das Volk" am 9. August gegen das falschverstandene Preußentum erklärt. Die intelligentere Hälfte des preußischen Volkes wolle "keine anderen Interessen verfechten als die des gesamten Deutschlands ... wir wohnen in *einem* Hause, sind Kinder *eines* Hauses". Als Sitz des Zentralkomitees wurde Leipzig gewählt, nicht aus einer dem Arbeiter fremden Abneigung gegen die größte Stadt Norddeutschlands — das Schlagwort vom Wasserkopf Berlin war noch nicht erfunden —, sondern in der Voraussicht, daß Berlin stärker durch die vordringende Reaktion bedroht war.

Das zweite Thema, das die meisten Sitzungen bis zum 3. September ausfüllte, galt dem Programm. Es wurde nicht der kompromißlose Ausdruck des Bornschen Wollens, sondern machte den kleinbürgerlichen Anschauungen einige Zugeständnisse. Im wesentlichen entsprach es doch dem, was sein

geistiger Vater und die ihm zunächst Stehenden erstrebt hatten. Eine "durchaus moderne Auffassung von den politischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Arbeiterklasse" sprach aus seinen Sätzen.

Bald nach dem Schluß des Kongresses gingen Born und seine beiden Mitarbeiter nach Leipzig, um die neue Organisation unter dem glücklich gewählten Namen "Arbeiterverbrüderung" aufzubauen. Als ihr Organ entstand unter seiner Redaktion die "Verbrüderung". Sie war, wie er ein halbes Jahrhundert später in seinen Erinnerungen schrieb, sehr heißblütig, ohne in einen tyrannenmörderischen Posaumenton zu verfallen.

Berlin war aus der führenden Stellung in der sozialen Bewegung des Revolutionsjahres ausgeschieden, aber erst in dem Augenblick, als das höchste Ziel, eine nationale Arbeiterorganisation, erreicht war. Das Bezirkskomitee, das sich entsprechend denn vom Kongreß erlassenen Aufruf hier bildete, wirkte unter Biskys Leitung vorbildlich weiter, bis die Reaktion der Arbeiterverbrüderung und ihren Orts- und Bezirksvereinen ein gewaltsames Ende bereitete. Bisky wurde im März 1850 aus Berlin ausgewiesen und mußte sich in den Vereinigten Staaten eine neue Heimat suchen.

Born hat auch mit der Waffe in dem Dresdner Maiaufstand des Jahres 1849 für die durch den sächsischen König abgelehnte deutsche Reichsverfassung seinen Mut und seine Führeigenschaften bewährt. Das Schicksal wenden konnte er nicht. Nach Irrfahrten durch Böhmen und Süddeutschland fand er eine Zuflucht in der Schweiz. In hohem Alter ist er dort als Professor der Literaturgeschichte gestorben.

Friedrich Engels hat sich später über Born mit herber Kritik geäußert. Der "sehr talentvolle junge Mann" habe "gar zu schnell eine politische Größe werden wollen" und in seinem Programm das Kommunistische Manifest mit den Wünschen der Zünfte und Anlehnungen an die Ideen Proudhons und Louis Blancs vermengt. Aus Borns Handeln, Reden und Schriften während des Jahres 1848 tritt uns aber eine von reiner Hingabe an die Sache erfüllte Persönlichkeit entgegen, deren Ehrgeiz nur darin bestand, seinen Brüdern, den Arbeitern, den Weg in eine bessere Zukunft zu bereiten. Und wie schon Georg Adler und nach ihm Eduard Bernstein Borns Zugeständnisse an ältere Anschauungen aus den gegenüber Westeuropa rückständigen wirtschaftlichen Zuständen Deutschlands erklärt haben, so hat auch Franz Mehring Borns Wirken aus den Bedingungen seiner Zeit heraus gewürdigt. Born mußte mit dem Gedankenkreis der deutschen Arbeiter rechnen, aber er hat sich bemüht, sie darüber hinauszuführen.



Stephan Born (1848/9)

IM KAMPF
MIT DER REAKTION

Am 8. Juni traf der Prinz von Preußen, der in seiner Abwesenheit in die Nationalversammlung gewählt worden war, in Berlin ein. Er begab sich sogleich in die Singakademie, um seinen Platz als Abgeordneter einzunehmen. Sein Erscheinen war durch eine Rede Camphausens vorbereitet worden, in der endlich einmal die ganze Frage offen und versöhnlich behandelt wurde. Nach einer kurzen, in der Form nicht glücklichen Ansprache — dem "Bravo" der Rechten begegnete das Zischen der Linken —, verließ der Prinz, der Generalsuniform trug, den Sitzungssaal, den er nie wieder betreten hat. Die kurze Sensation war das Vorspiel zu einer weit ernsthafteren Debatte. Am Tage der Ehrung der Märzgefallenen hatte einer der großen Bezirksvereine eine Eingabe an die Nationalversammlung veröffentlicht, die eine förmliche Anerkennung des Verdienstes der Revolutionskämpfer beantragte. Durch sie werde das erschütterte Vertrauen wiederkehren, sie nur werde den anarchischen Umtrieben der äußersten Rechten und Linken steuern können. Andere Bezirke hatten ähnliche Wünsche ausgesprochen. Julius Berends, Berlins Abgeordneter, hatte darauf den Antrag gestellt: "Die hohe Versammlung wolle in Anerkennung der Revolution zu Protokoll erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl ums Vaterland verdient gemacht haben." Eine Fülle von Abänderungsanträgen verwirrte das Haus. Camphausen und Hansemann erhoben Einspruch gegen einen Beschluß, der so klinge, als ob es sich im März um einen völligen Umsturz wie bei den Revolutionen Englands und Frankreichs im 17. und 18. Jahrhundert gehandelt habe, und nicht vielmehr um einen "Vertrag zwischen Krone und Volk". Nach langen Reden wurde nicht der Antrag Berends' angenommen, sondern mit 196 zu 177 Stimmen der des Abgeordneten Zacharias: der Übergang zur Tagesordnung, da das Verdienst der Kämpfer unbestritten sei,

die Versammlung aber nicht Urteile abzugeben, sondern die Verfassung zu vereinbaren habe. Schlimmer als dieser parlamentarische Mißerfolg waren die tätlichen Beleidigungen gegen den Minister von Arnim und vor allem den Abgeordneten Sydow, weil dieser gegen den Antrag Berends' gestimmt hatte. Der Angriff auf das vornehmste Recht der Demokratie, die freie Meinungsäußerung, wurde überall verurteilt und verschlechterte das schon gespannte Verhältnis zwischen Berlin und seinen Nachbarprovinzen. Eine durch Held reklamehaft aufgezugene Versöhnungsaktion rief nur gereizte Erwidierungen von Vertretern von Provinzen hervor.

Die nächsten Tage freilich verliefen wider Erwarten ruhig. Bei strahlendem Wetter feierte Berlin das erste Pfingstfest seit der Revolution. Am Pfingstmontag, dem 12. Juni, trafen sich die Handwerkervereine Berlins und Spandaus mit Frauen und Kindern zu einem Verbrüderungsfest, an dem auch bürgerliche Kreise teilnahmen. In den Reden wurde der Wahlspruch "Vorwärts" vor allem auf die im letzten Jahrzehnt erreichte geistige Entwicklung der Berliner Arbeiterschaft gedeutet, die man allerdings gegen jede Bedrohung zu schützen gewillt war.

Trotzdem lag eine auch durch die große Kundgebung im Friedrichshain nicht gebannte dumpfe politische Stimmung über der Stadt. Sie äußerte sich in dem Mißtrauen, mit dem die Transporte von Heeresmaterial aus dem Zeughause betrachtet wurden, das als Arsenal für die Versorgung der Armee mit Waffen und Munition diente, ohne daß diese Bestimmung der Öffentlichkeit bekannt war. Daher wurden am 30. und 31. Mai größere Sendungen von Gewehren angehalten und mußten in das Zeughaus zurückgeschafft werden. Eine Interpellation Jungs in der Nationalversammlung war zwar befriedigend beantwortet worden, aber das Gefühl der Unsicherheit blieb bestehen. Es wurde durch zwei Umstände verstärkt: das Innere des Zeughauses war durch Militär, nicht durch Bürgerwehr besetzt, und vor allem, es gab noch immer keine wirkliche Volksbewaffnung. Am 1. Juni hatten deshalb sechs demokratische Vereine durch eine Abordnung den Ministerpräsidenten aufgefordert, die zum Waffentragen berechtigte Bevölkerung Berlins mindestens teilweise sofort zu bewaffnen und durch die städtischen Behörden eine gerechtere Verteilung der für die Bürgerwehr ausgegebenen Waffen zu veranlassen. Der einzige Erfolg dieser Abordnung und einer zweiten aus Arbeiterkreisen unter Führung von Siegrist und dem jungen Kaufmann Korn war die Aushändigung von 500 Gewehren an die Maschinenbauer, die sich einem Bataillon der Bürgerwehr anschließen sollten. Während sich aber in dieser und der nächsten Woche fast täglich kleinere oder größere Gruppen vor dem Zeughaus einfanden und die Bewaffnungsfrage besprachen, blieben die Klubs untätig.

Einen neuen Anlaß zum Mißtrauen hatte eine Bekanntmachung des Hofmarschallamts geboten, daß vor den Portalen, die zum kleinen Schloßhof führten, eiserne Gitter angebracht werden würden. Die Anregung dazu war vom Kommando der Bürgerwehr ausgegangen, das bei Aufläufen den Dienst der Schloßwache erleichtern wollte. Der Bürgerwehrklub aber erhob Einspruch und ging auch davon nicht ab, als Blesson erklärte, die Gitter würden im allgemeinen offen bleiben und die Schlüssel zu ihnen in der Hand des die Wache kommandierenden Offiziers der Bürgerwehr liegen. Es war daher nur natürlich, daß die Anbringung der Gitter am 14. Juni bei der Bevölkerung, die von diesen Bestimmungen nichts wußte, das größte Ärgernis erregte. Sah es doch so aus, als ob das Schloß in eine Festung verwandelt werden sollte. Eine gegen Mittag vom Lustgarten in den Schloßhof einrückende Menschenmenge bemächtigte sich deshalb der verhaßten Instrumente zur Sperrung des seit undenklichen Zeiten freien Durchgangs durch die Schloßhöfe, warf eines in die Spree und schaffte die beiden anderen in die Universität. Das war aber nur ein Vorspiel zu dem, was dieser Tag noch bringen sollte. Es fing zunächst ziemlich harmlos mit einem Aufzug von Arbeitslosen an, der bei seinem Anmarsch vom Tiergarten aus am Brandenburger Tor durch Bürgerwehr zerstreut wurde. Etwas später, gegen vier Uhr, forderten einige hundert Arbeiter vor dem Kriegsministerium die Zurückziehung des Militärs aus dem Zeughause. Durch die Bürgerwehr zurückgedrängt, zogen sie vor das Zeughaus und vermehrten die dort Stehenden, zu denen noch viele aus der Menge stießen, die sich der Schloßgitter bemächtigt hatte. Nichts war natürlicher, als daß auch der Gedanke allgemeiner Volksbewaffnung wieder lebendig und von Urban, Siegrist und Korn durch lebhaftes Ansprechen unterstützt wurde. Zunächst wurde allerdings nur eine Abordnung zu Blesson und zum Kriegsministerium geschickt, die den Abzug der Soldaten aus dem Arsenal verlangte. Sie erreichte aber nichts, und nun wurde die Aufforderung in die Masse geworfen, sich die verweigerten Waffen aus dem Zeughause zu holen. Da aber fast keiner der einflußreichen demokratischen Führer zur Stelle war und jede Organisation fehlte, wäre es vielleicht bei Drohungen geblieben, wenn nicht plötzlich von irgendwoher ein Schuß gefallen wäre. Wurde auch niemand getroffen, das Volk glaubte an einen Angriff und drang mit einem Steinhagel auf die beim Zeughaus aufgestellte Bürgerwehr ein, die sich nur mit dem Bajonett verteidigte. Doch nun schossen einige Bürger, die sich freiwillig dem Bataillon angeschlossen hatten, ohne jeden Befehl darauf los und töteten zwei Arbeiter. Die ganze Stadt geriet in Aufruhr, Barrikaden wurden gebaut und Waffenläden erbrochen, eine der blutigen Leichen wurde unter Racherufen durch die Straßen getragen. Der Sicherheitsausschuß, der im Schlosse tagte, kam zu keinem Entschluß, Blesson ließ zwar Generalmarsch schlagen, aber gab den aufgebotenen Bataillonen keine Anweisungen. Untätig standen sie auf ihren Aufmarschplätzen herum. Nur das Handwerkerkorps traf

ein und besetzte mit Einwilligung des Ministeriums das Erdgeschoß des Zeughauses, dessen militärische Besatzung sich in das obere Stockwerk zurückzog. Doch gleichzeitig hatte die Menge das Zeughaustor am Kastanienwäldchen aufgebrochen und war in das Innere eingedrungen. Das Handwerkerkorps war von allen Seiten umringt und machtlos. Ein Kampf mit der Kompanie unter dem Hauptmann von Natzmer, die im ersten Stockwerk stand, schien unvermeidlich. Er mußte zu schwerem Blutvergießen führen, ohne daß eine erfolgreiche Verteidigung des Obergeschosses wahrscheinlich war. Immer dringender erging daher der Appell an den Hauptmann, den verlorenen Posten zu räumen, seine soldatische Ehre der höheren Pflicht des Bürgers zu opfern. Nach schwerem innerem Ringen ließ der Offizier seine Leute abmarschieren. Sofort wurden die Gewehrkisten erbrochen, die Arbeiterbewaffneten sich und zogen dann ab. Bis hierher hatte, wenn auch nicht rein, die Idee der Volksbewaffnung als Leitmotiv gewirkt. Doch hatten sich unter die Arbeiter viele zweifelhafte Elemente, nicht nur unreife Burschen, sondern auch Gesindel gemischt. Ihnen fiel das häßliche Nachspiel zur Last, die Plünderung der nur geschichtlich wertvollen Waffen, der Fahnen und Erinnerungsstücke und der Verkauf der erbeuteten Gewehre. Das Anrücken von Bürgerwehr, die einen ohrenbetäubenden Trommelwirbel im Eingang des Zeughauses vollführte, erschreckte die Plünderer so, daß sie schleunigst aus den Fenstern und über die Feuerleitern flüchteten und sich ihre Beute mehr oder minder freiwillig abnehmen ließen. Rudolf Gneist, der berühmte Erforscher des englischen Rechts, hat als junger Professor und Bürgerwehrmann diese an das Komische streifenden Szenen miterlebt und mit drastischem Humor geschildert.



Zeughofsturm am 14. Juni 1848

Völlig versagt hatte in den kritischen Stunden auch das sogenannte Kriegskomitee der demokratischen Vereine, das bei Konflikten zwischen der bewaffneten und unbewaffneten Bevölkerung eingreifen sollte.

Die Redner, die das Stichwort zu dem Sturm auf das Zeughaus gegeben haben sollten, wurden verhaftet und angeklagt. Korn und Siegrist wurden in zweiter Instanz zu einigen Jahren Festung verurteilt, während Urban freigesprochen wurde. Für sie hatte sich kaum jemand eingesetzt, sie waren schon damals dem Herzen des Volkes fremd geworden. Für von Natzmer dagegen verwandten sich die gesamte Presse, die Klubs und die Bürgerwehr beim Kriegsminister und beim König. Er wurde trotzdem, wie es nicht anders zu erwarten war, zu zehnjähriger Festungshaft verurteilt, aber 1849 begnadigt. Der Leutnant Techow, dessen Vorstellungen Natzmer zuletzt nachgegeben hatte, erhielt 15 Jahre, doch gelang ihm schon sehr bald die Flucht aus der Festung. Er ging über die Schweiz nach London und 1852 nach Australien.

Die Unfähigkeit, die Blesson bewiesen hatte, stellte die Untersuchungskommission der Bürgerwehr in einem umfangreichen Bericht fest. Er sah selbst, daß ihm nichts übrigblieb, als sein Amt niederzulegen.

Die Reaktion hatte sich sofort des Zeughaussturms bemächtigt, um die Sicherheitszustände Berlins in den schwärzesten Farben zu schildern. Daß ihm aber ursprünglich ganz etwas anderes wie Plünderung und Diebstahl zugrunde

lag, bewiesen die Demokraten, die sich durch den häßlichen Ausgang nicht davon abbringen ließen, für die Durchführung der Volksbewaffnung auf gesetzlichem Wege einzutreten. Da Schußwaffen in genügender Anzahl nicht zur Verfügung standen, kamen sie auf die schon in einer Zeltenversammlung angeregte Errichtung eines mit Piken ausgerüsteten Arbeiterkorps zurück. Sie stießen aber auf den energischen Widerstand des Magistrats und der Stadtverordneten, die öffentlich erklärten, daß sie völlig einverstanden mit der Praxis der meisten Bürgerwehrkompanien seien, nur selbständige Bürger oder Schutzverwandte als Mitglieder aufzunehmen.

Während diese Dinge in Berlin vor sich gingen, tagte in Frankfurt vom 14. bis 16. Juni ein Kongreß, zu dem sich 200 Abgeordnete von 88 deutschen demokratischen Vereinen eingefunden hatten. Er wollte der heraufziehenden Reaktion durch eine feste Verbindung ein Paroli bieten. Nach lebhafter Aussprache erreichten es die Berliner Abgeordneten, daß ihre Stadt zum Sitz des künftigen Zentralaussschusses bestimmt wurde. Alle Vereine erhielten gleichlautende Richtlinien, nach denen sie für allgemeine Volksbewaffnung und für den Gedanken der demokratischen Republik werben sollten. Damit und mit der Erklärung des Kongress, daß er diese Verfassungsform als die allein für Deutschland mögliche ansehe, war ein Schritt getan worden, der bei aller sachlichen Berechtigung in diesem Zeitpunkt unglückliche Wirkungen hatte. Im Mai wäre eine deutsche Republik möglich gewesen, wenn die Frankfurter Versammlung sie proklamiert hätte. Aber dazu fehlte es dieser an revolutionärem Temperament und an klarer Erkenntnis des politisch Notwendigen. Jetzt war die Demokratie auf die Mitwirkung des Bürgertums angewiesen, das in Preußen zu einem guten Teile mit weitgehender Einschränkung der monarchischen Rechte einverstanden war, aber nicht mit Abschaffung des Königtums. Das Echo des Frankfurter Kongresses war daher in Berlin zwiespältig. Die drei wichtigsten Klubs stimmten seinen Beschlüssen zu, nachdem Professor Jacobi und seine Freunde aus dem Verein für Volksrechte ausgetreten waren. Ihre Führer schufen sich in dem Republikanischen Klub den bisher fehlenden engen Zusammenhalt für entscheidungsschwere Stunden. Der Demokratische Klub stellte auch das Thema "Monarchie oder Republik" in einer sonntäglichen Zeltenversammlung zur allgemeinen Diskussion. Aber der Magistrat durfte sich nicht nur auf die Zustimmung der Stadtverordneten, sondern auch weiter bürgerlicher Kreise stützen, als er ein scharfes Vorgehen gegen die republikanische Agitation forderte.

Die Regierung zog ihre Folgerungen aus den letzten Ereignissen. Sie berief die Berliner Landwehrbataillone zur Unterstützung der Bürgerwehr ein und entzog damit dieser ihre waffenkundigen jüngeren Jahrgänge. Dabei sollte die

Landwehr nur zum Wacht- und Ordnungsdienst herangezogen und jede Rücksicht auf das bürgerliche Erwerbsleben genommen werden. Praktisch bedeutete die Einberufung also nur, daß die gediente Berliner Jugend künftig unter dem Militärgesetz stand. Außerdem stellte das Ministerium die mit den städtischen Behörden verabredete Ablösung der schwachen Berliner Polizei durch eine Schutzmannschaft von 2000 Köpfen in Aussicht. Die Nationalversammlung aber, an deren Sicherheit dabei auch gedacht war, ließ sich nicht in ihrem Vertrauen auf den gesunden Sinn Berlins beirren. Sie verzichtete auf die Entfaltung starker Bürgerwehrkräfte im Umkreis der Singakademie und stellte sich unter den Schutz des Berliner Volkes. Die Unverletzlichkeit ihrer Mitglieder wurde durch ein Gesetz anerkannt — das erste Gesetz, das durch "Vereinbarung" zwischen ihr und der Regierung zustande kam. "Das Ministerium des Übergangs", wie es Camphausen selbst jetzt nannte, machte in diesen Tagen dem "Ministerium der Tat" Auerswald-Hansemann Platz. Die Krise war durch Rücktrittsgesuche von drei Ministern ausgelöst worden, ihr tiefster Grund lag darin, daß Camphausen sich weder gegenüber dem Könige noch gegenüber der Nationalversammlung die für einen Ministerpräsidenten in so schwieriger Zeit notwendige Autorität erworben hatte. Das neue Ministerium, dessen führender Kopf nicht sein Präsident Rudolf von Auerswald, ein Bruder des zurückgetretenen Kultusministers²², sondern Hansemann war, schuf sich durch förmliche Anerkennung der Revolution eine günstige Atmosphäre. Eine feste Mehrheit in der Nationalversammlung um sich zu scharen, war Hansemann aber nicht die geeignete Persönlichkeit, und die schon zu lange versäumte Demokratisierung der gesamten Verwaltung kam auch unter ihm nicht zustande. Der Gesamtcharakter seines Kabinetts war eine Mischung von Bürokratie und großbürgerlichem Liberalismus.

Mehr Anteil als an dem Ministerwechsel nahm Berlin an dem Rücktritt Minutolis. Allgemein glaubte man, daß er der Hofpartei zum Opfer gefallen sei. Er selbst hatte Ende Juni dem Herausgeber der "Ewigen Lampe" gegenüber von der schändlichen Behandlung gesprochen, die er von der Regierung erfahren habe, und mit der Veröffentlichung seiner Revolutionserlebnisse gedroht. Die "Ewige Lampe" bescheinigte ihm daher, daß er als Ehrenmann vom Schauplatz abtrete. Aus Kreisen der Bürgerwehr wurde ihm die noch nicht endgültig besetzte Stelle des Kommandeurs angetragen, die er aber ablehnte. Nach außen hin begründete er damals seinen Abschied als eine natürliche Folge des Ministerwechsels, später mit seiner Ablehnung des Prinzips der Volkssouveränität, wodurch er in Gegensatz zu Hansemann geraten sei. Sein Vertrauensverhältnis zum König, von dem er über 100 sehr offener Briefe

²² Alfred v. Auerswald war Generallandschaftsdirektor und 1848 drei Monate lang Innenminister.

aus dieser Zeit erhalten hatte, blieb ungetrübt, ein Beweis dafür, daß er ebensogut den ergebenen Royalisten wie den Volksfreund spielen konnte. Es war daher schon ganz richtig, daß der einige Jahre politisch für den Staatsdienst unmöglich Gewordene 1851 in den diplomatischen Dienst übernommen wurde. Als Gesandter in Teheran ist er 1860 gestorben.

Minutolis Nachfolger, der ostpreußische Landrat von Bardeleben, machte sich nach oben hin durch Schikanen gegen die Presse und die fliegenden Buchhändler und durch die Einschüchterung der Volksversammlungen beliebt. Am 24. Juli erschienen dann auch die Schutzmänner, für die Bardeleben in einer sanften, bürgerfreundliche Töne anschlagenden Bekanntmachung warb. Sie trugen blaue Röcke, einen Säbel und am schwarzen Hut eine Nummer. Die Berliner hofften, in ihnen das Abbild der Londoner Konstabler zu bekommen, und gaben ihnen deshalb deren Namen. Allein bald wurden sie eines anderen belehrt, die Schutzmänner waren schlimmer als die alten Gendarmen. Nach weniger als einer Woche schrieb Varnhagen in sein Tagebuch: "Berlin hat ein ganz neues Fratzens Gesicht, ein noch nie dagewesenes! Nach der Revolution eine Stadt des Bürgertums, der Bürgerwehr, der Gewerbeleute und Arbeiter, ist Berlin seit kurzem eine Stadt der Konstabler geworden." Die Taten dieser "privilegierten Bummler", die ihren Tätigkeitsdrang durch niederträchtige Belästigungen des Publikums befriedigten, ließen Varnhagen in den Ruf der "Zeitungshalle" einstimmen: "Fort, unverzüglich fort mit diesem elenden, unverantwortlichen, die Stadt in ein Zuchthaus umwandelnden Institute!" Der Ruf erscholl vergeblich.

125

Den Anstoß zu dem schärferen Vorgehen der Konstabler hatte die deutsche Frage gegeben, die in den letzten Monaten in den Hintergrund getreten war. Die Einheit Deutschlands war für Berlin eine Selbstverständlichkeit, ihre Verwirklichung überließ es der Frankfurter Nationalversammlung. Diesem Gemeinschaftsgefühl entsprang auch Berlins Beteiligung an den aus ganz Deutschland beschickten Tagungen. Aber als in Frankfurt die Einsetzung einer deutschen Zentralgewalt beschlossen und an ihre Spitze als unverantwortlicher Reichsverweser der als Bürgerfreund beliebte Erzherzog Johann von Österreich berufen wurde, entstand für die Demokraten Berlins eine schwierige Lage. Drohte nicht die Diktatur eines Fürsten die ganze deutsche Einheit zu kompromittieren? Aber indem sie sich dagegen wandten, erwuchs ihnen eine unwillkommene Bundesgenossenschaft in dem reaktionären Preußentum, das nichts gegen einen Fürsten, wohl aber gegen einen österreichischen Fürsten als Repräsentanten Deutschlands hatte. Die Regierung wiederum verwahrte sich dagegen, daß ein so schwerwiegender Beschluß gefaßt worden war, ohne daß sich Frankfurt vorher mit ihr ins Benehmen gesetzt hatte. Die Demokratie erhielt

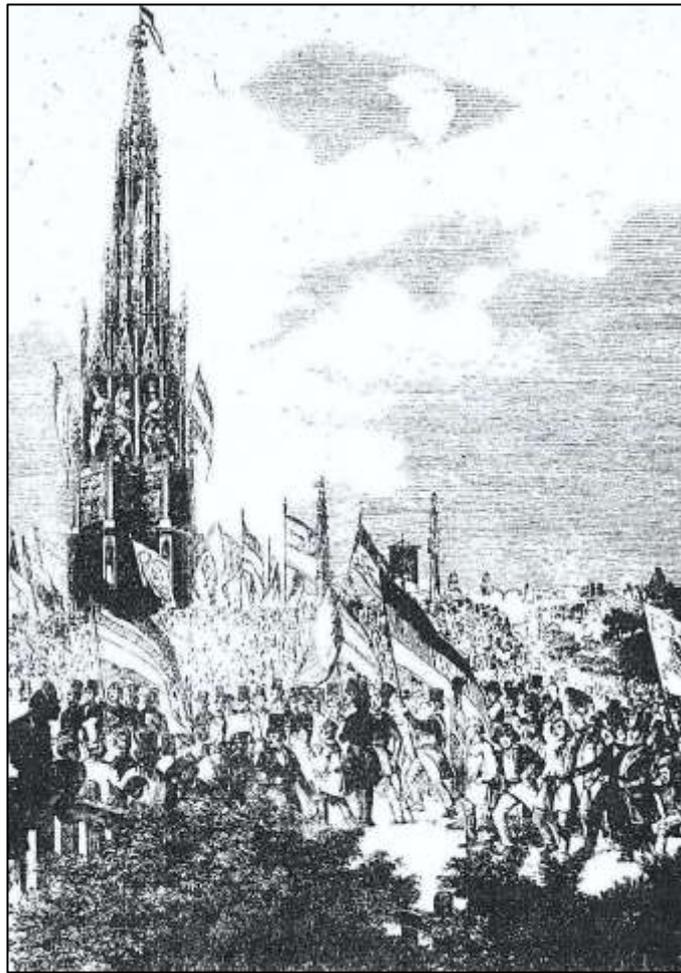
dadurch einen erwünschten Anlaß, sich grundsätzlich zur Frankfurter Nationalversammlung als dem Organ der deutschen Volkssouveränität zu bekennen, ohne die Wahl des Erzherzogs selbst zu billigen. Sie hatte damit den ihr allein würdigen Standpunkt eingenommen.

Dies war vorangegangen, als Mitte Juli der Reichs-Kriegsminister Peucker alle deutschen Bundestruppen aufforderte, am 6. August dem Reichsverweser durch eine Parade eine Huldigung darzubringen. Sofort erhoben die Preußenvereine in Straßenanschlägen und Eingesandts der "Vossischen Zeitung" lärmenden Einspruch gegen die Zumutung einer Huldigung preußischer Truppen für einen österreichischen Erzherzog. Die Klubs, auch der konstitutionelle, dagegen schrieben die deutsche Einheit auf ihr Panier. Am 29. Juli kam der König nach Berlin, ein willkommenes Anlaß für die preußischen Patrioten, schwarzweiße Fahnen aus den Fenstern zu hängen, mit denen sich auch die Artillerieschule schmückte. Ein starker Zug marschierte an ihr vorbei durch die Linden und ließ das Preußenlied ertönen. Das ging den Berlinern denn doch zu weit, sie bildeten einen Gegenzug, sangen deutsch-vaterländische Lieder und sorgten dafür, daß die preußischen Fahnen verschwanden. Damit wäre die Sache erledigt gewesen, hätte sich die Schutzmannschaft nicht eingemischt. Nun erst entstand ein wirklicher Auflauf — die Konstabler rechtfertigten ihren Spitznamen "Skandabler" —, und die Bürgerwehr mußte für Ruhe sorgen. Die Polizei verbot darauf Versammlungen Unter den Linden, vor allem den Lindenklub. Sie erreichte aber nur, daß er nun auch von vielen Neugierigen besucht wurde, die ihm vorher ferngeblieben waren. Seiner Auflösung widersetzte sich die nie fehlende respektlose Straßenjugend. Am Ende gab es ein paar Verhaftungen von harmlosen Bürgern, einmal sogar von zwei zufällig vorbeikommenden Abgeordneten der Nationalversammlung. Das Unerfreulichste war, daß gewöhnlich auch Bürgerwehr aufgeboten werden mußte, der eine Zeit innerer und äußerer Ruhe um so nötiger gewesen wäre, als sie soeben Rimpler endgültig zu ihrem Leiter gewählt und dadurch die in ihren Reihen entstandenen Gegensätze beigelegt hatte. Sie waren die Folge der stark umkämpften Bewerbung Helds um die Kommandeurstelle gewesen, der in ihr ein lohnendes Ziel für seinen Ehrgeiz erblickte.



Karikatur aus dem 'Berliner Großmaul' Nr. 3

Über den halb ärgerlichen, halb lächerlichen abendlichen Begleiterscheinungen vergaß Berlin nicht ihren ernsthaften Anlaß. Die Anschläge über das preußisch-deutsche Problem vermehrten sich noch, die Bezirksvereine und ihr Zentralverein griffen mit Aufrufen ein, aber "die schwarzrotgoldene Bewegung" hatte die Führung. Sie drängte nach einem Bekenntnis, das über Vereinssitzungen und Versammlungen hinausging. Wieder wie am 4. Juni ging der Anstoß von den Studenten aus. In der Villa Colonna, die so vielen politischen Zusammenkünften dieses Jahres Raum bot, berieten sie mit den Klubs über ein Fest zu Ehren des Reichsverwesers und der deutschen Einheit. Fast hätte Schramms Obereifer, der es mit einer Persiflage des Umritts Friedrich Wilhelms IV. vom 21. März verbinden wollte, alles verdorben. Erst im letzten Augenblick einigten sich die erhitzten Gemüter, den 6. August, einen Sonntag, durch ein Volksfest auf dem Kreuzberg zu feiern. Und ein Volksfest wurde die Kundgebung wirklich. Nachdem die fliegenden Korps der Bürgerwehr eine Parade abgehalten hatten, setzte sich am frühen Nachmittag vom Opernhaus aus ein endloser Zug unter den Klängen von Musikkorps nach dem Kreuzberg in Bewegung: Studenten, Klubs, viele Frauen und Mädchen, Innungen, Arbeiter und einige Kompanien Bürgerwehr. Auf dem Kreuzberg hielt Held eine kurze Rede, und ein Zimmermann kletterte bei stürmischem Wind unter Lebensgefahr an dem Denkmal hoch und befestigte an seiner Spitze zwei deutsche Fahnen. Dann lösten Regenschauer die Versammlung in kleinere Einzelgesellschaften auf, die in den nahen Vergnügungslokalen fröhlich beisammen blieben.



Kundgebung für die Einheit Deutschlands
auf dem Kreuzberg am 6. August

128

Zwei Tage darauf führte Rimpler die Bürgerwehr dem Ministerpräsidenten in Parade vor und brachte ein Hoch auf die Einheit Deutschlands aus.

Niemand konnte an diesen Kundgebungen größeren Anstoß nehmen als der Prinz von Preußen. Bald nach seiner Rückkehr aus London zeichnete er ein politisches Programm auf, das sich gegen jedes Aufgeben der preußischen Selbständigkeit aussprach. Er hielt es aber auch mit seiner Stellung für vereinbar, auf den ihm persönlich wohlbekannten Minister von Auerswald den stärksten Druck auszuüben. Als in der Nationalversammlung der Antrag Jacoby über die Wahl des Reichsverwesers verhandelt wurde, verlangte er bei dessen Annahme die Auflösung der Versammlung und, falls sie sich dem widersetzen sollte, ihre Verlegung nach Potsdam. Berlin müsse dann durch Militär umzingelt und zur Ergebung gezwungen werden! Der Antrag Jacoby wurde abgelehnt, aber der Huldigungserlaß Peuckers war ein neuer Grund für den Prinzen, gegenüber

Auerswald und dem Kriegsminister einseitigstes Preußentum herauszukehren. Er bezeichnete einen Bruch mit Frankfurt als erwünscht und den Entwurf über die Befugnisse der deutschen Zentralgewalt als ein sauberes Machwerk. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn er von der Reaktion als Bundesgenosse willkommen geheißen wurde. Berlin aber hatte trotzdem auf dem Kreuzberg sein Bekenntnis zur Einheit Deutschlands abgelegt und packte nun die Verwirklichung der Beschlüsse des Frankfurter demokratischen Kongresses energisch an. Eine Tagung der demokratischen Vereine der Mark Brandenburg gab diesen durch einen Kreisausschuß festen Zusammenhalt; seine fünf Mitglieder waren Berliner unter dem Vorsitz von Adolph Streckfuß. Die Aufgabe der Vereine sollte das Wirken für die Durchführung der Volkssouveränität "durch Wort und Schrift und unbeschränkte Vereinigung" sein. Diese Arbeit nahmen sie als das unveräußerliche Recht einer Minorität in Anspruch. In der Tat, eine Minorität nur vertraten sie in der Provinz, die neben Pommern und Sachsen eine Hochburg der Gegenrevolution war. In den letzten Monaten hatte die konservative Partei sich von ihrem Schrecken erholt und auf dem Land und in den kleineren Städten eine lebhaftige Agitation entfaltet. Sie umschloß eine um Ludwig von Gerlach und die "Kreuzzeitung" gescharte Gruppe, die sich vor allem auf die uralte, von Gott gewollte Rechtsordnung berief, und eine andere, die von den materiellen, wenn auch durch soziale Phrasen verhüllten Interessen ausging. Sie hatte sich in dem Grundbesitzerverein des einstmals fast liberalen von Bülow-Cummerow organisiert. Grimmiger Haß richtete sich gegen den Finanzminister Hansemann, der mit der Steuerfreiheit der Rittergutsbesitzer aufräumen und die Bauern von den drückenden Feudallasten befreien wollte. Über ihre neue Kampfgruppe hielten die Herren vom 18. bis zum 20. August in Berlin eine Heerschau ab. Dieses Junkerparlament, elegante, mit Stulpenstiefeln und Reitpeitschen auftretende Aristokraten, tagte im Saal des vornehmen Hotels Mielentz, Unter den Linden. Mißklingend aber stach von dem äußeren Glanz der Ton der Verhandlungen ab, der vor den größten persönlichen Angriffen auf den verhaßten Minister nicht zurückscheute. Berlin wurde die zweifelhafte Ehre zuteil, Sitz des am Schluß der Beratungen gewählten Dauerausschusses zu werden. Doch mit der ländlichen Anhängerschaft begnügte man sich nicht, man sah sich nach weiteren Bundesgenossen um. Sie fanden sich in dem politischen Katholizismus, der die Hilfe der Liberalen gegen die staatliche Bürokratie gern in Anspruch genommen hatte, die Herrschaft der Kirche über ihre Gläubigen aber nur durch ein Bündnis zwischen Thron und Altar erreichen konnte. Als zweiter Kampfgenosse wurde die Berliner Arbeiterschaft in Aussicht genommen.

Auf dem Junkerparlament hatte Gerlach unter "rauschendem Beifall" aufgefordert, dem Proletariat entgegenzukommen, um dadurch Macht zu gewinnen. Ein aristokratischer Heißsporn, Graf Schlippenbach, wollte

Suppenküchen für arme Leute gründen. Ein Junker von reinstem Wasser, Graf Pfeil, hatte sich schon im März an Dr. Julius und besonders an Held herangemacht, durch die er Einfluß auf "die tieferen Volksschichten" zu gewinnen hoffte. Im Hintergrunde stand offenbar die Absicht, die Massen aufzuhetzen und dadurch den ruhigen Bürger der Reaktion in die Arme zu treiben. Schon beim Zeughaussturm hatten sich Anzeichen dafür bemerkbar gemacht. Die Rolle, die der Bürgerwehrkommandant Blesson bei ihm und bei den ihm vorangehenden Angriffen auf die Nationalversammlung spielte, war höchst verdächtig. Sollte etwa die Bürgerwehr versagen und dadurch das Einrücken von Garderegimentern rechtfertigen? Daß die Reaktion Volk und Bürgerwehr zu verfeinden suchte, hörte Varnhagen aus dem Munde eines adligen Besuchers. Im Spätsommer machte die Reaktion einen neuen Versuch, Held und die hinter ihm stehenden Maschinenbauern zu gewinnen. Held hatte sich mit den Klubs völlig überworfen; auch von der Bourgeoisie und der Nationalversammlung erwartete er nichts. So verfiel er auf den Gedanken, die deutsche Einheit und die soziale Demokratie in der Rolle eines Volksdiktators mit dem Prinzen von Preußen als Aushängeschild zu verwirklichen. Eine geheime Unterredung mit dem Vorsitzenden des Preußenvereins, von Katte, sollte ihm den Weg dazu bereiten. Doch das Geheimnis wurde schnell enthüllt, der große Plan zerrann in nichts, die demokratischen Politiker trennten sich endgültig von dem ewigen Ränke- und Pläneschmied. Die Maschinenbauarbeiter stimmten ihm zwar zu, aber Helds Riesenplakat "Meine Idee über die Verfassung Preußens und Deutschlands" erregte bei Liberalen und Demokraten nur höhnisches Gelächter. Der "Volkstribun" blieb trotz alledem nicht einflußlos, er konnte in kritischen Situationen noch Massen in seinen Sozialverein locken — für eine ernsthafte Politik kam er nicht mehr in Frage. Seine Pläne freilich gelangten bis an den König und den Prinzen von Preußen. Er erntete 1850 durch eine Anstellung als Torfinspektor seinen Lohn und soll später auch als Herausgeber der Staatsbürgerzeitung die Unterstützung der Regierung genossen haben.

Die Reaktion suchte ihren Zweck in Berlin auch durch drastischere Mittel zu erreichen, setzte für hundert Taler und ein paar Flaschen Schnaps Aufläufe in Szene oder ließ bei drohenden Zusammenstößen einen Schuß abgeben, den das Volk der Bürgerwehr zuschreiben sollte. Im ganzen erreichten diese Umtriebe ihren Zweck nicht, sie trugen höchstens zur Verschärfung der Mißstimmung des flachen Landes gegen die Hauptstadt bei. In gleicher Richtung wirkten auch die Folgen eines Überfalls auf den demokratischen Klub in Charlottenburg. Von Edgar Brauer, dessen Brüder mißhandelt worden waren, erschien ein zur Revolution aufrufendes Plakat, und aus einer Volksversammlung auf dem Opernplatz entwickelte sich eine Bedrohung der Minister, die zum Rücktritt gezwungen werden sollten. So wurde die Empörung, die den Charlottenburgern hätte gelten müssen, auf Berlin abgewälzt. Der Nationalversammlung wurde

sogar ein Gesetzentwurf gegen Volksversammlungen vorgelegt; er verschwand aber schnell wieder in der Versenkung und mit ihm die Hoffnung auf eine Erhebung gegen das Ministerium, bei der sich auch die friedliebende Bürgerschaft an die Seite der Klubs gestellt hätte. Dem Prinzen von Preußen freilich waren die Minister viel zu zaghaft. In zwei Briefen voller Ausrufungszeichen und Unterstreichungen beschwor er sie zu militärischem Einschreiten gegen die republikanische Partei und zum sofortigen Erlaß von Gesetzen gegen Versammlungen und politische Vereine. "Handeln und nochmals Handeln!" rief er ihnen zu.

Diese Briefe erhellen blitzartig das Dunkel, hinter dem sich für die Mitlebenden der Hof in Potsdam verbarg. Der König freilich schien besiegt zu sein. Er, der Redefreudige, schwieg lange Monate und überließ den Ministern die Verantwortung für alle unpopulären Maßregeln. Nach dem Rat seines klugen Freundes, des Freiherrn von Radowitz, wartete er ab und spielte den konstitutionellen Herrscher, bis die Zeit zum Hervorkehren seiner Macht gekommen war. Es war ein unwahrhaftiges Spiel des christlichen Königs mit den Liberalen, die sich schützend zwischen ihn und die radikale Demokratie gestellt hatten. Erstaunlich ist nur, daß sie sich täuschen ließen, obgleich Friedrich Wilhelm ihren gewiß sehr gemäßigten Verfassungsentwurf ein ganz elendes Machwerk nannte. Für ihn war der Liberalismus eine Krankheit wie die Rückenmarksschwindsucht, war alles seit dem März Geschehene "sündiger, gottverfluchter Wahnsinn". Dies sagte er Camphausen natürlich nicht, er schrieb es einem vertrauten Freunde. Die Minister glaubten, das Heft in der Hand zu haben, denn trotz alles Widerstrebens gab der König zuletzt doch nach — nicht, weil sie ihn überzeugt hatten, sondern als gelehriger Schüler der Radowitzschen Taktik. Sie entsprach seiner Wesensart, der Scheu vor schnellen Entschlüssen bei zähestem Festhalten an den eigenen Plänen. Diese Zähigkeit bewies er auch da, wo er seinen Ministern offen widerstrebte, in der auswärtigen Politik und in seiner Stellung als oberster Befehlshaber des Heeres.

Seit im April preußische und andere deutsche Truppen, vor allem die Berliner Garde, unter dem General von Wrangel in die Kämpfe zwischen Dänemark und den Herzogtümern Schleswig und Holstein erfolgreich eingegriffen hatten, war eine bedenkliche Lage für Preußen entstanden. England und Rußland traten auf die Seite Dänemarks. Darüber, wie diese und die nicht minder schwierige polnische Angelegenheit zu regeln sei, gerieten der König, der die letzte Entscheidung in allen außenpolitischen Fragen beanspruchte, und der Minister Heinrich von Arnim heftig aneinander. Mitte Juni trat Arnim zurück, und nach langen Verhandlungen schloß Preußen am 26. August in Malmö einen für die Herzogtümer ungünstigen Waffenstillstand ab. Die Reaktion begrüßte in ihm einen doppelten Erfolg: das zaristische Rußland, bisher voller Mißtrauen gegen

den König, der vor der Revolution kapituliert hatte, war jetzt bereit, ihm im Notfalle gegen seine eigenen Untertanen Beistand, zu leisten. Die Garde aber, die im dänischen Kriege ihr Selbstvertrauen zurückgewonnen hatte, war für innerpolitische Zwecke frei geworden. Sie bildete unter Wrangel den Kern der Armee, die in den nächsten Wochen rings um Berlin zusammengezogen wurde. Um so wichtiger war für den König die freie Verfügung über das Heer. Sie wollte er um keinen Preis aufgeben, während sich das Ministerium auch in militärischen Fragen der Nationalversammlung gegenüber als verantwortlich betrachtete. Für diese bot sich Anfang August Gelegenheit zur Stellungnahme. In Schweidnitz hatte die Garnison eine blutige Gewalttat gegen das Volk und die Bürgerwehr verübt. Der Abgeordnete Stein aus Breslau hatte darauf den Antrag gestellt, der Kriegsminister solle die Offiziere durch einen Erlaß vor reaktionären Bestrebungen warnen und zur Mitarbeit an einem konstitutionellen Rechtszustand auffordern. Die Versammlung stimmte zu. Da das Ministerium dem Beschluß keine Folge gab, verlangte ein neuer Antrag Stein vom 4. September seine sofortige Erledigung. Die Aussprache darüber wurde vertagt, und diese Pause gab Berlin Gelegenheit, sich über seine Haltung gegenüber der bevorstehenden Entscheidung klarzuwerden. Eine seit langem nicht erlebte Einigkeit beseelte die Stadt vom Demokratischen bis zum Konstitutionellen Klub. Sie fand einen Widerhall in einer durch den Kommandanten der Bürgerwehr verbreiteten, mit vielen Unterschriften bedeckten Eingabe, die der Nationalversammlung jede Unterstützung zusagte. Am 7. September, dem kritischen Tage, drängten sich Tausende um die Singakademie, in einer Ruhe, die fast unheimlich von ihrer inneren Erregung abstach. Der Ministerpräsident sprach sich nicht gegen den Inhalt des Antrags, aber gegen das Recht der Abgeordneten aus, sich in Maßnahmen der Verwaltung einzumischen. Das hinderte eine starke Mehrheit nicht, den Antrag Stein anzunehmen. Die das Haus verlassenden Abgeordneten wurden je nach ihrer Abstimmung mit donnernden Hochs oder Pfeifen und Zischen begrüßt. Stein wurden die Pferde ausgespannt und seine Droschke von seinen Bewunderern durch die Straßen gezogen. Ein parlamentarischer Sieg war errungen, das Ende des Ministeriums Auerswald-Hanseemann erreicht. Doch die Folgen waren andere als die von der Demokratie erhofften. Der König berief nicht den nach der Hauptstadt beschiedenen Altliberalen Beckerath zum Leiter des Staates, da dessen Programm ihm viel zu konstitutionell war. Er war entschlossen, es auf einen Bruch ankommen zu lassen. Zwei Motive bestimmten ihn dazu: die Furcht vor den Hof- und Militärkreisen, die ihn am liebsten durch ihr Haupt, den Prinzen von Preußen, ersetzt hätten, und der durch die Agitation der konservativen Partei in ihm genährte Glaube, das ganze Land stände hinter seinem König und gegen Berlin. In dieser Zuversicht hatte er sich bisher die von Radowitz ihm geratene Taktik des Abwartens gefallen lassen. Jetzt hielt er den

Augenblick für gekommen, die Maske abzuwerfen. Schon zu Camphausens Zeiten hatte er davon geträumt, Berlin, diese "Eiterbeule", aufzustechen. Wäre das geglückt, dann dachte er auch mit Frankfurt fertig zu werden und die deutsche Frage auf seine Weise zu lösen. Oft hatte er gehofft, die Liberalen und die Bürgerwehr würden ihm diese Aufgabe abnehmen, würden die Demokratie niederwerfen. Der Zeughaussturm erschien ihm als ein Geschenk des Himmels, er wollte sofort Truppen nach Berlin beordern. Doch das Ministerium verweigerte ihm die Gefolgschaft. Es wollte Unruhen unterdrücken, aber sie nicht zum Ausgangspunkt einer militärischen Reaktion werden lassen. Auf der anderen Seite aber erwarb es sich durch den Malmöer Waffenstillstand und die Anhäufung von Truppen um Berlin wieder das Vertrauen des Königs. Die Kamarilla teilte diese Ansicht nicht. Seit Cavaignac die französische Arbeitererhebung im Juni niedergeworfen hatte, wuchs ihre Angriffslust. Die junkerfeindlichen Agrargesetze brachten sie in wachsende Opposition gegen das Ministerium und die Nationalversammlung, sie drang energischer in den König und gewann den Prinzen von Preußen für ihre Pläne. So schnell, wie sie es gehofft hatte, kam sie indessen nicht zu ihrem Ziel, sie fand keinen Ersatz für die von ihr bekämpften Männer. Erst als diese nach der Annahme des Antrags Stein zurücktraten und die Verhandlungen mit Beckerath sich zerschlugen, war die Stunde für den Kampf gegen den Parlamentarismus angebrochen. General von Pfuel, der des Königs und seines Bruders Vertrauen besaß, sollte ihn führen.

133

Dem heraufziehenden Sturm hätte eine festgeschlossene Demokratie begegnen müssen, nicht eine durch innere Gegensätze gespaltene. Es fehlte ihr nicht an glänzenden Rednern, doch um so mehr an Männern, die "aus der großen, aber zerfahrenen Masse ein innig zusammenhängendes Ganze" hätten bilden können. Held, den seine Anhänger für eine solche Rolle berufen hielten, wirkte im Gegenteil wie ein Sprengkörper innerhalb der Demokratie. Durch seine Verhandlungen mit von Katte und seine Volkstribunenidee hatte er sich bloßgestellt. Aussichtsreicher war die Werbearbeit mehrerer demokratischer Vereine unter den Soldaten aller Garnisonen und insbesondere den Berliner Regimentern. Bei der "Einsamen Pappel" fand eine Verbrüderungskundgebung statt, und an den Sonntagabenden wurden im Volksklub Sitzungen zur Besprechung militärischer Fragen abgehalten. Doch auch die Gegenseite trumpfte auf. Wrangel richtete an seine Truppen einen scharfen Armeebefehl und kam am 21. September nach Berlin, um eine Truppenschau der hier liegenden 6000 Mann abzuhalten. Dabei fielen aufreizende Wendungen von geschliffenen Säbeln und Kugeln im Gewehr und die viel belachten Worte von dem traurigen Zustand, in dem er Berlin wiedersehe, von den leerstehenden Wohnungen und von dem Gras, das in den unbelebten Straßen wachse. Sofort

erschien ein Flugblatt, das eine Strophe aus der Holteischen Posse "Die Wiener in Berlin" mit passender Abwandlung kopierte:

*"Nach Berlin, sagt er,
Sollst du gehn, sagt er,
's wächst dort Gras, sagt er,
Sollst es mähn, sagt er,
Und die Köpf, sagt er,
Mähst du mit, sagt er,
Schleif die Säbel, sagt er,
Für den Schnitt!"*

Die Ernennung Pfuels alarmierte die Klubs. Der 22. September, an dem er sich in der vor kurzem nach dem Konzertsaal des Schauspielhauses verlegten Nationalversammlung vorstellen sollte, mußte nach aller Meinung ein entscheidender Tag, vielleicht ein neuer 18. März werden. Ein von den Parteiführern entworfener Aufruf "An das Volk von Berlin" wurde in der Frühe an den Straßenecken angeschlagen. Im Angesicht des "Ministeriums der bewaffneten Reaktion", so hieß es darin, blickten die Provinzen, das Vaterland, auf Berlin: "Sei deines jungen Ruhmes würdig!" Selbst Held hielt es für angebracht, aus seiner unfreiwilligen Isolierung mit einem Plakat "Treu dem Volke" herauszutreten. Die Bürgerwehr stand kampferüstet da, das Volk harrete vor dem Schauspielhause der Verhandlungen und Beschlüsse, bereit, ein von der Versammlung gegebenes Signal zum Aufstand überall in der Stadt zu verbreiten. Das Signal blieb aus! Wider alles Erwarten bekannte sich Pfuel dazu, nicht nur die Rechte der Krone zu verteidigen, sondern auch die dem preußischen Volke gewährten Freiheiten zu wahren, für schnelle Fertigstellung der Verfassung zu wirken und den Wünschen der Versammlung Rechnung zu tragen. Auch über Wrangels Armeebefehl erteilte er eine versöhnliche Auskunft. Und als er am 25. einen durch den Führer des Zentrums, von Unruh, entworfenen Erlaß an die kommandierenden Generale bekanntgab, atmete die im Grunde doch Ruhe ersehrende Bürgerschaft auf. Ein Aufruf, den der Preußenvereinler Graf Breßler angestiftet hatte, wurde durch eiligst abgesandte Sprecher der Klubs und die sehr rücksichtsvoll auftretende Bürgerwehr beigelegt.

Der friedliche Ausgang ließ alle die Klubsitzungen, Volksversammlungen und Aufrufe zwischen dem 22. und 25. September als verlorene Liebesmüh erscheinen. Dem republikanischen Flügel der Volkspartei war die Gelegenheit entwunden worden, im Bunde mit der Nationalversammlung und der gemäßigten Bürgerschaft in den Kampf zu ziehen. Noch enttäuschter waren die Kamarilla und der König, der mit seinem selbsterkorenen Ministerpräsidenten sich bald schlechter verstand als mit dessen Vorgänger. Anfang Oktober schon meinte Pfuel, gegen den seine nächsten Mitarbeiter intrigierten, es werde nicht mehr lange dauern. Wie hätte Friedrich Wilhelm IV. auch mit einem Manne

gehen können, der vertraulich die Republik "die reinste und vernünftigste Staatsform" nannte, der die Beschlüsse der Nationalversammlung über die Abschaffung der Todesstrafe, des Adels und der Orden ohne Widerspruch hinnahm. Die Kamarilla begriff, daß sie einen Mann finden mußte, der offenen Kampf nicht scheute. Bisher hatte Leopold von Gerlach noch gemeint, ohne klaren Bruch mit den Liberalen auszukommen. Jetzt siegte die unbedingte Überzeugungstreue und der draufgängerische Wille seines Bruders Ludwig über ihn und über die Scheu des Königs, sich rückhaltlos der Kamarilla zu verbinden. Nur sie aber, die Kreuzzeitungspartei, war bereit, seinen ständischen Ideen zu dienen, die Zeiten des Vormärz und damit ihre eigenen feudalen Vorrechte wiederherzustellen. So befahl der König am 6. Oktober Leopold von Gerlach, nach Breslau zu fahren und mit dem dort kommandierenden General, dem Grafen Brandenburg, über die Neubildung des Ministeriums zu verhandeln. Brandenburg, ein illegitimer Sohn Friedrich Wilhelms II., sagte zu.

In Berlin vergingen diese Wochen innerer Spannung in äußerer Ruhe. Nur am 5. Oktober gab es eine kleine Sensation. Das lange erwartete Bürgerwehrgesetz, das eine Reihe der Linken mißliebiger Bestimmungen wie die Auflösung der fliegenden Korps enthielt, war angenommen worden. Der Volkswitz bemächtigte sich der Sache, man holte einen Esel, befestigte das Gesetz zwischen seinen Ohren und zog, eine preußische Fahne voran, vom Alexanderplatz zum Gendarmenmarkt, wo Lindenmüller das Gesetz in einen Scheiterhaufen warf. Ein paar Reden folgten, die Bürgerwehr erschien, ließ sich aber auf keinen Angriff gegen die vergnügten Übeltäter ein. Um so grimmiger zog der Innenminister Eichmann los gegen diese "Verhöhnung der Staatsregierung", diesen "terroristischen Einfluß einer revolutionären, anarchischen Partei". Die Nationalversammlung aber warf dem König den Fehdehandschuh zu: sie strich aus der Eingangsformel der künftigen Verfassung die Worte "von Gottes Gnaden", die für Friedrich Wilhelm IV. nicht ein überlebtes Symbol, sondern die Anerkennung seiner höheren Berufung, seines göttlichen Rechts und seiner Pflichten bedeuteten. Am 15. Oktober, seinem Geburtstag, kam er nach Berlin und empfing im Schloß Bellevue die Behörden. Rimpler, der die Glückwünsche der Bürgerwehr überbrachte, bekam die mit den Tatsachen des 19. März in grellem Widerspruch stehenden Worte zu hören: "Vergessen Sie nicht, daß Sie die Waffen von mir haben." Den Abgeordneten der Nationalversammlung wurde gesagt: "Wir haben noch angestammte Obrigkeiten von Gottes Gnaden, die mit großer Macht ausgerüstet sind, weil sie das Vertrauen des Volkes besitzen." Es klang wie eine Kriegserklärung, doch blieb zwei Wochen lang alles noch in der Schwebe. Denn immer neue Schwierigkeiten türmten sich vor dem Grafen Brandenburg auf, als er an die Aufgabe ging, ein

neues Ministerium zu bilden. Den letzten Entschluß führten die Ereignisse in Berlin herbei.

Hier dauerten die Mißhelligkeiten in der demokratischen Partei weiter an, wiederum durch Held genährt, der in Begleitung lärmender Anhängerscharen in den Klubs seine Aufnahme als Mitglied durchzusetzen suchte. Geordnete Debatten wurden fast unmöglich, und es bereitete sich jener Zwiespalt zwischen Bürgern und Arbeitern vor, der am 16. Oktober zu dem blutigen Kampf zwischen ihnen und der Bürgerwehr führte. Wir wissen, daß der Friede durch das feierliche Begräbnis der Opfer wiederhergestellt wurde. Das war um so nötiger, als in Wien, wo sich am 5. Oktober das liberale Bürgertum gemeinsam mit der republikanisch-sozialistischen Arbeiterschaft gegen die militärische Reaktion erhoben hatte, der lange hinausgezögerte Endkampf bevorstand. Die Teilnahme für das Schicksal Wiens, gegen das Fürst Windischgrätz am 23. den Angriff eröffnete, äußerte sich in Kundgebungen der Klubs, auch des konstitutionellen, in der Presse und in zahllosen Versammlungen. Um selbst gerüstet zu sein, wurde Geld für die Bewaffnung der Berliner Arbeiterschaft gesammelt. Die Maschinenbauer stellten sich in eine Reihe mit den Bürgern, die Werbung für die demokratische Beeinflussung der Garnison wurde durch den von Streckfuß begründeten Militär-Reformverein verstärkt. Er erschien den höheren Offizieren so gefährlich, daß den Soldaten der Besuch der Sitzungen verboten wurde.

136

Seit im Mai die deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche ihre Beratungen begonnen hatte, war Frankfurt der Mittelpunkt der deutschen Revolution geworden. Hier, nicht in den Einzelstaaten, so schien es, mußten die letzten Entscheidungen über das Schicksal der Nation fallen. Frankfurt war daher im Juni die Tagungsstätte des ersten deutschen demokratischen Kongresses gewesen. Bewies auch die Wahl Berlins zum Sitz des Zentralausschusses das Ansehen, das es sich durch den 18. März in Deutschland errungen hatte, so erkannten doch gerade die Demokraten die Souveränität der Frankfurter Versammlung gegenüber partikularistischen Bestrebungen an. Das änderte sich grundlegend, als Frankfurt am 16. September dem Malmöer Waffenstillstand zustimmte. Die Linke forderte Neuwahlen, und am 18. brach ein durch Militär unterdrückter Aufstand aus. Darauf wurde über Frankfurt der Belagerungszustand verhängt, und der Reichsjustizminister forderte die Einzelstaaten auf, schärfer gegen die Presse und die Volksversammlungen vorzugehen. Das war das Signal für die deutsche Demokratie, ihre Blicke auf Berlin zu richten, zumal nach dem Zurückweichen der Regierung gegenüber dem Antrag Stein. Jede der beiden demokratischen Aktionsgruppen, die in den Parlamenten und die in den Klubs verkörperte, berief ihre Anhänger für die letzte Oktoberwoche nach der preußischen Hauptstadt. Noch immer lag ihnen

die Einheit Deutschlands am Herzen, die niemand so zielbewußt in republikanischer Gestalt gefordert hatte wie Karl Marx in dem "Manifest der kommunistischen Partei in Deutschland" vom 1. April. Aber nun, nach dem Versagen Frankfurts, rückte die Freiheit doch in die erste Linie, und diese mußte in den Hauptstädten der großen Länder, in Wien und in Berlin, erfochten werden. "Siegt die Demokratie in Berlin", schrieb H. B. Oppenheim am 7. Oktober in der „Reform“, "so siegt sie für ganz Deutschland ... sendet ein neues, aber wirklich *konstituierendes Vorparlament* aus freien, eigenen Wahlen nach Berlin". Abgeordnete der Linken von Frankfurt, Dresden und Berlin luden ihre Freunde aus den anderen deutschen Parlamenten zu einer Zusammenkunft in der preußischen Hauptstadt ein. Am 27. Oktober begann die als "Gegenparlament" bekannt gewordene Versammlung, am 28. schon war sie beendet. Ihr Besuch war enttäuschend, nur 8 bis 10 auswärtige Abgeordnete hatten sich eingefunden, die meisten aus Frankfurt. Sie waren die radikaleren und drangen auf bewaffnete Hilfe für Wien, dessen Schicksal das einzige Thema bildete. Eine revolutionäre Erhebung Berlins sollte den Kampf einleiten. Aber die Berliner Abgeordneten Temme und Waldeck wiesen diesen Plan zurück, für den die Mehrheit der Bürgerschaft nicht zu gewinnen war. Wien zu retten, war es zu spät geworden, weder die Frankfurter noch die Berliner Nationalversammlung hatten die Macht, den siegreichen kaiserlichen Generalen Halt zu gebieten. Irgendeine Wirkung ist daher von dem Gegenparlament nicht ausgegangen.

137

Einen Tag vorher hatten sich die Vertreter von 260 Vereinen im Saale des Englischen Hauses in der Mohrenstraße eingefunden, um ihre Organisation auszubauen. Dieser zweite demokratische Kongreß zeigte durch seinen Flaggenschmuck und durch die gegenseitige Anrede "Bürger" seinen republikanischen Charakter. Zu seinem Schaden aber überwogen unter den Teilnehmern die Mittelmäßigkeiten, die Reden als Taten ausgaben. Trotz vieler sozialer Beteuerungen begegnete Borns Aufforderung zu einem Zusammengehen mit der Arbeiterverbrüderung kühler Ablehnung. Sachliche und persönliche Gegensätze ließen 40 Mitglieder vorzeitig ausscheiden, nachdem in einer endlosen Sitzung die Wiener Frage zur Sprache gebracht und der Einberufung einer Volksversammlung zugestimmt worden war. Diese Versammlung fand am 29. statt, und auf ihr wurde ein Massenaufzug vor der Nationalversammlung zugunsten Wiens beschlossen. Ein Aufruf an das deutsche Volk, den das Gegenparlament abgelehnt hatte, wurde von dem Kongreß angenommen. Rettung Wiens vor dem Untergang verlangte er in Worten flammender Leidenschaft als Pflicht der deutschen Regierungen; der Wille des Volkes, der Majorität, müsse sie dazu zwingen. Am 30. Oktober wurde der Kongreß geschlossen. Seine radikalsten Mitglieder hatten seine Dauertagung als ein

Gegengewicht gegen die Nationalversammlung nicht durchgesetzt, nun blieben sie wenigstens beisammen.

Die Nationalversammlung hatte am 26. Oktober an Stelle des zurückgetretenen Abgeordneten Grabow von der Rechten den Führer des Zentrums, von Unruh, zu ihrem Präsidenten gewählt. Er stimmte mit seinem Vorgänger politisch fast überein, aber er war gewillt, einen Konflikt mit der Krone nicht zu scheuen. Daß dieser kommen mußte, war ihm gewiß. Den letzten Zweifel nahm ihm die höhnische Freude in den Gesichtern der Aristokraten in den Logen des Königs und der Diplomatie, als die Versammlung die Abschaffung des Adels, der Orden und der Titel beschloß. Sie wußten, daß dadurch der solange von ihnen ersehnte Bruch zwischen der Krone und der Volksversammlung unvermeidlich geworden war.

Am 31. Oktober setzten sich, auch durch zwei Aufrufe des demokratischen Bürgerwehrvereins dazu aufgefordert, vom Alexanderplatz aus mehrere tausend Männer in Bewegung, um eine Deputation zu begleiten, die der Versammlung die Eingabe zugunsten Wiens überreichen sollte. Es geschah, und die Menge zerstreute sich, um am Abend wiederzukommen. Es erschienen bei naßkaltem Wetter 2000 bis 3000 Menschen. Redner vom Demokratischen Kongreß forderten sie auf, im Notfalle das Haus zu zwingen, sich für die Sache Wiens zu erklären. Die Abgeordneten ließen sich dadurch nicht beeinflussen. Sie verwarfen einen Antrag Waldeck, der unmittelbares Eingreifen der Regierung verlangte, und nahmen mit überwältigender Mehrheit den Antrag Rodbertus an, der energische Schritte bei der Frankfurter Zentralgewalt zum Schutze der Volksfreiheit in Österreich forderte. Die Ablehnung des Waldeckschen Antrags übte eine erbitternde Wirkung auf die das Schauspielhaus fest einschließende Menge aus. Im Hause stand eine Abteilung Bürgerwehr zum Schutze der Abgeordneten. Auch der Kommandeur mit seinem Stabe war dort, lange unfähig, Befehle nach außen gelangen zu lassen. Endlich glückte es ihm durch eine List; ein Bataillon rückte an und machte eine Seitentür des Theaters frei. Den Bemühungen um Räumung des Platzes begegnete Widerstand, Kolbenstöße wurden durch Schläge mit den Fackeln abgewehrt, die aus den benachbarten Spritzenhäusern geholt worden waren. Doch jetzt erschien ein Trupp Maschinenbauer, unbewaffnet, mit einer weißen Fahne, um die feindlichen Gruppen zu trennen. Rimpler wies ihnen eine Stellung am Haupteingang des Hauses an, alles schien glücklich zu verlaufen. Da fiel, wenn wir der "Vossischen Zeitung" glauben dürfen, ein Schuß, der ein Handgemenge zwischen der Bürgerwehr und den Friedensstiftern auslöste, von denen mehrere, einer sogar tödlich, verwundet wurden. In diesem Falle waltete wirklich das Mißverständnis vor, mit dem die Führer der Maschinenbauer die gerechte

Empörung ihrer Männer zu beruhigen suchten. Auch Rimpler trug durch das Versprechen vollständiger Genugtuung für den Übergriff zur Versöhnung bei. Bis tief in die Nacht hinein aber verhartete die Masse vor den Häusern, in die man die Verwundeten getragen hatte, während die Bürgerwehr den Gendarmenmarkt besetzt hielt.

Schon zu Beginn der Sitzung und während ihres Verlaufs hatten Mitglieder der Linken versucht, die Aufregung zu besänftigen. Es war ihnen nicht gelungen, selbst Berends war bedroht worden und mußte sich eilig zurückziehen. Nach dem Ende der Beratungen, gegen zehn Uhr, verließen die Abgeordneten das Haus. Über Treppen und Böden, durch Keller und Gänge gelangten sie zu der kleinen Tür an der Charlottenstraße, vor der die Menge ein Spalier bildete und Mitglieder der Rechten beschimpfte. Ähnliches war in den letzten beiden Wochen mehrfach vorgekommen, es waren auch Strohpuppen, angezogen wie die besonders verhaßten Abgeordneten, vor dem Schauspielhaus aufgehängt oder verbrannt worden.

Die Führer der Demokratie hatten, mit Ausnahme des erst seit kurzem nach Berlin gekommenen Arnold Ruge, sich an der Überreichung der Eingabe an die Nationalversammlung nicht beteiligt und sich bemüht, jede Ausschreitung zu verhindern. Nicht zu beweisen, aber naheliegend ist die sofort geäußerte Vermutung, daß Fanatiker der gegenrevolutionären Partei ihre Hand im Spiel gehabt haben. Für die Reaktion boten jedenfalls die Vorfälle den Vorwand zu verleumdenden Angriffen auf ihre Gegner. Der Innenminister beschuldigte das Kommando der Bürgerwehr, viel zu spät den Gendarmenmarkt besetzt zu haben, und wies den Magistrat und das Polizeipräsidium an, in ähnlichen Fällen sofort Militär heranzuziehen. Der Tadel gegen die Führung der Bürgerwehr war berechtigt, aber die Drohung mit dem Militär bewirkte, daß Rimplers Protest und sein Appell zur Eintracht zwischen Volk und Wehr überall Zustimmung ernteten. Dabei kannte Berlin noch nicht die tiefgreifendste Folge des 31. Oktober, die endgültige Entlassung Pfuels und die förmliche Beauftragung des Grafen Brandenburg mit der Neubildung des Ministeriums.

Dieser Tag, an dem die Krone nach Johann Jacobys Wort dem ganzen Lande den Fehdehandschuh hinwarf, läutete den entscheidenden Kampf um die Errungenschaften der Märzrevolution ein. Dieser wurde nicht mehr in vorderster Linie durch Berlins Arbeiter und Bürger, sondern durch die Nationalversammlung als die gesetzmäßige Vertreterin des Landes geführt. Die Hauptstadt nahm an ihm weniger als in vergangenen stürmischen Tagen durch Versammlungen und Petitionen teil, sondern mehr auf den Tribünen des Sitzungssaales und auf dem Gendarmenmarkt, den Berichten der Zuhörer

lauschend. Wir dürfen daher in unserer Darstellung, deren Gegenstand das Volk von Berlin ist, nur in aller Kürze die Hauptmomente berühren.

Die Nationalversammlung beantwortete die Beauftragung Brandenburgs mit der Kabinettsbildung durch eine Adresse, die bei aller formalen Ehrerbietung doch auf die Gefahr einer zweiten Revolution hinwies. Sie wurde durch eine von Unruh geführte Abordnung dem König vorgelesen und übergeben. Der König nahm sie ohne Erwiderung entgegen und schickte sich an, das Zimmer zu verlassen. Die Bitte Jacobys, der Deputation Gehör zu leihen, beantwortete Friedrich Wilhelm mit einem schroffen "Nein". Da rief ihm der Tapfere das berühmte Wort zu: "Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!" Tausende brachten ihm dafür einen Fackelzug.²³

Niemals hat die Kamarilla eine Tätigkeit entwickelt wie in der ersten Novemberwoche. Die Betrauung Brandenburgs war der Anfang gewesen, jetzt mußten ihm die richtigen Mitarbeiter gegeben, mußten alle Vermittlungsgedanken ausgeschaltet und ein Operationsplan festgesetzt werden. In einer Besprechung am 4. November wurde Leopold von Gerlachs Vorschlag angenommen: Vertagung der Nationalversammlung und Verlegung ihrer Sitzungen nach Brandenburg. Das war keine neue Idee, sie war schon nach dem Zeughaussturm in Kreisen der rechtsstehenden Abgeordneten und ähnlich beim Prinzen van Preußen aufgetaucht. Nun mußte und sollte sie zur Sprengung der Versammlung führen, die Linke isolieren und ins Unrecht setzen, wenn sie in Berlin bleiben würde. Sollte sie dann einen Aufstandsversuch wagen, dann würde, so erwartete man, die Bürgerwehr ihr die Gefolgschaft versagen.

Am 9. November verlas Brandenburg im Schauspielhaus die königliche Vertagungs- und Verlegungsorder. Doch nur die Rechte war zum Gehorsam bereit, die Zentren bestritten mit der Linken der Krone die Befugnis zu ihrem Vorgehen und beschlossen, weiter in Berlin zu tagen. Die Aufforderung des Innenministers, die Abgeordneten am Betreten des Sitzungssaales zu hindern, lehnte Rimpler ab. Doch war die Bürgerwehr bei dem Fehlen einer Artillerie, bei dem Mangel an Munition und der Haltung vieler ihrer Offiziere zu einem geschlossenen Einsatz gegen einrückendes Militär fähig? Unruh bezweifelte es nach einer Besprechung mit ihrem Kommandeur. Aber auch die Klubs hatten keine Vorbereitungen getroffen, die Aussichten auf einen erfolgreichen Widerstand boten. Die durch zahlreiche Abordnungen bekundete Bereitschaft der Arbeiter, sich der Bürgerwehr für einen Kampf zur Verfügung zu stellen, konnte das Fehlen aller ernsthaften Vorkehrungen nicht ersetzen. So stimmte die Linke der Nationalversammlung der Ansicht ihres Präsidenten bei, daß nur passiver Widerstand geleistet werden könne. Unruh hat 1849 seine Auffassung, die der Kladderadatsch "aktive Feigheit" nannte, ausführlich begründet. Es sei

²³ https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Jacoby

eine romantische Idee gewesen, nach einer Niederlage Berlins eine siegreiche Revolution im Lande zu erwarten. Ein Sieg Berlins aber hätte zur Ausrufung der Republik geführt, und dann hätten sich die mittleren Provinzen, vielleicht auch ein großer Teil Sachsens und der Rheinlande, um der Monarchie oder doch um der Einheit des Staates willen gegen die Hauptstadt erhoben. Unruh spricht nicht von Wien, das am 31. Oktober, trotz der Einheit von Bürgern, Arbeitern und Studenten, nach heldenmütigem Kampfe niedergeworfen worden war. Mag Wiens Fall für den Entschluß der Abgeordneten nicht maßgebend gewesen sein, die Bereitschaft der Regierung zur Gewaltanwendung hat er zweifellos verstärkt. Dies haben Marx und Engels in ihren 1851/52 erschienenen Betrachtungen über die deutsche Revolution betont. Zwar haben auch sie eine revolutionäre Erhebung Berlins nicht für aussichtsvoll gehalten, aber sie waren Kämpfer, und so haben sie gegenüber der "Komödie" des passiven Widerstandes den Wert selbst einer Niederlage für die Zukunft nachdrücklich hervorgehoben. Es war in der Tat die letzte Gelegenheit, für die große Idee eines einheitlichen, demokratischen Deutschlands zu kämpfen.

Die Masse des mittleren und kleinen Bürgertums wäre gemeinsam mit den Arbeitern einer entschlossenen demokratischen Führung auch auf die Barrikaden gefolgt. Aber da die höchste Vertretung des Landes einschließlich der Linken einen anderen Weg einschlug, da Unruh überall Zustimmung fand, blieb mit dem Kleinbürgertum auch die Arbeiterschaft ruhig. Das einzige, was der Magistrat wagte, war die Weigerung, durch die Bürgerwehr die Versammlung aufzulösen. Zahllose Plakate forderten das Volk zum Schutze der Abgeordneten auf, eine Kette Bürgerwehr umgab das Schauspielhaus.

Am Nachmittag des 10. November rückten Wrangels Truppen durch das Brandenburger und das Potsdamer Tor in die Stadt ein. Die Barrikaden, auf die ihre Offiziere sie vorbereitet hatten, fanden sie sowenig wie die wilde Anarchie, die in den Straßen herrschen sollte. Eingeschüchtert waren die Berliner nicht, sie begrüßten den General mit höhnischen Fragen, die Soldaten mit durchdringendem Zischen. Als Wrangel auf dem Gendarmenmarkt anlangte, trat Rimpler auf ihn zu, und es entspann sich ein kurzer Wortwechsel der beiden Befehlshaber. Wrangel erklärte, er werde hier so lange stehen bleiben, wie die Versammlung tage, und wenn es acht Tage dauern sollte. "Dann wird die Bürgerwehr vierzehn Tage hier bleiben, wenn es sein muß", war Rimplers Antwort. Es mußte nicht sein, denn die Versammlung beschloß, unter Protest gegen die Anwendung von Militärgewalt das Haus zu verlassen. Paarweise, das Präsidium voran, Unruh am Arme Rimplers, traten die Abgeordneten aus dem Hause, vom Volke jubelnd begrüßt. Waldeck, der Führer der Linken, dankte für die Beweise der Teilnahme und forderte zum Auseinandergehen auf. Die Bürgerwehr zog von ihrer Stellung ab, auf der sie vierzehn Stunden ausgeharrt

hatte. Die Soldaten, die sich mit den Bürgern wie im tiefsten Frieden unterhalten hatten, suchten ihre Quartiere auf. Am Morgen des 11. fanden die Abgeordneten das Schauspielhaus geschlossen, das Innere durch Militär besetzt. Wieder erfolgte ein Protest, die Sitzungen wurden in das Schützenhaus verlegt. Aber was die Versammlung auch, oft durch militärisches Einschreiten bedrängt, an diesem und an den folgenden Tagen beschließen mochte, sie konnte das Schicksal nicht wenden. Der revolutionäre Beschluß, der die am 11. erfolgte Auflösung der Bürgerwehr für ungesetzlich und jede Mitwirkung an ihrer Durchführung für Verrat am Vaterlande erklärte, büßte alle Wirkung dadurch ein, daß gleichzeitig die Regierung zur Zurücknahme ihres Befehls und die Bevölkerung zu ruhiger Haltung aufgefordert wurde. Die Bürgerwehr selbst war in größter Erregung. Ihr Kommandeur zwar legte sein Amt nieder, aber die Kompanien beschlossen, ihre Waffen nicht abzugeben. Kränkliche oder aus anderen Gründen für einen Kampf Ungeeignete sollten die Gewehre an die Offiziere abliefern, die sie zuverlässigen Arbeitern überlassen sollten. Das ist in vielen Fällen geschehen. Bis in den Morgen blieben die Männer zusammen. Aber in einer Beratung der Majore, an der außer Vertretern der Vereine mehrere Abgeordnete der Nationalversammlung teilnahmen, hielten sich diese vorsichtig zurück. So siegte der passive Widerstand. Umsonst schickten die Arbeiter Botschaften an die während der Nacht tagenden Abgeordneten der Linken, umsonst harrten die Maschinenbauer der Aufforderung zum Kampf. Die städtischen Behörden, die den König um Zurücknahme der Auflösungsorder bitten wollten, wurden nicht vorgelassen. Nur wenige Bürgerwehrmänner lieferten ihre Waffen freiwillig ab, deshalb wurden Militärpatrouillen in die Häuser geschickt, um die Gewehre abzuholen. Nach 14 Tagen fehlten immer noch über 4000 Gewehre und Büchsen, mehr als die Hälfte der 4000 Säbel. Aber an eine ernsthafte Gegenwehr mit Hilfe der versteckten Waffen gegen Wrangels 80.000 Mann war nicht mehr zu denken.

Das Hin und Her zwischen Kundgebungen der Nationalversammlung, die sich über jedes formale Recht hinwegsetzten, und dem Festhalten am passiven Widerstand erstickte die noch glimmende revolutionäre Flamme im Volke Berlins. Noch am 12. wagte es der Demokratische Klub, in einem Plakat Wrangel als Volksverräter zu brandmarken, und Varnhagen notierte: "Die Bürger müssen mit aller Anstrengung abgehalten werden, daß sie nicht den Kampf versuchen." Aber am Abend fügte er hinzu: "Die Nationalversammlung wird keinen Bürgerkrieg entzünden, sondern auslöschen wie ein Licht." Die kühnsten Artikel der "Nationalzeitung" waren in den Wind geschrieben. Das Ministerium verfuhr ebenso zielbewußt wie besonnen. Seine Maßnahmen folgten sich schnell, doch immer erst, wenn die vorangegangene gesichert war. Am 12. wurde der letzte Schlag geführt: die Verhängung des Belagerungszustandes. Die politischen Klubs

un Vereine wurden geschlossen, Versammlungen von mehr als 20 Personen verboten. Alle Drucksachen mußten durch die Polizei genehmigt werden, kein Zivilist durfte Waffen tragen. Es war nachmittags fünf Uhr, als die Proklamation auf den größeren Plätzen unter Trommelschlag verkündet wurde. Um die gleiche Stunde erhoben sich die Minister und ihre nächsten Mitarbeiter im Kriegsministerium von der Mittagstafel, füllten ihre Gläser und stießen "auf die Gesundheit des Belagerungszustandes" an! Die demokratische Presse, die "Reform" und die "Zeitungshalle" voran, und die drei Witzblätter wurden am 13. verboten. Die sich auf ihre liberalen Traditionen besinnenden bürgerlichen Blätter, "Voß" und "Spener", wichen den Drohungen Wrangels, der ihre Redakteure vor sich lud.

Die Nationalversammlung antwortete auf den Belagerungszustand durch eine Denkschrift, die das Ministerium des Hochverrats anklagte, und durch den Beschluß, daß es nicht berechtigt sei, Steuern zu erheben. Das eine wie das andere war eine Demonstration, die dem persönlichen Mut der Abgeordneten Ehre machte, aber auch wieder ihre politische Halbheit verriet. Eine zur Anwendung jedes Mittels entschlossene, sich auf ein Heer stützende Regierung besiegt man nicht durch Resolutionen, sondern durch Revolutionen.

Die Frankfurter Zentralgewalt hatte geglaubt, zwischen der preußischen Regierung und der Nationalversammlung vermitteln zu können. Dreimal schickte sie ihre Vertrauensmänner nach Berlin, als dritten den Präsidenten des Reichsparlaments, Heinrich von Gagern. Auch er konnte weder den Rücktritt des Ministeriums Brandenburg noch das Jawort Friedrich Wilhelms auf das lockende Angebot der deutschen Kaiserkrone erreichen. Ebenso wenig gelang es ihm, Unruh zur Annäherung an die Wünsche des Königs zu bewegen. Die nach Brandenburg verlegte Nationalversammlung aber zerfiel durch das rücksichtslose Vorgehen ihres rechten Flügels in völlige Verwirrung und wurde am 5. Dezember aufgelöst.



Auflösung der letzten Sitzung der Nationalversammlung (im Mielentzsch Saal des Schauspielhauses)
(Lithographie 1848)

Gleichzeitig wurde durch den König aus eigener Machtvollkommenheit eine Verfassung erlassen, "oktroiert", wie man damals sagte. Sie gab sich sehr gemäßigt, aber durch eine Reihe zunächst kaum bemerkbarer Vorbehalte ließ sie alle Hintertüren offen, um auf dem Wege der in Aussicht genommenen Revision liberale Schönheitsfehler zu beseitigen. Die endgültige Verfassung sollte mit einer aus zwei Kammern bestehenden Versammlung vereinbart werden. Während die zweite Kammer auf allgemeinen Wahlen beruhte, war das Wahlrecht für die erste an Grundbesitz oder ein Mindesteinkommen von 500 Talern geknüpft.

Die Wahlen für diese Versammlung riefen noch einmal die demokratischen Kräfte Berlins auf den Plan. Sie ließen sich durch keinen Belagerungszustand einschüchtern. Entrüstet schrieb der Hauptmann von Witzleben, der mit Wrangels Truppen in Berlin eingezogen war, am 3. Februar 1849 an seinen Bruder: "Ich bin Wahlmann und wirke in dem völlig von Demokraten vergifteten Viertel, nämlich Alexanderstraße, und von da bis zu den nördlichen Toren. Die gute Partei, 40 gegen 250, ist nicht allein an Zahl, sondern auch an Mut schwach, und wenn wir Offiziere nicht dann und wann einen Feuerbrand gegen die Demokraten geschleudert hätten, so wäre von unserer Seite kaum ein Wort gesprochen worden." Um nicht für Waldeck und Jacoby, "die eigentlichen Kandidaten", stimmen zu müssen, entschloß sich Witzleben, seine Stimme Gneist und Woeniger zu geben, "die wahrscheinlich links Platz nehmen werden, und denen ich lieber den Galgen wünsche". Die Wahlen fielen denn

auch, wie er am 5. Februar meldete, ganz schlecht aus. "Acht Schufte und ein gemeiner Halunke haben die Stimmen erhalten. Unsere Partei war nur zu erbärmlich, ungeschickt, talentlos."

Es war ein letztes Aufflackern des Berliner Geistes vom März 1848 gewesen; in der ländlichen Umgebung der Stadt aber hatten die Mächte des Alten triumphiert. Trotz ihrer gemäßigten Haltung genügte die neue Versammlung der Reaktion nicht. Sie wurde am 27. April aufgelöst und durch eine zweite ersetzt, die nach dem plutokratischen Dreiklassenwahlrecht gewählt worden war. Die Demokraten antworteten auf diese Verhöhnung des Volkswillens durch Wahlenthaltung. Der Sieg der Reaktion war entschieden, seit die letzte Chance zum Kampf gegen sie im November 1848 verpaßt worden war.

Und doch — vergeblich ist der 18. März nicht gewesen. Er hat die Möglichkeit für eine Entwicklung der produktiven Kräfte der bürgerlichen Wirtschaft eröffnet, er hat die wichtigsten persönlichen Grundrechte verwirklicht, ohne ihn wäre das allgemeine gleiche Wahlrecht zum Deutschen Reichstag nie gekommen, die Organisierung der Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften nicht möglich gewesen. Durch Schwäche der Erkenntnis und Mangel an zielbewußter Tatkraft, wie sie bei einem eben erst zur Freiheit erwachten Volke fast selbstverständlich waren, ist die Märzrevolution freilich unvollendet geblieben. Die Gründe aufzuzeigen, warum die kommenden Generationen das Versäumte nicht nachgeholt, warum sie die schwerste politische Belastung Preußens, den Militarismus, nicht ausgerottet haben, ist die wichtigste Aufgabe, die der Geschichtsschreibung der Gegenwart gesetzt ist.

NACHWORT ZUR NEUAUSGABE (2023)

*Die berühmte historische Distanz besteht darin, daß von hundert
Tatsachen fünfundneunzig verlorengegangen sind, weshalb sich die
verbliebenen ordnen lassen, wie man will.
Robert Musil: Das hilflose Europa (1922)*

Ernst Kaeber wurde am 2. Mai 1882 in Charlottenburg (heute Berlin) geboren. Er promovierte 1906 an der Berliner Universität.²⁴ 1908 bestand er die Prüfung für den höheren Archivdienst. 1913 wurde Kaeber zum Stadtarchivar in Berlin ernannt. Er bezeichnete sich selbst 1923 als parteipolitisch auf dem linken Flügel der bürgerlichen Parteien stehend, war Anhänger der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). 1937 wurde er (ohne Zahlung einer Rente) zwangspensioniert, weil er sich nicht von seiner jüdischen Ehefrau trennte.²⁵ Ab Juni 1945 wurde ihm die Leitung des berliner Stadtarchivs wieder anvertraut. Kaeber, der 1935-54 in Moabit wohnte (Dortmunder Straße 6), begründete im Zusammenhang mit der administrativen Spaltung Berlins das Stadtarchiv Berlin im Westteil neu. Diesem Institut (ab 1951 Landesarchiv Berlin) stand er bis 1955 vor. Er starb am 5. Juli 1961. Seine Urne befindet sich seit 1988 auf dem jüdischen Friedhof Heerstraße.²⁶

146

Ernst Kaebers hier erstmalig wiederveröffentlichte Monographie "Berlin 1848" entstand zur Hundertjahrfeier der Märzrevolution, im Auftrag des Magistrats von Groß-Berlin; sie erschien 1948 in dem seit 1945 bestehenden Aufbau-Verlag Berlin. Zu dessen ersten Veröffentlichungen gehörten Theodor Plivier: STALINGRAD (1945), Anna Seghers: DAS SIEBTE KREUZ (1946), Hans Fallada: JEDER STIRBT FÜR SICH ALLEIN (1947). Er wurde zu einem der erfolgreichsten belletristischen Verlage der Nachkriegsjahre und der DDR.

Kaebers Buch ist zweifellos die nuancierteste Darstellung der verwirrenden Schattierungen politisch-gesellschaftlicher Standorte, Argumentationen, Fronten und politischen Gruppierungen im Berlin der Märzrevolution, die in einem Buch von (im Original) nur 207 Seiten darstellbar ist!²⁷ Offensichtlich hat der Autor (der als Berliner Stadtarchivar an der Quelle saß) die meisten diese politischen Zeitungen

²⁴ Dissertation: *Die Idee des europäischen Gleichgewichts in der publizistischen Literatur vom 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts.*

²⁵ Die Mutter seiner Frau Frieda, Paula Cronheim (geb. Ludnowsky), mußte 1941 ins Jüdische Altersheim in der Großen Hamburger Straße ziehen. Die Tochter Frieda schreibt später: "Durch die Sternträgerverordnung war meine Mutter gezwungen, aus unserem Haushalt auszuziehen und in das Jüdische Altersheim in der Gr. Hamburger Straße überzusiedeln. Denn sonst wäre unser Haushalt, da zu diesem ein Sternträger gehörte, ein jüdischer Haushalt geworden und ich hätte auch einen Stern tragen müssen und wäre wahrscheinlich auch der Deportation anheim gefallen." Bereits am 25. Januar 1942, wurde Paula Cronheim im Alter von 69 Jahren nach Riga deportiert und dort ermordet.

²⁶ Quellen Landesarchiv Berlin, Wikipedia, Verein für die Geschichte Berlins e.V., Stolpersteine in Berlin.

²⁷ Die Neuausgabe wurde ergänzt durch ein Register der im Buch erwähnten Personen. Die Angabe der Seitenzahlen blieb nötig, falls die Veröffentlichung ausgedruckt wird. Bei der Lektüre des Digitalisats ist es natürlich praktischer, die Suchfunktion des Browsers zu nutzen.

und Pamphlete wirklich gelesen und argumentativ nachvollzogen! – eine intellektuelle Redlichkeit, die selbst bei geschichtswissenschaftlichen Veröffentlichungen keineswegs selbstverständlich zu sein scheint. Ein Schwerpunkt Kaebers sind die sozial- und wirtschaftspolitischen Weichenstellungen in Preußen direkt nach der Revolution.

Der Autor vermittelt nachvollziehbar die Vielfalt einzelner, unterschiedlicher und divergenter Impulse, Intentionen, Ereignisse, die zu einer eigentlich erst im Rückblick "Revolution" genannten Entwicklung führen können. Die Fülle der auch an das breitere Publikum gerichteten politischen Flugblätter, Einzeltexte²⁸ und Periodika sowie auch die von Kaeber hingebungsvoll referierten Versammlungen in diesen Jahren zeigen, daß hier nicht nur mehr oder weniger etablierte Vereinigungen und einzelne Intellektuelle politisch engagiert waren, sondern daß die Suche nach menschenfreundlicheren Normen der politisch-gesellschaftlichen Struktur offenbar ein öffentliches Anliegen war, getragen von Bürgern wie Arbeitern, Studenten wie Handwerkern, Beamten und Publizisten, Großgrundbesitzern und (einigen wenigen) Adligen; dazu gehörten auch basisdemokratische Willenskundgebungen. Deutlich wird in Kaebers Darstellung allerdings auch, daß das politische Engagement nicht selten begründet war in den exklusiven Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen oder auch nur einzelner Personen; an der Perspektive eines im Interesse aller Bürger ausgewogenen Gemeinwesens orientierte sich (wie immer) nur eine Minderheit.

Die Fülle der hier vorgestellten handelnden Personen sowie die vielschichtigen Koalitionen, Konfrontationen, Abstimmungen und Widersprüche kann wohl nur durch Fachhistoriker gewürdigt werden, jedoch vermittelt die aufmerksame Lektüre der Monographie das hohe Niveau der gedankenreichen und tatkräftigen Suche nach neuen, menschenwürdigeren gesellschaftlichen Formen in dieser Zeit. In der berliner Märzrevolution wurden durch ein breites Spektrum engagierter Einzelner aus allen Bevölkerungsschichten (einschließlich der Arbeiter!) Grundstrukturen einer sozialen demokratischen Gesellschaftsordnung in Deutschland erarbeitet. Kaebers deutliche Sympathie mit dem revolutionären Impuls 1848 hindert ihn jedoch nicht daran, die damals bestehenden Bewußtseins- und Machtverhältnisse angemessen darzustellen, unter denen Demokratisierung und soziale Interessen der Arbeiter den adligen und bürokratischen Interessengruppen unterlagen.

Auch die Veröffentlichung von 1948 selbst ist ein geschichtliches Dokument für die kurze Zeit des politischen Innehaltens nach 1945, bevor im Kalten Krieg das politische Nachdenken über Deutschland für Jahrzehnte ideologisch eingefärbt wurde – im Osten wie im Westen. Kaeber zeigt, daß in der revolutionären Situation 1848 (auch) für Deutschland die historische Chance einer zeitgemäßen demokratischen Ordnung gelegen hat ... – eine Chance, die dann in der Kaiserzeit verspielt wurde, die 1918 neu bestand und wiederum verspielt wurde, – eine Chance, die wohl auch nach 1945 bestanden hat. Darin vermute ich eine Intention des Groß-

²⁸ Aufmerksam machen möchte ich immerhin auf einen wichtigen revolutionären Publizisten, von dem etliche Texte glücklicherweise als Digitalisat zur Verfügung stehen: https://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Julius. Eine Sammlung von Flugblättern und Flugschriften hat die Humboldt-Universität Berlin ins Netz gestellt: <https://www.digi-hub.de/viewer/search/-/1/RELEVANCE/DC%3Aflugschriftenundflugbltter.1848%3B%3B/>

Berliner Magistrats zu dieser Veröffentlichung.²⁹ Ernst Kaeber zeigt sich in ihr als früher Vertreter eines demokratischen, eines humanen Sozialismus.³⁰

"Welche Barrieren eine demokratische Erinnerungskultur an die Berliner Revolution weiterhin zu überwinden hat, zeigt der Blick auf das aktuelle Straßenverzeichnis Berlins: vier Wilhelm-, drei Manteuffel-, zwei Wrangel- sowie nicht zu vergessen: vier Bismarckstraßen, zwei Bismarckplätze und eine Bismarckallee, ferner weitere, nach prominenten Gegenrevolutionären benannte Straßen springen dem Berlin-Touristen beim ersten flüchtigen Blick auf den Stadtplan entgegen. Demokraten des Revolutionsjahres wurden demgegenüber nur ausnahmsweise geehrt. Mit ähnlicher Vehemenz und noch größerem Erfolg sperrt sich die Obrigkeit seit mehr als 150 Jahren gegen Pläne zur Errichtung eines Denkmals für die am 18. März 1848 getöteten Barrikadenkämpfer." – So der Historiker Prof. Dr. Rüdiger Hachtmann in einem sehr lesenswerten Aufsatz.³¹ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Mondrian Graf v. Lüttichau

148

²⁹ Der Magistrat von Berlin war seit dem Mittelalter bis 1919 sowie als Magistrat von Groß-Berlin von 1920 bis 1935 und von 1945 bis 1948 das oberste exekutive Organ (Stadtverwaltung, städtische Behörde, Stadtrat und Regierung) Berlins. Vorsitzender des Magistrats war der Oberbürgermeister. Nach 1945 stand die Arbeit des Magistrats unter strenger Beobachtung aller vier Besatzungsmächte. Infolge der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED dominierte letztere den Magistrat. In den ersten freien Wahlen in Berlin am 20. Oktober 1946 brachte die Berliner SPD, die die Zwangsvereinigung überlebt hatte, der SED eine schwere Niederlage bei. Im von der Stadtverordnetenversammlung (StVV) gewählten *Magistrat Ostrowski* koalierten ab Dezember 1946 SPD mit CDU und LDP. Nach dem Rücktritt Otto Ostrowskis am 17. April 1947 wählte die StVV Ernst Reuter (SPD) am 24. Juni 1947 zu seinem Nachfolger. Weil er sein Amt wegen eines sowjetischen Vetos in der Alliierten Kommandantur nicht antreten konnte, war daraufhin bis zum 7. Dezember 1948 Louise Schroeder (SPD) im *Magistrat Reuter I* Oberbürgermeisterin von Berlin. – Im August 1948 sah sich die StVV wegen von der SED organisierter Störungen, denen Polizei und Besatzungsmacht tatenlos zusahen, gezwungen, ihren Sitz vom Ost- in den Westsektor zu verlegen. Die von der Alliierten Kommandantur beschlossene Wahl zur Stadtverordnetenversammlung im Dezember 1948 hatte die sowjetische Besatzungsmacht im Ostsektor nicht zugelassen. In den Westsektoren war das Ergebnis der *Magistrat Reuter II*. Der Kalte Krieg begann.

³⁰ Zu ihnen möchte ich auch Bettine v. Arnim zählen. Nicht nur ihre entsprechenden Bücher (DIES BUCH GEHÖRT DEM KÖNIG, 1843; *An die aufgelöste Preussische National-Versammlung* /"Polenbroschüre", 1848; GESPRÄCHE MIT DAEMONEN. DES KÖNIGSBUCHS ZWEITER TEIL. 1852), sondern auch ihre Briefe an die Söhne (3 Bände) vermitteln einen lebendigen Eindruck von den politischen Bewegungen jener Zeit – wenn auch aus ihrem sehr individualistischen Blickwinkel. (Vgl. am Rande auch die bei A+C erschienenen Veröffentlichungen: Werner Milch: DIE JUNGE BETTINE UND IHR SCHWERER WEG IN DIE MENSCHENWELT; Bettina v. Arnim & Rudolf Baier: ZEUGNISSE EINER ARBEITSBEZIEHUNG 1844 -1847.)

³¹ Rüdiger Hachtmann: Die Revolution von 1848 – Kulte um die Toten und die Lebenden, in: zeitenblicke 3 (2004), Nr. 1 [09.08.2004] <33>, URL: <http://zeitenblicke.historicum.net/2004/01/hachtmann/index.html> (16.7.23)

ZEITZEUG*INNEN:

Friedrich v. Raumer, Ida v. Lüttichau, Bettine v. Arnim

Erwähnt wird in Kaebers Buch auch der Historiker Friedrich v. Raumer. Er gehörte zu den fortschrittlich orientierten preußischen Adligen jener Zeit. Die von Kaebeer erwähnte Situation aus dem Jahr 1847 soll hier ergänzt werden.³²

»1842/43 ist Raumer zum zweitenmal Rektor der berliner Universität. - Am 28. Januar 1847 hält er die hier³³ dokumentierte Rede zur traditionellen "Gedächtnisfeier" Friedrichs II.³⁴ Die Allgemeine Deutschen Biographie (ADB) referiert im Jahr 1888:

"Das Jahr 1847 brachte ihm, der von seiner Art nicht lassen konnte, einen vielbesprochenen Conflict. Am 28. Januar hatte er zur Gedächtnisfeier König Friedrich's II. in der Akademie der Wissenschaften in seiner Eigenschaft als Secretär die Festrede zu halten. S. M. der König Friedrich Wilhelm IV. befand sich, wenn wir nicht irren, selbst unter den Zuhörern. Der Gegenstand, den R. sich für seine Rede erwählt hatte, des großen Königs religiöse Toleranz, war nach Lage der Dinge allerdings delicateser Natur, und die Behandlung, die R. ihm angedeihen ließ, erweckte die nicht zurückgehaltene Mißbilligung vor allem des erlauchten Zuhörers. Die Akademie hielt es für angezeigt, dem Könige ihr tiefstes Bedauern über das Vorgefallene auszudrücken und den in Ungnade gefallenen Redner insoweit zu entschuldigen, daß derselbe "nicht aus sträflicher Absicht, sondern nur durch unvorsichtige Ausführung des Gegenstandes und Wahl des Ausdruckes gefehlt" und "jede persönliche Zurechtweisung ohne Widerrede hingenommen habe" u. dgl. Man konnte es unter diesen Umständen R. kaum verdenken, daß er sich entschloß, diesem Vorgehen der Akademie gegenüber sein Amt als Secretär³⁵ niederzulegen, und aus der Akademie selbst ausschied. Dürfen wir bei dieser Gelegenheit den religiösen Standpunkt Raumer's berühren, so kann man etwa sagen, er war

149

³² Ich zitiere in der Folge (>> ... <<) aus der Veröffentlichung Friedrich v. Raumer: MARIE, SPREU UND FRIEDRICH II. IM BERLINER VORMÄRZ. EINE WIEDERENTDECKUNG (Leipzig/Berlin 2011: A+C online)

³³ in der erwähnten Veröffentlichung.

³⁴ Bereits 1835 hatte Raumer während eines Engländeraufenthalts gesandtschaftliche Briefe und Akten der Jahre aus dortigen Archiven durchgesehen und einen umfassenden Band mit kommentierten Exzerpten herausgegeben - der jedoch von der Forschung bis in unsere Zeit offenbar nicht rezipiert wird: 'König Friedrich II. und seine Zeit (1740-1769)' (Leipzig 1836).

³⁵ Seit 1827 war Raumer Ständiger Sekretär der Philosophisch-Historischen Klasse der Preußischen Akademie der Wissenschaften.

entschiedener Protestant, aber ein Gegner jedes ausschließlichen Confessionalismus, und indem er für sich das Recht in Anspruch nahm, nach seiner Façon selig zu werden, durchaus bereit, jedem anderen ein ähnliches Recht zuzugestehen. Aus diesem Grunde wußte er auch den Katholicismus von seiner besten Seite zu nehmen, was ihm namentlich als Geschichtsschreiber des Mittelalters wesentlich zu Gute kam."³⁶

Raumers Freundin Ida v. Lüttichau erwähnt die Affäre in einem Brief an Ludwig Tieck (der ebenfalls mit Raumer befreundet war) folgendermaßen: "Die Raumer'sche Angelegenheit hat nicht nur mein Interesse und Freundschaft für ihn sehr in Anspruch genommen, sondern mir doch auch noch mancherlei zu denken gegeben. Im Plutarch heißt es von den Spartanern, 'die hier starben, sie sahen nicht im Leben noch Sterben die Schönheit, aber in dem, daß schön Beiderlei werde vollbracht.' Sollte nicht bei unserm Freunde auch eine Nemesis darauf beruhen, daß er oft das Große nicht schön thut? Vereinigte er in seiner Rede die Kühnheit und Kraft der Gesinnung mit der Schönheit und Würde des Ausdrucks und der Form, so war ihm weit schwerer beizukommen. Es versteht sich indeß, daß er als der allein Siegreiche in der allgemeinen Meinung aus dem ganzen Handel hervorgegangen ist."³⁷ <<

Bettine v. Arnim schreibt zu diesem Vorkommnis an ihren Sohn Siegmund:

"Von der auffallenden Rede des Raumer in der Academie wirst du vielleicht gehört haben; dieser gute Kerl der seit langem gewohnt ist am Friedrich des Zweiten Fest, seinen Schnabel zu wetzen und sich in dem Ruhme kitzelte, er habe sehr scharfe Dinge gesagt, ist diesmal mit seiner Rede in ein Wespennest gefallen. Die Herrn Academiker warfen ihm höchst erbitterte und erhitzte Blicke zu, und: – Der König sprach im Hinausgehen dies sei das letzte mal daß er einen Schritt in die Academie gethan. Jetzt hielt die Academie eine außerordentliche Versammlung und beschloß dahin daß dem Raumer das Reden solle verboten werden. [...] Die Academie wie ich von Raumer selbst hörte trat in ihrer Discussion ganz auf Raumers Seite rügte nur daß seine Äusserungen nicht ganz delicat gewesen und daß er es hätte feiner anfangen sollen."³⁸

Ida v. Knobelsdorff (geb. v. Knobelsdorff) gehörte von ihrer Herkunft ebenfalls zur preußischen Adelsgesellschaft, jedoch hatte sie den sächsischen Staatsbeamten Wolf Adolf August v. Lüttichau geheiratet (ab 1824 Direktor des Königlich Sächsischen Hoftheaters in Dresden). 1849 erlebte sie in Dresden die dortigen revolutionäre Erhebung aus nächster Nähe mit; einige Protagonisten gehörten zu ihrem Freundes-

³⁶ Artikel 'Raumer, Friedrich von' von Franz Xaver von Wegele in: *Allgemeine Deutsche Biographie*, herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Band 27 (1888, S. 403–414)

³⁷ WAHRHEIT DER SEELE - IDA V. LÜTTICHAU (1798-1856) (Band I, Leipzig 2010: A+C online; Brief an Tieck Mitte April 1847). Briefe Ida v. Lüttichaus an Raumer werden dokumentiert in WAHRHEIT DER SEELE. ERGÄNZUNGSBAND (Berlin 2015, S. 89-236)

³⁸ Wolfgang Bunzel/Ulrike Landfester (Hrsg.): *DA WIR UNS NUN EINMAL NICHT VERTRAGEN. BETTINE VON ARNIMS BRIEFWECHSEL MIT IHREM SOHN SIEGMUND* (Göttingen 2012, S. 214)

oder Bekanntenkreis (Gottfried Semper, Richard Wagner und Karl Gutzkow). Ida v. Lüttichau stand, ähnlich wie in Berlin Bettine v. Arnim, durch ihre familiären Bindungen zwischen den politischen Fronten. Ihr Neffe Alfons, Sohn ihrer Schwester Rosalie v. Bojanowski (der Vater war preußischer General im Ruhestand) starb als revolutionärer Kämpfer auf einer Barrikade in Berlin.³⁹ Andererseits gehörte zu den militärischen Kräften, die die Revolution in Berlin niederschlugen, ein Philipp Theodor Graf v. Lüttichau (1795-1867), der hinterher eine militante preußentümelnde Broschüre veröffentlichte: ERINNERUNGEN AUS DEM STRASSENKAMPFE (Berlin 1849).

An Friedrich von Raumer schrieb Ida v. Lüttichau (am 21. März 1848)⁴⁰:

"Lieber Freund.

Ich weiß, daß ich viel von Ihnen verlange in diesem Augenblick zu schreiben, aber thun Sie es, wenn Sie können. Sie können sich denken, daß ich wie vernichtet bin. Bei solchen Gelegenheiten fühlt man recht, wie verwachsen man mit seinem Vaterlande ist, u ich habe diesen Kampf seiner Söhne untereinander gefühlt wie eine Zerreißung meiner eigenen Eingeweide. Was mag Tieck gelitten haben, was mögen Sie gelitten haben! Ich stehe erstaunt vor diesem, zwar nicht unerwarteten, aber trostlosen Trauerspiel. Und ist es zu Ende?! Wenn auch nicht gleich, so schreiben Sie mir doch in den nächsten Tagen u geben Sie mir die Fäden zu Allem. Die Berliner Zeitungen sagen nicht alles, u die Leipziger verfälschen.

Welcher Abgrund liegt vor uns! – Ich füge nichts hinzu: der trostlosen Betrachtungen, des gerechten Unwillens, des tiefsten Jammers gebe es kein Ende: alles dieß geht bis ins innerste Herzblut u läßt kaum Worte zu. Ob ich Angehör(ig)e⁴¹ verlohren in diesen gräßlichen Tagen kann ich noch nicht wissen. Jetzt für's erste ist nur der Gedanke an das Vaterland ueberwiegend.

Leben Sie wohl

Ihre Ida Lüttichau"

In zwei Briefen an den jungen Hans v. Bülow schreibt sie⁴²:

"Man lebt wie im Gefühl eines Weltuntergangs und weiß keinen Augenblick, ob noch die Flut so steigen wird, daß alles hinweggeschwemmt wird, was man mit der höchsten geistigen Anstrengung aufzuhalten sucht. Über alles Persönliche, Drückende und Schmerzliche hinaus geht die Betrachtung dieses mächtigern Waltens in der Geschichte, und ich leugne Ihnen nicht, daß mich das Interesse daran über vieles hinweghebt, was allerdings auch auf mich wie auf Millionen von Existenzen schwer und schmerzlich zurückfällt. ... Von der Hahn⁴³ erhielt ich einen Brief aus Neapel: wie aus dem Monde:

³⁹ Eine Gedenktafel ist hier im Text dokumentiert.

⁴⁰ WAHRHEIT DER SEELE - IDA VON LÜTTICHAU (1798-1856). Ergänzungsband (a.a.O., S. 204)

⁴¹ so bei Otto Fiebiger, in dessen Abschrift die Briefe überliefert sind.

⁴² WAHRHEIT DER SEELE – IDA VON LÜTTICHAU (1798-1856) (Band I; a.a.O., 2017, S. 142)

⁴³ Ida v. Hahn-Hahn, Schriftstellerin

ganz absolutistisch, wutschäumend über die neue Zeit. Ich habe ihr sehr gerathen, dort zu bleiben: solche können wir jetzt hier nicht brauchen, wenn die Verwirrung nicht ganz furchtbar werden soll. Das ist auch das ganz Trostlose, daß Zerwürfnisse in allen Familien und Verhältnissen über diese politischen Meinungen stattfinden: keine ist davon frei. Während meine Schwester und ich einen jungen Menschen beweinen, den wir dabei doch stolz sind für eine große begeisternde Idee aufgeopfert zu haben⁴⁴, schreien die Männer in der Familie 'Schmach und Schande' über diese Richtung. Und so geht es durchgehends: man wagt sich kaum aus dem Zimmer, um nicht den zwei entgegengesetzten Parteien zum Ärgernis zu dienen, denen man sowohl Aristokrat als auch zugleich Demagog ist.⁴⁵

"Daß man weh tun muß in der Welt, damit den Dingen ihr Recht geschehe, und daß darin Ordnung und Nothwendigkeit aller menschlichen Beziehungen zueinander besteht, das macht das Ganze zu solcher zweideutigen Aufgabe, bei der, wenn man noch so sehr das Winkelmaß der christlichen Liebe zur Hand hat und es allem anfügen will, damit eben so wenig das Krumme grade gemacht werden kann als mit dem Buchstaben des Gesetzes. –

In dieser Welt des Zweifels und des Irrs gibt es keine richtige klare Anschauung, es gibt, möchte ich sagen, nur ein Parteinehmen des Herzens. Daß mich dieses nicht zu weit führen wird, dafür bürgt Ihnen weder meine Toleranz und die tiefe Erkenntnis unser aller Schwäche. Auch gebe ich niemandem Unrecht und verstehe alles. Erlauben Sie mir nur dem am nächsten zu stehen, der meiner am meisten bedarf.⁴⁶

⁴⁴ Rosalie v. Bojanowskis Sohn Alfons v. Bojanowski, der 1848 als Barrikadenkämpfer in Berlin den Tod fand.

⁴⁵ aus: Hans v. Bülow: BRIEFE UND SCHRIFTEN (Band I, S. 93). Die Stelle stammt aus einem Brief vom 4. April 1848.

⁴⁶ aus: Hans v. Bülow: a.a.O., S. 195/6. Die Stelle stammt aus einem Brief von 1850.

PERSONENVERZEICHNIS

- Adler, Georg 116
 Ägidi 28, 30, 31, 43
 Alexis, Willibald 12
 Graf Alvensleben 38, 39
 v. Arnim, Bettina 7, 103, 104, 111, 149
 Graf Arnim (-Boitzenburg), Adolf Heinrich 20, 42, 67, 78, 79
 v. Arnim, Heinrich Alexander 42
 v. Aschoff 79
 Aston, Louise 68
 v. Auerswald, Alfred (Innenminister) 23, 55, 124
 v. Auerswald, Rudolf (Ministerpräsident) 124, 128, 129, 132
 August, Dr. 38
- v. Bardeleben 125
 Bauer, Bruno 13, 15,
 Bauer, Edgar 13, 75
 Beck, Karl 14
 v. Beckerath 23, 132, 133
 Behrend, F. 111
 Benary, Prof. Heinrich 76
 Benary (2 Brüder d.o.) 75
 Benda 68
 Berends, Julius 8, 26, 50, 75, 81, 92, 95, 109, 110, 118, 119, 139
 v. Berg 97
 Bernstein, Eduard 116
 Beta, Dr. Heinrich 11, 12, 15, 74
 Bisky, Ludwig 75, 110, 111, 113, 116
 Fürst Bismarck 94
 Blanc, Louis 113, 116
 Blesson 79, 80, 81, 92, 97, 120, 122, 130
 v. Bodelschwingh 21, 23, 25, 27, 28, 34-38, 41, 42, 50, 52
 Boerner, Paul 29, 31, 37, 50, 63, 70, 71, 98, 103
 Bohnhammel (Ps. v. A. Hopf) 72
 v. Bojanowski, Alfred Alfons 45, 154
 v. Bojanowski, Rosalie 45, 152,
 Born, Stephan 8, 77, 109-117, 137
 v. Borstell 39, 40
 Graf Brandenburg 135, 19, 140, 143
 Braß, August 28, 54, 96, 102
 Bremer 107
 Graf Breßler 134
 Brill, Julius 105
 v. Brünneck, 22
 v. Bülow-Cummerow 12, 22, 129
 Buhl, Ludwig 12, 13, 64, 75
- Buddelmeier, Adolf (Ps. f. Adalbert Cohnfeld) 72, 74
 Bunsen 19
- Camphausen, Ludolf 23, 67, 82, 93-95, 103, 118, 124, 131
 Cavaignac 133
 Cohnfeld, Dr. Adalbert 72, 74
 Cohnheim, Dr. Max 71
 v. Cosel 32
- Dehnicke 81, 96
 Diesterweg 69
 v. Ditfurth 28
 Graf Dönhoff 26
 Dohm, Ernst 13
 Dohm, Wilhelm 72
 Dove 60
 Dronke, Ernst 7
 Duncker 26, 27, 69
- Ebers, Georg 17
 Eckert 107
 Eichhorn 15, 16
 Eichler, Ludwig 77, 78, 83, 92
 Eichmann 135
 Engels, Friedrich 13, 22, 23, 100, 109, 112, 113, 116, 141
 v. Esebeck, 31
- v. Falkenstein 40, 42
 Faucher 75
 Fontane, Theodor 92
 Fournier 26, 36, 42, 54
 Freiligrath, Ferdinand 17
 Frenzel, Karl 6, 41
 Friedrich II. 150
 Friedrich Wilhelm I. 7
 Friedrich Wilhelm III. 10
 Friedrich Wilhelm IV. (passim)
 Friedländer, A. 81
- v. Gagern, Heinrich 143
 v. Gaudy 93
 Genée, Rudolf 13, 16, 17
 v. Gerlach, Leopold (General) 19, 32, 70, 93, 135, 140
 v. Gerlach, Ernst Ludwig (Publizist, Jurist) 70, 93, 129, 135

- Geyger, A. 71
 Glasewald, Heinrich 46, 47
 Glaßbrenner, Adolf 14, 15, 74, 104
 Gneist, Prof. 95, 121, 144
 Gödsche 71
 Goldschmidt, M. 71
 Grabow 138
 Grimm, Brüder 16, 92
 Gutzkow, Karl 11, 17, 55, 152
 Gubitz, Prof. 14, 16
- Hätzel 109, 111
 Hansemann, David 23, 67, 104, 106, 118, 124, 129, 132
 Hecker, Friedrich Karl Franz (Abgeordneter) 18, 103
 Hecker, Prof. 67
 Hedemann 8
 Hegel, G. W. F. 11, 13
 Heine, Heinrich 17
 Heinzen, Karl 109
 Held, Johann Friedrich Wilhelm 15, 45, 61, 70, 72, 74, 76, 77, 83, 92, 94, 98, 107, 108, 113, 119, 129, 127, 130, 133, 134, 136
 Hesse 48
 Herwegh, G.F.R.T. 16-18
 Hexamer, Dr. 70
 Hoffmann, C. O. 74
 Hoffmann v. Fallersleben, A. H. 16
 Holtei 134
 Hopf, A. 72
 Hotho 48
 v. Humboldt, Alexander 38, 62
 v. Holtzendorff 48
- v. Idstein 18
 Jacobi, Prof. 76, 123
 Jacoby, Johann 22, 92, 128, 139, 140, 144
 Julius, Dr. Gustav 18, 64, 67, 69, 82, 100, 104, 105, 130, 147
 Jung, Georg 63, 75, 83, 92, 119
- v. Kalbe 30
 Karbe 107, 110
 Kalisch, David 13, 72
 v. Katte 76, 130, 133
 v. Kirchmann 92
 Knoblauch 23
 Köppen 11, 13
 Korn 119, 120, 122
 Kossak 13
 Krause 108
 Krausnick, Oberbürgermeister 25-27, 35, 36, 42, 50, 54, 55, 60
 Krüger, Franz 113
- Lachmann, Prof. 31
 Laube, Heinrich 17
 Lauch 13
 v. Laue 76
 Lenz, Max 29
 Lette 110
 Lewald, Fanny 20
 Lewald 95
 Fürst Lichnowski 54
 Liedtke 76
 Lindenmüller (siehe Müller, Gustav) 77, 78, 135
 Litfaß 73
 Löwenstein, Rudolf 72
 Lüchow 108, 109
 v. Lüttichau, Ida (geb. Knobelsdorff) 45, 151-153
 Graf v. Lüttichau, Philipp Theodor 152
 v. Lüttichau, Wolf Adolf August 152
 v. Manteuffel 38
 Marheineke, Prof. 16
 Marx, Karl 11, 13, 75, 100, 109, 111, 112, 113, 137, 141
 Masch, A. 73
 Massaloup, Joseph V. 108
 Mehring, Franz 116
 Mentel 8, 109, 110
 Mertens 26, 60
 Fürst Metternich 20, 33, 58
 Meyen, Dr. 12, 18, 70, 75
 Milde 104
 v. Minutoli, Julius 28, 34-37, 42, 52, 55, 56, 66, 78, 79, 97, 103, 124, 125
 Mirabeau 60
 v. Möllendorff 40, 54, 66
 Moewes 36, 54
 Monecke, Edmund 31, 96, 104
 Mügge, Theodor 69
 Müller, Dr. Arthur 73
 Müller, Gustav (Lindenmüller) 73, 77, 78, 135
 Mundt, Theodor 11
- v. Natzmer 121, 122
 Naunyn 36, 52, 60
 Nauwerck, Dr.
 Neander, Bischof
 Nees von Esenbeck, Ch. G. D.
 v. Neumann
 Nobiling,
- Erzherzog v. Österreich, Johann 125
 Oppenheim, Dr. Heinrich Bernhard 69, 137
- v. Patow, Robert 102, 103, 106
 Peucker 126, 128

- Graf Pfeil 130
 v. Pfuel, Ernst 28, 32, 37, 38, 133, 134, 139
 v. Plessen 42
 v. Prittwitz, General 9, 20, 29, 32, 39, 40, 44, 48, 49, 51-54, 57
 Prinz v. Preußen, Adalbert 48
 Prinz v. Preußen, Wilhelm (passim)
 Prinzessin v. Preußen 42
 Proudhon, Pierre-Joseph 116
 Graf Pourtalés 93
 Prutz, Rudolf 17
 Pusch 13
 v. Puttkamer 28
- Sir John Radcliff (Ps. für Gödsche) 71
 v. Radowitz 19, 131, 132
 Fürst Radziwill 32
 v. Rauch, General 38
 v. Raumer, Friedrich 16, 149-151
 Retslag, Dr. 71
 v. Reibnitz 48, 49
 Reich, Adolf 71
 Reichardt, Ferdinand 72, 74
 Graf Reichenbach 22
 Rellstab, Ludwig 27, 51, 52
 Rieß, Dr. 110, 111
 Rimpler, Otto 79, 126, 128, 135, 138-141
 Rodbertus, Johann Karl 138
 Roerdanz, Adalbert v. 53
 v. Rohr 67
 Ronge 18
 Ruge, Arnold 12, 63, 69, 70, 139
 Rutenberg, Dr. 18, 42, 69
- v. Salis-Seewis, Johann Gaudenz Dietegen 31, 44, 75, 97,
 Saß, Friedrich 7, 13, 18
 v. Savigny, Friedrich Carl 14
 Schaaffhausen 104
 Schasler, Dr. Max 13, 107
 Schauß 23, 42
 Schleiermacher, Friedrich 15, 23
 Graf Schlieffen 50
 Graf Schlippenbach
 Schlöffel, Gustav Adolph (Sohn) 31, 83, 103, 104, 110
 Schlöffel, Friedrich Wilhelm (Vater) 22, 103
 Schmidt, Dr. (Danzig) 8, 111
 Schmidt, Alexis 68
 Schneider, Louis 96
 Schönemann 76
 Scholz, Wilhelm 13, 73,
 Schramm 56, 58, 75, 127
 Schultze 60
 Graf Schwerin 23, 59
 Siechen, Dr. Carl 73
- Siegrist 48, 108, 119, 120, 122
 Simion 79
 Simon, Heinrich 21, 22
 Sittenfeld 72
 Spiker, Dr. 69
 Stein (Breslau) 132, 133, 136
 Stieber 59
 Stirner, Max 13
 Graf Stolberg 38
 Strauß 52
 Streckfuß, Adolf 28, 94, 129, 136
 Struve 103
 Sydow 63, 119
- Techow, Gustav Adolph 122
 Temme 137
 v. Thile, General 36
 Truhn 13
 Tschech 17
- Uhlmann 73
 Ullrich, Dr. Titus 13
 v. Unruh, Victor 41, 73, 134, 138, 140, 141, 143
 Urban, Friedrich Ludwig 54, 59, 60, 66, 67, 78, 105-107, 120, 122
- Varnhagen, Rahel 17,
 Varnhagen (v. Ense), Karl-August 15, 28, 32, 92, 94, 125, 130, 142
 Vatke, Prof. 16
 v. Vincke, Georg 23, 24
 v. Vincke, Major 49, 51
 Virchow, Rudolf 48, 64, 65, 92, 100
 Vogel 106
- Waldeck, Benedikt 81, 92, 137, 138, 141, 144
 v. Webern 96
 Weerth, G. 112
 Wehl, Feodor 14
 Weitling, Wilhelm 8, 110
 Weyl, L. 81
 v. Wimpffen 81
 Fürst Windischgrätz 136
 Wiß, Dr. 75
 v. Witzleben 144
 Woeniger, Dr. August Theodor 14, 29, 33, 34, 37, 38, 67
 Wolff 46, 60
 v. Wrangel, General 80, 131-134, 141-144, 148
 v. Wussow 51
- Zabel, Dr. 24, 69
 Zacharias 118
 Zinna, Ernst 46, 47